



Bundesministerium  
des Innern

# Verfassungsschutz bericht 1998

**Rechtsextremistische  
Bestrebungen**

**Linksextremistische  
Bestrebungen**

**Sicherheitsgefährdende  
und extremistische  
Bestrebungen  
von Ausländern**

**Spionage und sonstige  
nachrichtendienstliche  
Aktivitäten**

**Scientology Organisation**

**Verfassungsschutz  
durch Aufklärung**

**Gesetzestexte**

**Verfassungs  
schutz  
bericht  
1998**

---

*Rechtsextremistische Bestrebungen*

---

*Linksextremistische Bestrebungen*

---

*Sicherheitsgefährdende und  
extremistische Bestrebungen  
von Ausländern*

---

*Spionage und sonstige  
nachrichtendienstliche Aktivitäten*

---

*Scientology-Organisation (SO)*

---

*Verfassungsschutz durch Aufklärung*

---

*Erläuterungen und Dokumentation*

---

*Gesetzestexte*

---

**Impressum**

Herausgeber: Bundesministerium des Innern  
Berlin: Alt-Moabit 101 D, 10559 Berlin  
Bonn: Graurheindorfer Straße 198, 53117 Bonn,  
Mai 1999

Hinweis: Der Verfassungsschutzbericht 1998 ist auch über das **Internet** abrufbar:  
[http://www.bmi.bund.de/publikationen/in\\_spezialpublikationen.html](http://www.bmi.bund.de/publikationen/in_spezialpublikationen.html) oder:  
<http://www.verfassungsschutz.de>

Layout: OSANG Verlag GmbH  
Am Römerlager 2, 53117 Bonn

Herstellung: Parzeller GmbH, Fulda  
Peterstor 18-20, 36004 Fulda

---

# Vorwort des Bundesministers des Innern

Im fünfzigsten Jahr nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland bietet der Verfassungsschutzbericht 1998 einen aktuellen Blick auf den Zustand der inneren Sicherheit in unserem Land. Die Geschichte der Bundesrepublik zeigt, daß sich die politische Ordnung des Grundgesetzes bewährt hat. Eine überwältigende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger bekennt sich zum demokratischen und sozialen Rechtsstaat. Er ermöglicht es jedem, sich frei zu entfalten und seine politische Meinung frei zu äußern.

Dennoch ist auch eine freiheitliche Gesellschaft, die von der breiten Mehrheit ihrer Bürger akzeptiert ist, Angriffen von innen und außen ausgesetzt. Sie abzuwehren, ist vorrangig Aufgabe des Staates und seiner Behörden.

In dem vorliegenden Verfassungsschutzbericht werden die Ergebnisse der staatlichen Beobachtung verfassungsfeindlicher Bestrebungen zusammengefaßt. Der Verfassungsschutzbericht vermittelt der Öffentlichkeit Informationen über das Ausmaß und die Ausprägung verfassungsfeindlicher Bestrebungen. Er macht deutlich, daß die Bekämpfung extremistischer Aktivitäten eine wichtige Aufgabe bleibt: Vor allem dem Rechtsextremismus in seinen herausragenden Erscheinungsformen der Fremdenfeindlichkeit und des Antisemitismus, aber auch allen anderen Formen von Extremismus muß weiterhin mit Nachdruck und Entschlossenheit entgegengetreten werden.

Dabei trägt der Begriff »extremistisch« der Tatsache Rechnung, daß politische Aktivitäten oder Organisationen nicht etwa deshalb verfassungsfeindlich sind, weil sie bestimmte, nach allgemeinem Sprachgebrauch »radikale«, d. h. an die Wurzeln einer Fragestellung gehende Zielsetzungen vertreten. Extremistisch und damit verfassungsfeindlich sind Bestrebungen im Rechtssinne nur, wenn sie sich gegen den Grundbestand der Werte und Rechte unserer Verfassung richten, wie sie in § 4 des Bundesverfassungsschutzgesetzes beschrieben sind.

In der Auseinandersetzung mit solchen verfassungsfeindlichen Bestrebungen setzt die Bundesregierung in erster Linie auf die offensive geistig-politische Auseinandersetzung, der sie grundsätzlich Vorrang vor repressiven Maßnahmen gegen extremistische Gegner unserer freiheitlichen und demokratischen Rechtsordnung einräumt.

Die Bekämpfung des Extremismus kann aber nicht allein Aufgabe des Staates sein: Alle Bürgerinnen und Bürger sind aufgerufen, sich aktiv extremistischen Kräften entgegenzustellen. Die freiheitliche Demokratie ist darauf angewiesen, daß nicht nur die staatlichen Institutionen, sondern alle Mitglieder der Gesellschaft zur Wahrung von Freiheit, Gerechtigkeit und Toleranz beitragen.

Der vorliegende Bericht kann keinen erschöpfenden Überblick über alle Erscheinungen des politischen Extremismus geben, faßt jedoch die Ergebnisse der Arbeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz im Jahre 1998 zusammen, unterrichtet über die wesentlichen Erkenntnisse und analysiert und bewertet die Entwicklungen und Zusammenhänge.

Mein Dank gilt daher an dieser Stelle den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bundesamtes für Verfassungsschutz für ihre engagierte und unverzichtbare Arbeit zur Bewahrung unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung.



Otto Schily  
Bundesminister des Innern

---

## INHALTSVERZEICHNIS

|  |           |
|--|-----------|
| Strukturdaten .....  | 11        |
| <b>I. Strukturdaten gemäß § 16 Abs. 2 Bundesverfassungsschutzgesetz .....</b>                    | <b>11</b> |
| 1.1 Bundesamt für Verfassungsschutz .....  | 11        |
| 1.2 Militärischer Abschirmdienst .....   | 11        |
| <b>II. Weitere Strukturdaten .....</b>   | <b>11</b> |
| Rechtsextremistische Bestrebungen .....  | 14        |
| <b>I. Überblick .....</b>  | <b>14</b> |
| 1. Ideologie .....   | 14        |
| 2. Entwicklungen im Rechtsextremismus .....  | 14        |
| <b>II. Übersicht in Zahlen .....</b>   | <b>18</b> |
| 1. Organisationen und Personenpotential .....  | 18        |
| 2. Straftaten/Gewalttaten .....  | 19        |
| 2.1 Übersicht .....  | 19        |
| 2.2 Zielrichtungen der Gewalttaten .....   | 20        |
| 2.3 Verteilung der Gewalttaten auf die Länder .....  | 22        |
| <b>III. Gewaltbereite Rechtsextremisten .....</b>  | <b>25</b> |
| 1. Rechtsextremistisches Gewaltpotential .....   | 25        |
| 2. Rechtsextremistische Skinheadszene .....  | 25        |
| 2.1 Skinhead-Musik .....   | 28        |
| 2.2 Vertrieb von Skinhead-Musik .....  | 30        |
| 2.3 Fanzines .....   | 30        |
| <b>IV. Neonazismus .....</b>   | <b>31</b> |
| 1. Überblick .....   | 31        |
| 2. Neonazistische Organisationen .....   | 34        |
| 2.1 »Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.« (HNG) ..... | 34        |
| 2.2 »Freiheitlicher Volks Block« (FVB) .....   | 35        |
| 2.3 Neonazikreis um Frank SCHWERDT (ehemals »Die Nationalen e.V.«) .....                         | 36        |
| <b>V. Parteien .....</b>   | <b>38</b> |
| 1. »Die Republikaner« (REP) .....  | 38        |
| 1.1 Zielsetzung .....  | 38        |

|              |   |           |
|--------------|---|-----------|
| 1.2          | Organisation und Entwicklung . . . . .  | 43        |
| 2.           | »Deutsche Volksunion« (DVU) . . . . .   | 47        |
| 2.1          | Zielsetzung . . . . .   | 47        |
| 2.2          | Organisation und Entwicklung . . . . .  | 51        |
| 3.           | »Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD) . . . . .   | 52        |
| 3.1          | Zielsetzung . . . . .   | 53        |
| 3.2          | Organisation und Entwicklung . . . . .  | 59        |
| 3.3          | »Junge Nationaldemokraten« (JN) . . . . .   | 61        |
| <b>VI.</b>   | <b>Sonstige Organisationen . . . . .</b>  | <b>62</b> |
| 1.           | »Deutsche Liga für Volk und Heimat« (DLVH) . . . . .  | 62        |
| 2.           | »Gesellschaft für Freie Publizistik e.V.« (GFP) . . . . .   | 63        |
| 3.           | »Heide-Heim e.V.«/»Heideheim e.V.« . . . . .  | 64        |
| <b>VII.</b>  | <b>Intellektualisierungsbemühungen im Rechtsextremismus . . . . .</b>                                     | <b>64</b> |
| <b>VIII.</b> | <b>Revisionismus . . . . .</b>  | <b>67</b> |
| <b>IX.</b>   | <b>Internationale Verbindungen . . . . .</b>  | <b>70</b> |
| 1.           | Internationale Treffen . . . . .  | 70        |
| 2.           | »Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei/Auslands- und<br>Aufbauorganisation« (NSDAP/AO) . . . . . | 72        |
| <b>X.</b>    | <b>Agitations- und Kommunikationsmedien . . . . .</b>   | <b>72</b> |
| 1.           | Periodische Publikationen . . . . .   | 72        |
| 2.           | Organisationsunabhängige Verlage und Vertriebe . . . . .  | 72        |
| 3.           | Neue Kommunikationsmedien . . . . .   | 75        |
| 3.1          | Internet . . . . .  | 75        |
| 3.2          | »Nationale Info-Telefone« (NIT) . . . . .   | 77        |
| 3.3          | Mailboxen . . . . .   | 78        |
| <b>XI.</b>   | <b>Übersicht über weitere Presseerzeugnisse . . . . .</b>   | <b>79</b> |
|              | Linksextremistische Bestrebungen . . . . .  | 82        |
| <b>I.</b>    | <b>Überblick . . . . .</b>  | <b>82</b> |
|              | Entwicklungen im Linksextremismus . . . . .   | 82        |
| <b>II.</b>   | <b>Übersicht in Zahlen . . . . .</b>  | <b>84</b> |
| 1.           | Organisationen und Personenpotential . . . . .  | 84        |
| 2.           | Straftaten/Gewalttaten . . . . .  | 85        |

|             |   |            |
|-------------|---|------------|
| <b>III.</b> | <b>Gewalttätiger Linksextremismus</b> . . . . .   | <b>90</b>  |
| 1.          | Linkextremistische-terroristische Gruppen . . . . .   | 90         |
| 2.          | Militante Linksextremisten . . . . .  | 92         |
| 2.1         | »Antiimperialistischer Widerstand« . . . . .  | 92         |
| 2.2         | Autonome . . . . .  | 93         |
| 2.2.1       | Potential/Selbstverständnis/Aktionsformen/Medien . . . . .  | 94         |
| 2.2.2       | »Traditionelle« Autonome . . . . .  | 97         |
| 2.2.3       | »Organisierte« Autonome . . . . .   | 98         |
| 2.2.4       | Autonome Strukturen mit terroristischen Ansätzen . . . . .  | 99         |
| 2.3         | Aktionsfelder . . . . .   | 100        |
| 2.3.1       | »Antifaschismus« . . . . .  | 100        |
| 2.3.2       | »Antirassismus« . . . . .   | 102        |
| 2.3.3       | Linksextremistische Einflüsse auf die Kampagne gegen Kernenergie . . . . .  | 103        |
| 2.3.4       | »Kampf gegen Umstrukturierung« . . . . .  | 106        |
| 2.3.5       | Kampf gegen »EXPO 2000« . . . . .   | 107        |
| 2.3.6       | »Internationalismus« . . . . .  | 108        |
| <b>IV.</b>  | <b>Parteien und sonstige Gruppierungen</b> . . . . .  | <b>110</b> |
| 1.          | »Deutsche Kommunistische Partei« (DKP) und Umfeld . . . . .   | 110        |
| 1.1         | »Deutsche Kommunistische Partei« (DKP) . . . . .  | 110        |
| 1.2         | »Marx-Engels-Stiftung e. V.« (MES) . . . . .  | 112        |
| 1.3         | »Arbeitsausschuß Friedensratschlag« (AFriRa) . . . . .  | 113        |
| 1.4         | »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen<br>und Antifaschisten« (VVN-BdA) . . . . . | 114        |
| 2.          | »Partei des Demokratischen Sozialismus« (PDS) . . . . .   | 116        |
| 2.1         | Tradition und extremistische Strukturen . . . . .   | 117        |
| 2.2         | Zusammenarbeit mit deutschen Linksextremisten außerhalb der Partei . . . . .  | 120        |
| 2.3         | Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie . . . . .   | 121        |
| 2.4         | Internationale Verbindungen . . . . .   | 123        |
| 3.          | »Bund der Antifaschisten (Dachverband) e. V.« (BdA) . . . . .   | 124        |
| 4.          | »Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands« (MLPD) . . . . .  | 125        |
| 5.          | Trotzkistische Gruppen . . . . .  | 126        |
| 6.          | »Rote Hilfe e. V.« (RH) . . . . .   | 127        |
| <b>V.</b>   | <b>Agitations- und Kommunikationsmedien</b> . . . . .   | <b>128</b> |
| 1.          | Verlage, Vertriebe und periodische Publikationen . . . . .  | 128        |
| 2.          | Organisationsunabhängige linksextremistische/linksextremistisch<br>beeinflusste Publikationen . . . . .             | 128        |
| 3.          | Neue Kommunikationsmedien . . . . .   | 130        |
| 3.1         | Internet . . . . .  | 130        |
| 3.2         | Mailboxen . . . . .   | 131        |



|   |            |
|---|------------|
| Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern .....                                 | 134        |
| <b>I. Überblick .....</b>   | <b>134</b> |
| <b>II. Übersicht in Zahlen .....</b>  | <b>138</b> |
| 1. Organisationen und Personenpotential .....   | 138        |
| 2. Straftaten/Gewalttaten .....   | 139        |
| <b>III. Aktionsschwerpunkte einzelner Ausländergruppen .....</b>  | <b>143</b> |
| 1. Türken (ohne Kurden) .....   | 143        |
| 1.1 Überblick .....   | 143        |
| 1.2 Linksextremisten .....  | 143        |
| 1.2.1 »Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front« (DHKP-C) .....  | 143        |
| 1.2.2 »Türkische Volksbefreiungspartei/-front – Revolutionäre Linke«<br>(THKP/-C – Devrimci Sol) .....      | 146        |
| 1.2.3 »Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten« (TKP/ML) .....                                 | 147        |
| 1.2.4 »Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei« (MLKP) .....  | 149        |
| 1.3 Türkische Islamisten .....  | 150        |
| 1.3.1 »Der Kalifatsstaat«, auch »Verband der islamischen Vereine<br>und Gemeinden e. V., Köln« (ICCB) ..... | 150        |
| 1.3.2 »Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V.« (IGMG) .....  | 153        |
| 2. Kurden .....   | 156        |
| 2.1 Überblick .....   | 156        |
| 2.2 »Arbeiterpartei Kurdistans« (PKK) .....   | 157        |
| 2.2.1 Allgemeine Lage .....   | 157        |
| 2.2.2 Propaganda der PKK .....  | 159        |
| 2.2.3 Organisatorische Situation .....  | 161        |
| 2.2.4 Finanzierung .....  | 162        |
| 2.2.5 Bündnispolitik der PKK .....  | 162        |
| 2.2.6 Verbotsmaßnahmen .....  | 162        |
| 2.2.7 Strafverfahren gegen führende Funktionäre der PKK .....   | 162        |
| 3. Araber .....   | 163        |
| 3.1 Algerische islamistische Gruppen .....  | 163        |
| 3.2 Ägyptische Islamisten .....   | 165        |
| 3.3 Sonstige extremistische und terroristische Gruppen aus dem Nahen Osten. ....                            | 165        |
| 3.3.1 »Islamischer Bund Palästina« (IBP) .....  | 165        |
| 3.3.2 »Hizb Allah« (Partei Gottes) .....  | 166        |
| 3.4 Arabische Mudjahedin (Kämpfer für die Sache Allahs) .....   | 167        |
| 4. Iraner .....   | 168        |
| 4.1 Anhänger der iranischen Regierung .....   | 168        |

|  |   |            |
|--|---|------------|
| 4.2.   | Gegner der iranischen Regierung . . . . .   | 169        |
| 5.   | Sikhs . . . . .   | 170        |
| 6.   | Tamilen . . . . .   | 171        |
| 7.   | Kosovo-Albaner . . . . .  | 172        |
| 8.   | Annex: Schleusungsaktivitäten . . . . .   | 174        |
| <b>IV.</b>   | <b>Agitations- und Kommunikationsmedien . . . . .</b>   | <b>175</b> |
| 1.   | Periodische Publikationen . . . . .   | 175        |
| 2.   | Neue Kommunikationsmedien/Internet . . . . .  | 175        |
| <b>V.</b>  | <b>Übersicht über weitere erwähnenswerte Organisationen sowie deren<br/>wesentliche Presseerzeugnisse . . . . .</b>   | <b>178</b> |
| Spionage und sonstige nachrichtendienstliche Aktivitäten . . . . . |   | 180        |
| <b>I.</b>  | <b>Überblick . . . . .</b>  | <b>180</b> |
| <b>II.</b>   | <b>Die Nachrichten- und Sicherheitsdienste der Russischen Föderation . . . . .</b>                                    | <b>180</b> |
| 1.   | Aktuelle Situation und Aufgaben der Dienste, personelle Veränderungen . . . . .                                       | 180        |
| 2.   | Aktivitäten der russischen Nachrichtendienste . . . . .   | 183        |
| 2.1  | Aufklärungsziele und Methoden . . . . .   | 184        |
| 2.2  | Steuerung der Operationen aus Moskau . . . . .  | 187        |
| 2.3  | Die Legalresidenturen der russischen Nachrichtendienste . . . . .   | 188        |
| <b>III.</b>  | <b>Die Nachrichten- und Sicherheitsdienste der übrigen<br/>Mitgliedsstaaten der GUS . . . . .</b>                     | <b>190</b> |
| <b>IV.</b>   | <b>Aktivitäten von Nachrichtendiensten aus Staaten des Nahen<br/>und Mittleren Ostens sowie Nordafrikas . . . . .</b> | <b>190</b> |
| 1.   | Iranische Nachrichtendienste . . . . .  | 191        |
| 2.   | Syrische Nachrichtendienste . . . . .   | 191        |
| 3.   | Libysche Nachrichtendienste . . . . .   | 192        |
| 4.   | Irakische Nachrichtendienste . . . . .  | 192        |
| 5.   | Algerische Nachrichtendienste . . . . .   | 192        |
| <b>V.</b>  | <b>Aktivitäten fernöstlicher Nachrichtendienste . . . . .</b>   | <b>192</b> |
| 1.   | Chinesische Nachrichtendienste . . . . .  | 192        |
| 2.   | Nordkoreanische Nachrichtendienste . . . . .  | 193        |

---

|  |                |
|--|----------------|
| <b>VI. Proliferation/Sensitive Exporte</b> .....   | <b>194</b>     |
| <b>VII. Festnahmen und Verurteilungen</b> .....  | <b>196</b>     |
| <b>»Scientology-Organisation« (SO)</b> .....   | <b>198</b>     |
| 1. Allgemeines .....   | 198            |
| 2. Grundlagen .....  | 198            |
| 3. Zielsetzung .....   | 199            |
| 4. Auftreten in der Öffentlichkeit .....   | 202            |
| <b>VIII. Verfassungsschutz durch Aufklärung</b> .....  | <b>204</b>     |
| <br>Anhang .....   | <br><b>210</b> |
| <b>Erläuterungen und Dokumentation</b> .....   | <b>210</b>     |
| <b>Gesetz zur Fortentwicklung der Daten-<br/>verarbeitung und des Datenschutzes</b> .....                | <b>225</b>     |
| Bundesverfassungsschutzgesetz .....  | 225            |
| MAD-Gesetz .....   | 241            |
| BND-Gesetz .....   | 247            |
| <b>Gesetz über die parlamentarische Kontrolle<br/>nachrichtendienstlicher Tätigkeit des Bundes</b> ..... | <b>252</b>     |
| <b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....   | <b>255</b>     |
| <b>Sachwortverzeichnis</b> .....   | <b>260</b>     |

---

---

## **I. Strukturdaten gemäß § 16 Abs. 2 Bundesverfassungsschutzgesetz**

### **1.1 Bundesamt für Verfassungsschutz**

Der Zuschuß aus dem Bundeshaushalt an das BfV betrug 1998 220.508.083,21 DM (1997: 220.454.508,41 DM). Das Bundesamt für Verfassungsschutz hatte 1998 2.164 (1997: 2.195) Bedienstete.

### **1.2 Militärischer Abschirmdienst**

Der Zuschuß aus dem Bundeshaushalt betrug 1998 113.287.000,- DM (1997: 116.187.000,- DM). Der Militärische Abschirmdienst hatte 1998 1.250 (1996: 1.300) Bedienstete.

## **II. Weitere Strukturdaten**

Anfang 1999 waren von Bund und Ländern gemeinsam im Nachrichtendienstlichen Informationssystem (NADIS) 888.776 (Anfang 1998: 891.400) personenbezogene Eintragungen enthalten, davon 460.556 Eintragungen (51,8%) aufgrund von Sicherheitsüberprüfungen (Anfang 1998: 50,3%).

---



**Verfassungsschutz  
bericht  
1998**

---

*Rechtsextremistische Bestrebungen*

---

*Linksextremistische Bestrebungen*

---

*Sicherheitsgefährdende und  
extremistische Bestrebungen  
von Ausländern*

---

*Spionage und sonstige  
nachrichtendienstliche Aktivitäten*

---

*Scientology-Organisation (SO)*

---

*Verfassungsschutz durch Aufklärung*

---

*Erläuterungen und Dokumentation*

---

*Gesetzestexte*

---

**Nationalismus/  
Rassismus**

**Ideologie der  
»Volksgemein-  
schaft«**

**Ideologisch nicht  
homogen**

**Kein Rückgang  
rechtsextre-  
mistischer  
Bestrebungen**

**Weiterer Anstieg  
der Zahl der  
gewaltbereiten  
Rechtsextremisten**

## I. Überblick

### 1. Ideologie

Rechtsextremistische Ideologie wurzelt in nationalistischem und rassistischem Gedankengut. Sie wird von der Vorstellung bestimmt, allein die ethnische Zugehörigkeit zu einer Nation oder Rasse mache den Wert des Menschen aus. Da diesem Kriterium nach rechtsextremistischem Verständnis auch die Menschenrechte untergeordnet sind, lehnen Rechtsextremisten das – für jedes Individuum geltende – universale Gleichheitsprinzip ab. Sie propagieren zudem ein autoritäres politisches System, in dem Staat und ein ethnisch homogenes Volk als angeblich natürliche Ordnung in einer Einheit verschmelzen (Ideologie der »Volksgemeinschaft«) und die staatlichen Führer intuitiv nach dem einheitlichen Willen des Volkes handeln. Insofern erübrigen sich in einem Staat rechtsextremistischer Prägung die wesentlichen Kontrollelemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung wie das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen auszuüben oder das Recht auf Bildung und Ausübung einer Opposition.

Der Rechtsextremismus in Deutschland ist ideologisch zerstritten: Neonazis streben die Schaffung eines totalitären Führerstaates auf rassistischer Grundlage an. Aus ihrer Sicht ist das deutsche Volk höherwertig und deshalb vor »rassisch minderwertigen« Ausländern oder Juden zu schützen. Verhindert werden müsse vor allem eine Vermischung der verschiedenen Rassen. Die rechtsextremistischen Parteien vertreten demgegenüber eher eine nationalistische Position. Ihnen gilt die Nation als oberstes Prinzip, was indirekt eine Abwertung der Menschen- und Bürgerrechte zur Folge hat. Damit streben sie nach einem autoritären Staat, in dem die freiheitliche demokratische Grundordnung beseitigt wäre.

### 2. Entwicklungen im Rechtsextremismus

Das Wiedererstarben rechtsextremistischer Bestrebungen hielt 1998 an: Die Verfassungsschutzbehörden registrierten einen neuerlichen Zuwachs des Personenpotentials, der im Vergleich zum Vorjahr sogar noch deutlicher ausfiel. Die Zahl rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten ist demgegenüber jedoch stark gesunken. Regionaler Schwerpunkt dieser Delikte blieb weiterhin das Gebiet der neuen Länder (vgl. Kap. II, Nr. 2.3).

Gleichermaßen konzentriert sich auch das Potential gewaltbereiter Rechtsextremisten in Ostdeutschland. Es ist durch den Zulauf von Jugendlichen zur rechtsextremistischen Skinhead-Szene beachtlich gestiegen. Zugleich konnten die international aktiven Skinhead-Bewegungen ihren Einfluß auf das deutsche Skinhead-Milieu aus-

bauen. Die systematische Einbindung von Skinheads in rechtsextremistische Organisationen bleibt weiterhin die Ausnahme.

Einen stetigen Aufwärtstrend verzeichnet auch die Skinhead-Musikszene. So wuchs die Zahl der rechtsextremistischen Skinhead-Bands, -Konzerte und -Vertriebe deutlich (vgl. Kap. III, Nr. 2). Entsprechend arbeiten die Sicherheitsbehörden daran, die Produktionsorte ausfindig zu machen und die Vertriebswege von rechtsextremistischer Skinhead-Musik im In- und Ausland aufzuklären. Erste Erfolge können bereits verbucht werden: 1998 wurden zahlreiche Ermittlungsverfahren gegen Vertriebe im In- und Ausland – hier insbesondere in Skandinavien – eingeleitet. Geschäftsräume von Vertriebern rechtsextremistischer Skinhead-Musik wurden wegen der Verbreitung volksverhetzenden Propagandamaterials durchsucht.

Unverändert stellt sich die Situation in der neonazistischen Szene dar: Die beabsichtigte informationelle Vernetzung des Lagers ist trotz der vermehrten Nutzung technischer Kommunikationsmittel nur in Ansätzen gelungen. Ohne Erfolg blieb auch das taktische Konzept der unabhängigen »Kameradschaften«, mit dem die Neonazis die Auswirkungen der Vereinsverbote unterlaufen wollten. Zwar existiert mittlerweile eine größere Zahl von »Kameradschaften«; nur wenige davon zielen jedoch bewußt mit Demonstrationen oder eigenen Publikationen auf eine politische Außenwirkung.

Hierzu gehören die »Kameradschaften«, die unter dem Aktionsmotto »Freie Nationalisten« zusammenarbeiten (vgl. Kap. IV, Nr. 1). Sie bieten sich der »Nationaldemokratischen Partei Deutschlands« (NPD) und ihrer Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten« (JN) als attraktive Partner an. NPD und JN räumen ihnen die Möglichkeit ein, an ihren Demonstrationen teilzunehmen – bei denen die »Freien Nationalisten« als geschlossener Block auftreten – und sich an der politischen Arbeit ihrer Gremien zu beteiligen. Mit dieser engen Kooperation der »Freien Nationalisten« mit dem Parteienbereich wächst aber auch die lagerinterne Konkurrenz zu den übrigen auf Unabhängigkeit bedachten Neonazis.

Das rechtsextremistische Parteiengefüge ist in Bewegung geraten: Die »Deutsche Volksunion« (DVU) ist wieder – wie bis 1993 – mitgliederstärkste Kraft, wenngleich sie ihre damalige Größe noch nicht erreicht hat. DVU und die Partei »Die Republikaner« (REP) machten sich in den Wahlkämpfen die lagerinterne Führungsposition streitig. Dabei wurde die DVU nach dem – mit 12,9% der Stimmen – überraschend hohen Erfolg bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im April mit dem Ausgang der Wahlen im Herbst wieder auf den Boden der Tatsachen geholt. Die REP erhielten noch die meisten der insgesamt 3,3% bei der Bundestagswahl für die Parteien REP, DVU und NPD abgegebenen Stimmen. Dennoch hat das Wahlergebnis der

**Stagnation der  
neonazistischen  
Szene**

**Stabilisierung  
im rechts-  
extremistischen  
Parteienspektrum**



**Wahlerfolg der DVU in Sachsen-Anhalt**

DVU bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt gezeigt, daß eine rechtsextremistische Partei unter bestimmten Voraussetzungen auch ohne gefestigte regionale Parteistruktur beachtliche Ergebnisse erzielen kann.

Während sich die REP in den Vorjahren konsolidieren konnten, haben 1998 mehrere aufeinanderfolgende Wahlniederlagen und innerparteiliche Querelen zu einem leichten Mitgliederrückgang geführt. Der Parteivorsitzende Dr. Rolf SCHLIERER und der überwiegende Teil der Parteiführung halten weiterhin an ihrem Abgrenzungsbeschuß gegenüber rechtsextremistischen Parteien fest. Nach den Wahlergebnissen vom Herbst 1998 hatte die Parteispitze jedoch erkennen lassen, daß sie zumindest zeitweise eine konkurrierende Wahlteilnahme von REP und DVU vermeiden will (vgl. Kap. V, Nr. 1.2). Wenngleich die früheren Bündnisbestrebungen der »Runden Tische« ohne Fortsetzung blieben, werden die Verfassungsschutzbehörden analysieren, inwieweit rechtsextremistische Potentiale bei den REP wirksam bleiben und ob neue strategische Bündnisse entstehen.

Im Gegensatz zu DVU und REP agierte die NPD weniger als Wahlpartei, sondern eher aktionsbetont mit einer Vielzahl von medienwirksamen Veranstaltungen und Demonstrationen. Die Partei blieb zwar bei Wahlen weiterhin bedeutungslos, ihr Aufwärtstrend dokumentiert sich jedoch in wachsenden Mitgliederzahlen. Für den Parteivorsitzenden Udo VOIGT hat die themen- und aktionsbezogene Zusammenarbeit mit Neonazis weiterhin hohen Stellenwert. Aufgrund ihrer Aktionsfähigkeit und der Bereitschaft, mit Neonazis zu kooperieren, gewann die Partei insbesondere in Ostdeutschland zahlreiche, überwiegend jüngere Mitglieder hinzu. Die sichtbarsten Erfolge ihrer Bündnispolitik erzielte sie mit Großveranstaltungen am 7. Februar in Passau, am 1. Mai in Leipzig und am 19. September in Rostock.

Die Führungskader der »Jungen Nationaldemokraten« (JN) verlagern ihre Aktivitäten zunehmend in den Bereich der NPD; eigenständige JN-Aktionen waren stark rückläufig oder gingen in den Veranstaltungen der NPD auf. Die Verfassungsschutzbehörden werden die Annäherung zwischen NPD/JN und dem neonazistischen Spektrum weiter beobachten. Es liegen konkrete Hinweise vor, daß Neonazis in zunehmender Zahl in Führungspositionen der NPD/JN vordringen und Einfluß auf den Kurs der Organisationen ausüben.

**Schwerpunkte der Agitation:**

Die Thematisierung des historischen Nationalsozialismus rückt – auch bei den Neonazis – zunehmend in den Hintergrund der Agitation. Er taucht kaum noch als Modell einer künftigen politischen Ordnung auf, bleibt aber Gegenstand einer ideologischen Revisionsmusdebatte (vgl. Kap. VIII). Ihre Protagonisten drängen weiterhin – zumeist aus dem Ausland – auf eine Entlastung der deutschen Geschichte und versuchen über die Relativierung der nationalsozialistischen Ver-

brechen, eine Enttabuisierung nationalistischen Gedankenguts zu erreichen.

Zunehmend instrumentalisieren Rechtsextremisten durch die Tagespolitik bestimmte Fragen für ihre politischen Ziele. So greifen sie die Währungsumstellung auf den »Euro« als Preisgabe souveräner nationaler Rechte an, stigmatisieren pauschal Ausländer und Asylanten zu Kriminellen oder nutzen die Diskussion über die umstrittene Ausstellung »Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944«, um mit ihren Argumenten in den demokratischen Diskurs einzudringen.

Ein weiteres Feld rechtsextremistischer Agitation ist nach wie vor die Behauptung, der deutschen Verfassung fehle die Legitimität. Das deutsche Volk sei nach Kriegsende mittels einer planmäßigen alliierten »Umerziehung« gezwungen worden, die westliche parlamentarische Demokratie zu akzeptieren. Unter dem Eindruck angeblich einzigartiger Verbrechen des NS-Systems habe die Bevölkerung nicht die Kraft besessen, sich gegen die ihr wesensfremde Staatsform zu wehren.

Im intellektuellen Rechtsextremismus ist eine Renaissance der nationalrevolutionären Ideologie festzustellen. Sie ist insbesondere daran abzulesen, daß Ideologiefragmente der politischen Linken formal aufgegriffen und mit ethnischen und völkisch-kollektivistischen Vorstellungen verbunden werden. Dieses Phänomen artikuliert sich gegenwärtig vor allem in der ideologischen Einordnung sozialpolitischer Aspekte, indem Arbeitslosigkeit, wirtschaftliche Globalisierung und Sozialkrisen nicht mehr nur im Kontext der fremdenfeindlichen Agitation Erwähnung finden, sondern einen eigenen Stellenwert erhalten (vgl. Kap. VII).

Nicht nur bei den Themen, sondern auch bei der Nutzung geeigneter Agitationsmedien zeigen sich neue Entwicklungen in der rechtsextremistischen Szene. So stellt die Beobachtung rechtsextremistischer Inhalte im Internet die Verfassungsschutzbehörden vor wachsende Herausforderungen. Ideologische Aktivisten haben ihre Präsenz in allen Bereichen des Internet stark ausgebaut: Inzwischen betreiben deutsche Rechtsextremisten im World Wide Web ca. 200 Homepages. Die quantitative Aufwärtsentwicklung entspricht dabei der kontinuierlich attraktiveren Gestaltung der Homepages. Auf diese Weise ermöglicht das – im Vergleich zu den herkömmlichen Printmedien relativ kostengünstige – Medium, über das eigene Lager hinaus einen großen Adressatenkreis anzusprechen. Zugleich wird den Interessenten über »Links« (automatisierte Verknüpfungen) Zugang nahezu zum gesamten Spektrum einschlägiger Publikationen im Internet eröffnet (vgl. Kap. X, Nr. 3.1).

»Umerziehung«

**Renaissance  
national-  
revolutionärer  
Ideen**

**Internet als  
wichtiges  
Kommunikations-  
medium**

## II. Übersicht in Zahlen

### 1. Organisationen und Personenpotential

#### Weiterer Anstieg des rechts- extremistischen Personenpotentials

Ende 1998 gab es in Deutschland 114 (1997: 109) rechtsextremistische Organisationen und Personenzusammenschlüsse. Die Zahl ihrer Mitglieder sowie der nichtorganisierten Rechtsextremisten liegt mit rund 53.600 erheblich (rund 11%) über der des Vorjahres (rund 48.400).

#### Gewaltbereite Rechtsextremisten

Die Zahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten ist mit 8.200 Personen (1997: 7.600) um rund 9% gestiegen. Damit hält die seit 1996 zu beobachtende Zunahme der Zahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten weiter an. Zu den Gewaltbereiten werden auch diejenigen Rechtsextremisten gezählt, die – ohne bislang Gewalttaten verübt zu haben – eine Gewaltanwendung befürworten. Dazu gehören als weitaus größte Gruppe die rechtsextremistischen Skinheads.

#### Rechts- extremistische Parteien

In den rechtsextremistischen Parteien sind rund 39.000 Personen organisiert (1997: 34.800). In dieser Zahl sind die Mitglieder der Partei »Die Republikaner« (REP) enthalten, ohne daß damit jedes einzelne Mitglied als rechtsextremistisch zu bewerten ist. Die Steigerung um rund 12% ergibt sich im wesentlichen aus den Zuwächsen bei DVU (3.000) und NPD (1.700). Die REP mußten hingegen einen leichten Mitgliederrückgang hinnehmen.

Auch im Bereich der sonstigen rechtsextremistischen Organisationen ist mit 65 Gruppen und rund 4.500 Mitgliedern/Aktivisten (1997: 63 Gruppen, 4.300 Mitglieder/Aktivisten) ein Anstieg zu verzeichnen.

#### Neonazis

Die Zahl der Neonazis ist mit 2.400 gleichgeblieben. Es konnten 41 Gruppen (1997: 40) mit einer gewissen Organisationsstruktur festgestellt werden.

| <b>Rechtsextremismuspotential<sup>1)</sup></b>                        |             |               |             |               |             |               |
|---|-------------|---------------|-------------|---------------|-------------|---------------|
|   | <b>1996</b> |               | <b>1997</b> |               | <b>1998</b> |               |
|   | Gruppen     | Personen      | Gruppen     | Personen      | Gruppen     | Personen      |
| Gewaltbereite<br>Rechtsextremisten <sup>2)</sup>                      | 5           | 6.400         | 3           | 7.600         | 5           | 8.200         |
| Neonazis <sup>3)</sup>  | 48          | 2.420         | 40          | 2.400         | 41          | 2.400         |
| Parteien<br>davon   | 3           | 33.500        | 3           | 34.800        | 3           | 39.000        |
| – »Die Republikaner«<br>(REP) <sup>4)</sup>                           |             | 15.000        |             | 15.500        |             | 15.000        |
| – »Deutsche<br>Volkunion« ( DVU)                                      |             | 15.000        |             | 15.000        |             | 18.000        |
| – »Nationaldemo-<br>kratische Partei<br>Deutschlands« ( NPD)          |             | 3.500         |             | 4.300         |             | 6.000         |
| Sonstige rechts-<br>extremistische<br>Organisationen                  | 52          | 3.700         | 63          | 4.300         | 65          | 4.500         |
| <b>Summe</b>  | <b>108</b>  | <b>46.020</b> | <b>109</b>  | <b>49.100</b> | <b>114</b>  | <b>54.100</b> |
| <b>Nach Abzug von<br/>Mehrfachmit-<br/>gliedschaften<sup>5)</sup></b> |             | <b>45.300</b> |             | <b>48.400</b> |             | <b>53.600</b> |

<sup>1)</sup> Die Zahlenangaben sind zum Teil geschätzt und gerundet.

<sup>2)</sup> Die meisten gewaltbereiten Rechtsextremisten sind nicht in Gruppen organisiert. In die Statistik sind nicht nur tatsächlich als Täter/Tatverdächtige festgestellte Personen einbezogen, sondern auch solche Rechtsextremisten, bei denen lediglich Anhaltspunkte für Gewaltbereitschaft gegeben sind.

<sup>3)</sup> Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften.

<sup>4)</sup> Es kann nicht davon ausgegangen werden, daß jedes einzelne Mitglied der REP rechtsextremistische Ziele verfolgt oder unterstützt.

<sup>5)</sup> Es wurden die Mehrfachmitgliedschaften im Bereich der Parteien und der sonstigen rechtsextremistischen Organisationen abgezogen.

## 2. Straftaten/Gewalttaten

### 2.1 Übersicht

1998 wurden 11.049 (1997: 11.719) Straftaten mit erwiesenem oder zu vermutendem rechtsextremistischem Hintergrund erfaßt, davon 708 Gewalttaten (1997: 790) und 10.341 sonstige Straftaten (1997: 10.929). Zu den rechtsextremistischen Gewalttaten zählen fremdenfeindlich motivierte, antisemitische sowie Gewalttaten gegen den politischen Gegner und sonstige rechtsextremistische Gewalttaten. Damit sank die Zahl der Straftaten insgesamt um 5,7%, die der Gewalttaten um 10,5%. Der Anteil der Gewaltdelikte an der Summe aller Straftaten beträgt 6,4% (1997: 6,7%). Bei 63% (1997: 67%) aller Straftaten handelte es sich um Propagandadelikte (§§ 86, 86a StGB).

**Rückgang der  
Gewalt- und  
sonstigen  
Straftaten**

### Übersicht über Gewalttaten und sonstige Straftaten mit erwiesenem oder zu vermutendem rechtsextremistischem Hintergrund<sup>1)</sup>

|   | 1997          | 1998          |
|---|---------------|---------------|
| <b>Gewalttaten:</b>   |               |               |
| Tötungsdelikte  | 0             | 0             |
| Versuchte Tötungsdelikte  | 13            | 16            |
| Körperverletzungen  | 677           | 595           |
| Brandstiftungen   | 37            | 39            |
| Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion   | 2             | 3             |
| Landfriedensbruch   | 61            | 55            |
| <b>gesamt</b>   | <b>790</b>    | <b>708</b>    |
| <b>Sonstige Straftaten:</b>   |               |               |
| Sachbeschädigungen  | 301           | 516           |
| Nötigung/Bedrohung  | 371           | 276           |
| Verbreiten von Propagandamitteln und Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen | 7.888         | 6.958         |
| Andere Straftaten, insbesondere Volksverhetzung   | 2.369         | 2.591         |
| <b>gesamt</b>   | <b>10.929</b> | <b>10.341</b> |
| <b>Straftaten insgesamt</b>   | <b>11.719</b> | <b>11.049</b> |

Die Zahlen basieren auf Angaben des Bundeskriminalamts (BKA)  
(Stand: 31.01.1999).

Die Übersicht enthält ausgeführte und versuchte Straftaten. Jede Tat wurde nur einmal gezählt. Sind zum Beispiel während eines Landfriedensbruchs zugleich Körperverletzungen begangen worden, so erscheint nur der Landfriedensbruch als eine Straftat in der Statistik. Wurden mehrere Straftaten verübt, wurde ausschließlich der schwerer wiegende Straftatbestand gezählt.

#### Ursachen für den Rückgang rechts-extremistischer Gewalt

Eine abschreckende Wirkung auf gewaltbereite Aktivisten haben die konsequenten Maßnahmen der Behörden ausgeübt. Besonderen Anteil daran haben die polizeilichen »Sondereinsatzkommandos gegen Rechts«, die in einigen Ländern eingerichtet wurden (z. B. die »Sonderkommission Rechtsextremismus« (SoKo Rex) in Sachsen und die »Mobile Einsatzgruppe gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit« (MEGA) in Brandenburg).

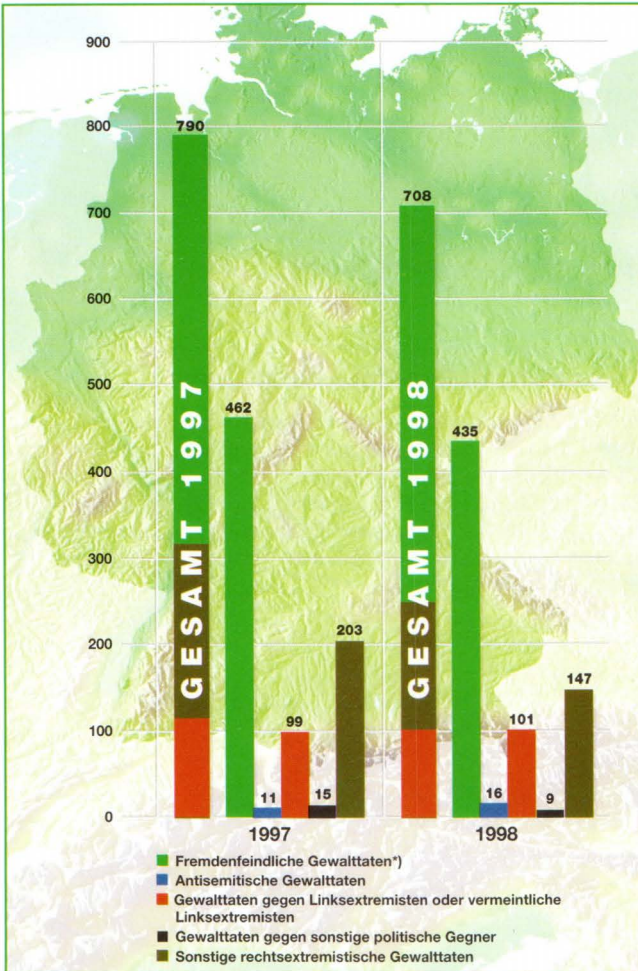
#### 2.2 Zielrichtungen der Gewalttaten

#### Fremdenfeindliche Gewalt stagniert auf hohem Niveau

Wie in den Vorjahren richteten sich die meisten Gewalttaten (435) gegen Fremde (1997: 462). Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Gewalttaten betrug rund 61% (1997: 58%).

Die Zahl der antisemitisch motivierten und der gegen politische Gegner gerichteten Gewalttaten nahm zu. Insbesondere in der Zeit des Bundestagswahlkampfes kam es vermehrt zu gewalttätigen Übergriffen.

**Gewalttaten mit erwiesenem oder zu vermutendem  
rechtsextremistischem Hintergrund**  
– Zielrichtungen –



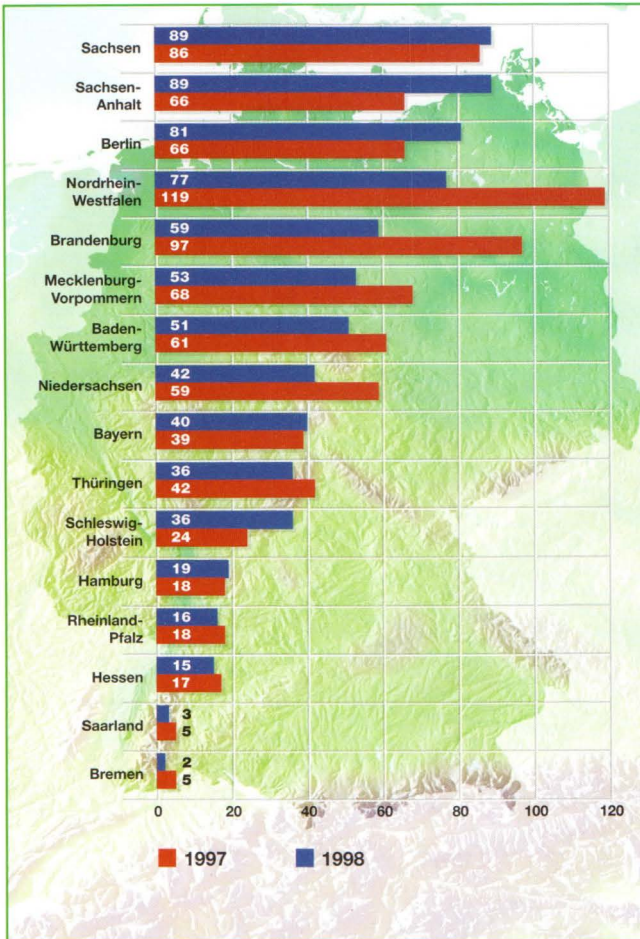
\*) Es ist die Gesamtzahl fremdenfeindlicher Straf-/Gewalttaten zugrunde gelegt worden, obwohl nur ein Teil der fremdenfeindlichen Straf-/Gewalttaten einen rechtsextremistischen Hintergrund hat. Dieser Hintergrund liegt vor allem bei vielen fremdenfeindlichen Gewalttaten vor. Fremdenfeindliche Straftaten sind aber insbesondere auch Ausdruck einer militanten Abneigung gegen Asylbewerber und Zuwanderer sowie einer unbestimmten Angst vor »Überfremdung«.

| <b>Gewalttaten mit erwiesenem oder zu vermutendem fremdenfeindlichem Hintergrund</b> |             |             |
|--|-------------|-------------|
|  | <b>1997</b> | <b>1998</b> |
| Tötungsdelikte   | 0           | 0           |
| Versuchte Tötungsdelikte   | 8           | 10          |
| Körperverletzungen   | 406         | 384         |
| Brandstiftungen  | 25          | 23          |
| Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion  | 1           | 0           |
| Landfriedensbruch  | 22          | 18          |
| <b>Fremdenfeindliche Gewalttaten insgesamt</b>                                       | <b>462</b>  | <b>435</b>  |

### 2.3 Verteilung der Gewalttaten auf die Länder

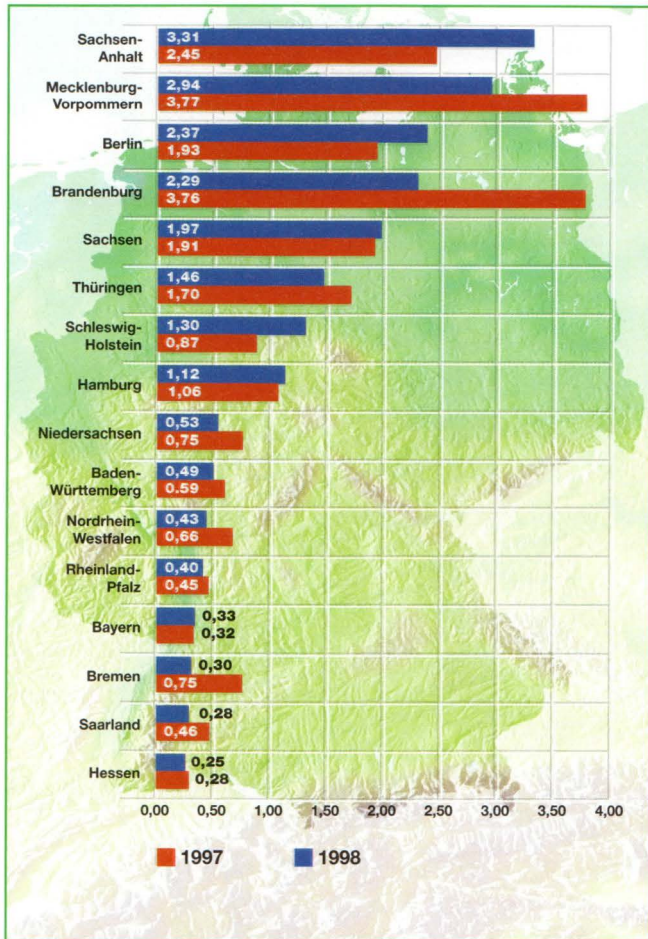
Rund 46% aller Gewalttaten mit erwiesenem oder zu vermutendem rechtsextremistischem Hintergrund wurden in den ostdeutschen Ländern begangen (1997: 45%). Im Durchschnitt wurden dort 2,4 Gewalttaten je 100.000 Einwohner registriert, in den alten Ländern hingegen 0,7. Der überproportionale Anteil der Gewalttaten in Ostdeutschland dürfte auf ein dort relativ ausgeprägtes Skinheadmilieu zurückgehen.

**Gewalttaten mit erwiesenem oder zu vermutendem rechtsextremistischem Hintergrund**  
 – in den Ländern –





**Gewalttaten mit erwiesenem oder zu vermutendem rechtsextremistischem Hintergrund**  
 – je 100.000 Einwohner in den Ländern –



### III. Gewaltbereite Rechtsextremisten

#### 1. Rechtsextremistisches Gewaltpotential

Die Zahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten <sup>1)</sup> hat 1998 weiter zugenommen und belief sich Ende des Jahres auf rund 8.200 (1997: 7.600); mehr als die Hälfte von ihnen lebt in den neuen Ländern. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Zulauf in die gewaltbereiten Szenen allerdings verlangsamt.

Zur Zeit gibt es in Deutschland keine rechtsterroristischen <sup>2)</sup> Organisationen oder Strukturen. Zum einen mangelt es hierfür an einer auf die aktuelle Situation in Deutschland bezogenen Strategie zur gewaltsamen Überwindung des Systems, zum anderen fehlen geeignete Führungspersonen und finanzielle Mittel. Auch fehlen Unterstützerszene und logistische Voraussetzungen, die für einen wirkungsvollen, aus dem Untergrund heraus geführten Kampf unabdingbar sind. Die meisten Rechtsextremisten distanzieren sich – vielfach allerdings aus rein taktischen Gründen – von Gewalt als Mittel der Politik. Sie befürchten, daß terroristische Aktionen den Staat eher stärken würden, wenn dieser unter Zustimmung einer breiten Öffentlichkeit mit verschärften Exekutivmaßnahmen gegen das »nationale Lager« vorgehe.

Ein besonderes Interesse an Waffen und Sprengstoff ist jedoch bei Rechtsextremisten, insbesondere Neonazis, weit verbreitet. Daher existiert gleichwohl ein Potential gewaltbereiter Rechtsextremisten, das Waffen und Sprengstoff sammelt und sich mit ihrem Gebrauch vertraut macht. Diese Waffenfetischisten stellen ein unkalkulierbares Risiko für die innere Sicherheit dar. Es läßt sich nicht ausschließen, daß Einzeltäter diese Waffen auch ohne eine langfristige Zielsetzung und Konzeption einsetzen und Gewaltakte begehen.

Im Januar stellte die Polizei bei Neonazis in Jena unter anderem vier funktionsfähige Rohrbomben sicher. Konkrete Anschläge scheint die Gruppe damit nicht beabsichtigt zu haben. Gegen die drei Tatverdächtigen, die seither flüchtig sind, erging Haftbefehl.

Im Juni wurden vor allem im Großraum Ingolstadt insgesamt 21 von Neonazis genutzte Objekte durchsucht und dabei u. a. fünf Handgranaten, mehrere Maschinenpistolen, eine Schrotflinte, Waffenteile, Munition und eine große Menge von rechtsextremistischem Propagandamaterial sichergestellt. Zwei der fünf Neonazis, gegen die sich die Maßnahmen richteten, befinden sich in Untersuchungshaft.

#### 2. Rechtsextremistische Skinheadszene

Die weitaus größte Gruppe innerhalb der gewaltbereiten Rechtsextremisten bilden die rechtsextremistischen Skinheads, deren genaue

**Keine rechts-  
terroristischen  
Gruppen in  
Deutschland**

**Neonazis sind  
häufig  
Waffenfetischisten**

**Gefahr von spon-  
tanen Gewalttaten**

**Sicherstellung  
von Waffen bei  
Hausdurch-  
suchungen**

**Schwerpunkt in Ostdeutschland**

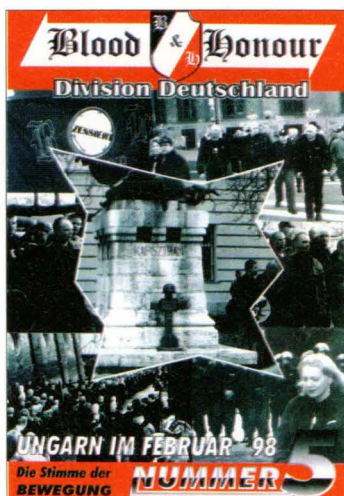
Zahl sich allerdings nicht eindeutig beziffern läßt, da organisatorische Strukturen in der Skinheadszene fast völlig fehlen. Aggressivität und Gewaltbereitschaft verbinden sich hier mit einer – meist nicht programmatisch-ideologischen, sondern eher diffusen – neonazistischen, insbesondere rassistischen, Weltanschauung. Aus dieser Motivlage entspringen oftmals spontane Gewalttaten der Skinheads gegen Fremde oder »Linke«. Viele Jugendliche finden den Einstieg in das rechtsextremistische Milieu über die Musik der Skinheadszene und den Besuch ihrer Konzertveranstaltungen (vgl. Nr. 2.1).

Schwerpunkte der Skinheadszene finden sich in den neuen Ländern – hier vor allem in Ost- und Südhüringen, in Südbrandenburg und Westsachsen – sowie in Ballungsräumen und Großstädten wie Frankfurt/Oder und Berlin. Eine weitere Zunahme des Personenpotentials war vor allem in Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin festzustellen, in dessen östlichen Stadtteilen sich eine starke, teils an der »Blood & Honour«-Bewegung orientierte Szene gebildet hat.

An einzelnen regionalen Brennpunkten gibt es inzwischen Bereiche (z. B. Jugendzentren), in denen Rechtsextremisten faktisch den Ton angeben: meistens in Form von Drohungen oder körperlicher Gewalt. Vor allem die Medien bezeichnen diese Orte häufig als »befreite Zonen«. Dieser Begriff tauchte erstmals 1991 in einem Strategiepapier auf, das vom »Nationaldemokratischen Hochschulbund« (NHB), der Studentenorganisation der NPD, veröffentlicht worden war<sup>3)</sup>. Dort forderte ein unbekannter Autor die Errichtung einer »Gegenmacht von unten«, die aus autonomen Freiräumen für die rechtsextremistische Szene und einer Verdrängung der staatlichen Macht erwachsen sollte. Nachdem dieser Ansatz in der rechtsextremistischen Szene jahrelang nur auf geringe Resonanz gestoßen war, griffen ihn Neonazis in jüngster Zeit wiederholt auf – nicht zuletzt aufgrund der Medienberichterstattung. Es sind jedoch keine Versuche zu erkennen, gemäß der Konzeption des Strategiepapiers das staatliche Gewaltmonopol systematisch aufzulösen und eine Gegenmacht der Nationalisten Deutschlands zu etablieren.

In den alten Ländern besitzt die Skinheadszene im Allgäu (Bayern) überregionale Bedeutung. Auch in Baden-Württemberg, Hamburg und Niedersachsen existieren größere Skinheadszenen.

Den international aktiven Skinhead-Bewegungen »Blood & Honour« und »Hammerskins« ist es gelungen, ihren Einfluß in der strukturlosen deutschen Szene auszubauen. Dies beruht maßgeblich darauf, daß ihre führenden Mitglieder bereits seit Jahren zum Teil der neonazistischen Skinheadszene angehören. Damit verfügen sie über organisatorische Erfahrungen aus der politischen Arbeit der Neonazis und über die Verbindungen in das Milieu der Skinheads.



Gemeinsames Kennzeichen von »Blood & Honour« und »Hammerskins« ist das weniger nationalistisch als vielmehr rassistisch geprägte neonazistische Weltbild. Die Gruppierung »Blood & Honour« hat ihren Ursprung in England. Dort wurde sie in den 80er Jahren gegründet, um der Skinheadszene eine eigene, unabhängige Struktur zu verleihen und sie über rechtsextremistische Musik und Publikationen neonazistisch zu beeinflussen. Mittelpunkt ihrer Ideologie ist die Vorstellung von der Höherwertigkeit der weißen Rasse. Inzwischen gibt

»Blood & Honour«

es »Blood & Honour-Divisionen« in zahlreichen Staaten. Die seit 1995 in Deutschland aktive Vereinigung verfügt hier über rund 150 bis 200 Anhänger; in fast allen Ländern bestehen »Sektionen«. Eine führende Rolle nimmt nach der Schwächung der sächsischen »Sektion« aufgrund organisationsinterner Auseinandersetzungen die Berliner »Sektion« ein. Bedeutung für die Szene hat »Blood & Honour« vor allem durch das regelmäßige Veranstalten von Skinhead-Konzerten erlangt. Zudem gibt die deutsche »Division« nunmehr mit »Blood & Honour Division Deutschland – Stimme der Bewegung« eine eigene Publikation heraus; einige weitere »Sektionen« veröffentlichen ebenfalls eigene Schriften.

Die »Hammerskins« besitzen geringeren Einfluß auf die deutsche Szene. Neben den USA, wo sie in den 80er Jahren gegründet wurden, betätigen sie sich heute u. a. in der Schweiz, in Frankreich, Italien und Tschechien. Ziel ihres elitären, rassistischen Weltbildes ist die globale Vereinigung aller weißen Skinheads in einer »Hammerskin-Nation«. Die »Hammerskins« betreiben die Bildung eigener Strukturen innerhalb der deutschen Skinheadszene allerdings weniger konsequent als die »Blood & Honour«-Bewegung. Ebenso wie diese geben »Hammerskins« aber auch eigene Publikationen, Fanzines, heraus und engagieren sich zunehmend in der Produktion und dem Vertrieb von Skinhead-Musik.

»Hammerskins«

Die systematische Einbindung von Skinheads in rechtsextremistische Organisationen stellt auch weiterhin eine Ausnahme dar. Allerdings versuchen die »Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD) und die »Jungen Nationaldemokraten« (JN), Skinheads gezielt für ihre

**Mobilisierungspotential für rechtsextremistische Veranstaltungen**

### Beteiligung an neonazistischen Kameradschaften

Zwecke zu vereinnahmen und für ihre Veranstaltungen zu mobilisieren. Dies gelang insbesondere dort, wo auf lokaler Ebene schon Kontakte zwischen NPD- bzw. JN-Mitgliedern und Skinheads bestanden.

Diese Beziehungen führen auch dazu, daß Skinheads zuweilen ihre Abneigung gegen die Einbindung in Organisationen aufgeben und sich an Veranstaltungen neonazistischer »Kameradschaften« beteiligen. Sie nehmen dann aber zumeist nur an wenigen »Kameradschaftstreffen« teil und verlassen die Gruppierungen bald wieder. Ihnen mißfallen dort in der Regel die Ideologisierung, die straffe Organisation oder die mangelnde Gewaltbereitschaft.

### Zahl der Skinhead-Bands weiter gestiegen

#### 2.1 Skinhead-Musik

Die Zahl der rechtsextremistischen Skinhead-Musikgruppen hat stark zugenommen. Aktiv waren rund 100 Bands (1997: 70). Durch Neugründungen, Auflösungen und Umbenennungen herrschte eine starke Fluktuation. Sowohl bei Konzerten als auch Studioaufnahmen wirken in vielen Fällen Bandmitglieder verschiedener Gruppen – z. T. unter neuen Bandnamen – zusammen.

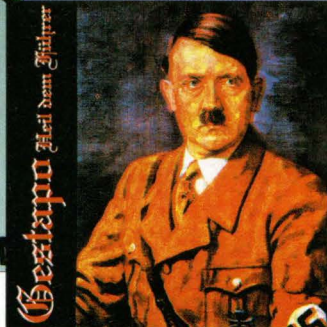
### Tonträger mit volksverhetzenden Texten

Auch 1998 erschienen wieder zahlreiche Tonträger mit strafrechtlich relevanten – meist volksverhetzenden – Inhalten. Dabei handelt es sich vielfach um Neuauflagen oder Coverversionen bereits veröffentlichter Lieder. So enthält zum Beispiel die in diesem Jahr erschienene CD »Halte durch Kamerad« das schon 1996 auf der CD »Republik der Strolche« der Musikgruppe »Landser« erschienene »Afrikalied«<sup>4)</sup>.

Unter dem Titel »Deutsche Wut – Rock gegen Oben« produzierte »Landser« eine neue CD mit volksverhetzenden Texten; sie wurde in den USA hergestellt und auf konspirativen Wegen nach Deutschland eingeführt. Im Oktober beschlagnahmte die Polizei in Berlin 500

Exemplare. Am 18. Dezember verurteilte das Landgericht Berlin in diesem Zusammenhang fünf Aktivisten wegen Volksverhetzung und Verbreiten von Propagandamitteln zu Freiheits- und Jugendstrafen zwischen 6 und 15 Monaten. Die Urteile sind noch nicht rechtskräftig.

Vermehrt wurden CDs produziert, in denen der demokratische Rechtsstaat oder ein-



zelle Politiker verunglimpft werden. Ein eklatantes Beispiel hierfür ist die – inzwischen von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften indizierte – CD »Gute Zeiten, schlechte Zeiten« der Gruppe »Bonzenjäger«. In dem Titel »Kein Freispruch« finden sich Drohungen u. a. gegen führende Politiker. In dem Lied »An alle Richter und Politiker« heißt es:

»Im Namen des Deutschen Volkes gebe ich ein Urteil bekannt:  
Alle Politiker an den Galgen, alle Richter an die Wand.  
Jetzt kommt der Tag der Rache, euer Schicksal ist in unserer Hand.  
Ihr werdet vom Staat bestochen, eure Urteile sind schon vorprogrammiert.  
Euren Eid habt ihr längst gebrochen, und der Judas euch das alles finanziert.  
Jetzt kommt der Tag der Rache, euer Schicksal ist in unserer Hand.«

### Feindbild Staatsmacht

Auch die Konzertveranstaltungen verloren nicht an Attraktivität. 1998 fanden 128 Konzerte statt (1997: 106). Die Besucherzahlen variierten allerdings stark; bei fast zwei Dritteln der Konzerte lagen sie unter 200. Nur wenige Veranstaltungen zählten – etwa wegen der Teilnahme bekannter ausländischer Bands – mehr als 600 Besucher.

### Skinhead-Konzerte

Bei zahlreichen Konzerten wurden Propagandadelikte begangen, u. a. spielten die Bands Lieder mit volksverhetzenden Inhalten, Bandmitglieder oder Besucher grüßten mit »Sieg Heil« oder zeigten den »Hitlergruß«.

Veranstalter sind nicht nur die Skinheadgruppierungen (»Blood & Honour«, »Hammerskins«) und einzelne Szene-Aktivist\*innen. Auch die »Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD) und deren Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten« (JN) sowie einzelne neonazistische »Kameradschaften« versuchen auf diesem Wege, ihren politischen Einfluß auf die Skinheads zu verstärken.

Auch rechtsextremistische Liedermacher, wie der seit 1989 aktive Frank RENNICKE, verzeichnen eine steigende Popularität in der Szene. Häufig werden sie von rechtsextremistischen Organisationen eingeladen, um mit einem musikalischen Rahmenprogramm zusätzliche Teilnehmer für eine politische Veranstaltung zu gewinnen. RENNICKE und sieben weitere rechtsextremistische Liedermacher traten 1998 bei 40 (1997: 23) Konzerten auf. Die Teilnehmerzahl lag zumeist unter 100 Personen. Lediglich RENNICKE, der als Vorbild der übrigen Liedermacher gilt, konnte mehrfach einige hundert Personen mobilisieren.

### Rechtsextremistische Liedermacher

Das zunehmende Interesse an den Liedmachern und ihren im Balladenstil komponierten Musikstücken zeigt sich auch an der gestiegenen Zahl ihrer CD-Veröffentlichungen.

### Verstärkte Vertriebsaktivitäten führender Neonazis

## 2.2 Vertrieb von Skinhead-Musik

Die Zahl der Vertrieber rechtsextremistischer Skinhead-Musik nahm weiter zu. Etwa 50 Vertriebe (1997: 30) boten in größerem Umfang Tonträger und Skinhead-Utensilien an. Immer mehr führende Neonazis beteiligen sich an diesem Geschäft. Sie nutzen den CD-Handel als Einnahmequelle, aber auch zur ideologischen Beeinflussung.

### Verbreitung strafbarer Tonträger aus dem Ausland bei Treffen und Konzerten

Einige deutsche Vertrieber von Skinhead-Musik lassen die von ihnen produzierten und angebotenen Tonträger vorab anwaltlich prüfen, um Strafverfahren zu vermeiden. Trotzdem enthalten die Angebotslisten immer wieder indizierte oder strafbare CDs und MCs. Eine größere Rolle bei der Verbreitung solcher Tonträger spielen aber ausländische Vertrieber, z. B. der in Hillerød (Dänemark) ansässige und auch von Schweden aus operierende Vertrieb »NS 88«. Zwischenhändler veräußern die Artikel bei Skinhead-Treffen und Konzerten. Herstellung, Einfuhr und Vertrieb der Artikel erfolgen zunehmend konspirativ.

### Exekutivmaßnahmen gegen Vertrieber volksverhetzender Musik

Um die Werbung für indizierte und den Verkauf von strafbaren Tonträgern einzudämmen, leiteten die Staatsanwaltschaften zahlreiche strafrechtliche Ermittlungsverfahren gegen Vertrieber rechtsextremistischer Musik ein. Im Juli fanden in sechs Ländern Durchsuchungen statt, bei denen mehrere tausend CDs sowie Geschäftsunterlagen sichergestellt wurden. Ende August und Anfang September erfolgten Durchsuchungen bei den von führenden norddeutschen Neonazis betriebenen Skinhead-Musikvertrieben »Nord-Versand« und »Neuland-Versand«, bei denen rund 500 bzw. 1.100 CDs beschlagnahmt wurden. In ihren Listen hatten beide Firmen Tonträger mit strafbaren Inhalten angeboten. Am 3. November durchsuchte die Polizei in einer bundesweiten Aktion gegen Händler rechtsextremistischer Skinhead-Musik über 70 Objekte. Anlaß war ein Ermittlungsverfahren gegen den Vertrieb »Vincente Directori«. Am 26. November stellte die Polizei bei einer weiteren Exekutivmaßnahme gegen den Inhaber des »Nibelungen-Versands« und zwei Mitbeschuldigte 9.000 CDs sicher. Außerdem wurde ein dinglicher Arrest in Höhe der aus dem illegalen CD-Geschäft stammenden Einnahmen angeordnet und durch Eintragung einer Sicherungshypothek vollstreckt. Darüber hinaus wurden zahlreiche einschlägige Sendungen aus dem Ausland von den Zollbehörden beschlagnahmt. Aufgrund dessen wurden auch Ermittlungsverfahren gegen die Empfänger eingeleitet.

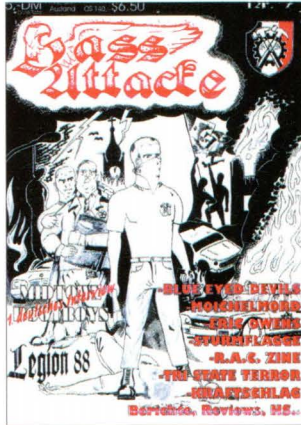
## 2.3 Fanzines

### Anzahl der Fanzines drastisch gestiegen

Die Zahl der rechtsextremistischen Fanzines (Fan-Magazine) hat gegenüber den Vorjahren stark zugenommen und liegt nun bei rund 50 Titeln (1997: 30). Der Verbreitungsgrad der Publikationen ist aller-



dings sehr unterschiedlich: Neben den im Stil einer Musikzeitschrift gehaltenen Magazinen »Rock Nord«, »Neue Doitsche Welle« und »Unsere Welt« besitzen die Fanzines »Hass Attacke«, »Blood & Honour Division Deutschland«, »Foier Frei«, »Doitsche Offensive« und der von einer Rechtsextremistin herausgegebene »Gestiefelte Kater« bundesweite Bedeutung. Ihre Szenereporte, Besprechungen von Tonträgern, Interviews mit einschlägigen Bands und Leserbriefseiten stärken das Gemeinschaftsgefühl der Szene.



In einigen Fanzines nehmen Beiträge über Veranstaltungen und Demonstrationen neonazistischer Gruppierungen – aber auch der NPD und der JN – sowie Artikel zu historischen Themen einen großen Raum ein. Umgekehrt finden sich in neonazistischen Publikationen wie dem »Hamburger Sturm« und dem »Zentralorgan« (vgl. Kap. IV, Nr. 1) spezielle Beiträge oder sogar Beilagen für Skinheads.

## IV. Neonazismus

### 1. Überblick

Für die Neonazis war 1998 ein Jahr der Stagnation und der organisatorischen Fehlschläge. Die Szene konnte ihr Personenpotential (2.400) gegenüber dem Vorjahr nicht weiter ausbauen.

Die informationelle Vernetzung der Szene ist trotz der »Nationalen Info-Telefone« (NIT) und der vermehrten Nutzung des Internet nur teilweise gelungen. Zu sehr stehen dem angestrebten »Netzwerk« die persönlichen und politischen Differenzen der einzelnen Führungspersonen entgegen. Ohne den erwarteten Erfolg blieb auch das Konzept der unabhängigen »Kameradschaften«, mit dem die Neonazis die Auswirkungen der Vereinsverbote unterlaufen wollten. In

**Neonazistische  
Themen**

**Nur teilweise  
Vernetzung  
der Szene**



### Unterschiedliches Erscheinungsbild der »Kamerad- schaften«

Deutschland existieren rund 80 »Kameradschaften«, d. h. örtliche oder regionale Zusammenschlüsse von meist 10 bis 15 Neonazis. Das Erscheinungsbild dieser Gruppen unterscheidet sich sowohl in ihrem Organisationsgrad als auch in den politischen Aktivitäten. »Kameradschaften« mit festen Strukturen weisen eine relativ verbindliche Funktionszuordnung auf, erheben Mitgliedsbeiträge und besitzen oft eigene Embleme. Lockere Zusammenschlüsse kennen vielfach nur regelmäßige Treffen (»Kameradschaftsabende«), die in erster Linie das Zusammengehörigkeitsgefühl stärken sollen. Nur wenige Gruppen zielen mit Demonstrationen oder eigenen Publikationen auf eine bewußte Außenwirkung.

### Überregionale Demonstrationen scheiterten

Das organisatorische Defizit der Neonazis offenbarte sich exemplarisch bei der Vorbereitung für die überregionalen Demonstrationen zum 100. Todestag Otto von Bismarcks (30. Juli) und zum 11. Todestag von Rudolf Heß (17. August). Die ursprünglich als Fanal geplanten Kundgebungen (am 4. Juli in Heidelberg zum Gedenken an Bismarck und am 15. August im Raum Brilon/Nordrhein-Westfalen zum Gedenken an Heß) scheiterten. Gründe hierfür waren nicht nur die Verbote und Maßnahmen der Sicherheitsbehörden, sondern auch die geringe Mobilisierungsfähigkeit der Neonazis. So konnten sie zu den Heß-Aktionen nur noch etwa 200 Aktivisten aufbieten (1997: 800).

### Thomas WULFF und sein Konzept der »Freien Nationalisten«

Als wichtigster Akteur in der Szene gilt der Hamburger Neonazi Thomas WULFF. Er plädiert für ein Konzept, in dem kleinere Gruppierungen, »Kameradschaften« und einzelne Neonazis – insbesondere aus dem norddeutschen Raum – in jederzeit mobilisierbaren »nicht-organisierten Einheiten« zusammenwirken. Diese »Freien Nationalisten« sollen bei Kundgebungen auftreten und als selbständige Gruppe erkennbar sein. So beteiligten sich an der 1. Maidemonstration der »Nationaldemokratischen Partei Deutschlands« (NPD) in Leipzig rund 250 »Freie Nationalisten« und weitere Neonazis in einem geschlossenen Block. Am 13. Juni traten rund 70 »Freie Nationalisten« bei einer Demonstration gegen Arbeitslosigkeit in Lüneburg (Niedersachsen) auf; einem Neonazi war der Zugang zu einer Arbeitsloseninitiative gelungen, in deren Namen er die genannte Demonstration angemeldet hatte.

### Keine Sogwirkung auf die rechts- extremistische Szene

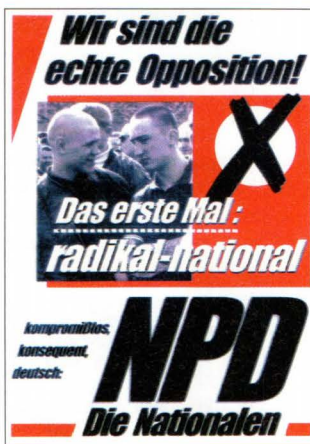
Obwohl WULFF im norddeutschen Raum weiter an Einfluß gewinnen konnte und die dortigen Neonazis enger an sich gebunden hat, blieb die von ihm erhoffte Sogwirkung seiner »Freien Nationalisten« auf das gesamte Spektrum aus.

### Agitation mit tagespolitischen Themen

Der historische Nationalsozialismus rückte zunehmend in den Hintergrund der Agitation. Die Neonazis instrumentalisierten vielmehr aktuelle – häufig durch die Tagespolitik bestimmte – Fragen für ihre politischen Ziele. So heißt es etwa zur Sozialpolitik in der neonazistischen Publikation »Zentralorgan« (ZORG):

»Die letzten Kanzler der BRD haben es gewagt, den Sozialstaat als eine der wichtigsten Stützen des alten Reiches zu zersetzen. Der derzeitige Kanzler möchte seinen Staat in die Einheit eines noch zu schaffenden, utopischen 'Gesamteuropas' einbinden – und damit de facto liquidieren. Zwischen Bismarck und seinen Nachfolgern nach 1949 stehen Welten. Sie haben kein Recht, sich auf ihn zu berufen.«

(»Zentralorgan« Nr. 2, S. 14)



Eine enge Zusammenarbeit der Neonazis besteht mit der NPD und den »Jungen Nationaldemokraten« (JN): Führende Neonazis, wie der ehemalige Vorsitzende des inzwischen aufgelösten neonazistischen Vereins »Die Nationalen e. V.« Frank SCHWERDT, sind inzwischen in die Bundesvorstände von NPD und JN aufgerückt und verstärken dort den neonazistischen Einfluß. Allerdings bleibt die Beziehung zur NPD für die meisten Neonazis ein Verhältnis kritischer Solidarität. Sie befürchten, daß die NPD die Meinungsführerschaft innerhalb

des »Nationalen Widerstandes« erlangen und sie selber verdrängen könnte. Andere führende Neonazis treten deshalb für die Beibehaltung eigener, »autonom« Strukturen ein. Sie wollen keine Annäherung an die NPD, sondern diese allenfalls für die eigenen politischen Ziele nutzen und unter dem schützenden Dach einer Partei neonazistisch agitieren. Gelegentlich nutzen Neonazis die NPD als Forum, um sich öffentlichkeitswirksam in Szene zu setzen. So traten der Hamburger Neonazi Christian WORCH als Redner bei einer NPD-Wahlveranstaltung am 19. September in Rostock und Manfred ROEDER, ehemaliger Rechtsterrorist und Vorsitzender der neonazistischen »Deutschen Bürgerinitiative« (DBI), als NPD-Kandidat für die Bundestagswahl am 27. September auf.

»Anti-Antifa«-Aktivitäten gegen politische Gegner spielten 1998 in der Agitation der Neonazis nur eine untergeordnete Rolle.

Die Ausspähung politischer Gegner und die Veröffentlichung ihrer persönlichen Daten – verbunden etwa mit der Bitte, »ihnen am Telefon die Meinung zu sagen« – wird aber auch zukünftig ein wichtiges neonazistisches Agitationsfeld bleiben.

**Verstärkte  
Zusammenarbeit  
mit NPD und JN**

**Wenig  
»Anti-Antifa«-  
Aktivitäten**

## 2. Neonazistische Organisationen

### 2.1 »Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.« (HNG)

|              |   |
|--------------|---|
| gegründet:   | 1979  |
| Sitz:        | Frankfurt/M.  |
| Vorsitzende: | Ursula MÜLLER   |
| Mitglieder:  | 450 (1997: 400)   |
| Publikation: | »Nachrichten der HNG«,<br>Auflage: rund 600,<br>monatlich |

#### Erneuter Mitgliederzuwachs

Die »Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.« (HNG) konnte ihre Mitgliederzahl weiter erhöhen. Sie ist der mitgliederstärkste neonazistische Zusammenschluß. Als eine der wenigen nach den Verbotsmaßnahmen verbliebenen bundesweiten Organisationen übt die HNG eine ungebrochene Anziehungskraft auf Neonazis aus. Ihre tatsächliche Bedeutung innerhalb der Szene ist allerdings mangels eigener politischer Aktivitäten gering.

#### Dokumentation der »politischen Verfolgung« von Neonazis

In den »Nachrichten der HNG« wird die angebliche »politische Verfolgung in der BRD« mit Beiträgen über »Unrechts- und Willkürmaßnahmen der BRD-Justiz gegenüber nationalen Dissidenten, Regimekritikern, Bürgerrechtlern und anderen politisch Verfolgten« dokumentiert. Über den regelmäßigen Abdruck von »Gefangenenlisten« soll die Broschüre jedem inhaftierten »Kameraden« Kontakte vermitteln und so dessen Verbleiben in der rechtsextremistischen Szene sichern.



#### Agitation gegen das »System«

Die Publikation versteht sich überdies als Kampforgan gegen das »BRD-Regime«. In einem Beitrag »Ein paar Worte an Staatsschützer und Systemschergen« heißt es:

»Bei einer ordentlichen Gewissensanspannung (...) ist es nämlich jedem Staatsschützer (...) möglich zu erkennen, daß der Staatsschutz – soweit er sich gegen nationale Deutsche richtet – lediglich dazu dient, das Bonner System aufrechtzuerhalten, mit anderen Worten: den Bonner S... die Plätze an den Futtertrögen zu erhalten. (...) Wenn man sieht, daß die 'wehrhafte Demokratie' ständig dazu herhalten muß, um nationale Organisationen, Parteien, Versammlungen und Demonstrationen zu verbieten, Beamte aus ihren

Berufen zu entlassen und ganz allgemein Gesinnungsterror auszuüben, dann fragt man sich wogegen sich die 'wehrhafte Demokratie' eigentlich wehrt – gegen Feinde der Demokratie oder etwa gegen eine tatsächliche Volksherrschaft?»

(»Nachrichten der HNG« Nr. 204/98, S. 14 f.)

## 2.2 »Freiheitlicher Volks Block« (FVB)

|               |                    |
|---------------|--------------------|
| gegründet:    | 1994               |
| Sitz:         | Nürnberg           |
| Vorsitzender: | Konrad PETRATSCHEK |
| Mitglieder:   | 100 (1997: 100)    |
| Publikation:  | »FVB-Spiegel«      |

Der »Freiheitliche Volks Block« (FVB), der sich selbst als »Partei des deutschen Aufbruchs« bezeichnet, unterhält Landesverbände in Baden-Württemberg, Bayern, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein. In anderen Bundesländern ist er nur mit einzelnen Mitgliedern vertreten. Führende Funktionäre gehörten der im Juli 1993 durch den Innenminister von Baden-Württemberg verbotenen neonazistischen »Heimattreuen Vereinigung Deutschlands« (HVD) an.

Die Entwicklung des FVB stagnierte, seine Aktivitäten gingen zurück. Dennoch erhebt der FVB weiterhin einen Führungsanspruch im nationalen Lager. So heißt es auf dem FVB-Flugblatt »Klare Fronten!« zu den Parteien »Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD), »Deutsche Volksunion« (DVU) und »Die Republikaner« (REP):

»Hinfort mit der verbrecherischen unfähigen Führung im nationalen Lager. Die Kampfansage gilt all denjenigen, die durch ihren Egoismus, Unfähigkeit und Verrat den Deutschnationalen seit Jahren schaden. Wer nicht gewillt ist, Platz für die neue Generation zu machen denen raten wir: Nehmt euch vor uns in acht. Wir sind im Kommen und werden Tag für Tag stärker! Wir räumen in den eigenen Reihen auf!

Wir fordern alle Kameraden und Kameradinnen, sowie alle nationalen Organisationen und Gruppierungen, die diese Mißstände in unseren Reihen erkannt haben, auf, sich einzureihen, um mit uns diesen schweren Kampf zu führen!«

(FVB-Flugblatt: »Klare Fronten!« von Ende 1997/Anfang 1998)

**Stagnation im strukturellen Aufbau**

**Führungsanspruch im »nationalen Lager«**

### 2.3 Neonazikreis um Frank SCHWERDT (ehemals »Die Nationalen e. V.«)

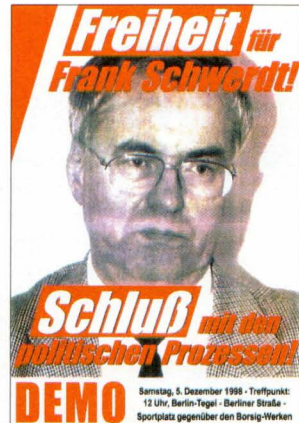
|              |   |
|--------------|---|
| Hochburgen:  | Berlin und Brandenburg  |
| Leitfigur:   | Frank SCHWERDT  |
| Mitglieder:  | ca. 150 (einschließlich beeinflusster »Kameradschaften«) <sup>*)</sup>          |
| Publikation: | Internet-Ausgabe der »Berlin-Brandenburger – Zeitung der nationalen Erneuerung« |

<sup>\*)</sup> Schätzung beruht auf dem letzten Mitgliederbestand der »Nationalen e. V.«

»Die Nationalen e. V.«, der aktivste neonazistische Verein mit überregionaler Bedeutung, hat sich im November 1997 aufgelöst. Der bis dahin in dem Verein organisierte Personenkreis setzte auch 1998 seine Aktivitäten fort. Hervorzuheben sind insbesondere ein Medienprojekt, dessen Aktivitäten von einem »Arbeitskreis Vernetzte Medien« koordiniert werden, sowie die Einflußnahme auf »Kameradschaften« im Raum Berlin.

Die politische Arbeit konzentriert sich auf den Kampf gegen angebliche staatliche Willkür. So hielt die Leitfigur Frank SCHWERDT mehrfach Vorträge zur Thematik »Die Justiz als politische Waffe« <sup>5)</sup>, in denen er der deutschen Justiz Rechtsbeugung vorhielt, wie man sie nur aus totalitären Staaten kenne.

SCHWERDT sah zu diesem Zeitpunkt bereits der Verbüßung einer Haftstrafe wegen Volksverhetzung entgegen. Mit Blick auf den Straftritt am 24. Juni versuchte er deshalb, die anstehende Inhaftierung für die weitere politische Agitation zu instrumentalisieren und so die Phase seiner Inaktivität zu überbrücken. Da sich aber auch sein ideologischer Weggefährte Christian WENDT in der Zeit von Mai bis



#### Haftstrafen der Leitfiguren lähmen Aktivitäten

Dezember in Haft befand, kamen die Aktivitäten des Personenkreises fast zum Erliegen.

Die von SCHWERDT herausgegebene »Berlin-Brandenburger – Zeitung der nationalen Erneuerung« (BBZ) ist einschließlich der Regionalausgaben 1998 nicht mehr als Printausgabe erschienen und wurde lediglich sporadisch über das Internet verbreitet. Auch der 1997 aufgelegte Pressedienst »BBZ.Aktuell« wurde bereits im März wieder eingestellt.

SCHWERDT betätigte sich zudem im »Vortrag-Buch-Reise-Verlag« (VBR), über den er u. a. Tonträger verschiedener rechtsextremistischer Liedermacher und Skinhead-Bands offerierte. Der Verlag hat nach Exekutivmaßnahmen wegen der Veröffentlichung einer CD mit teilweise gewaltverherrlichendem Inhalt sowie wegen der Inhaftierung SCHWERDTs seine Aktivitäten eingestellt.

Nach einjährigem Sendeverbot strahlt »Radio Germania« seit Mai wieder Sendungen über den »Offenen Kanal Berlin« aus. Verantwortlich zeichnet Mike PENKERT, ehemals Beisitzer im Vorstand der »Nationalen e. V.« und Anführer der »Kameradschaft Beusselkiez«. Die Inhalte von »Radio Germania« sind häufig deckungsgleich mit den Ansagen des seit Oktober 1997 von PENKERT betriebenen »Nationalen Info-Telefons Preussen«.

Die von SCHWERDT beeinflussten »Kameradschaften« verzeichneten nur einen geringen Zulauf. Öffentlichkeitswirksame Aktionen – wie das Verteilen von Flugblättern – gingen hauptsächlich von der 1995 gegründeten »Kameradschaft Treptow« aus. In einem Ende Februar zum Gedenken an Horst Wessel verteilten Flugblatt dieser Gruppe hieß es:

»Die zahlreichen Aktionen gegen uns (...) sollten uns nicht davon abhalten, jenem großen Ziele zuzuarbeiten, dem schon Horst Wessel verpflichtet war. (...) Der Kampf geht weiter, bis es heißt: 'Sturm 5 ist überall!'«

Die »Kameradschaft Schöneberg« verteilte im März Flugblätter in ihrem Stadtteil von Berlin. Die »Kameradschaft Prenzelberg/Mitte« ist seit September mit einer eigenen Seite im Internet vertreten. Die Homepage enthält u. a. Liedtexte und Texte mit revisionistischem, fremdenfeindlichem und nationalistischem Einschlag.

Ehemalige Mitglieder der »Nationalen e. V.« bemühen sich intensiv um Einfluß in der »Nationaldemokratischen Partei Deutschlands« (NPD). SCHWERDT, seit 1997 Mitglied der NPD, wurde auf dem Bundesparteitag im Januar als Beisitzer in den Bundesvorstand gewählt. Weitere ehemalige Funktionäre der »Nationalen e. V.« traten

**Nationaler  
Medienverband**

**Aktivitäten  
beeinflusster  
»Kameradschaften«**

**Einflußnahme auf  
die »National-  
demokratische  
Partei  
Deutschlands«**

ebenfalls in die NPD oder bei den »Jungen Nationaldemokraten« (JN) ein. Anfang 1998 gründeten einige die »Aktionsgemeinschaft nationaler Sozialisten in und außerhalb der NPD« (AgNS).

## V. Parteien

### 1. »Die Republikaner« (REP)

|                      |   |
|----------------------|---|
| gegründet:           | 1983  |
| Sitz:                | Berlin  |
| Bundesvorsitzender:  | Dr. Rolf SCHLIERER  |
| Mitglieder:          | 15.000 *) (1997: 15.500)  |
| Publikation:         | »Der Republikaner«,<br>Auflage: 20.000,<br>monatlich  |
| Unterorganisationen: | »Republikanische Jugend« (RJ),<br>»Republikanischer Bund der<br>öffentlich Bediensteten« (RepBB),<br>»Republikanischer Bund der<br>Frauen« (RBF),<br>»Republikanischer Hochschul-<br>verband« (RHV) |

\*) Die Partei selbst gibt höhere Zahlen an (15.500 bzw. 16.500).

#### 1.1 Zielsetzung

Bei der Partei »Die Republikaner« (REP) bestehen weiterhin tatsächliche Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen: Wenn auch ihr Bundesvorsitzender Dr. Rolf SCHLIERER um ein seriöses rechtskonservatives Erscheinungsbild seiner Partei bemüht ist, machen einflußreiche Gruppen bzw. Funktionäre in der Partei gleichwohl ihre Ablehnung gegenüber der freiheitlichen demokratischen Grundordnung deutlich. Ihre Kritik an bestehenden Verhältnissen kann nicht als Beitrag zur demokratisch gewollten Debatte gewertet werden, sie läßt vielmehr die fundamentale Ablehnung von wesentlichen Prinzipien unserer Verfassung erkennen und findet ihre Ausprägung in Fremdenfeindlichkeit, Relativierung der Verbrechen des Dritten Reiches, Agitation gegen das Demokratieprinzip sowie in der Zusammenarbeit mit Rechtsextremisten.



Die REP schüren Ängste vor »Überfremdung«, sprechen von »Umvolkern« und beschwören eine vermeintlich drohende »Ersetzung« des deutschen Volkes durch eine »multikulturelle Mischbevölkerung«. So erklärte der geschäftsführende stellvertretende Bundesvorsitzende Christian KÄS auf dem »Republikanertag« am 3. Oktober in Stuttgart:

### Fremden- feindlichkeit

»Wenn man von Bedrohungen Deutschlands spricht, kommt man an einer keinesfalls vorbei. Ich meine die Überfremdung. (...) Ich fühle mich auf den Straßen eben nicht wohl, wenn ich mitten in Deutschland den Eindruck habe, in Afrika zu sein<sup>6)</sup>. (...) Jetzt ist das Volk aufgerufen, nachdem es Kohl aus dem Amt entfernt hat, nun auch jene Umvolker aus ihren Sesseln zu fegen, die Tag für Tag daran arbeiten, daß das Deutschein schon bald getilgt wird. (...) Wir haben nur ein Land, in dem wir die Herren sind! Deshalb muß Deutschland den Deutschen bleiben!«<sup>7)</sup>

Der Bundesvorsitzende Dr. Rolf SCHLIERER bezeichnete nach einer Pressemitteilung der Bundesgeschäftsstelle vom 15. Oktober die rot-grüne Koalitionsvereinbarung zur Reform des Staatsbürgerschaftsrechts als Anschlag auf das deutsche Staatsvolk. Kaltblütig tauschte die neue Regierung das eigene Volk aus, von dem sie sich eben noch habe wählen lassen. Das deutsche Staatsvolk werde Schritt für Schritt durch eine multikulturelle Mischbevölkerung ersetzt.

Die fremdenfeindliche Agitation der REP trägt gelegentlich sogar rassistische Züge. In einem 1998 verbreiteten Flugblatt gegen die Errichtung einer Zentralstelle zur Bekämpfung des Extremismus in Thüringen setzt der Kreisverband Altenburger Land (Thüringen) Ausländer und Asylanten mit Tieren gleich:



»Die Deutschen werden verunfähig und als Extremisten abgestempelt. Auf ihnen wird herumgetrampelt und aus der Mitte des Volkes geekelt, um Ausländern, Asylanten und Tieren Platz zu machen.«

Bezeichnend für die – die Menschenwürde verletzende – fremdenfeindliche Agitation der REP ist darüber hinaus die diffamierende Verwendung des Begriffs »Neger« für alle Farbigen; auch ist von einer »Vermenschung« der verschiedenen Rassen die Rede. So erklärte der – inzwischen aus anderem Grund amtsenthobene – stellvertre-



tende Landesvorsitzende von Nordrhein-Westfalen Reinhard WNNENDT <sup>8)</sup> im Info-Telefon seines Kreis- bzw. Ortsverbands:

»Als sogenannte Asylbewerber an die Geldtöpfe unserer Sozialkassen vorgedrungene Neger gehen hier weiterhin ihrer Kultur nach <sup>9)</sup>. (...) Man muß sich manches Mal schämen, ein Plettenberger zu sein. Ich fahre oft mit der Bundesbahn. Je später man abends fährt, desto mehr Neger fahren im Zug mit.« <sup>10)</sup>

Mit unzulässigen Simplifizierungen verquickt die Partei wirtschaftliche und soziale Fragen sowie Probleme der inneren Sicherheit mit der Zuwanderung von Ausländern – insbesondere von Asylbewerbern. Indem sie Ressentiments gegen Fremde schürt, distanziert sich die Partei vom Menschenbild des Grundgesetzes und verschließt sich den Prinzipien der Menschenwürde, der Gleichheit, der Toleranz und des Minderheitenschutzes. Bestrebungen, solche grundlegenden Prinzipien des Grundgesetzes abzuschaffen oder einzuschränken, sind verfassungsfeindlich.

SCHLIERER bezeichnete eine weitere Zuwanderung und Einbürgerung von Ausländern als »schleichende Landnahme«, die den inneren und sozialen Frieden in Deutschland gefährde <sup>11)</sup>.

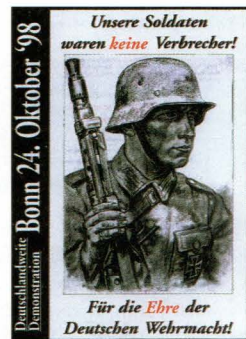
In einem an »Jungwähler« gerichteten Werbeblatt heißt es:

»Durch eine Massenaufnahme von Menschen aus vielerlei Volksgruppen werden wir vollends zur multikulturellen Gesellschaft, die unweigerlich zu einer multikriminellen Gesellschaft werden wird.«  
(»Junge Deutsche«, 1/98, S. 1)

Durch die demagogische Gleichsetzung von multikulturell mit multikriminell stempeln die REP pauschal jeden Ausländer zum potentiellen Gesetzesbrecher.

Die REP versuchen unverändert, das nationalsozialistische Regime zu verharmlosen und dessen Verbrechen zu relativieren. Hierzu nutzen sie auch die öffentliche Auseinandersetzung um die Wanderausstellung »Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944«. Sie werfen den Initiatoren vor, in übelster Weise durch Verfälschungen und Lügen das Andenken einer ganzen Nation an die Kriegsgeneration zu beschmutzen <sup>12)</sup>. Sie nutzen scheinbare punktuelle Übereinstimmungen mit

### Äußerungen zur deutschen Vergangenheit



demokratischen Kritikern der Ausstellung, um ihrem Vorwurf einer umfassenden Verzerrung der deutschen Geschichte durch die historische Forschung mehr Glaubwürdigkeit zu verleihen. Über die einmal geweckten Zweifel an der Seriosität des etablierten Geschichtsbildes soll zugleich das Unwerturteil über die nationalsozialistische Diktatur zumindest relativiert werden.

Mit dieser Methode versuchen Rechtsextremisten, der gesellschaftlichen Ächtung zu entinnen, die sich aus ihrer – mehr oder minder starken – ideologischen Nähe zum Nationalsozialismus ergeben hat.

Der Landesverband Niedersachsen behauptete in einer vom Landesparteitag am 17. Oktober verabschiedeten Resolution, die sogenannte Wehrmachtsausstellung sei ein »Mittel der ideologischen Propaganda«, das der geschichtlichen Manipulation und Desinformation diene<sup>13)</sup>.

In gleicher Weise forderte die »Republikanische Jugend Hessen« in einem Flugblatt zu einer Protestkundgebung gegen die sogenannte Wehrmachtsausstellung am 6. Juni in Kassel, gemeinsam ein Zeichen zu setzen »gegen Geschichtsfälschung und pauschale Verunglimpfung der gesamten Kriegsgeneration«.

Auf dem »Republikanertag« am 3. Oktober in Stuttgart wandte sich KÄS gegen ein Holocaust-Denkmal in Berlin mit den Worten:

»Wir wünschen es nicht, über Generationen hinweg unter das Joch einer verlogenen Vergangenheitsbewältigung gezerrt zu werden.«<sup>14)</sup>

Ebenso agitierte die »Republikanische Jugend« des Landesverbands Berlin in einem Flugblatt vom Jahresbeginn 1998. Dort heißt es unter der Überschrift »Der Verrat an der deutschen Jugend«:

»Keine Schulausflüge mehr zu sogenannten 'Gedenkstätten', denn diese Massenvergangenheitsbewältigung ist ein Verbrechen an den Seelen der Schüler! Ihnen darf kein falsches Geschichtsbild aufgezwungen werden.«



### Agitation gegen das Demokratie- prinzip

Ein stetes Thema der REP ist die angebliche »Umerziehung« (Re-education) des deutschen Volkes durch die Alliierten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Die ständige Verwendung des Begriffs der »Umerziehung« für die Wiederbegründung der deutschen Demokratie unter Einfluß der westalliierten Besatzungsmächte nach 1945 und die abwertenden Äußerungen über demokratische Parteien und deren Politiker in ihrer Gesamtheit sind nach dem Urteil des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts vom 26. Juni 1997 mit dem Demokratieprinzip des Grundgesetzes unvereinbar; hier wird die Gegnerschaft zum Mehrparteienprinzip deutlich <sup>15)</sup>. Der Vorwurf einer aufgezwungenen – und somit illegitimen – Verfassung stellt denknotwendig die Rechtmäßigkeit der freiheitlichen Demokratie der Bundesrepublik Deutschland in Frage. Nach Auffassung der REP konnte der westliche Parlamentarismus nur etabliert werden, weil die Deutschen angesichts der dramatisierten Naziverbrechen jeglichen politischen Selbstbehauptungswillen aufgegeben hatten und so der weiteren »Umerziehung« wehrlos ausgeliefert waren.

So agitiert ein Frankfurter Stadtverordneter der REP im Parteiorgan »Der Republikaner« unter der Überschrift »Die Republik im Schröder-Fieber – ein Stück aus dem Tollhaus!«:

»Die schleichende Amerikanisierung der bundesdeutschen Politik, das Ergebnis jahrzehntelang von der etablierten politischen Klasse eifrig betriebener Re-education, treibt hier personifizierte Früchte. (...) Die unablässige Entwertung aller Werte, die emsige Unterminierung aller gesellschaftlichen Spielregeln durch das Kartell aus linken Medien und allein auf sich bedachten Altparteien zeigt nun ihr verhängnisvolles Erbe.«

(»Der Republikaner«, Ausgabe 4/98, S. 2)

Die »Republikanische Jugend« im Landesverband Berlin erklärte in einem Anfang 1998 veröffentlichten Flugblatt »Ethik – Unterrichtsfach gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit«:

»Statt der so erfolgreichen 'Erziehung nach Auschwitz' nun die Erziehung nach Solingen? (...) Die Jugend soll veranlaßt werden, alle Werte aufzugeben, die für den Fortbestand einer Nation von elementarer Bedeutung sind. Konfliktfreies Zusammenleben mit aller Welt soll eingeübt werden, Verständnis für alles und jedes, Duldung alles Fremden bis zur Selbstverleugnung und Selbstaufgabe. Toleranz als Schmiermittel der geplanten multikulturellen Gesellschaft. Mißbrauch der Schule für eine neue Umerziehung – Dazu sagen wir Republikaner NEIN. Bedingungslos NEIN!«

In polemischer, teilweise diffamierender und verunglimpfender Weise attackieren die REP auch Institutionen und Repräsentanten der freiheitlichen Demokratie. Der demokratische Rechtsstaat soll insgesamt als untauglich, korrupt und gegen die Interessen des Volkes gerichtet erscheinen und wird als nicht mehr reformierbar hingestellt. Daraus kann nur gefolgert werden, daß die bestehende freiheitliche demokratische Grundordnung durch ein nicht den Demokratieansprüchen des Grundgesetzes entsprechendes »System« ersetzt werden soll.

### Hetze gegen Institutionen und Repräsentanten

So fordern die REP in ihrem »Programm der neuen Länder zur Bundestagswahl 1998« dazu auf, die »fortwährende schleichende Außerkräftsetzung der festgeschriebenen Rechte unseres Grundgesetzes« nicht länger hinzunehmen, und behaupten:

»Demokratie und Recht sind in Gefahr! (...) Regierung, Parlamente und Behörden sind von linken Extremisten durchsetzt. Diese versuchen durch Machtmißbrauch von der heute weit verbreiteten Korruption abzulenken und mittels Volksverdummung und Propaganda jede echte demokratische Opposition zu verhindern.«

In einem Flugblatt des Landesverbands Nordrhein-Westfalen vom Januar heißt es unter dem Titel »Es geht aufwärts in Deutschland«:

»Es ist nicht zu erwarten, daß die politischen Kräfte, die für die Demontage Deutschlands verantwortlich sind, eine Wende herbeiführen können. Das politische System kann sich selbst nicht mehr reformieren. (...) Es gilt die Demokratie zu demokratisieren und die Freiheit wiederherzustellen. In unserem Land hat sich ein quasi totalitärer Ungeist etabliert (...).«

## 1.2 Organisation und Entwicklung

Während sich die REP in den letzten beiden Jahren konsolidieren und ihre Mitgliederzahl steigern konnten (1996: 15.000; 1997: 15.500), mußten sie 1998 einen leichten Rückgang auf 15.000 Mitglieder verzeichnen. Ursächlich dafür dürften aufeinanderfolgende Niederlagen bei den Landtagswahlen im März in Niedersachsen, im April in Sachsen-Anhalt, im September in Bayern und Mecklenburg-Vorpommern und bei der Bundestagswahl sowie die damit verbundenen Querelen über den Kurs der Partei gewesen sein.

### Niederlagen und Streit

Insbesondere der von SCHLIERER vorgegebene Abgrenzungskurs gegenüber rechtsextremistischen Organisationen löste immer wieder Streitigkeiten aus: Vor allem entbrannte der innerparteiliche Richtungsstreit nach dem Wahldesaster in Sachsen-Anhalt. So mehrten

### Bekannter Neonazi als Redner

sich die Stimmen, die den Kurs SCHLIERERs kritisierten und einen Richtungswechsel verlangten. Der stellvertretende Bundesvorsitzende Christian KÄS forderte etwa in einer Pressemitteilung vom 29. April das Ende der »Leisetreteri« sowie mehr Flexibilität im Umgang mit politischen Konkurrenten. Aus dem Streit um die richtige Taktik suchte KÄS zugleich, persönliches Kapital zu schlagen und sich als Alternative für den umstrittenen Bundesvorsitzenden SCHLIERER zu profilieren. Nach Mitteilung der »Nationalen Info-Telefone« (NIT) »Rheinland« und »Preussen«<sup>16)</sup> habe KÄS gemeinsam mit dem Neonazi Thomas WULFF am 6. Juni in Kassel bei einer Protestkundgebung der »Republikanischen Jugend« gegen die Wehrmachtausstellung gesprochen<sup>17)</sup>. Mit der Duldung der offiziellen Präsenz eines führenden Neonazis bei einer REP-Veranstaltung hat er gegen den Abgrenzungskurs seines Vorsitzenden verstoßen<sup>18)</sup>. Auf dem »Republikanertag« am 3. Oktober in Stuttgart wandte sich KÄS erneut gegen den Abgrenzungskurs SCHLIERERs und erklärte, der »Spaltungsparteitag von Ruhstorf«<sup>19)</sup> sei ein Fehler gewesen<sup>20)</sup>.

Diese offene Kritik unterstützte auch der damalige stellvertretende nordrhein-westfälische Landesvorsitzende Reinhard WNENDT<sup>21)</sup>. Der von ihm geführte REP-Kreisverband Mark verlangte in einer »Iserlohner Resolution« vom 29. April, den Abgrenzungsbeschluss aufzuheben und die »Deutsche Volksunion« (DVU) in eine »national-konservative Basis« einzubeziehen.

Ebenso argumentierten führende Opponenten im REP-Landesverband Sachsen-Anhalt. Am 28. April versandte der damalige Landesvorsitzende Wolfgang HÖBER<sup>22)</sup> ein mit »Schlierer, jetzt reicht es!« betiteltes Rundschreiben an alle Landesgeschäftsstellen. Darin erklärte er, die REP in Sachsen-Anhalt würden »mit ganzer Kraft und ganzem Herzen die DVU und ihre vom Volk frei gewählten Abgeordneten« unterstützen, und fügte hinzu: »Sollte uns Dr. Frey die Hand entgegenstrecken, werden wir sie nicht ausschlagen!« Der Bundesvorstand der DVU akzeptierte – einer Pressemitteilung vom 29. Mai zufolge – das Angebot der REP in Sachsen-Anhalt zur Zusammenarbeit unter dem Dach der DVU.

### Führender Rechtsterrorist als Referent

Die mangelnde Distanz vieler Mitglieder der REP zu Rechtsextremisten läßt sich durch weitere Beispiele belegen: Nach Angaben der Zeitung »Werra-Blitz« (24./25. Januar) referierte der Neonazi und frühere Rechtsterrorist Peter NAUMANN im Januar auf einer Veranstaltung des REP-Kreisverbands Werra-Meißner zum Thema »Multi-kultur warum?«. Mitglieder der REP publizierten wiederholt in rechtsextremistischen Publikationen. So warf der Besitzer im REP-Landesvorstand Hessen Erich FUCHS dem Bundesvorsitzenden SCHLIERER in der rechtsextremistischen Zeitschrift »Nation & Europa« vor, er habe Kooperationsangebote der DVU vorschnell

abgelehnt<sup>23)</sup>. Der Protagonist einer »Vereinigten Rechten« Hans RUSTEMEYER plädierte unter Hinweis auf seine REP-Mitgliedschaft in der rechtsextremistischen Publikation »Signal« ebenfalls für eine enge Zusammenarbeit von REP und DVU<sup>24)</sup>.

Trotz dieser Kritik wurde SCHLIERER auf dem Bundesparteitag am 21./22. November in Neufraunhofen bei Landshut (Bayern) mit rund 81% der abgegebenen Stimmen in seinem Amt als Bundesvorsitzender bestätigt. Der einzige – vorab benannte – Gegenkandidat Christian KÄS hatte seine Kandidatur kurz vor dem Wahlgang zurückgezogen. Er wurde – mit dem zweitbesten Ergebnis – zu einem der fünf Stellvertreter SCHLIERERs gewählt. Nach einer Presseerklärung der REP-Bundesgeschäftsstelle vom 23. November war SCHLIERER bereits vor dem Bundesparteitag am 17. November mit dem DVU-Bundesvorsitzenden Dr. Gerhard FREY zusammengetroffen. Man habe vereinbart, eine unnötige Konkurrenz zwischen REP und DVU bei künftigen Wahlen zu vermeiden, um »nationalen Interessen in der deutschen Politik zu einem größeren Einfluß zu verhelfen«. SCHLIERERs Taktik – formale Beibehaltung des Abgrenzungsbeschlusses und vereinzelte Wahlabsprachen mit der DVU – zeigt, wie weit er seinen innerparteilichen Kritikern entgegenkommen mußte, um sie in die Gesamtpartei zu integrieren.

**Wiederwahl  
SCHLIERERs**

**Treffen  
FREY/SCHLIERER**

Bei der Landtagswahl in Niedersachsen am 1. März erhielt die Partei 2,8% (1994: 3,7%) der Stimmen. Die Kampagne zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 26. April war überschattet von monatelangen Querelen zwischen führenden Repräsentanten des Landesverbands und der Bundesführung: Während die Landesfunktionäre mit dem ehemaligen stellvertretenden REP-Bundesvorsitzenden Dr. Rudolf KRAUSE an der Spitze eine Zusammenarbeit mit Rechtsextremisten, insbesondere mit der DVU, befürworteten, hielt die Bundesspitze an ihrem Abgrenzungskurs fest und drängte auf eine Listenverbindung der REP mit der »Deutschen Sozialen Union« (DSU) und der »Demokratischen Erneuerung« (DE). Der Landeswahlleiter ließ diese Listenverbindung jedoch aus formalen Gründen nicht zu. Die aufgrund dessen alleine kandidierenden REP erzielten lediglich 0,7% der Stimmen (1994: 1,4%).

**Teilnahme an  
Wahlen**

Die Partei konzentrierte ihre Kräfte danach auf die Landtags- und Bezirkstagswahlen in ihrem »Stammland« Bayern am 13. September. Noch im Wahlkampf zeigte sich die REP-Führung zuversichtlich, mit einem deutlich über 5% liegenden Ergebnis in den Bayerischen Landtag einzuziehen und damit in dieser »Schicksalswahl« ein »leuchtendes Signal«<sup>25)</sup> für die nachfolgende Bundestagswahl zu setzen. Obgleich in Bayern die konkurrierende DVU nicht antrat, erreichten die REP nur 3,6% der Stimmen (1994: 3,9%). Der Bundesvorstand erklärte das neuerliche Scheitern vor allem mit einer (angeblichen)



Übernahme der typischen Republikaner-Themen durch die CSU und mit der starken Konkurrenz der Freien-Wähler-Gemeinschaften. Bei den Wahlen zu den Bezirkstagen der bayerischen Regierungsbezirke errangen die REP 6 Mandate (1994: 5).

Die Bundestagswahl am 27. September endete für die REP zwar mit weiteren Verlusten; sie blieben mit 1,8% der Stimmen (1994: 1,9%) jedoch vor DVU und »Nationaldemokratischer Partei Deutschlands« (NPD) stärkste Partei. In Baden-Württemberg erzielten die REP sogar 4% (1994: 3,1%). Ihren Wahlkampf hatte die Partei mit Slogans wie »Deutsche Interessen zuerst!«, »Schluß mit der Euro-Ausbeutung!«, »Deutsche Arbeitsplätze zuerst für Deutsche!«, »Die Zuwanderung stoppen – jetzt!« und »Schluß mit Parteienfilz und Klüngelwirtschaft!« geführt.

Als Reaktion auf den Wahlausgang kündigte der Bundesvorsitzende Dr. SCHLIERER an<sup>26)</sup>, die Partei werde in den nächsten Wahlkämpfen ihren Kurs beibehalten, ihre Themen jedoch härter und akzentuierter ansprechen.

Bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern am 27. September erreichte der schwache REP-Landesverband gegen starke Konkurrenz von DVU und NPD nur 0,5% der Stimmen (1994: 1,0%).

Die Kommunalwahlen am 27. September in Brandenburg, zu denen die REP nur punktuell antraten, erbrachten der Partei ein Kreistags- und drei Stadtverordnetenmandate.

### Gerichtsverfahren

Am 12. August beantragte der REP-Landesverband Bayern beim Verwaltungsgericht München eine einstweilige Anordnung gegen den Freistaat Bayern. Diesem sollte untersagt werden, die Partei »Die Republikaner« und insbesondere den Landesverband Bayern weiterhin als rechtsextremistische Partei zu bezeichnen. Die REP bezogen sich dabei auf die »Verfassungsschutz-Informationen Bayern, 1. Halbjahr 1998«. Gleichzeitig erhob der REP-Landesverband Klage in der Hauptsache. Insgesamt sind dort 12 Verfahren anhängig.

Das Verwaltungsgericht Berlin untersagte mit Urteil vom 31. August dem Landesamt für Verfassungsschutz Berlin u. a. die weitere Beobachtung des REP-Landesverbands mit nachrichtendienstlichen Mitteln und erklärte die Nennung der Partei im Verfassungsschutzbericht Berlin 1997 für rechtswidrig. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Mit Beschluß vom 13. Oktober hat der 1. Wehrdienstsenat des Bundesverwaltungsgerichts die Versetzung eines Bundeswehr-offiziers wegen seiner aktiven REP-Mitgliedschaft auf einen nicht-sicherheitsrelevanten Dienstposten für zulässig erklärt. Es liege ein Sicherheitsrisiko vor, wenn tatsächliche Anhaltspunkte Zweifel am Bekenntnis eines Soldaten zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder am jederzeitigen Eintreten für deren Erhaltung begründeten. Da die REP von den Verfassungsschutzbehörden beobachtet würden und der Offizier für die Partei in herausgehobener Stellung tätig gewesen sei und sich mit den Zielen der REP identifiziere, müsse er sich die verfassungsrechtlichen Zweifel hinsichtlich der Partei als persönliches Sicherheitsrisiko zurechnen lassen.

Der REP-Landesverband Baden-Württemberg erhob am 5. November Klage gegen das Land Baden-Württemberg mit dem Ziel, dem Land die Beobachtung des Landesverbands mit nachrichtendienstlichen Mitteln zu untersagen <sup>27)</sup>.

## 2. »Deutsche Volksunion« (DVU)

|                     |   |
|---------------------|---|
| gegründet:          | 1987 <sup>*)</sup>  |
| Sitz:               | München   |
| Bundesvorsitzender: | Dr. Gerhard FREY  |
| Mitglieder:         | 18.000 (1997: 15.000) <sup>**)</sup>  |
| Publikationen:      | »Deutsche National-Zeitung« (DNZ),<br>Auflage: 37.000 (geschätzt),<br>wöchentlich;<br>»Deutsche Wochen-Zeitung/<br>Deutscher Anzeiger« (DWZ/DA),<br>Auflage: 20.000 (geschätzt),<br>wöchentlich |

<sup>\*)</sup> DVU e. V. 1971 als Verein gegründet, 1987 als Partei konstituiert, 1987 - 1991 »DVU-Liste D«

<sup>\*\*)</sup> Dr. Frey nennt höhere Zahlen

### 2.1 Zielsetzung

Die »Deutsche Volksunion« (DVU) wurde wieder mitgliederstärkste Partei im rechtsextremistischen Spektrum. Dominiert wird sie von ihrem Bundesvorsitzenden Dr. Gerhard FREY, der zudem mit der »Deutschen National-Zeitung« (DNZ) und der »Deutschen Wochen-Zeitung/Deutscher Anzeiger« (DWZ/DA) die auflagenstärksten rechtsextremistischen Publikationen in Deutschland herausgibt <sup>28)</sup>. Die Zeitungen gelten – wegen der uneinge-





schränkt beherrschenden Stellung FREYs in der DVU <sup>29)</sup> – als die Presseorgane der Partei und spiegeln deren programmatische Linie wider. Die Zeitungen verfahren nach dem Muster, tagespolitische Ereignisse agitatorisch zu verzerren und für die eigenen Zwecke zu instrumentalisieren. So prangern die Redakteure bei ihren Angriffen gegen die Europäische Union z. B. die »betrügerische Währungsunion« <sup>30)</sup> an und verbreiten, Deutschland sei angeblich in die Euro-Falle gelockt worden <sup>31)</sup> bzw. werde als Melkkuh <sup>32)</sup> der Europäischen Union ausgenutzt. Die Argumentation fußt auf der von Rechtsextremisten propagierten Auffassung, Deutschland werde von den Siegerstaaten des Zweiten Weltkriegs auch heute noch beherrscht und – nunmehr in Gestalt der Europäischen Einigung – seiner nationalen Souveränitätsrechte beraubt und wirtschaftlich geschwächt. So verknüpft die DNZ beispielsweise die Aspekte Europapolitik und Aufarbeitung des Zweiten Weltkriegs, wenn sie unter der Überschrift »Wird Deutschland zu Tode gemolken?« <sup>33)</sup> über geplante Wiedergutmachungsleistungen an ehemalige Zwangsarbeiter schreibt.

### Fremdenfeindlichkeit

Das fremdenfeindliche Gedankengut der DVU zeigt sich in der schablonenhaften Berichterstattung über Ausländer und Ausländerkriminalität: Aggressive Schlagzeilen, z. B. »Ausländer: Bleiberecht für jeden? – Was sich Kriminelle erlauben können« <sup>34)</sup> oder tendenziöse Berichte über »kriminelle Ausländerbanden« im »Ansturm auf Deutschland« <sup>35)</sup> stempeln die in Deutschland lebenden Ausländer pauschal zu Kriminellen.

Beim Thema Asyl- und Ausländerpolitik benutzt die DVU ein weiteres Stereotyp: die angeblich drohende »Umvolkung« der Deutschen. Sie appelliert damit an Abwehrinstinkte, vor allem durch reißerische Überschriften, wie z. B. »So wird Deutschland überfremdet – Vor Masseneinwanderung aus dem Osten« <sup>36)</sup> und »Minderheit im eigenen Land? – Was den Deutschen droht« <sup>37)</sup>.



### Antisemitismus

Im Kontext ihrer generellen Fremdenfeindlichkeit vertritt die DVU einen unterschweligen – und für Rechtsextremisten typischen – Antisemitismus. In einer dichten Abfolge von Schlagzeilen und Artikeln ver-

breiten DNZ und DWZ/DA mit subtilen Methoden ihre Botschaft. Danach werde das deutsche Volk besonders durch die Juden daran gehindert, einen Schlußstrich unter die deutsche Vergangenheit zu ziehen und ein gleichberechtigtes Mitglied in der Völkergemeinschaft zu werden. Die Berichterstattung befaßt sich mit Personen jüdischen Glaubens oder jüdischer Abstammung in Politik, Wirtschaft und Medien, mit dem Jüdischen Weltkongreß, kritisiert deutsche Wiedergutmachungsleistungen und kommentiert polemisch die Politik Israels. Dabei verbirgt sich die herabsetzende Kritik am Judentum meist zwischen den Zeilen, doch schon die Fülle der einschlägigen Artikel soll dem Leser einen vermeintlich bedrohlichen Einfluß von angeblich antideutsch eingestellten Juden vor Augen führen. So wird z. B. vor einem »Massenzug von Juden aus dem Osten« und den »wahren Folgen für Deutschland«<sup>38)</sup> gewarnt.



Zahlreiche Artikel betreiben eine antisemitische Stimmungsmache gegen Repräsentanten jüdischer Institutionen, so z. B. gegen den Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden des »Zentralrats der Juden in Deutschland«, Ignatz Bubis und Michel Friedman.

Bubis finde keine Worte des Mitfühlens mit dem unendlichen Leid der Millionen umgebrachten Deutschen<sup>39)</sup>; er lehre die Deutschen unentwegt eine höhere Moral, nicht enden wollende Kollektivverantwortung und die Vorzüge der multikulturellen Gesellschaft<sup>40)</sup>.

Ein Schwerpunkt der DNZ und DWZ/DA liegt bei der Ausdeutung der nationalsozialistischen Vergangenheit. So wurde die Errichtung von Holocaust-Mahnmalen in beiden Publikationen wiederholt scharf abgelehnt. Die Gedenkstätten seien Symbole einer angeblich einseitigen Vergangenheitsbewältigung, die durch die Manifestierung deutscher Schuld dem tatsächlichen Geschichtsverlauf nicht gerecht würden. Mit Schlagzeilen wie »Holocaust-Mahnmal – ein 'Wahn'-Mal? – Schuldkomplex kennt keine Grenzen«<sup>41)</sup> hält die DVU den demokratischen Politikern vor, sie versuchten durch die Errichtung der Mahnmale, dem deutschen Volk auf alle Zeit eine Kollektivverantwortung aufzubürden.



### Relativierung des Holocaust

Die Dokumentationen über das Ausmaß des Holocaust werden mit Fälschungsvorwürfen und historisch längst widerlegten Sachverhalten vermengt. Die Zahlen über die Höhe der Opfer werden angezweifelt. Die Beiträge stellen damit die Glaubwürdigkeit der historischen Berichte grundlegend in Frage und relativieren auf diese Weise – trotz aller gegenteiliger Beteuerungen und in strafrechtlich nicht faßbarer Weise – die gesamte Judenverfolgung. So wird behauptet, daß kritische Meinungen zu dem historischen Geschehen deutscher Massenmorde an Juden und anderen NS-Verbrechen kriminalisiert würden. Im Zusammenhang mit der Zahl der Opfer nationalsozialistischer Verbrechen wird erklärt:

»Der (...) Auschwitz-Experte (...) beziffert die Zahl der in Auschwitz zu Tode gekommenen Juden auf 400.000. Diese ungeheure Ziffer ausgelöschter Leben ist im Grunde für jedes menschliche Herz unvorstellbar. Dieser heutige Stand der Forschung ist so entsetzlich, daß man sich fragen muß, was sich jene gedacht haben mögen, die ihre ursprünglichen Phantasiezahlen von 8 Millionen, später von 6, dann 5, 4, 3, 2, 1,5, 1 Million in Auschwitz umgekommener Juden als letzte Wahrheiten vorstellten. Hätte damals schon das heutige Gesinnungsstrafrecht à la Kohl Geltung besessen, wer kann sagen, ob es dann Historiker überhaupt gewagt hätten, weiterzuforschen.«  
(DNZ Nr. 6/1998, S. 3)

### Agitation gegen das Demokratieprinzip

Die DVU diffamiert den demokratischen Rechtsstaat und seine Repräsentanten, um deren Ansehen zu schmälern und zugleich das Vertrauen in die Werteordnung des Grundgesetzes zu erschüttern.

Sie erhebt zudem den Vorwurf, demokratische Politiker beharrten aus machtpolitischen Gründen auf der Kollektivschuld der Deutschen: Mit diesem Herrschaftsinstrument wollten sie das Volk demoralisieren, es leichter regierbar machen und so ihre eigene Macht sichern. Mit dieser Agitation verfolgt die DVU indirekt die Absicht, die Demokratie zu diskreditieren:



»Mit seinem Kanzler-Wort hat sich Kohl an die Spitze jener Dauerankläger gestellt, die davon besessen sind, die sog. Erlebnisgeneration der Zeit von 1933 bis 1945 in Kollektivhaftung zu nehmen, ihnen Kollektivverantwortung für NS-Verbrechen aufzuhalsen und auch lange nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges geborenen Deutschen sowie von kommenden Generationen unseres Volkes zu verlangen, daß sie sich ewig wegen Hitler schämen, daß sie sühnen, büßen und zahlen sollen.«  
(DWZ/DA Nr. 15/1998, S. 6)

## 2.2 Organisation und Entwicklung

Seit der im März vollzogenen Trennung der Landesverbände Berlin und Brandenburg verfügt die DVU wieder über 16 Landesverbände. Auf den Vorwurf einer schlechten Organisationsstruktur reagierte die Partei mit der Gründung zahlreicher Kreisverbände.

Nach dem Erfolg bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 26. April erfuhr die Partei einen enormen Mitgliederzuwachs; die Gesamtzahl wird auf rund 18.000 geschätzt. Mitgliederstärkste Landesverbände sind Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt.

Die DVU konzentrierte sich ganz auf die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern sowie auf die Bundestagswahl. Rund 3.000 Personen kamen am 26. September zur jährlichen Großkundgebung in die Passauer Nibelungenhalle, die als Schlußveranstaltung des DVU-Bundestagswahlkampfes diesmal das Motto trug: »Deutschland: Jetzt kommt die DVU!«

Bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 26. April erhielt die DVU 12,9% der Stimmen (1994 keine Wahlteilnahme) und zog mit 16 Abgeordneten in den Landtag ein. Damit ist zum ersten Mal eine rechtsextremistische Partei in einem Parlament der neuen Länder vertreten. Der Wahlkampf wurde von der DVU mit großem Kapitaleinsatz geführt, insbesondere wurden breit angelegte Plakatierungen und Postwurfsendungen – vor allem an jüngere Wähler – eingesetzt mit Werbeslogans wie »Deutsches Geld für deutsche Arbeitsplätze«, »Kriminelle Ausländer raus!«, »Diesmal Protest wählen!«, »Ausbildungsplätze schaffen! – Politiker-Gehälter kürzen!«. Die DVU konnte viele Protest- und Jungwähler mobilisieren. Nach einer repräsentativen Wahlstatistik des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt erreichte sie bei den 18- bis 25jährigen Wählern mit einem Stimmenanteil von 25,4% das beste Ergebnis von allen kandidierenden Parteien.

Die Wahlkampfstrategie aus Sachsen-Anhalt setzte die DVU auch bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern am 27. September ein. Sie erzielte jedoch nur 2,9% der Stimmen (1994 keine Wahlteilnahme) und blieb mit diesem für die Partei enttäuschenden Ergebnis weit hinter ihren Erwartungen zurück.

Bei der Bundestagswahl am 27. September erlitt die DVU ebenfalls eine herbe Niederlage. Obwohl sie einige ehemalige führende Funktionäre der Partei »Die

### Organisationsstruktur

### Teilnahme an Wahlen



Republikaner« (REP) wie den parteilosen früheren Bundesvorsitzenden der REP Franz SCHÖNHUBER als Spitzenkandidaten in Bayern oder den ehemaligen stellvertretenden REP-Bundesvorsitzenden Dr. Rudolf KRAUSE als Spitzenkandidaten in Sachsen aufgestellt hatte, errang sie nur 1,2% der Stimmen (1994 keine Wahlteilnahme).

Den Hauptgrund für den Mißerfolg bei den beiden Wahlen sah die DVU in der »Suggestierung eines angeblichen Kopf-an-Kopf-Rennens« des amtierenden Bundeskanzlers und des Kanzlerkandidaten. Dies habe dazu geführt, daß eigentlich nach rechts tendierende Wähler massenweise den Kanzlerkandidaten als vermeintlich kleinerem Übel den Vorzug gegeben hätten <sup>42)</sup>.

Als Reaktion auf die ernüchternden Wahlergebnisse wiederholte FREY sein Gesprächsangebot an SCHLIERER <sup>43)</sup>. Mitte November kam es zu einem Treffen zwischen den beiden Parteivorsitzenden mit strategischen Absprachen über die abwechselnde Beteiligung von DVU und REP bei der Landtagswahl in Hessen am 7. Februar und der Wahl zur Bremer Bürgerschaft im Juni 1999 (vgl. Nr. 1.2). Bereits nachdem die DVU im September 1997 bei der Wahl zur Hamburger Bürgerschaft 4,98% der Stimmen erzielt und somit nur knapp den Einzug in die Bürgerschaft verfehlt hatte, waren bei der DVU Bündnisüberlegungen angestellt worden. Initiativen, einen Konsens für Wahlbündnisse oder -absprachen mit den REP und der »Nationaldemokratischen Partei Deutschlands« (NPD) zu erzielen, scheiterten bis dahin am absoluten Führungsanspruch FREYs und an dem insbesondere von SCHLIERER vertretenen Abgrenzungskurs der REP gegenüber rechtsextremistischen Organisationen. SCHÖNHUBER wertete das Ergebnis von DVU, REP und NPD bei der Bundestagswahl als letztes Warnsignal für die »rechten« Parteien. Die Parteivorsitzenden müßten – im Hinblick auf die Europawahlen 1999 – die Lehren daraus ziehen und die Parteienkonkurrenz aufgeben.

### 3. »Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD)

|                      |   |
|----------------------|---|
| gegründet:           | 1964  |
| Sitz:                | Berlin  |
| Bundesvorsitzender:  | Udo VOIGT   |
| Mitglieder:          | 6.000 (1997: 4.300)   |
| Publikation:         | »Deutsche Stimme«,<br>Auflage: 8.000,<br>monatlich <sup>44)</sup>                   |
| Unterorganisationen: | »Junge Nationaldemokraten« (JN),<br>»Nationaldemokratischer<br>Hochschulbund« (NHB) |

### 3.1 Zielsetzung



Die »Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD) versteht sich als die nationale Weltanschauungspartei, deren Handeln ein Bekenntnis zum »Lebensrichtigen Menschenbild« zugrunde liege. Sie sieht sich als »grundsätzliche Alternative zum gegenwärtigen Parteienspektrum«, bekennt sich zu einem »deutschen Sozialismus« und ist angetreten zur »Schaffung einer neuen Ordnung« als der »Alternative zum liberal-kapitalistischen System des BRD-Deutschlands der Westalliierten«<sup>45)</sup>. Sie fordert den erneuten »Aufbau des deutschen Reiches«<sup>46)</sup>, dessen Anspruch das Parteiorgan »Deutsche Stimme« so beschreibt:

»Das neue Reich wird das Chaos, das die 'multikulturelle Gesellschaft' anrichtet, die in Wahrheit eine multirassische Gesellschaft ohne Kultur ist, ablösen und an seine Stelle die völkische Ordnung setzen. (...) Das neue Reich wird gemeinsam mit seinen Nachbarvölkern die 'Festung Europa' errichten und den Ansturm der Barbaren der Neuzeit abwehren - auch hier wiederholt sich die Geschichte!«

(»Deutsche Stimme« Nr. 7/98, S. 12)

Die »neue Ordnung« kann nach diesen Formulierungen nur eine Leugnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sein, denn sie sind Bekenntnisse zu Nationalismus und Rassismus und verneinen damit den Grundsatz der Gleichberechtigung aller Menschen. Um die neue politische Ordnung zu verwirklichen, will die NPD den »vorhandenen sozial-revolutionären Geist« kanalisieren und die Kräfte bündeln<sup>47)</sup>. In der »Deutschen Stimme«<sup>48)</sup> definiert die Partei für ihren politischen Kampf drei strategische Säulen: »Kampf um die Köpfe« – »Kampf um die Straße« – »Kampf um die Parlamente«. Ihr größtes Augenmerk richte sie dabei auf die Jugend, die sie dazu anhalten will, die Zustände, unter denen sie zwangsläufig aufwachse, nicht zu akzeptieren. Voraussetzung für eine gemeinsame Zukunft als Deutsche sei die Erhebung des Solidargefühls im Volk zur Grundlage



**Gegen die bestehende freiheitliche Grundordnung**

**Volksgemeinschaft und »nationaler Widerstand«**

der Bündelung eines Gemeinschaftswillens, eben die Schaffung einer Volksgemeinschaft. Den »entwurzelten Menschen ohne Hoffnung« will die NPD mit einer »Philosophie der lebenswerten Zukunft« in die Volksgemeinschaft führen<sup>49)</sup>.

In einem Aufruf zum »Bundeswahlkongreß« der Partei am 7. Februar in Passau forderte Holger APFEL, Bundesvorsitzender der »Jungen Nationaldemokraten« (JN) und Mitglied des NPD-Bundesvorstands, die »Volksgemeinschaft mit der Geschlossenheit des nationalen Widerstandes« vorzuleben. Mit ihrem Streben nach einer »Volksgemeinschaft« – der Begriff weist Bezüge zum nationalsozialistischen Sprachgebrauch auf – stellt die Partei dem Menschenbild des Grundgesetzes eine kollektivistische Sicht gegenüber, nach der der individuelle Wert des einzelnen von seiner Integration in die Gemeinschaft abhängt.

Aussagen einiger maßgeblicher Funktionäre lassen eine zunehmend aggressive Diktion erkennen: Sie verlangen die »absolute Macht« in Deutschland und eine »deutsche Revolution« bzw. reden von einem potentiellen »Aufstand-Ost«. Der Parteivorsitzende Udo VOIGT erklärte, seine Partei werde schon bald die Machtfrage stellen<sup>50)</sup> und forderte sogar dazu auf, die »Waffe in die Hand« zu nehmen, um das Vaterland zu verteidigen. Ein anderer Funktionär drohte denjenigen, die jetzt der Bewegung schadeten, mit einem »Tribunal«<sup>51)</sup> nach der Machtübernahme der NPD.

In einer vom ZDF in der Sendung »Kennzeichen D« am 2. September gezeigten Wahlkampfrede erklärte VOIGT vor zumeist jugendlichen Skinheads:

»Kameradinnen und Kameraden, wenn Deutschland in Gefahr gewesen wäre, hätte ich auch als Vierzehnjähriger, wenn es hätte sein müssen, die Waffe in die Hand genommen, um mein Vaterland zu verteidigen. Und das erwarten wir auch von euch. Deutschland ist in Gefahr! Deutschland wird von allen Seiten heute angegriffen. (...) Der Feind ist in den Köpfen der etablierten Politiker.«

Die Redaktion der »Südwest Stimme«, dem Mitteilungsblatt der NPD/JN-Landesverbände Baden-Württemberg, bekannte:

»(...) wir wollen die absolute Macht in Deutschland, um unsere Politik zum Wohle des deutschen Volkes zu verwirklichen und um das liberal-kapitalistische System durch unsere nationale, solidarische Volkswirtschaft zu ersetzen. Das, und nichts anderes, ist die deutsche Revolution.«  
(»Südwest Stimme«, Ausgabe 2/1998, S. 3)

APFEL brüstete sich in seiner Rede beim »Bundeswahlkongreß« der NPD am 7. Februar in Passau sogar mit der Verfassungsfeindlichkeit der NPD<sup>52)</sup>:

»Wir als NPD sind stolz darauf, daß wir alljährlich in den bundesdeutschen Verfassungsschutzberichten stehen und als vermeintlich verfassungsfeindlich gegenüber diesem System stehen. Jawohl, wir sind verfassungsfeindlich!«

Die »Sächsische Zeitung« zitiert in ihrer Ausgabe vom 2. September den Geschäftsführer des NPD-Kreisverbands Sächsische Schweiz Uwe LEICHSENRING mit der Aussage:

»Natürlich sind wir verfassungsfeindlich. Wir wollen eine andere Gesellschaftsordnung. (...) Aber es geht auch darum Strukturen aufzubauen, um bereit zu sein, wenn es mal zum Aufstand-Ost kommt.«

In den Publikationen der Partei und den Äußerungen ihrer Funktionäre zeigt sich eine aggressive Fremdenfeindlichkeit. So erklärte die »Deutsche Stimme«:

»Wir werden es nicht hinnehmen, daß die allmähliche ethnische und kulturelle Auflösung des Deutschen Volkes und seine Ablösung durch eine Mischbevölkerung beliebigster Herkunft und unterschiedlichster Kulturen von den Bonner Parteien zumindest billigend in Kauf genommen wird.«  
(«DS EXTRA« Nr. 2/98, S. 2)



In ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl 1998 forderte die NPD, ein grundlegender politischer Wandel müsse die menschenfeindliche Integrationspolitik beenden und die deutsche Volkssubstanz erhalten. Deshalb sei die Rückführung von Ausländern in ihre Heimatländer zu betreiben. Nationaldemokratische Sozialpolitik fühle sich nur dem eigenen Volk verpflichtet. Ausländer seien aus dem deutschen Sozialversicherungswesen auszugliedern; Asylanten dürften keinen Anspruch auf deutsche Sozialleistungen haben.



In einem im Frühjahr verbreiteten Flugblatt agitierte die NPD:

»Ausländer sind vorübergehende Gäste! Gäste kommen und gehen. Nur Betrüger wollen für immer bleiben. Berlin statt Bürlын! Istanbul den Türken. Aber: Berlin uns Deutschen!«

Der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende in Nordrhein-Westfalen Wolfgang FRENZ liefert in seinem Buch »Der Verlust der Väterlichkeit oder Das Jahrhundert der Juden«<sup>53)</sup> eine rassistische Begründung für die Fremdenfeindlichkeit der Partei. Er erklärt dort u. a.:

»Man braucht eine regenerierte weiße Rasse und neue Führer, um Europa im alten Glanz wieder herstellen zu können<sup>54)</sup>. (...) Der Einzelmensch, der innerhalb seiner Rassengemeinschaft lebt, kann die Spannungen, die der Lebenskampf erzeugt, ertragen. Wird aber sein Lebensraum mit fremdrassigen Menschen durchsetzt, wird er sicher, trotz materieller Überlebenschancen, vereinsamen. So ist der Satz 'Alle Menschen sind gleich' ein Verbrechen an den Menschen.«<sup>55)</sup>

Die rassistische Agitation und die damit verbundene Abwertung von Fremden verletzt die Menschenwürde und verstößt insbesondere gegen den Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes.

### Antisemitismus

Mit einer – ebenfalls auf rassistischer Grundlage entwickelten – antisemitischen Agitation versucht die NPD, Vorstellungen über eine angebliche jüdische Herrschaft neu zu beleben. In rechtsextremistischer Diktion werden die Juden von der Opfer- in die Täterrolle gedrängt, indem man ihnen – indirekt – vorwirft, sie hätten den letzten Weltkrieg als »Religions- und Rassenkrieg« entfacht: Die arisch-nordische Rasse habe vernichtet werden sollen, da sie allein noch in der Lage gewesen sei, sich gegen eine Weltherrschaft durch Juden zu wehren. Hitlers Antisemitismus sei sogar ein Glücksfall für die Juden gewesen, denn sein Tun habe letztlich zur Machtergreifung durch das vernetzte Judentum geführt<sup>56)</sup>; nachdem Deutschland auf jüdische Veranlassung bereits unendlich währende Wiedergutmachungszahlungen leiste<sup>57)</sup>, würden gegenwärtig auch andere Länder durch Druck des Weltjudentums zur Kasse gebeten<sup>58)</sup>.

### Leugnung und Relativierung von Untaten im »Dritten Reich«

Die NPD relativiert nationalsozialistische Verbrechen – bis hin zur Leugnung des Holocaust – und streicht angebliche positive Aspekte des Nationalsozialismus heraus. Damit versucht die Partei, das Hitler-Regime zu beschönigen und so das politische System des Nationalsozialismus zu entstigmatisieren.

In diesem Sinne behauptet ein Autor im Mitteilungsblatt des Landesverbands Nordrhein-Westfalen »Deutsche Zukunft«<sup>59)</sup>, die »Legende des Holocaust« werde durch philosemitische Demuthaltungen am Leben gehalten. In einer weiteren Ausgabe<sup>60)</sup> der

Publikation beruft sich ein anderer Autor auf das vermeintlich wissenschaftliche »Leuchter-Gutachten«<sup>61)</sup>, nach dem sich angeblich das Gift Zyklon B nicht zur industriellen Tötung von Menschen eigne.

FRENZ bezeichnet Adolf Hitler als »Jahrtausendgestalt der Geschichte«, dessen Dämonie und Format der eines Alexander, Cäsar und Napoleon gleichkomme. Die Idee des Nationalsozialismus sei es gewesen, Klassenunterschiede im Volk zu überwinden und den herrschenden Klassenkampf zu beenden<sup>62)</sup>. Darüber hinaus erklärt er:<sup>63)</sup>

»Das neue Jahrhundert wird mit einer 50-jährigen Zeitverschiebung den Nationalsozialisten recht geben und die jüdische Vorherrschaft in Politik und Geldwirtschaft beenden. (...) Wir Deutschen werden die Speerspitze Europas gegen den Machtanspruch der Asiaten und Orientalen sein, die unseren Kontinent bedrohen.«

Die NPD agitiert gegen das Demokratieprinzip des Grundgesetzes, indem sie die Wiederbegründung der parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland nach 1945 unter dem Einfluß der Alliierten als aufgezwungen und illegitim brandmarkt («Umerziehungs-Agitation») und die Institutionen und Repräsentanten der freiheitlichen Demokratie pauschal in polemischer, diffamierender und verunglimpfender Weise angreift. Dies dient dem Ziel, das parlamentarische System insgesamt als illegitim, unfähig und korrupt und gegen die Interessen des Volkes handelnd hinzustellen und den demokratischen Rechtsstaat als Ganzes anzuzweifeln, um ihn letztlich abzuschaffen und durch ein anderes System zu ersetzen. Die Partei diffamiert Deutschland als »Siegerlizenzenrepublik«<sup>64)</sup>, die keine souveränen deutschen Interessen zu vertreten gedenke, und spricht von der »jüdisch-amerikanischen Protektorsregierung in Deutschland«<sup>65)</sup>.

**Agitation gegen  
das  
Demokratieprinzip**

Im Mitteilungsblatt des Landesverbands Nordrhein-Westfalen »Deutsche Zukunft« werden Abgeordnete als Berufsgruppe bezeichnet, die besonders anfällig für Korruption, Vetternwirtschaft, Unterschlagungen, Hoch- und Vaterlandsverrat und weitere kriminelle Delikte sei<sup>66)</sup>.

In einem Aufruf der NPD/JN zur Demonstration am 1. Mai in Leipzig unter dem Motto »Wir schaffen Arbeit – Bonn schafft nichts!«<sup>67)</sup> heißt es:

»Die Politik des gesamten Bonner Systems ist längst nicht mehr tragbar. Es ist völlig gleichgültig, ob die CDU/CSU und die FDP oder aber SPD und Grüne regieren – Das Ergebnis ist immer das gleiche, weil auch die Motive die gleichen sind: Fette Posten, fette Diäten und Gehälter. (...) Systempolitiker und Gewerkschafter sind heute nur noch Handlanger des Großkapitals. Das Volk ist dabei nur noch Mittel zum Zweck.«

»Volksbezogener  
Sozialismus«

Die NPD stellt unverändert wirtschafts- und sozialpolitische Themen – versehen mit rechtsextremistischen Erklärungs- und Lösungsmustern – in den Mittelpunkt ihrer Agitation. In diesem Zusammenhang fordert sie einen deutschen »volksbezogenen« Sozialismus.

Die »Deutsche Stimme«<sup>68)</sup> erhebt die Frage eines gerechten Wirtschaftssystems zum Dreh- und Angelpunkt nationaler Politik. Das internationale Großkapital sei im Zuge des freien Welthandels und der Globalisierung auf dem besten Wege, unter Einebnung der nationalstaatlichen Strukturen und Auflösung der Völker die Weltherrschaft zu



erlangen. Diesem menschenverachtenden ungebändigten Kapitalismus nach US-amerikanischer Art müßten deutsche Nationalisten zum Wohle des eigenen Volkes den deutschen Sozialismus entgegensetzen. Nur der volksbezogene Sozialismus sei imstande, die Freiheit des einzelnen zu gewährleisten.

VOIGT bekräftigte, die NPD müsse auf die immer stärker werdenden gesellschaftlichen und sozialen Auseinandersetzungen nicht nur reagieren, sondern aktiv eine nationalistische Wirtschafts- und Sozialpolitik betreiben. Dabei dürfe sie auch nicht davor zurückschrecken, positive – sozialpolitische – Aspekte der untergegangenen DDR aufzugreifen. Die Partei müsse, gerade in Mitteldeutschland, klarmachen, daß sie die faktische Nachfolge der Kommunisten in der Vertretung sozialer Lebensinteressen des deutschen Volkes angetreten habe<sup>69)</sup>.

Die NPD, die gegenwärtig den größten Mitgliederzuwachs in den neuen Ländern erfährt, rechnet damit, in den nächsten Jahren eine von den »mitteldeutschen Mitgliedern dominierte Kampfgemeinschaft«<sup>70)</sup> zu werden. Sie thematisiert dabei verstärkt die sozialistische Komponente, die sie mit dem Begriff der »Volksgemeinschaft« verbindet. Auf diese Weise gelang es ihr, an – noch aus DDR-Zeiten bestehende – antikapitalistische Ressentiments anzuknüpfen und sie im rechtsextremistischen Sinne umzudeuten<sup>71)</sup>.

»Solidarität der  
Völker«

Das Bundesvorstandsmitglied Per Lennart AAE erklärte im Parteiorgan »Deutsche Stimme«<sup>72)</sup>, der völkische Gedanke sei nicht auf

ein einzelnes Volk beschränkt, sondern stehe als Prinzip höher als jede Staatsform oder politische Ideologie (»Völkisches Primat«). Hieraus folge, daß jedes Land, das gegen Machtansprüche und Übergriffe des von der Hochfinanz bestimmten Gängelungs- und Repressionskartells – etwa des Internationalen Währungsfonds oder der NATO – seine Unabhängigkeit und Würde verteidige, die Unterstützung aller national orientierten politischen Bewegungen der Welt verdiene (»Solidarität der Völker«). Zu den Staaten, die heute dem Druck der sogenannten internationalen Gemeinschaft ausgesetzt seien, zählt AAE insbesondere China, Nordkorea, Kuba und den Irak.

Für die NPD sind die Nordkoreaner »national gesinnte Leute«, die einen »berechtigten Kampf gegen den Imperialismus der Vereinigten Staaten von Amerika« führen<sup>73)</sup>. Nach Angaben der »Deutschen Stimme«<sup>74)</sup> folgte eine Delegation des NPD-Parteivorstands und des NPD-Landesverbandes Sachsen am 30. Juli der Einladung des Botschafters der »Demokratischen Volksrepublik Korea« in die diplomatische Vertretung des Landes in Berlin. Dabei hätten die NPD-Vertreter eine Note überbracht, in der die »Solidarität im antiimperialistischen Kampf« ausgedrückt worden sei.

### 3.2 Organisation und Entwicklung

Der Aufwärtstrend der NPD hielt auch 1998 an. Er geht vor allem auf die Bereitschaft von NPD und JN zurück, mit Neonazis zu kooperieren. Auf diese Weise gewann die Partei insbesondere in den neuen Ländern zahlreiche, überwiegend jüngere Mitglieder hinzu. Mit Abstand stärkster Landesverband ist Sachsen (rund 1.400 Mitglieder), gefolgt von Bayern (rund 800 Mitglieder) und Nordrhein-Westfalen (über 600 Mitglieder).

Für VOIGT, der auf dem Bundesparteitag am 10./11. Januar in Stavenhagen (Mecklenburg-Vorpommern) mit rund 85% der Stimmen in seinem Amt bestätigt wurde<sup>75)</sup>, sind Neonazis unverändert fester Baustein seiner Bündnispolitik; die themen- und aktionsbezogene Zusammenarbeit mit ihnen genießt deshalb weiterhin Priorität. Dieser programmatischen Ausrichtung der Partei entspricht auch die Wahl der Neonazis Steffen HUPKA, Jens PÜHSE und des ehemaligen Vorsitzenden des inzwischen aufgelösten neonazistischen Vereins »Die Nationalen e. V.« Frank SCHWERDT in den Bundesvorstand. Damit haben sich erstmals führende Neonazis in der Parteispitze etabliert. Die öffentlichkeitswirksamsten Erfolge ihrer Bündnispolitik erzielte die NPD/JN mit Veranstaltungen am 7. Februar in Passau (rund 4.000 Teilnehmer), am 1. Mai in Leipzig (4.000 – 5.000 Teilnehmer) und zuletzt am 19. September in Rostock (rund



3.000 Teilnehmer), wo mit Christian WORCH erstmals einem führenden Neonazi ein Rederecht eingeräumt wurde. Die hohen Teilnehmerzahlen aus dem Neonazi- und Skinheadlager zeigen auch, daß die früheren Neonazis in NPD/JN als Multiplikatoren fungieren, um die Partei aus diesen Lagern, z. B. aus den freien »Kameradschaften«, zu verstärken. Dadurch verstärken sie gleichzeitig den neonazistischen Einfluß in NPD/JN.

Innerparteilich rührte sich aber auch Kritik an einer zu engen Zusammenarbeit mit den Neonazis, da diese in der Bevölkerung nur Ängste erzeugten und potentielle NPD-Wähler abschreckten.

Diese Überlegungen führten wohl letztlich zum Fernbleiben der NPD-Führungsspitze bei der vermutlich eigenmächtig vom Bonner Kreisvorsitzenden angemeldeten – von Neonazis und Skinheads dominierten – Demonstration gegen die Ausstellung »Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944« am 24. Oktober in Bonn. Unter den 1.000 Teilnehmern bildeten NPD/JN-Mitglieder die Minderheit.

### Teilnahme an Wahlen

Bei Wahlen blieb die NPD weiterhin bedeutungslos. Bei der Landtagswahl in Bayern am 13. September erzielte sie lediglich 0,2% der Stimmen (1994: 0,1%). Ein Achtungserfolg gelang ihr bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern am 27. September mit 1,1% der Stimmen (1994: 0,1%). Bei der Bundestagswahl am selben Tage erhielt sie 0,3% der Stimmen (1994 keine Wahlteilnahme). Im Wahlkreis Stralsund-Rügen-Grimmen hatte die Partei den als Rechtsterrorist verurteilten Neonazi Manfred ROEDER als Direktkandidaten aufgestellt. Er erreichte 2,1% der Stimmen. Bei den Kommunalwahlen am 27. September in Brandenburg, zu denen die NPD erstmals – punktuell – angetreten war, erhielt die Partei drei Stadtverordnetenmandate. Mit Wahlkampfslogans wie: »Wir sind die echte Opposition«, »Arbeitsplätze zuerst für Deutsche!« und »Wir wählen den Widerstand – Unser Kampf ist national!« hatte die NPD für sich mobilisiert. Das schlechte Abschneiden der Partei bei den Wahlen dürfte die innerparteiliche Position gestärkt haben, die der NPD als Wahlpartei keine Priorität einräumt und sie eher als außerparlamentarische Opposition sieht, die eine Zusammenarbeit mit dem Neonazi-Lager bevorzugt.

Schon im Juni hatte VOIGT erklärt, erst wenn seine Partei den Kampf um die Straße endgültig für sich entschieden habe, könne der Kampf um die Parlamente mit Erfolg geführt werden <sup>76)</sup>.

### 3.3 »Junge Nationaldemokraten« (JN)

|                        |                 |
|------------------------|-----------------|
| gegründet:             | 1969            |
| Bundesgeschäftsstelle: | Dresden         |
| Bundsvorsitzender:     | Holger APFEL    |
| Mitglieder:            | 400 (1997: 350) |
| Publikationen:         | nur regional    |

Als einzige rechtsextremistische Partei verfügt die »Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD) über eine zahlenmäßig relevante und einflußreiche Jugendorganisation. Die »Jungen Nationaldemokraten« (JN) sind »integraler Bestandteil« der NPD. Der JN-Bundsvorsitzende ist kraft seines Amtes zugleich Mitglied des NPD-Parteivorstands.



Die JN bekennen sich in ihrer weltanschaulichen Grundlage, den 1998 überarbeiteten »Thesenpapieren«<sup>77)</sup>, zu einer »Neuen Volksgemeinschaft«, in der die »Widersprüche und Unzulänglichkeiten des bestehenden politischen und wirtschaftlichen Systems« überwunden werden. In dieser vollständig entwickelten nationalen Gemeinschaft seien Eliten (»Herrschaft der Besten, die die Herrschaft der Minderwertigen beendet«) eine Notwendigkeit. Das von den JN angestrebte »Neue Reich« müsse ein Staat mit einer unbedingten und starken Zentralgewalt sein, die den Bestand des Reiches und der deutschen Volksgemeinschaft sichere.

Die JN sehen im Kaderprinzip<sup>78)</sup> das geeignetste Organisationsmodell in der jetzigen Phase des politischen Kampfes<sup>79)</sup>. Ihre politische Arbeit wollen sie nicht allein an nationalstaatlichen, sondern an »nationaleuropäischen« Interessen ausrichten. Auf dem Weg zu einer europäischen nationalistischen Einheitsfront gelte es, eine europäische Vernetzung aufzubauen<sup>80)</sup>. Diesem Interesse galt auch die Teilnahme der JN am rechtsextremistischen »5. Europäischen Kongreß der Jugend« am 24. Oktober in Thessaloniki (Griechenland).

Seit der Übernahme des Amtes des NPD-Parteivorsitzenden durch Udo VOIGT im März 1996 hat sich das früher häufig gespannte Verhältnis zwischen NPD und JN erheblich verbessert. Die JN haben sich zu einem Scharnier zwischen der NPD, Neonazis und anderen rechtsextremistischen Gruppierungen entwickelt und profitieren als Sammelbecken von den Verboten neonazistischer Vereine. Wie bei der NPD sind auch bei den JN einige Neonazis in führende Funktionen gelangt und verfügen über erheblichen Einfluß. So sind die Neonazis Steffen HUPKA, Jens PÜHSE und Sascha ROSSMÜLLER Bundesvorstandsmitglieder, letzterer ist sogar einer der drei stellvertretenden Bundesvorsitzenden.

Die Führungskader der JN verlagern zunehmend ihre Aktivitäten in den Bereich der NPD. Neben Holger APFEL, Steffen HUPKA und Jens PÜHSE gehören auch der stellvertretende JN-Bundesvorsitzende Jürgen DISTLER und das JN-Bundesvorstandsmitglied Klaus BEIER als Bundespressesprecher dem NPD-Bundesvorstand an. Sechs JN-Funktionäre sind Mitglieder der Redaktion des NPD-Parteiorgans »Deutsche Stimme«. Eigenständige JN-Aktivitäten waren demzufolge stark rückläufig und gingen in den Aktivitäten der NPD weitgehend auf.



## VI. Sonstige Organisationen

### 1. »Deutsche Liga für Volk und Heimat« (DLVH)

|              |  |
|--------------|--|
| gegründet:   | 1991   |
| Sitz:        | Coburg   |
| Vorsitzende: | Jürgen SCHÜTZINGER,<br>Ingo STAWITZ,<br>André BEIERSDORF |
| Mitglieder:  | 500 (1997: 700)  |
| Publikation: | »Freiheit durch Wahrheit«                                |

Die seit Oktober 1996 ohne Parteistatus agierende »Deutsche Liga für Volk und Heimat« (DLVH) verfolgt vor allem das Ziel, »Deutschland als Land der Deutschen zu erhalten« und im »Nationalstaat das bewährte Ordnungsprinzip der Völkergemeinschaft« zu verwirklichen. Dazu ver-

sucht sie als »breite Bewegung des demokratischen Patriotismus«, »Gleichgesinnte über Partei- und Vereinsgrenzen hinweg zusammenzubringen und deren Kräfte zu bündeln«<sup>81)</sup>. Dies konnte die DLVH allerdings nicht realisieren. Im Gegenteil: Die Personalstärke und das Interesse der Mitglieder an Veranstaltungen und Aktionen schwanden zusehends; Pläne, die eigene Basis in den neuen Ländern auszubauen, scheiterten. Auch hatte die Wahl zweier DLVH-Bundesvorstandsmitglieder in den Vorstand der rechtsextremistischen »Gesellschaft für Freie Publizistik e. V.« (GFP) (vgl. Nr. 2) keine effizientere Kooperation der beiden Organisationen zur Folge. Einfluß besitzt die DLVH dagegen weiterhin im publizistischen Sektor. Ausschlaggebend ist hierfür ihre Nähe zu zwei führenden rechtsextremistischen Publikationen (»Nation & Europa – Deutsche Monatshefte« und »Signal«, vgl. Kap. X, Nr. 2), deren Redaktionen mit der DLVH personell verflochten sind. Bis auf die Vierteljahresschrift »Freiheit durch Wahrheit« erschienen keine DLVH-eigenen Periodika mehr.

## 2. »Gesellschaft für Freie Publizistik e. V.« (GFP)

|                     |  |
|---------------------|--|
| gegründet:          | 1960   |
| Sitz:               | München  |
| Bundesvorsitzender: | Dr. Rolf KOSIEK  |
| Mitglieder:         | 450 (1997: 450)  |
| Publikation:        | »Das Freie Forum«,<br>Auflage: 1.500,<br>vierteljährlich |

Die »Gesellschaft für Freie Publizistik e. V.« (GFP), der u. a. Redakteure, Schriftsteller und Buchhändler angehören, ist die mitgliederstärkste rechtsextremistische »Kulturvereinigung«. Sie pflegt enge Kontakte zu verschiedenen rechtsextremistischen Organisationen und Verlagen. An ihrer Spitze steht der frühere NPD-»Chefideologe« Dr. Rolf KOSIEK. Die GFP verfolgt das Ziel, sich für die – angeblich eingeschränkte – Presse- und Meinungsfreiheit einzusetzen<sup>82)</sup> und die Richtigstellung von vermeintlich verzerrenden Darstellungen der Zeitgeschichte zu erzwingen<sup>83)</sup>.

Unter dem Motto »Mut zur Freiheit – 1848 – 1998: 150 Jahre Kampf um Selbstbestimmung und Einheit« versammelten sich vom 24. bis 26. April in Gera (Thüringen) etwa 300 Teilnehmer zum jährlichen GFP-Kongreß.

Referenten, zu denen auch Funktionäre anderer rechtsextremistischer Organisationen gehörten, beklagten u. a. eine strafrechtliche Verfolgung politisch Andersdenkender<sup>84)</sup>. KOSIEK behauptete, der »Orwell«-Staat sei nahezu erreicht, in dem hinter den Kulissen nur



wenige bestimmten, was geglaubt und gemeint werden solle. So wisse der normale Bürger nicht, daß er in dem scheinbar so freien Staat in mancher Hinsicht fast wie in einer Diktatur lebe<sup>85)</sup>.

### 3. »Heide-Heim e. V.« / »Heideheim e. V.«

Die 1984 gegründeten und von dem Hamburger Rechtsanwalt Jürgen RIEGER geleiteten Vereine »Heide-Heim e. V.« (Hamburg) und »Heideheim e. V.« (Buchholz/Niedersachsen) wurden am 11. Februar durch das Niedersächsische Innenministerium verboten. Bis dahin organisierten sie maßgeblich die seit 1991 stattfindenden »Hetendorfer Tagungswochen«. Die Treffen, an denen bekannte Rechtsextremisten aus unterschiedlichen Gruppierungen teilnahmen, verbanden rechtsextremistische Politikinhalt mit pseudogermanischen Riten und sollten auf diese Weise das Gemeinschaftsgefühl zwischen den verschiedenen Gruppen fördern. Mit dem Verbot wurde zugleich das Vermögen beider Vereine – darunter das Anwesen in Hetendorf, das früher auch Neonazigruppen als Anlaufstelle diente – beschlagnahmt. Zwei Verfassungsbeschwerden, die RIEGER im Namen der verbotenen Vereine erhob, wies das Bundesverfassungsgericht als unzulässig zurück und verwies ihn auf den Verwaltungsrechtsweg. Diese Verfahren sind noch nicht abgeschlossen.

Anstelle der »Hetendorfer Tagungswoche« veranstalteten RIEGER sowie die ebenfalls von ihm gelenkten rechtsextremistischen Organisationen »Nordischer Ring e. V.« (NR) und »Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e. V.« (GfbAEV) vom 16. bis 21. Juni die »1. Mitteldeutschen Vortragstage« in Ostritz (Sachsen). Die Teilnehmerzahl blieb mit rund 70 weit hinter den Teilnehmerzahlen von Hetendorf – zuletzt 200 – zurück.

## VII. Intellektualisierungsbemühungen im Rechtsextremismus

Entgegen einer weit verbreiteten Ansicht artikuliert sich rechtsextremistische Ideologie nicht allein in dumpfen und populistischen Parolen. Sie findet zumindest dort eine formal anspruchsvollere Artikulation, wo rechtsextremistische Intellektuelle ihre Positionen in die politische Diskussion einzubringen suchen. Dabei orientieren sie sich ideologisch insbesondere an antidemokratischen Strömungen der Weimarer Republik; so etwa an den »Jungkonservativen« und deren Vorstellungen von einem starken Staat oder auch an den »Nationalrevolutionären«, die eine kollektivistische, völkische Gemeinschaft anstrebten. Den ideologischen Ausgangspunkt der Weimarer Antidemokratie hatte die französische intellektuelle »Neue Rechte« in den siebziger Jahren entdeckt und weiterentwickelt. Nun versuchen auch deutsche Rechtsextremisten, in einer Art Re-Import an die

rechtsextremistisch-intellektuelle Entwicklung im Nachbarland anzuknüpfen und die kulturelle Sphäre als Ort politischer Konfrontation zu besetzen. Mittels einer »Kulturrevolution von rechts« – also über Diffamierung oder Umdeutung demokratischer Wertvorstellungen – soll die geistige Meinungsführerschaft errungen und letztlich der politische Systemwandel vollzogen werden. Die Vertreter dieser Bestrebungen waren bislang allerdings wenig erfolgreich; denn der Anschluß an das französische Vorbild gelang weder im Hinblick auf ideologische Ausdifferenzierung noch hinsichtlich der organisatorischen Festigung. Erst recht erzielten sie keine Wirkung auf die politische Öffentlichkeit. Meist handelt es sich bei den rechtsextremistischen Intellektuellen um einzelne Autoren, die in den verschiedenen Publikationsorganen schreiben, in persönlichem Kontakt untereinander stehen, aber weder eine einheitliche Ideologie noch eine verbindliche Strategie besitzen.

**»Neue Rechte«  
ohne  
Breitenwirkung**

Ausnahmen hierzu bilden drei kleinere Personenzusammenschlüsse: Dazu gehört das »Thule-Seminar«, das allerdings nach einer Aufbauphase in der ersten Hälfte der achtziger Jahre keine kontinuierliche Wirkung mehr entfalten konnte. So gelang es ihm erst 1998 wieder, eine Ausgabe seiner Zeitschrift »Elemente der Metapolitik zur europäischen Neugeburt« zu veröffentlichen. Die letzte Ausgabe ist 1990 erschienen. Ein weiterer – bereits seit 1972 – bestehender rechtsextremistischer Intellektuellenzirkel ist die nationalrevolutionär ausgerichtete »Deutsch-Europäische Studien-Gesellschaft« (DESG), die monatlich das kleine Mitteilungsblättchen »DESG-inform« und unregelmäßig die Theoriezeitschrift »Junges Forum« publiziert. Die DESG arbeitet seit 1997 eng zusammen mit »Synergon Deutschland«, der deutschen Sektion der europaweit agierenden, ebenfalls nationalrevolutionär ausgerichteten »Europäischen Synergien«. Bei deren jährlichen »Sommeruniversitäten« sind indessen die deutschen Vertreter sowohl bei den Teilnehmern als auch bei den Referenten stark unterrepräsentiert, was sowohl für qualitative als auch quantitative Defizite der deutschen Sektion spricht.

DESG und »Europäische Synergien« stehen für eine Renaissance der nationalrevolutionären Ideologie im Rechtsextremismus. Ideologiefragmente der politischen Linken werden formal aufgegriffen und mit ethnischen und völkisch-kollektivistischen Vorstellungen verbunden. So werden sozialpolitische Problembereiche wie Arbeitslosigkeit, Globalisierung und Sozialkrisen nicht mehr nur im Kontext fremdenfeindlicher Agitation aufgegriffen, sondern erhalten einen eigenständigen Stellenwert. In diesem Sinne fordert etwa auch der der »Neuen Rechten« zuzurechnende frühere Bundesvorsitzende des »Nationaldemokratischen Hochschulbundes« (NHB) Thor von WALDSTEIN in der Zeitschrift »Staatsbriefe«<sup>86)</sup> (vgl. Kap. X, Nr. 2) die politisch-strategische Vereinnahmung des

**National-  
revolutionäre  
Ideologie**

## Antikapitalismus

Antikapitalismus: Die Gretchen-Frage für die politische Rechte werde sein, ob es ihr gelinge, die Position des Antikapitalismus aus den Traditionsbeständen der beamteten APO-Opas herauszubrechen, um sie mit nationalen Inhalten aufzuladen. Entweder kämen endlich die linken Leute von rechts, oder es kämen keine Leute von rechts. Ebenso argumentiert auch der ehemalige Bundesvorsitzende der Partei »Die Republikaner« (REP) Franz SCHÖNHUBER in seinem Beitrag »Macht mir den linken Flügel stark!« in der Zeitschrift »Opposition«<sup>87)</sup> (vgl. Kap. X, Nr. 2): Es gelte einen dritten Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus einzuschlagen; keineswegs müsse man sich damit abfinden, daß es neben dem schaffenden auch ein raffendes Kapital gebe. Die Ursprünge solcher Überlegungen finden sich bei den – in SCHÖNHUBERs Beitrag auch ausdrücklich genannten – Anhängern des sogenannten linken Flügels der früheren »Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei« (NSDAP) Gottfried Feder, Gregor und Otto Strasser. Das vom Autor verwendete Schlagwort vom »raffenden und schaffenden Kapital« hatte der NSDAP-Wirtschaftstheoretiker Feder mit antisemitischen Vorzeichen geprägt. Im Parteienbereich hat die »Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD) das Thema Antikapitalismus aufgegriffen (vgl. Kap. V, Nr. 3.1).

Neben den erwähnten deutschen Vertretern der Weimarer »Jungkonservativen« und »Nationalrevolutionäre« übernehmen rechtsextremistische Intellektuelle auch das Gedankengut von Sympathisanten des italienischen Faschismus, wie etwa des elitären



Kulturphilosophen Julius Evola (1898 - 1974). Anlässlich seines 100. Geburtstags am 19. Mai ehrten verschiedene rechtsextremistische Publizisten und Verlage den italienischen Theoretiker<sup>88)</sup>. Deutsche Übersetzungen von Evolas Werken sind bereits seit längerem auf dem Markt und werden u. a. vom »Arun-Verlag« und vom »Hohenrain-Verlag« (vgl. Kap. X, Nr. 2) veröffentlicht. Die Schriften werden von den meisten rechtsextremistischen Vertriebsdiensten – z. B. im Buchdienst der Zeitschrift »Signal« (vgl. Kap. X, Nr. 2) – und auch über das Internet angeboten.

Nicht alle rechtsextremistischen Intellektuellen formulieren die Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates eindeutig und offen. Als Protagonisten einer im öffentlichen Meinungsspektrum kaum beachteten geistigen Strömung präsentieren einige von ihnen ihre Positionen taktisch gemäßigt und scheinbar verfassungskonform, indem sie die Grenze zwischen konservativen und extremistischen Vorstellungen verwischen. Daraus erklärt sich, daß Rechts-Extremisten oftmals Gemeinsamkeiten mit demokratischen Konservativen in verschiedenen Themen hervorheben. Dies betrifft z. B. die Kritik an der Politik der europäischen Integration, die Ablehnung der sogenannten Wehrmachtsausstellung (vgl. Kap. V, Nr. 1.1) oder die Vorbehalte gegen eine »multikulturelle Gesellschaft«. Beleg für eine erfolgreiche Anwendung dieser Taktik sind verschiedene Sammelbände mit Beiträgen von konservativen und rechtsextremistischen Autoren. Beispiele dafür sind der im »Hohenrain-Verlag« erschienene Band »Europa ja – aber was wird aus Deutschland?« und der im »Arndt-Verlag« erschienene Band »Wagnis Wahrheit – Historiker in Handschellen«. Hierdurch zeigt sich eine in ihrer Wirkung bedenkliche Erosion der Abgrenzung zwischen Demokraten und Extremisten. Zu ihr trägt auch die Berliner Wochenzeitung »Junge Freiheit« bei. Dort erscheinen sowohl Texte von Demokraten als auch von in- und ausländischen Rechtsextremisten.

### Verwischung der Abgrenzung



## VIII. Revisionismus

Zu den zentralen Themen rechtsextremistischer Agitation gehört die politisch motivierte Umdeutung der Vergangenheit, mit der das NS-Regime von seiner Schuld entlastet oder gänzlich freigesprochen werden soll, um die NS-Ideologie als Grundlage für eigene politische Ziele nutzen zu können. Diese als zeitgeschichtlicher Revisionismus zu bezeichnende Strategie bedient sich unterschiedlicher Aussagen und Methoden: Sie reichen von der Leugnung des Völkermords durch das NS-Regime oder der deutschen Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs über relativierende Vergleiche zwischen den NS-Verbrechen und den angeblichen oder tatsächlichen Verbrechen anderer Staatsordnungen bis hin zur Idealisierung des Dritten Reiches. Nach

### Unterschiedlich ausgeprägte NS-Relativierung

zahlreichen Strafverfahren wegen des Leugnens der NS-Verbrechen formulieren revisionistische Autoren jedoch zunehmend vorsichtiger. Hinzu kommt, daß viele ihrer früheren Aussagen derart offenkundig der historischen Realität widersprachen, daß sie schon um der Glaubwürdigkeit der eigenen Positionen willen und mit Blick auf die erhoffte Breitenwirkung nicht weiter aufrechterhalten werden konnten.

### Kriegsschuldfrage

Dies veranschaulicht etwa der Beitrag »'Zurückgeschossen'? Zur Kriegsschuldfrage am Zweiten Weltkrieg nach Fakten, die seit jeher offen auf dem Tisch lagen« in der Zeitschrift »Deutschland in Geschichte und Gegenwart«<sup>89)</sup> (vgl. Kap. X, Nr. 2). Hier versucht der Autor nicht, Hitlers Ziele – also die Ausrottung des Bolschewismus und der Juden – zu leugnen oder die Eroberung von »Lebensraum im Osten« und die »Endabrechnung« mit Frankreich abzustreiten. Gleichwohl betont er, der Zweite Weltkrieg sei von Polen provoziert worden, auch habe das NS-Regime einen Waffengang mit England nicht gewollt. Überdies hätten weder Umfang noch Zeitpunkt der militärischen Auseinandersetzung in Hitlers Kalkül gepaßt, er sei vielmehr ab einem gewissen Zeitpunkt ein von den Umständen Getriebener gewesen.

Ähnlich einseitig argumentiert der in der rechtsextremistischen Publizistik als »Osteuropa-Experte« geltende Wolfgang STRAUSS in einem Beitrag der Zeitschrift »Europa vorn«<sup>90)</sup> (vgl. Kap. X, Nr. 2). Er betont unter dem bezeichnenden Titel »Sommer 1941: 'Vernichtungskrieg' war ein Befreiungskrieg« die anfängliche Sympathie, mit der Teile der sowjetischen Bevölkerung die einmarschierenden Truppen begrüßt hätten, und deutet im folgenden den deutschen Angriff als Feldzug gegen das totalitäre System des Stalinismus. Bewußt nutzt STRAUSS die These vom »Befreiungskrieg«, um die historisch erwiesene Konzeption und Praxis des deutschen Eroberungs-, Unterdrückungs- und Vernichtungskriegs zurückzuweisen. Belege hierfür bezeichnet er pauschal als deutschfeindlichen Mythos.

### »Schwarzbuch Kommunismus«

Revisionistische Publizisten greifen auch häufig die öffentliche Diskussion über zeitgeschichtliche Themen auf, um diese durch argumentative Verzerrungen in ihrem Sinne zu interpretieren. Ein typisches Beispiel hierzu bietet die Auseinandersetzung über das »Schwarzbuch Kommunismus«. Die Schrift stammt von französischen Historikern, die darin eine Auflistung aller in der kommunistischen Welt begangenen Verbrechen vornehmen wollten. Laut einer Rezension der rechtsextremistischen Zeitschrift »Nation & Europa«<sup>91)</sup> (vgl. Kap. X, Nr. 2) erfahre die Öffentlichkeit darin von Untaten, die zumindest quantitativ alles in den Schatten stellen würden, was bisher als »singulär« gegolten habe. Durch solche Agitation versuchen Rechtsextremisten, sich dieses Buch für ihre Zwecke zunutze zu machen: Gelänge nämlich der

Nachweis, die nationalsozialistischen Massenverbrechen stünden nicht als unvergleichliche Untaten im 20. Jahrhundert, so wäre in ihren Augen eine tendenzielle historische Entlastung des Nationalsozialismus gelungen. Die Vereinnahmungsversuche des »Schwarzbuches« sind jedoch sachlich unangemessen: Die Schrift betont eindeutig die Einzigartigkeit des Holocaust.

Aufgrund der Strafbarkeit der Leugnung des Völkermords durch das NS-Regime (»Auschwitz-Lüge«) (§§ 130, 185, 189 StGB) und der vielen daraus folgenden Beschlagnahmen und Verurteilungen in den letzten Jahren hielten sich Holocaust-Leugner in Deutschland mit strafrechtlich relevanten Äußerungen zurück. Dies gilt etwa für die zweimonatlich erscheinende Zeitschrift »Sleipnir«, die in früheren Jahrgängen einschlägige Texte veröffentlichte und mit redaktionell verfremdeten Titelangaben umfangreiche Literatur im Sinne der »Auschwitz-Lüge« zum Kauf angeboten hatte. Nunmehr druckt »Sleipnir« zwar die Übersetzungen von Texten bekannter ausländischer Revisionisten wie etwa Robert FAURISSON oder Serge THION ab, gibt aber nicht deren dezidierte, den Holocaust leugnende Aussagen wieder. Allenfalls zitiert die Publikation die versteckten revisionistischen Anspielungen der Autoren.

Revisionistische Propaganda mit der unverhohlenen »Auschwitz-Lüge« wird in Deutschland meist nur noch durch Schriften und Medien aus dem Ausland verbreitet. Von besonderer Bedeutung ist dabei der in Berchem (Belgien) ansässige Verein »Vrij Historisch Onderzoek« (V.H.O., »Freie Historische Forschung«), der alle gängigen, teilweise in Deutschland beschlagnahmten oder indizierten revisionistischen Veröffentlichungen in verschiedenen Sprachen vertreibt. Zum Sortiment der V.H.O. gehörte etwa die Broschüre »Eine deutsche Antwort auf die Goldhagen- und Spielberglügen« – eine knappe Zusammenfassung der wichtigsten revisionistischen Auffassungen, die relativ weite Verbreitung fand und auch an Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens verschickt wurde. Ebenso verlegt und vertreibt der Verlag das den Holocaust leugnende Buch »Kardinalfragen zur Zeitgeschichte« von Gernar SCHEERER, geb. RUDOLF, das aufgrund eines Beschlusses des Amtsgerichts Weilheim vom 18. März beschlagnahmt wurde. Die V.H.O. führte daneben im 2. Jahrgang die Zeitschrift »Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung« (VffG) weiter, in der pseudo-wissenschaftliche Beiträge bekannter deutscher und ausländischer Holocaust-Leugner wie Arthur R. BUTZ, Robert FAURISSON, Carlo MATTOGNO, Gernar RUDOLF, Mark WEBER oder Ingrid WECKERT enthalten waren. Zu den Autoren zählten auch die beiden Begründer der zweimonatlich erscheinenden Zeitschrift »Sleipnir« Andreas RÖHLER und Peter TÖPFER. Außerdem nutzt die V.H.O. das Internet, in dem auch andere Revisionisten Homepages mit entsprechenden Texten eingerichtet haben. Zu ihnen

»Auschwitz-Lüge«

**Revisionistische  
Propaganda aus  
dem Ausland**



gehören neben dem in Kanada lebenden deutschen Neonazi Ernst ZÜNDEL das australische »Adelaide Institute« sowie die beiden amerikanischen Einrichtungen »Committee for Open Debate On the Holocaust« (CODOH) und das »Institute for Historical Review« (IHR).

## IX. Internationale Verbindungen

Deutsche Rechtsextremisten pflegen Kontakte zu ausländischen Gesinnungsgenossen aus vielfältigen Anlässen und mit unterschiedlicher Zielsetzung.

In der Skinheadszene sind es im wesentlichen Konzerte unter Mitwirkung bekannter Bands, die deutsche und ausländische Fans zusammenführen. Am Rande der Veranstaltungen entsteht zumeist ein reger Handel mit Fanartikeln, teils mit Tonträgern mit volksverhetzenden Inhalten, deren Verkauf in Deutschland strafbar ist.

Deutsche Neonazis treffen sich vielfach im benachbarten Ausland, um dem Druck deutscher Sicherheitsbehörden zu entgehen. Sie nutzen die Zusammenkünfte zu strategischen Erörterungen und um Aktionen zu planen oder sich, anlässlich von Demonstrationen, mit ihren ausländischen Gesinnungsgenossen zu solidarisieren.

Von den rechtsextremistischen Parteien wird auf internen Veranstaltungen oft ein Schulterschuß mit ausländischen Organisationen demonstriert, der primär der Erhöhung des eigenen Prestiges dienen soll.

### 1. Internationale Treffen

Obwohl die Besucherzahl der internationalen Treffen insgesamt zurückging, behielten doch einige zentrale Veranstaltungen ihre Attraktivität für das rechtsextremistische Lager:

- Am 14. Februar veranstalteten die neonazistische Partei »Ungarische Nationale Front« (MNA) und die der internationalen »Blood & Honour«-Bewegung angehörende Skinhead-Gruppierung »Hungaria Skins« in Budapest eine Kundgebung. Unter dem Motto »Tag der Ehre« versammelten sich rund 500 bis 600 zum Teil schwarz uniformierte Aktivisten – darunter ca. 150 deutsche Rechtsextremisten – und gedachten der Einheiten der Waffen-SS, die im Februar 1945 unter hohen Verlusten versucht hatten, aus der belagerten Stadt auszubrechen.
- Rund 140 Rechtsextremisten aus Dänemark, Schweden, Norwegen und Deutschland formierten sich am 15. August in

Greve (Dänemark) zu einem »Internationalen Rudolf-Heß-Gedenkmarsch«. Initiator der Demonstration war der Vorsitzende der »Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung« (DNSB) Jonni HANSEN. Bereits im Vorfeld hatte der Bundesgrenzschutz 110 Personen die Ausreise nach Dänemark untersagt.

- Am 29./30. August fand in Diksmuide (Belgien) die 71. »Ijzerbedevaart« flämischer Patrioten mit ca. 7.000 Besuchern statt. Zu einem rechtsextremistischen »Kameradschaftstreffen« am Rande der Veranstaltung waren rund 150 Aktivisten aus mehreren Ländern angereist, davon rund 50 Personen aus Deutschland.
- Der »Freundeskreis Ulrich von Hutten e. V.« und die »Deutsche Kulturgemeinschaft Österreich« trafen sich in der Zeit vom 12. bis 19. September unter der Leitung der österreichischen Rechtsextremistin Lisbeth GROLITSCH in Altenberg (Sachsen) zur »22. Gästewoche«. An der Eröffnungsveranstaltung nahmen ca. 190 Personen aus Deutschland und Österreich teil.
- Das alljährlich von dem französischen »Front National« (FN) veranstaltete Parteifest »bleu-blanc-rouge« fand auch 1998 Zuspruch bei deutschen Rechtsextremisten: Unter den ca. 10.000 Besuchern, die sich am 19./20. September in Paris versammelten, befand sich auch eine zwanzigköpfige Delegation der rechtsextremistischen »Deutschen Liga für Volk und Heimat« (DLVH), die von Jürgen SCHÜTZINGER, einem der drei DLVH-Bundesvorsitzenden, angeführt wurde.
- Rechtsextremisten aus mehreren europäischen Ländern kamen am Rande des traditionellen »Ulrichsberg-Treffens« am 4. Oktober in Klagenfurt (Österreich) zusammen. Sie versuchen, die offizielle Gedenkveranstaltung für die österreichischen Gefallenen der Weltkriege zur Selbstdarstellung zu nutzen und in ihrem Sinne zu beeinflussen. In diesem Jahr nahmen ca. 15 deutsche Gesinnungsgenossen teil.
- Am 24. Oktober beteiligten sich die »Jungen Nationaldemokraten« (JN) mit einer kleineren Delegation am »5. Europäischen Kongreß der Jugend« in Thessaloniki (Griechenland). Die JN waren einer Einladung der rechtsextremistischen griechischen Organisation »Golden Dawn« gefolgt, die das Treffen ausgerichtet hatte.
- An den Feierlichkeiten zum Todestag des spanischen Diktators General Franco vom 20. bis 22. November in Madrid nahmen nur noch wenige deutsche Rechtsextremisten teil. 1997 waren noch annähernd 100 Besucher aus Deutschland angereist, vor allem Mitglieder der »Nationaldemokratischen Partei Deutschlands« (NPD) und der JN sowie Mitglieder des neonazistischen »Freiheitlichen Volks Blocks« (FVB).



## 2. »Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei/Auslands- und Aufbauorganisation« (NSDAP/AO)

|               |                                |
|---------------|--------------------------------|
| gegründet:    | 1972                           |
| Sitz:         | Lincoln (Nebraska/USA)         |
| Vorsitzender: | Gary Rex LAUCK                 |
| Publikation:  | »NS Kampfruf«,<br>unregelmäßig |

Die Aktivitäten der »Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei/Auslands- und Aufbauorganisation« (NSDAP/AO) kamen weitgehend zum Stillstand: Es erschienen nur noch zwei deutschsprachige Ausgaben der früher zweimonatlich publizierten Broschüre »NS Kampfruf«, Sendungen mit neonazistischem Propagandamaterial der NSDAP/AO nach Deutschland werden kaum noch festgestellt.

Der 1995 in Deutschland zu vier Jahren Freiheitsstrafe verurteilte »Propagandaleiter« der NSDAP/AO Gary Rex LAUCK stellte im Januar erfolglos einen Antrag auf vorzeitige Entlassung aus der Haft; diese endete im März 1999.

## X. Agitations- und Kommunikationsmedien

### 1. Periodische Publikationen

Die Zahl der periodischen rechtsextremistischen Publikationen erhöhte sich von 106 auf 110. Sie hatten eine Gesamtauflage von rund 6,9 Millionen (1997: rund 5,4 Millionen). 73 Publikationen erschienen mindestens viermal im Jahr (1997: 68).

### 2. Organisationsunabhängige Verlage und Vertriebe

1998 gaben 45 (1997: 44) organisationsunabhängige Verlage und Vertriebe (vgl. auch Kap. XI) wieder eine breite Palette von Büchern, Zeitschriften, CDs, Musikkassetten und Videos mit rechtsextremistischem Gedankengut heraus. Einigen größeren Verlagen mit einem breiten Buch- und Zeitschriftenangebot steht eine Vielzahl von kleineren Verlagen mit begrenztem Programm gegenüber.

#### Zahl der Verlage und Vertriebe konstant

#### »Grabert-Verlag«

Zu der ersten Gruppe gehört der »Grabert-Verlag«, dessen Bücher sich – zumeist aus rechtsextremistischem Blickwinkel – mit verschiedensten Themen (z. B. Drittes Reich, Frühgeschichte, Globalisierung, Kunst) oder politischen Theorien auseinandersetzen. Zudem erscheinen dort eigene Publikationen wie die Vierteljahresschrift »Deutschland in Geschichte und Gegenwart« (Auflage ca. 3.000) und das Mitteilungsblatt »Euro Kurier«. Der »Hohenrain-Verlag«, ein

Schwester-Unternehmen des »Grabert-Verlags«, versucht hingegen breiter in die Öffentlichkeit hineinzuwirken, indem dort weniger politisch verdächtig erscheinende Bücher verlegt werden. Zu den größeren Verlagen zählt auch die »Nation Europa Verlag GmbH«, deren Theorie- und Strategieorgan »Nation & Europa – Deutsche Monatshefte« (Auflage ca. 16.000) bereits im 48. Jahrgang erscheint. Zudem verfügt der Buchdienst des Unternehmens über ein eigenes Buchprogramm.

Den kleineren Verlagen ist der Verlag des Manfred ROUHS zuzurechnen, der zweimonatlich die Zeitschrift »Signal – Das patriotische Magazin« (bis Mai: »Europa Vorn«) in einer Auflage von ca. 5.000 Exemplaren herausgibt und sich neben dem Verkauf eines relativ kleinen eigenen Buchprogramms insbesondere dem Vertrieb von CDs mit Skinhead-Musik widmet. Ein kleinerer Verlag ist auch der »Castel Del Monte-Verlag«. Hier erscheint lediglich die Theoriezeitschrift »Staatsbriefe« (monatliche Auflage ca. 1.000). Der »Faksimile-Verlag« und der »Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur« haben sich auf den Nachdruck von völkischer und nationalsozialistischer Literatur aus der Zeit zwischen 1918 und 1945 spezialisiert. Zu derartigen Reprints gehören etwa auch die Jahrgänge 1941/42 der Zeitschrift »Weltkampf. Die Judenfrage in Geschichte und Gegenwart«.

Als neues Periodikum präsentierte sich die Vierteljahreszeitschrift »Opposition – Magazin für Deutschland«. Nach eigenem Verständnis ein Theorie- und Strategieorgan, enthält die Publikation u. a. Grundsatzebeiträge zur ideologischen Ausrichtung des Rechtsextremismus. Die Aufsätze stammen zumeist von bekannten Rechtsextremisten wie Karl RICHTER, Christian ROGLER oder Franz SCHÖNHUBER, die schon seit langem zu den regelmäßigen Autoren von »Nation & Europa« oder »Signal« gehören. »Opposition« erscheint in der »Verlagsgesellschaft Berg mbH«, die zu den größeren Verlagen gehört, über ein breiteres eigenes Buchprogramm verfügt und das Jahrbuch »Deutsche Annalen« sowie zweimonatlich die Zeitschrift »Deutsche Geschichte« (Auflage ca. 10.000) herausgibt.

Die Publikationsorgane widmeten sich neben der tagespolitischen Berichterstattung und deren rechtsextremistischer Interpretation vor allem der lagerinternen Debatte zur parteipolitischen Strategie. Die meisten organisationsunabhängigen Zeitschriften und Zeitungen beklagten die Konkurrenz Kandidatur der Parteien »Deutsche Volkunion« (DVU), »Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD) und »Die Republikaner« (REP) und beschworen zugleich die Notwendigkeit ihrer Zusammenarbeit, wenn nicht gar Vereinigung. Insbesondere »Nation & Europa« plädierte entsprechend der jahrelangen Redaktionslinie für eine Einigung der Parteien. Dadurch soll die Grundlage für Wahlerfolge – wie bei der als Vorbild geltenden franzö-

**Nachdrucke  
national-  
sozialistischer  
Literatur**

**»Opposition –  
Magazin für  
Deutschland«**

**Beiträge zu lager-  
internen  
Strategieebatten**

### Aufruf zur Wahl der DVU

sischen Partei »Front National« (FN) – geschaffen werden. Im Gegensatz zu »Nation & Europa« rief »Signal« konkret zur Wahl einer bestimmten Partei auf. Stammautoren wie Christian ROGLER und Manfred ROUHS forderten ungeachtet noch bestehender Vorbehalte die gesamte patriotische Publizistik zur Unterstützung der DVU auf, um sie als patriotische Opposition in die Parlamente zu bringen<sup>92)</sup>.

Als außenpolitisches Thema dominiert seit Anfang der neunziger Jahre die pauschale Diffamierung der USA, eine Entwicklung, die sich vor dem Untergang der bis dahin hauptsächlich attackierten Sowjetunion erklärt. Rechtsextremisten sehen das amerikanische demokratische System als Ausdruck kultureller Dekadenz und eines ökonomischen Imperialismus. Dementsprechend stand auch die erste Ausgabe der Zeitschrift »Opposition«<sup>93)</sup> unter dem Schwerpunktthema »Herausforderung Amerikanismus«. Mehrere Artikel sahen im »Amerikanismus« eine gravierende Gefahr für alle noch um ihr elementares Lebensrecht besorgten nationalen Kulturen und brandmarkten den »American Way of Life« als existentielle Bedrohung für die Identität der Völker.



### Antiamerikanismus

Ein weiteres wichtiges Thema rechtsextremistischer Veröffentlichungen bildeten die Klagen über den angeblichen Verlust der Meinungsfreiheit. Dies zielt ab auf staatliche Beschlagnahmen und Indizierungen von volksverhetzender oder den Holocaust leugnender Literatur, aber auch auf Verbote von neonazistischen Aufmärschen und Veranstaltungen. Rechtsextremisten sprechen in diesem Zusammenhang von »DDR light«, »Gesinnungsdiktatur« oder »Zensur-System« und setzen auf diese Weise den demokratischen Rechtsstaat mit diktatorischen Systemen gleich. Exemplarisch dafür ist das Buch »Die Meinungsdiktatur. Wie 'demokratische' Zensoren die Freiheit beschneiden« des Publizisten Jürgen SCHWAB. In dieselbe Literaturkategorie gehört die Schrift »Sind Gedanken noch frei? Zensur in Deutschland« von Dr. Claus NORDBRUCH. Indem Rechtsextremisten sich damit als Opfer einer »Meinungsdiktatur« stilisieren, suchen sie sich gleichzeitig gegenüber jeglicher inhaltlichen Kritik zu immunisieren, erscheint ihnen diese doch immer als Ausdruck von Zensur.

### Angebliche Zensur

Schließlich nutzten rechtsextremistische Publizisten auch die Erinnerung an historische Ereignisse zur ideologischen Umdeutung in ihrem Sinne. Exemplarisch dafür ist etwa die Würdigung Bismarcks

anlässlich seines 100. Todestages in »Nation & Europa«<sup>94</sup>): Unter der Überschrift »Wir brauchen einen neuen Bismarck!« werden dessen antiliberaler Politik bejubelt und autoritäre Entscheidungen hervorgehoben. Der geschichtliche Verdienst Bismarcks liege darin, daß er vor den Liberalisierungstendenzen der Epoche nicht kapituliert, sondern sie erfolgreich in ein soziales Gefüge von erstaunlicher Modernität zu integrieren verstanden habe – dies oft genug gegen parlamentarische Mehrheiten; er habe die Parteien verachtet, aber sich ihrer mit größter Virtuosität zu bedienen gewußt. Der hier zum Ausdruck kommende Antiliberalismus richtet sich nicht gegen eine einzelne Partei, sondern gegen den demokratischen Verfassungsstaat und seine freiheitliche demokratische Grundordnung insgesamt.

### 3. Neue Kommunikationsmedien

Das Internet, »Nationale Info-Telefone« (NIT) und Mailboxen gehören inzwischen zum festen Bestandteil rechtsextremistischer Strategie: Führende Rechtsextremisten sehen in dem kumulativen Einsatz dieser elektronischen Medien die Chance, die regional, organisatorisch aber auch ideologisch zergliederte Szene zu festigen und zumindest informationell zu verbinden. Das Internet dient als weltweites Forum zur Verbreitung rechtsextremistischer Propaganda. Über die NIT koordinieren Aktivisten ihre Treffen und Kundgebungen und sorgen für die Mobilisierung der Szene. In abgeschotteten Mailboxnetzen führen Rechtsextremisten die interne Debatte über Ziele und Strategie der Bewegung.

#### 3.1 Internet

Rechtsextremisten haben ihre Präsenz in allen Bereichen des Internets stark ausgebaut. Zunehmend nutzt die Szene das Medium zur individuellen Kommunikation per E-Mail sowie zu Diskussionen in kleinen Gruppen im Newsgroup- und IRC<sup>95</sup>-Bereich. Vor allem aber dient das Internet den Rechtsextremisten zur Selbstdarstellung und zu werbewirksamen Veranstaltungsaufrufen.

Deutsche Rechtsextremisten betreiben im World Wide Web (WWW) mehr als 200 Homepages (1997: rund 100). Diese quantitative Steigerung geht einher mit einer kontinuierlichen Verbesserung von Form und technischer Qualität der Homepages.

Immer häufiger stellen die Betreiber Ton- und Videosequenzen in ihre Homepages ein und steigern damit den Informationsgehalt, aber

**Verstärkte  
Nutzung der  
Internet-Dienste**

**Über 200  
Homepages  
deutscher  
Rechtsextremisten**

**Einbindung von  
Ton- und Video-  
sequenzen**



# Nationaler Widerstand

## Internet-Seiten des Nationalen Widerstandes

auch den Anziehungsgrad ihrer Propaganda erheblich. So präsentierte beispielsweise die »Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD, vgl. Kap. V, Nr. 3) im Rahmen des diesjährigen Bundestagswahlkampfes ihre TV-Spots auf der parteieigenen Internet-Seite. In anderen Homepages finden sich »Radiosendungen«, eine Mixtur aus rechtsextremistischem Liedgut und einschlägigen Kommentaren.

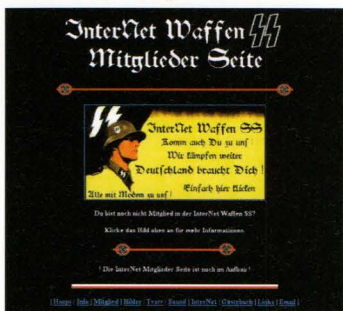
Darüber hinaus waren Internetinhalte abrufbar, die eine organisationsübergreifende Zielrichtung entfalten sollen. Hierbei kam der »elektronischen Ausgabe« der früher mit mehreren Regionalausgaben erscheinenden »Berlin-Brandenburger – Zeitung der nationalen Erneuerung« durch ihre breitgefächerte und um scheinbare Seriosität bemühte Berichterstattung zeitweise besondere Bedeutung zu. Nach den Haftantritten der für dieses Zeitungsprojekt Hauptverantwortlichen Frank SCHWERDT und Christian WENDT werden die Inhalte jedoch nur noch sporadisch aktualisiert. Eine unter der Bezeichnung »Nationaler Widerstand« ebenfalls organisationsübergreifend ausgerichtete Homepage bietet – neben abrufbaren Auszügen der auch als Printmedium erscheinenden Publikation »Zentralorgan« – die ausschließlich im Internet abrufbare Publikation »Perspektive« an, über die neben aktuellen Informationen und Veranstaltungshinweisen auch zeitnah Berichte zu durchgeführten Aktionen verbreitet werden. Diese – im Vergleich zu den herkömmlichen Printmedien relativ kostengünstigen – »elektronischen Zeitungen« ermöglichen es den Rechtsextremisten, durch ihre weite Streuung von Informationen auch Personen außerhalb der eigentlichen Szene zu erreichen. Zugleich wird über »Links« (automatisierte Verknüpfungen) ein breites Spektrum einschlägiger Internet-Publikationen eröffnet.

Das Internet erleichtert der rechtsextremistischen Szene zudem die Mobilisierung: Aufrufe und Veranstaltungshinweise können als fertige Flugblätter ausgedruckt werden. Auf diese Weise entfällt der logistische Aufwand, der jedem lokalen Aktivisten etwa mit dem Texten, Arrangieren und Drucken eigener Mitteilungen entstehen würde.

**Organisations-  
übergreifende  
Nutzung**

**Vereinfachte  
Mobilisierung für  
Veranstaltungen**

Um die Strafverfolgung in Deutschland zu erschweren, stellen Rechtsextremisten ihre Texte und Bilder vermehrt anonym über nordamerikanische Provider in das Internet ein. So gelangt strafrechtlich relevantes Propagandamaterial verbotener Organisationen, wie etwa



Adolf Hitlers »Mein Kampf«, in die Öffentlichkeit, ebenso wie anonyme Appelle an die Szene, sich auf den Kampf im politischen Untergrund vorzubereiten. Beispielsweise heißt es auf der Homepage des rechtsextremistischen Mailboxverbundsystems »Thule-Netz« (vgl. Nr. 3.3) als Reaktion auf den Ausgang der Bundestagswahl:

»Ab in den Untergrund! Die Zeit für demokratische Spielregeln ist vorbei. (...) Bereitet euch vor auf den Tag X.«

In diese Kategorie gehört auch die Homepage »Der arische Ansturm«, die neben umfangreichen Bombenbauanleitungen diverse – zum großen Teil strafrechtsrelevante – rechtsextremistische Propaganda enthielt. Dem Bundesamt für Verfassungsschutz ist es gelungen, den Betreiber der seit Februar im Internet vorhandenen Homepage zu identifizieren. Die Polizei konnte aufgrund dieser Hinweise bei dem Verdächtigen – einem 17jährigen Kölner – neben rechtsextremistischer Propaganda auch umfangreiche Mittel zur Herstellung von Sprengstoff sicherstellen.

### 3.2 »Nationale Info-Telefone« (NIT)

Die »Nationalen Info-Telefone« (NIT) haben als ebenso einfache wie effektive Form der Informationsübermittlung ebenfalls an Bedeutung gewonnen. In den Ansagetexten nehmen Kommentare zu tagespolitischen Ereignissen beachtlichen Raum ein. Die NIT sind aber für die Szene vor allem dann wichtig, wenn kurzfristig Veranstaltungshinweise bekanntgegeben werden sollen und eine rasche Mobilisierung gefordert ist: So informierten viele NIT aktuell über



**Verbreitung strafbarer Inhalte über ausländische Provider**

**NIT als effektives Instrument für Agitation und Steuerung von Veranstaltungen**

geplante Kundgebungen zum 1. Mai oder zur »Rudolf Heß-Aktionswoche« im August, unterrichteten ihre Sympathisanten über behördliche Verbotsmaßnahmen und empfahlen Ausweichstrategien.

## 12 NIT aktiv

Insgesamt waren 12 NIT aktiv: »NIT Hamburg«, »NIT Schleswig-Holstein«, »NIT Mecklenburg-Vorpommern«, »NIT Mecklenburg«, »NIT Rheinland«, »NIT Preussen«, »NIT Bayern«, »NIT Mitteldeutschland«, »Bündnis Rechts«, »VSB Baden-Württemberg« und – bis Mitte Mai – »Deutschland-Sturm« sowie ab Dezember »NIT Nordrhein-Westfalen«.

### 3.3 Mailboxen

Mailboxnetze haben innerhalb der rechtsextremistischen Szene an Bedeutung verloren. Das Diskussionsniveau ist gekennzeichnet von Verbalattacken der Nutzer (User) untereinander bis hin zu persönlichen Diffamierungen.

#### »Thule-Netz« und »Nordland-Netz«

Die Auflösung des seit 1993 bestehenden »Thule-Netzes« setzte sich 1998 weiter fort; von den zeitweilig 14 zusammengeschlossenen Mailboxen ist nur noch die »Propaganda.BBS« aktiv.

Das »Nordland-Netz«, eine Abspaltung des »Thule-Netzes«, wird nur von zwei Mailboxen betrieben.

#### Mailboxnetze als Diskussionsforen

Die insgesamt ca. 100 angeschlossenen User – darunter nur wenige führende Aktivisten in der gewaltbereiten Szene oder im Neonazibereich – diskutieren Themen wie etwa die informationelle Vernetzung der neonazistischen Szene, die Aktivitäten der »Anti-Antifa« oder die Bedeutung des Revisionismus. Darüber hinaus werden szeneebedeutsame Termine zu Aktionen, Demonstrationen oder Radiosendungen bekanntgegeben.

## XI. Übersicht über weitere Presseerzeugnisse

| <b>Verlage<br/>– einschl. Sitz –</b>                                 | <b>Publikationen<br/>(einschl. Erscheinungsweise<br/>und Auflage – z. T. geschätzt)</b>   |
|--|---|
| »Arndt-Verlag«<br>– Martensrade/Krs. Plön –                          |   |
| »Castel del Monte-Verlag«<br>– München –                             | »Staatsbriefe«<br>– monatlich –<br>– 1.000 –  |
| »Europa vorn Verlag«/<br>»Verlag Manfred Rouhs«<br>– Köln –          | »Signal«<br>(früher: »Europa vorn«)<br>– vierteljährlich –<br>– 5.000 –   |
| »Grabert-Verlag«<br>– Tübingen –                                     | »Deutschland in Geschichte<br>und Gegenwart«<br>– vierteljährlich –<br>– 3.000 –<br><br>»Euro-Kurier«<br>– zweimonatlich –<br>– unbekannt – |
| »Nation Europa Verlag GmbH«<br>– Coburg –                            | »Nation & Europa - Deutsche<br>Monatshefte«<br>– monatlich –<br>– 15.000 –  |
| »Verlag der Freunde« (VdF)<br>– Berlin –                             | »Sleipnir«<br>– zweimonatlich –<br>– 1.800 –  |
| »VGB Verlagsgesellschaft<br>Berg mbH«<br>– Berg am Starnberger See – | »Deutsche Geschichte«<br>– zweimonatlich –<br>– 10.000 –<br><br>»Opposition«<br>– vierteljährlich –<br>– unbekannt –                        |





**Verfassungsschutz  
bericht  
1998**

---

*Rechtsextremistische Bestrebungen*

---

*Linksextremistische Bestrebungen*

---

*Sicherheitsgefährdende und  
extremistische Bestrebungen  
von Ausländern*

---

*Spionage und sonstige  
nachrichtendienstliche Aktivitäten*

---

*Scientology-Organisation (SO)*

---

*Verfassungsschutz durch Aufklärung*

---

*Erläuterungen und Dokumentation*

---

*Gesetzestexte*

---

## I. Überblick

### Entwicklungen im Linksextremismus

Linksextremisten stehen in strikter Gegnerschaft zu der von ihnen als kapitalistisch, imperialistisch und rassistisch diffamierten rechtlichen und gesellschaftlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland. Ihre Bestrebungen richten sich auf die »revolutionäre« Beseitigung dieser Ordnung, um an ihrer Stelle ein sozialistisch/kommunistisches System bzw. eine »herrschaftsfreie« Gesellschaft (»Anarchie«) zu etablieren.

Alle Linksextremisten bekennen sich grundsätzlich zur »revolutionären Gewalt«. Während die einen aus taktischen Erwägungen bei tagespolitischen Auseinandersetzungen überwiegend auf »legale« Kampf- formen setzen und im Rahmen ihrer antidemokratischen Agitation und Propaganda versuchen, politische Mißstimmungen anzuheizen, bringen die anderen ihren unversöhnlichen Haß auf den Staat durch gezielt militante Aktionen zum Ausdruck.

Auch 1998 war die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland durch gewalttätige Linksextremisten, insbesondere aus der anarchistisch orientierten autonomen Szene, bedroht. Dies zeigen u.a. die zahlreichen konspirativ vorbereiteten und durchgeführten Brandanschläge sowie die große Zahl gefährlicher Eingriffe in den Bahnverkehr. Durch solche Protestaktionen linksextremistischer Gewalttäter entstanden Sachschäden in Millionenhöhe. Zahl und Brutalität körperlicher Angriffe auf Rechtsextremisten oder vermeintliche Rechtsextremisten nahmen zu; oftmals entlud sich der Haß militanter Linksextremisten auf zur Sicherung von Veranstaltungen und Objekten eingesetzte Polizeibeamte.

#### Militanter Linksextremismus

#### Auflösung der RAF

Im April wurde ein von März datierendes achtseitiges Schreiben der im Untergrund lebenden Mitglieder der »Roten Armee Fraktion« (RAF) bekannt, in dem diese die Auflösung der RAF erklärten.

In Reaktion auf das Schreiben wurden in der militanten linksextremistischen Szene Stimmen laut, die im Ende der RAF keineswegs ein Ende des »bewaffneten Kampfes« sehen, sondern die Option darauf ausdrücklich aufrechterhalten wollen.

In einer Göttinger Szenepublikation hieß es dazu:

»So lange es gesellschaftliche Verhältnisse gibt, 'in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist' – so lange das Herz der Bestie schlägt und jeden Tag aufs neue kapitalistische Barbarei produziert, so lange wird es auch den Kampf um Befreiung geben. Die Mittel dazu wird sich die radikale Linke nicht von ihren Gegnern diktieren lassen.«  
(»EinSatz« Nr. 31 von Juli 1998)

Herausgehobene Aktionsfelder militanter Linksextremisten waren auch 1998 der »Antifaschismus« (Aktionen gegen Rechtsextremisten und vermeintliche Rechtsextremisten sowie deren Strukturen) bzw. »Antirassismus« (Asylproblematik, »Grenzen auf für alle«), der »Widerstand« gegen die Nutzung der Kernenergie, gegen die Gen-Forschung, die Kampagne gegen die »Umstrukturierung« von Großstädten und Ballungszentren (Stichwort: Innere Sicherheit; Ausbau Berlins zur Regierungs- und Dienstleistungsmetropole; Aktivitäten gegen die geplante Weltausstellung »EXPO 2000« in Hannover) sowie der »Internationalismus«.

### Aktionsfelder

Im Zusammenhang mit Vorwürfen militanter Linksextremisten, die Bundesrepublik Deutschland strebe eine Großmachtrolle an, drückte sich der Protest u.a. in Agitation und Aktionen gegen Veranstaltungen der Bundeswehr wie öffentliche Gelöbnisse und den Großen Zapfenstreich sowie (internationale) Konferenzen von Politikern und Militärs aus. Als zukünftige »Angriffsziele« zeichnen sich der EU- und der G8-Gipfel im Juni 1999 in Köln ab.

Die Bedrohung durch gewalttätige Linksextremisten wird auch weiter bestehen bleiben. Die Masse militanter Aktionen bis hin zur Ausbildung terroristischer Ansätze wird dabei von den Autonomen ausgehen. Diese halten an der von ihnen als »bewährt« angesehenen Praxis fest, Anschläge nicht unter einem über Jahre hinaus fest-en Gruppennamen (»Markennamen«), sondern unter stets wechselnden Aktionsbezeichnungen zu verüben (»No-name-Variante«). Dadurch erhoffen sie sich einen stärkeren Schutz vor »staatlicher Repression«.

### Autonome Szene

Die Szene, die sich zunehmend als uneinheitlich und im Fluß befindlich darstellt, dürfte bei gleichbleibender Bereitschaft zur Gewaltanwendung noch unübersichtlicher werden.

Die Struktur im Bereich revolutionär-marxistischer Parteien und sonstiger Gruppierungen hat sich kaum verändert.

Traditionell revolutionär-marxistische Organisationen wie die »Deutsche Kommunistische Partei« (DKP), die »Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands« (MLPD) und trotzkistische Gruppen konnten ihr Mitgliederpotential zwar im wesentlichen halten. Organisatorische Schwierigkeiten und mangelnde Motivation von Anhängern wurden jedoch bei einigen Gruppen deutlich. Sie hielten dennoch an ihren klassischen Konzepten – Klassenkampf und revolutionärer Bruch mit den bestehenden Verhältnissen – fest und versuchten weiter – allerdings mit geringem Erfolg –, Ansätze zu gesellschaftlichem Widerstand zu verstärken und auf bestehende Protestbewegungen einzuwirken.

### Revolutionär-marxistische Organisationen

**PDS – ambivalentes  
Erscheinungsbild**

Die »Partei des Demokratischen Sozialismus« (PDS) hat sich in der bundesrepublikanischen Parteienlandschaft eingerichtet. Es gelang ihr erstmals, in Fraktionsstärke in den Deutschen Bundestag einzuziehen. In den östlichen Ländern ist sie – trotz weiterer Mitgliederückgangs – nach wie vor die stärkste Partei. Ihr Erscheinungsbild blieb ambivalent: Sie arbeitet in den Gremien der parlamentarischen Demokratie mit, läßt dennoch offen extremistische Strukturen in ihren Reihen gewähren. Sie arbeitet mit deutschen und ausländischen Linksextremisten zusammen. Wie im Parteiprogramm fixiert, strebt die PDS die Überwindung der bestehenden Gesellschaftsordnung an.

## II. Übersicht in Zahlen

### 1. Organisationen und Personenpotential

1998 hat sich das Gefüge des organisierten Linksextremismus gegenüber dem Vorjahr nicht verändert; das Gesamtpotential weist eine leichte Steigerung auf.

Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften waren Ende 1998 etwa 34.700 Personen Organisationen und sonstigen Personenzusammenschlüssen zuzurechnen, bei denen linksextremistische Bestrebungen feststellbar sind (1997: 34.100). Darin enthalten sind auch die Anhänger der »Kommunistischen Plattform« (KPF) und der »Partei des Demokratischen Sozialismus« (PDS), deren Zahl auf bis zu 2.000 zu schätzen ist. Die PDS, die – über einzelne offen linksextremistische Strukturen hinaus – auch insgesamt als Partei tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung i. S. der §§ 3, 4 BVerfSchG bietet, hat – eigenen Angaben zufolge – etwa 96.500 Mitglieder.

Das Spektrum der gewaltbereiten Linksextremisten in überwiegend anarchistisch orientierten Gruppierungen umfaßte Ende 1998 – wie im Vorjahr – über 7.000 Personen, darunter über 6.000, die sich selbst meist als Autonome bezeichnen.

Bei marxistisch-leninistischen, trotzkistischen und sonstigen revolutionär-marxistischen Zusammenschlüssen verlief die Entwicklung unterschiedlich: Einige Gruppen hatten Zulauf, andere verzeichneten Rückgänge. Insgesamt zählten diese Organisationen etwa 28.400 Mitglieder. In Teilbereichen erhalten sie Unterstützung von linksextremistisch beeinflussten Organisationen<sup>96)</sup>, denen zum Jahresende etwa 18.000 Mitglieder angehörten.

| Linksextremismuspotential <sup>1)</sup>                               |            |                   |                   |            |                   |                   |            |                    |                   |
|---|------------|-------------------|-------------------|------------|-------------------|-------------------|------------|--------------------|-------------------|
|   | 1996       |                   |                   | 1997       |                   |                   | 1998       |                    |                   |
|   | Gruppen    | Personen          |                   | Gruppen    | Personen          |                   | Gruppen    | Personen           |                   |
| Gewaltbereite Linksextremisten <sup>2)</sup>                          | 74         | 7.000             |                   | 69         | 7.000             |                   | 66         | 7000 <sup>3)</sup> |                   |
| Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten <sup>4)</sup> |            |                   |                   |            |                   |                   |            |                    |                   |
| – Kern- und Nebenorganisationen                                       | 47         | 28.900            |                   | 43         | 27.800            |                   | 43         | 28.400             |                   |
| – beeinflusste Organisationen   | 40         |                   | 14.000            | 37         |                   | 19.000            | 34         |                    | 18.000            |
| <b>Summe</b>  | <b>161</b> | <b>35.900</b>     | <b>14.000</b>     | <b>149</b> | <b>34.800</b>     | <b>19.000</b>     | <b>143</b> | <b>35.400</b>      | <b>18.000</b>     |
| <b>Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften</b>                        |            | <b>ca. 35.200</b> | <b>ca. 10.500</b> |            | <b>ca. 34.100</b> | <b>ca. 14.500</b> |            | <b>ca. 34.700</b>  | <b>ca. 13.500</b> |
| »Partei des Demokratischen Sozialismus« (PDS) <sup>5)</sup>           |            | ca. 110.000       |                   |            | ca. 105.000       |                   |            | ca. 96.500         |                   |

\*) Die Zahlenangaben sind zum Teil geschätzt und gerundet.  
 \*\*) In die Statistik sind nicht nur tatsächlich als Täter/Tatverdächtige festgestellte Personen einbezogen, sondern auch solche Linksextremisten, bei denen lediglich Anhaltspunkte für Gewaltbereitschaft gegeben sind. Erfasst sind nur Gruppen, die feste Strukturen aufweisen und über einen längeren Zeitraum aktiv waren.  
 \*\*\*) Das Mobilisierungspotential der »Szene« umfaßt zusätzlich mehrere tausend Personen.  
 \*\*\*\*) Einschließlich »Kommunistischer Plattform der PDS« (KPF). Hinzu kommen die Mitglieder weiterer linksextremistischer Gruppen in der PDS.  
 \*\*\*\*\*) Die PDS ist wegen ihres ambivalenten Erscheinungsbildes (vgl. Überblick) gesondert ausgewiesen. Es ist davon auszugehen, daß nicht alle Mitglieder linksextremistische Ziele verfolgen oder unterstützen. Mitglieder der KPF, die nicht gleichzeitig Mitglieder der PDS sein müssen, sind in den Zahlenangaben über Marxisten-Leninisten berücksichtigt.

## 2. Straftaten/Gewalttaten

Auch 1998 verübten Linksextremisten schwere Straftaten, um ihre politischen Ziele durchzusetzen, u.a. Brandstiftungen und Sprengstoffanschläge sowie Sachbeschädigungen mit Millionenschäden. Die Zahl der Straftaten, bei denen Linksextremisten als Täter oder Tatbeteiligte bekanntgeworden sind oder nach den Tatumständen in Betracht kommen, ist 1998 auf 3.201 (1997: 3.079) gestiegen; das entspricht einer Zunahme von 3,9%. Darunter waren 783 Gewalttaten (1997: 833); das entspricht einem Rückgang von 6,3%.

Die Zahl der Gewalttaten im Rahmen der Kampagne gegen Atommülltransporte ist mit 65 (1997: 213) erheblich zurückgegangen. Dies mag darauf zurückzuführen sein, daß der einzige CASTOR-Transport im Jahr 1998 entgegen der ursprünglichen Terminplanung kurzfristig zeitlich vorverlegt wurde.

Dagegen hat sich die Zahl der militanten Aktionen gegen Rechts-extremisten oder vermeintliche Rechtsextremisten mit 261 (1997: 130) verdoppelt. Neben dem Anstieg der Gewalttaten ist in diesem Bereich auch eine zunehmende Brutalität festzustellen.

Die nachfolgende Übersicht gibt das tatsächliche Ausmaß linksextremistischer Gewalt nur unvollkommen wieder; ein Vergleich mit den Straftaten im Bereich des Rechtsextremismus ist wegen der oftmals ungleichen Ausprägung der Gewalt – linksextremistische Straßemilitanz, rechtsextremistische Angriffe vielfach auf Einzelpersonen – nur bedingt möglich. Auch existieren für den Bereich des Linksextremismus keine ebenso weitgehenden Strafvorschriften wie bei Propagandaten mit rechtsextremistischem Bezug.

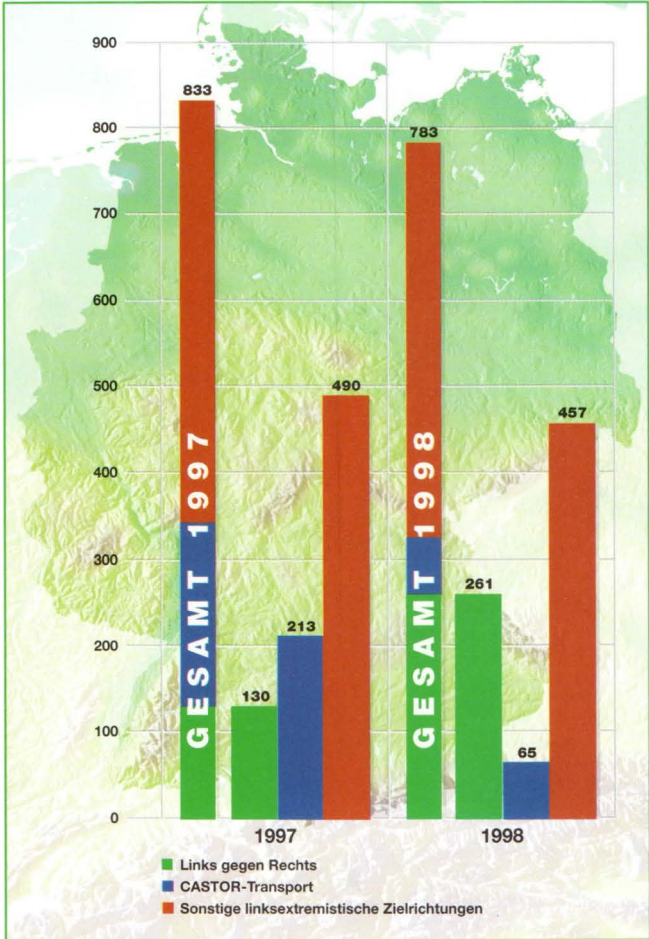
#### Übersicht über Gewalttaten und sonstige Straftaten mit erwiesenem oder zu vermutendem linksextremistischem Hintergrund<sup>\*)</sup>

|  | 1997         | 1998         |
|--|--------------|--------------|
| <b>Gewalttaten:</b>  |              |              |
| Tötungsdelikte   | 0            | 0            |
| Versuchte Tötungsdelikte   | 0            | 4            |
| Körperverletzungen   | 165          | 227          |
| Brandstiftungen  | 77           | 47           |
| Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion                                | 1            | 1            |
| Landfriedensbruch  | 299          | 289          |
| Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- und Straßenverkehr | 154          | 58           |
| Widerstandsdelikte   | 137          | 157          |
| <b>gesamt</b>  | <b>833</b>   | <b>783</b>   |
| <b>Sonstige Straftaten:</b>  |              |              |
| Sachbeschädigungen   | 1.090        | 1.166        |
| Nötigung/Bedrohung   | 93           | 111          |
| Andere Straftaten  | 1.063        | 1.141        |
| <b>gesamt</b>  | <b>2.246</b> | <b>2.418</b> |
| <b>Straftaten insgesamt</b>  | <b>3.079</b> | <b>3.201</b> |

<sup>\*)</sup> Die Zahlen basieren auf Angaben des Bundeskriminalamts (BKA) (Stand: 31.01.1999).

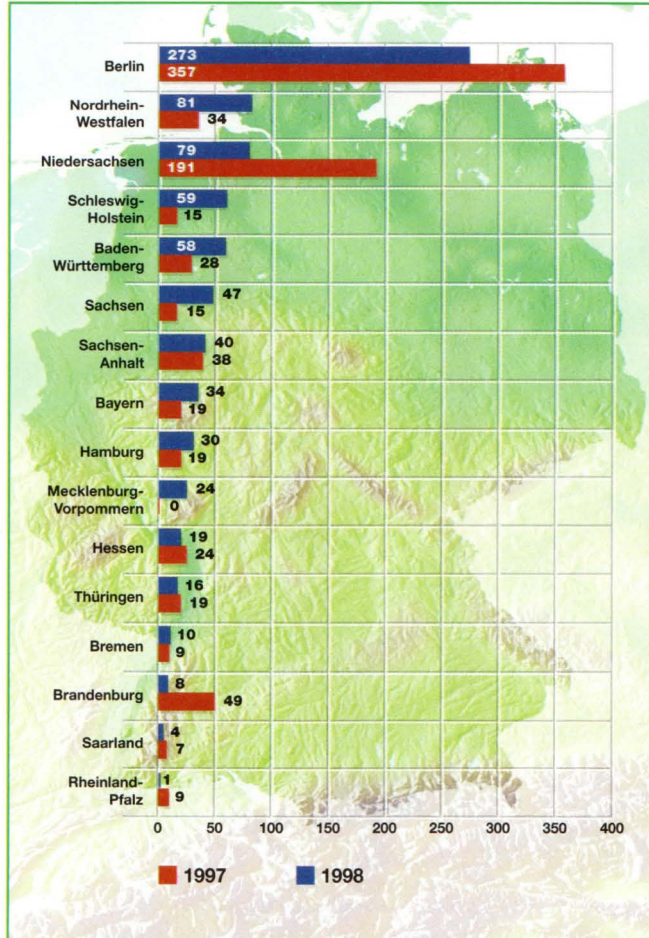
Die Übersicht enthält ausgeführte und versuchte Straftaten. Jede Tat wurde nur einmal gezählt. Sind zum Beispiel während eines Landfriedensbruchs zugleich Körperverletzungen begangen worden, so erscheint nur der Landfriedensbruch als eine Straftat in der Statistik. Wurden mehrere Straftaten verübt, wurde ausschließlich der schwerer wiegende Straftatbestand gezählt.

**Gewalttaten mit erwiesenem oder zu vermutendem  
linksextremistischem Hintergrund**  
- Zielrichtungen -

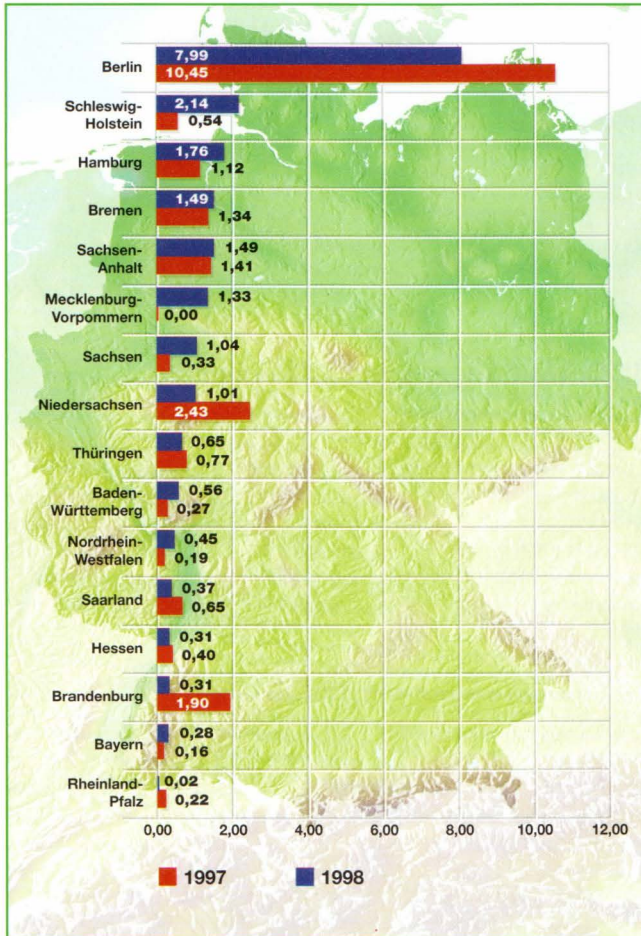




**Gewalttaten mit erwiesenem oder zu vermutendem  
linksextremistischem Hintergrund**  
– in den Ländern –



**Gewalttaten mit erwiesenem oder zu vermutendem  
linksextremistischem Hintergrund**  
– je 100.000 Einwohner in den Ländern –



### Übersicht über Gewalttaten von Linksextremisten gegen Rechtsextremisten oder vermeintliche Rechtsextremisten<sup>\*)</sup>

|  | 1997       | 1998       |
|--|------------|------------|
| Tötungsdelikte   | 0          | 0          |
| Versuchte Tötungsdelikte   | 0          | 3          |
| Körperverletzungen   | 75         | 141        |
| Brandstiftungen  | 5          | 15         |
| Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion                                | 0          | 0          |
| Landfriedensbruch  | 46         | 85         |
| Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- und Straßenverkehr | 2          | 5          |
| Widerstandsdelikte   | 2          | 12         |
| <b>gesamt</b>  | <b>130</b> | <b>261</b> |

<sup>\*)</sup> Die Zahlen basieren auf Angaben des Bundeskriminalamts (BKA)  
(Stand: 31.01.1999).

## III. Gewalttätiger Linksextremismus

Nach wie vor wird die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland durch gewalttätige Linksextremisten – in der überwiegenden Zahl aus der anarchistisch orientierten autonomen Szene – bedroht. Es zeigt sich mehr und mehr, daß terroristisch<sup>97)</sup> agierende Kleingruppen, die sich in Täterklärungen zu Anschlägen ständig wechselnde Namen geben (»No-name«-Militantz, »No-name«-Terrorismus), die herkömmlichen Terrorgruppen, die über längere Zeit unter einem einheitlichen Namen (»Markennamen«) operierten, ablösen (vgl. Nr. 2.2.4).

### 1. Linksextremistisch-terroristische Gruppen

Im April meldete sich die »Rote Armee Fraktion« (RAF) nach ihren bisher letzten Erklärungen von November und Dezember 1996 mit einem achtseitigen Papier wieder zu Wort. In dem von März datierenden Schreiben verkündeten die sog. Illegalen das Ende ihres »Projektes«; die »Stadtguerilla in Form der RAF« sei nun Geschichte:

»Ab jetzt sind wir – wie alle anderen aus diesem Zusammenhang – ehemalige Militante der RAF.«

Damit stellten die Illegalen jedoch nicht die – aus ihrer Sicht – Legitimität und Notwendigkeit der Revolte in Abrede; ihre Entscheidung, in der RAF für die Umwälzung der kapitalistischen Verhältnisse zu kämpfen, sei richtig gewesen. Das Ende des Projektes zeige lediglich, daß

**RAF erklärt ihre  
Auflösung**

die RAF auf dem eingeschlagenen Weg nicht habe durchkommen können. Die Wirkung militärischer Aktionen sei überschätzt worden:

»In keiner Phase unserer Geschichte ist eine über den politisch-militärischen Kampf hinausgehende politische Organisation verwirklicht worden. Das Konzept der RAF kannte letztlich nur den bewaffneten Kampf – mit dem politisch-militärischen Angriff im Zentrum.«

Die Erklärung markiert das – nun auch formale – Ende der RAF als terroristische Vereinigung.

Reaktionen aus der militanten linksextremistischen Szene auf die Erklärung ließen grundsätzliche Zustimmung zur Beendigung des »Projektes RAF« erkennen. Die zu kurz geratene Selbstkritik der RAF im Hinblick auf ihre jahrelange Ignoranz gegenüber konstruktiven Vorhaltungen aus der Szene wurde hingegen bemängelt, genauso wie die Oberflächlichkeit der Analyse, die dem Anspruch einer ernsthaften Aufarbeitung nicht gerecht werde.



In offenen Verlautbarungen und internen Diskussionen wurde die Aufrechterhaltung der von der RAF verkörperten sog. bewaffneten Option gefordert; so schrieb die Redaktion der Szenepublikation »INTERIM« an die RAF gerichtet:

»Für uns war Euer politischer Kampf immer wichtig, als eine radikale Option politischen Handelns, die als Möglichkeit nicht verloren gehen darf.«

(»INTERIM« Nr. 449 vom 30. April 1998)

Auch ein Beitrag in der Untergrundzeitschrift »radikal« von Mai 1998 (Nr. 155) wies in dieselbe Richtung:

»Angesichts der Verhältnisse muß die Option auf klandestine Organisation und Aktion weiterbestehen. Es muß nicht die RAF sein.«<sup>98)</sup>

Der Prozeß gegen zwei mutmaßliche Mitglieder der »Antiimperialistischen Zelle« (AIZ) vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht – u. a. wegen versuchten Mordes und mitgliedschaftlicher Betätigung in einer terroristischen Vereinigung – wurde fortgesetzt. In mehreren

**Militante Linksextremisten fordern die Aufrechterhaltung der »bewaffneten Option«**

**Mutmaßlicher AIZ-Angehöriger räumt die Beteiligung an Attentaten auf Wohnhäuser von Politikern ein**

Teilgeständnissen – darunter zwei schriftliche Erklärungen – räumte einer der Angeklagten seine Beteiligung an AIZ-Anschlägen ein, u.a. an Sprengstoffattentaten auf Wohnhäuser zweier CDU-Bundestagsabgeordneter im April und September 1995.

Anschlagsaktivitäten oder Verlautbarungen der terroristischen »Revolutionären Zellen« (RZ)/»Rote Zora« blieben auch 1998 aus.

## 2. Militante Linksextremisten

|                |  |
|----------------|--|
| Struktur:      | Gruppen existieren in fast allen größeren Städten, insbesondere in den Ballungszentren Berlin, Hamburg, Rhein-Main-Gebiet, aber auch in kleineren Universitätsstädten wie Göttingen. |
| Anhänger:      | über 7.000 (wie 1997)  |
| Publikationen: | mehr als 50 Szenepublikationen; von besonderer Bedeutung sind die Blätter »INTERIM« (Berlin), »SWING« (Rhein-Main-Gebiet) und »RAZZ« (Hannover)                                      |

Die Situation in der militanten linksextremistischen Szene gestaltet sich zunehmend uneinheitlich und unübersichtlich. Strukturen brechen auseinander, ehemals klare inhaltliche Abgrenzungen werden unschärfer. Kommunikation und Bündnisfähigkeit – auch zu nichtmilitanten linksextremistischen und nichtextremistischen Gruppen – nehmen zu.

### 2.1 »Antiimperialistischer Widerstand«

Das aus Spaltungen im damaligen RAF-Gefüge in den Jahren nach 1992 hervorgegangene Lager des »Antiimperialistischen Widerstandes« verlor 1998 insgesamt weiter an Bedeutung. Das Fehlen konkreter Zielvorstellungen verhinderte vor allem im Lager des »Antiimperialistischen Widerstandes« eine Konsolidierung. Nach außen hin feststellbare Aktivitäten gingen vor allem von der Initiative »Libertad!« aus, einem internationalistisch ausgerichteten Personenzusammenschluß, in welchem sich u.a. Angehörige der Frankfurter Gruppierung »Kein Friede« engagieren.

Neben der Mobilisierung zu dem seit mehreren Jahren durchgeführten bundesweiten Aktionstag am 18. März, dem »Tag der politischen Gefangenen«, bemühte sich »Libertad!« in Zusammenarbeit mit weiteren antiimperialistischen und autonomen Gruppen – auch aus dem

**Schwerpunkte im »Antiimperialistischen Widerstand«**

Ausland – insbesondere um das Zustandekommen einer internationalen Arbeitskonferenz »Freiheit für alle politischen Gefangenen weltweit« Ostern 1999 in Berlin <sup>99)</sup>.

Die »Gefangenenfrage« stellt für »Libertad!« den konkreten Ansatz zum Aufbau eines internationalen Netzwerkes von »radikalen und revolutionären Kräften aus Basis- und Befreiungsprozessen« dar. So heißt es auf der Internet-Homepage von »Libertad!«:

»Gefangenenfrage«

»Die Frage nach dem Aufbau von Aktionen und Aktivitäten zu Menschenrechtsfragen hängt von uns ab, muß von den radikalen Kräften von unten selbst angepackt werden. Das kann nicht ein Spezialgebiet von Menschenrechtsgruppen sein, sondern es muß in einer Vorstellung vom Aufbau einer Bewegung von Unten, von Basisbewegung, von revolutionärer Bewegung integraler Bestandteil sein.«

Von Bedeutung waren ferner die Aktivitäten deutscher Linksextremisten zur Unterstützung des sog. Befreiungskampfes der »Arbeiterpartei Kurdistans« (PKK; vgl. Nr. 2.3.6). In Szenepublikationen entwickelte sich eine Diskussion zwischen Personen – vor allem Frauen –, die selbst als »Internationalisten« an Kämpfen in Kurdistan beteiligt sind bzw. waren, und militanten Linksextremisten in der »Metropole« <sup>100)</sup>. Motivation und Ziele deutscher Kurdistan-Aktivist\*innen werden in solchen Papieren offensiv vertreten:

»Internationalismus«

»Die jetzt angefangene Diskussion über Internationalist\*innen, die sich an Befreiungskämpfen beteiligen, begrüßen wir, können wir doch auch dadurch unsere Erfahrungen anderen Frauen zugänglich machen. ... Einige sind gegangen, um für immer zu bleiben, die meisten, um wiederkommen und hier den Kampf weiter zu entwickeln. ... Deshalb war unser Ziel immer, nur für einen bestimmten Zeitraum in die Berge zu gehen, vor allem, um dort zu lernen, den revolutionären Kampf kennenzulernen. ...

Wir haben es als eine große Chance gesehen, daß die PKK ihre Möglichkeiten, die Berge, ihre Ausbildungsstätten zur Verfügung stellt, damit Internationalist\*innen, die etwas lernen wollen, dort Teil dieses kollektiven Prozesses sein können.«

(»Amazora« Nr. 12/98 von September 1998)

## 2.2 Autonome

Im Bereich der militanten Autonomen ging die Suche nach neuen ideologischen und aktionistischen Konzepten sowie modifizierten Organisationsformen vielfach mit einer kritischen Bestandsaufnahme einher. Es entwickelte sich eine Tendenz zu kleinen, oft nur kurzfristig

bestehenden Personenzusammenschlüssen mit z. T. erheblicher Gewaltbereitschaft.

### 2.2.1 Potential/Selbstverständnis/Aktionsformen/Medien

Auch 1998 blieb die Zahl der zur militanten autonomen Szene zu rechnenden Personen (bundesweit mehr als 6.000) gegenüber den Vorjahren konstant hoch. Damit stellen sie nach wie vor den weitaus größten Anteil des gewaltbereiten linksextremistischen Potentials. So ging auch die Masse der Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund (darunter Körperverletzungen, konspirativ vorbereitete Brandanschläge) wieder auf ihr Konto.

Die Bewegung der Autonomen stellt kein homogenes Gebilde dar. Sie verfügen über kein einheitliches ideologisches oder strategisches Konzept. Viele orientieren sich an diffusen anarchistischen und kommunistischen Ideologiefragmenten oder begnügen sich mit einem Grundgefühl »militanter Antistaatlichkeit«, der Auflehnung gegen Autoritäten und Hierarchien, der Verweigerung von Regularien und »Lohnarbeit« oder dem Ausscheren aus dem »kapitalistischen Verwertungsprozeß«. Als Konsens wird eine »antifaschistische«, »antiimperialistische« und »antipatriarchale« Haltung vorausgesetzt.

Einig sind sich Autonome auch in ihrer Bereitschaft, zur Durchsetzung politischer Ziele Gewalt einzusetzen. Diese soll als »befreiende Gewalt« gegen die »strukturelle Gewalt« des Staates und der Gesellschaft gerechtfertigt sein.

So erklärten ehemalige Mitarbeiter der Untergrundzeitschrift »radikal«:

»Konträr zum Zustand der Linken haben sich die Herrschaftsverhältnisse verfestigt, und wir können uns heute genausowenig wie vor 20 Jahren vorstellen, wie sie ohne Bewaffnung und Militanz zu überwinden wären. Selbst wenn es um punktuelle Ziele geht – wie beispielsweise bei Aktionen gegen faschistische Kader und Einrichtungen, in der praktischen Solidarität mit Flüchtlingen ... – ist der direkte Angriff ... unverzichtbar.«  
(»EHMALIGE MITARBEITER DER radikal – zum 13.6.1995, dem Davor & Danach«, Oktober 1998)

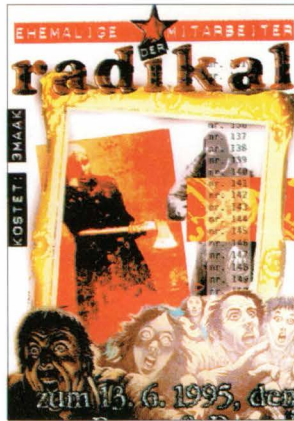
**Autonome rechter-  
tigen Militanz als  
»notwendige  
Gegengewalt«**

**Aktionsformen  
autonomer Militanz**

Autonome Gewalt äußert sich in unterschiedlichen Formen: gegen Sachen oder Personen (z. B. »Faschos« oder als »Bullen« diffamierte Polizeibeamte), spontan oder langfristig konspirativ geplant.

Als in der Szene allgemein akzeptierte »militante Klassiker« wurden in einem Sonderheft der »INTERIM« mit dem Titel »Bewegung – Militanz – Kampagne« (März 1998) u.a. genannt: »Alltagsmilitanz« (nach den

Worten des unter Pseudonym schreibenden Autors: Reifenstecherei, Schlösserverkleberei, Sprüherei, Farbeierwerferei, Scheibenzerstörung, Stinkbomben- und Buttersäureanschläge, Scheiß- und Blutkübelaktionen), Angriffe auf »Nazis« und deren Infrastruktur, militante Anti-AKW-Aktionen (nach den Worten des Autors: Schienen- und Straßenerstörung, Wurfanker, abgesägte Strommasten), militante Demos mit »Steinen und anderen Wurfgeschossen, Mollis, Barrikaden, Pyros, abgefackelten Autos« sowie schließlich die »großen Dinger« wie Brand- und Sprengstoffanschläge.



Bei ihren gezielten Angriffen gehen Autonome in der Regel planvoller und umsichtiger vor, als Rechtsextremisten dies gewöhnlich tun. Spontane Anschläge unter Alkoholeinfluß sind untypisch. Eine besondere Form der Gewalt – wie von dem »INTERIM«-Autor beschrieben – sind Straßenkrawalle. Dabei treten Autonome – als »Streetfighters« – häufig in einheitlicher »Kampfausrüstung« auf, als »schwarzer Block« und mit Sturmhauben (»Haßkappen«) vermmumt. Zu Straßenkrawallen kommt es oftmals aus Anlaß von Protesten gegen Rechtsextremisten und regelmäßig zum »Revolutionären 1. Mai« in Berlin. Bei Gewaltaktionen u.a. von Autonomen zum »Revolutionären 1. Mai 1998« wurden erhebliche Sachschäden angerichtet; insgesamt 129 Polizeibeamte wurden verletzt.

### Strassenkrawalle

Größeren militanten Demonstrationen, an denen sich Autonome beteiligen, gehen oftmals bundesweite, regionale oder örtliche Vorbereitungstreffen und »Plena« voraus. Am Ende stehen in der Regel keine förmlichen Beschlüsse, sondern die Bekräftigung, »alle Aktionsformen« – d. h. auch militante – zu akzeptieren, sowie informelle Absprachen (Zuständigkeiten für Funk- und Handykontakte, Abhören des Polizeifunks, Einrichtung von »Ermittlungsausschüssen« und »Sani-Gruppen«, Kleben von Plakaten). Der Ablauf der Demonstrationen wird nicht in Einzelheiten vorgeplant, er hängt von spontanen Entschlüssen und von der Einschätzung des Kräfteverhältnisses gegenüber der Polizei ab.





So beklagten Autonome aus Hamburg, ihnen sei bei einer Demonstration gegen die »Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD) am 19. September in Rostock

»durch ein perfekt eingestimmtes und eingesetztes Großaufgebot der Polizei jeglicher Spielraum genommen [worden], um überhaupt agieren zu können. Dies gilt für militante Kleingruppenaktivitäten wie für die ... Demonstration selbst.«

Anders bei Protestaktionen gegen die NPD am 1. Mai in Leipzig (vgl. Nr. 2.3.1):

»Das, was dort also passierte, war offensichtlich in das Bullenkalkül eingerechnet: Dutzende beschädigte Nazibusse, wie auch eine Vielzahl verprügelter Nazis haben wir ... dem Polizeikonzept zu verdanken, im besten Fall organisatorischen Fehlplanungen im Bullenapparat.«  
(»INTERIM« Nr. 462 vom 29. Oktober 1998)

Autonome aus Berlin und Umland beklagten, daß anlässlich einer antifaschistischen Demonstration am 14. März in Saalfeld (Thüringen) die Möglichkeiten zu entschlossenem, militantem Vorgehen nicht ausreichend genutzt worden seien:

»Die Bullen waren anfangs hoffnungslos unterlegen, Dokumentationstrupps kaum vorhanden, Vermummung möglich. Aus einem Hubschrauber stiegen gerade mal 25 Bullen! Ein Steinhagel auf den ersten landenden Hubschrauber hätte jeden weiteren Versuch zu landen, das Aussteigen oder auch nur das Weiterfliegen erschwert. Eine militante Auseinandersetzung ... hätte für die Bullen die Situation nur schwer beherrschbar gemacht. ... Der Preis von vielen verletzten Bullen wäre in jedem Fall drin gewesen. ... Ringsum freies Feld und Wälder. Sicher hätten die Bullen irgendwann die Übermacht bekommen, doch 'TäterInnen' zu identifizieren, wäre ihnen bei durchschnittlich militantem Geschick unsererseits nicht gelungen.«  
(»INTERIM« Nr. 447 vom 2. April 1998)

Bei der Wahl ihrer Aktionsformen und Angriffsziele lassen sich Autonome in der Regel von dem Kriterium der »Vermittelbarkeit« leiten. Häufig orientieren sie sich kurzfristig an wechselnden Konfliktfeldern. Sie greifen Anliegen gesellschaftlicher Protestbewegungen auf und klinken sich in laufende Kampagnen ein, um – wie es heißt – deren Inhalte ins »öffentliche Bewußtsein« zu rücken und sie militant zu »flankieren«.

**Vorrangige  
Angriffsziele bei  
»Antifa-Demos«:**

**»Faschos«**

**und »Bullen«.**

Die autonome Szene hat ihren eigenen Jargon und ihre eigenen Medien: Neben den »bewährten« und »klassischen« Methoden des Informationsaustausches über Szenepublikationen <sup>101)</sup>, Mailboxverbundsysteme und sog. Infoläden (rund 80 in der gesamten Bundesrepublik) nutzen Autonome vermehrt das weltweite Internet <sup>102)</sup> und auch Mobiltelefone. Ihrem in weiten Teilen konspirativen Verhalten kommt dabei die Möglichkeit der neuen Medien entgegen, Informationen verschlüsselt und/oder durch Paßwörter geschützt vor ungewollter Kenntnisnahme durch Dritte zu sichern.

**Moderne  
Informations-  
technologien  
begünstigen  
Konspiration und  
Beweglichkeit**

Unter Sicherheitsaspekten ist darüber hinaus der Umstand von Bedeutung, daß moderne Informations- und Kryptotechnologien die Manövrierfähigkeit linksextremistischer Täter erheblich begünstigen; sie tragen bei zur Auflösung herkömmlicher Strukturen, die weltweite Vernetzung schafft neue Handlungsmöglichkeiten.

### 2.2.2 »Traditionelle« Autonome

Mit dem Attribut »traditionell« läßt sich die Mehrzahl der militanten Autonomen belegen.

»Traditionelle« Autonome betreiben, anders als die meisten übrigen linksextremistischen Gruppen, keine gezielte Nachwuchsrekrutierung. Wer aufgenommen werden will, muß sich selber um Kontakte und Akzeptanz bemühen und – zumindest bei »halboffenen« oder »geschlossenen« Gruppen – »Sicherheitsüberprüfungen« über sich ergehen lassen.

»Traditionelle« Autonome geben sich grundsätzlich hierarchie- und organisationsfeindlich. Sie kennen keine verbindlichen Entscheidungsinstanzen, keine Einrichtung, von der aus Aktionen zentral angeordnet werden könnten. Dies schließt einvernehmlich geplante und koordinierte Gewaltaktionen jedoch nicht aus. Solche »actions« erfolgen zumeist – gewollt »unberechenbar und unkontrollierbar« – aus dem Schutz anonymen Kleingruppen heraus:

**Organisations-  
feindlichkeit**

»durch unauffällige vier- oder fünfergruppen lassen sich banken und große läden schnell einwerfen. bis die bullen das mitkriegen, ist der ort des geschehens längst verlassen.«

(»INTERIM« Nr. 450 vom 14. Mai 1998)

Die Militanz geht dabei nicht notwendigerweise einher mit einer theoretischen Fundierung. Exemplarisch steht die Aussage in einem »Interview« mit zwei Autonomen anlässlich der Demonstrationen während eines Rekrutengelöbnisses in Kiel am 18. August:

»Dann wären da die Autonomen, die schon ein Interesse haben, hier in die Suppe zu spucken, aber ohne daß das mit einer gesellschaftstheoretischen Vision verbunden ist, also nach dem Motto: Alles, was die Herrschenden nervt, ist erstmal gut.«  
(»INTERIM« Nr. 458 vom 3. September 1998)

### 2.2.3 »Organisierte« Autonome

Kritik an der Unverbindlichkeit autonomer Strukturen verstärkte seit Anfang der 90er Jahre die Tendenz, auch innerhalb des autonomen Lagers Organisationsmodelle zu erproben. Die Kurzzeitigkeit autonomer Politik, das reflexartige Hetzen von Kampagne zu Kampagne, so die Kritiker, verhindere die Herausbildung einer kontinuierlichen Theorie und Praxis und führe auf Dauer in die Bedeutungslosigkeit.

AA/BO weiterhin einflußreichster Organisationsansatz

Einflußreichster und handlungsfähigster Organisationsansatz ist die 1992 gegründete »Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation« (AA/BO). Ihr gehörten Ende 1998 elf Gruppen aus neun Städten/Regionen an, u.a. die »Antifaschistische Aktion Berlin« (AAB), die »Autonome Antifa (M)« aus Göttingen, die »Antifaschistische Gruppe Hamburg« (AGH) und die »Antifa Bonn/Rhein-Sieg«.



Gruppen aus der AA/BO beteiligten sich auch 1998 an zahlreichen – z. T. gewalttätig verlaufenen – Demonstrationen. Die AA/BO setzte ihre intensive Programm-, Schulungs- und Medienarbeit fort und veranstaltete regelmäßige Delegiertentreffen.

**Get up, stand up!**



**Komm zur Jugendantifa!**

Kennzeichnend für die »Politik« der AA/BO war darüber hinaus eine bis in Schulen hineinwirkende »Jugendarbeit«. Dazu bediente sie sich von ihr angeleiteter »Jung-Antifa«-Gruppen und von ihr beeinflusster Publikationen<sup>103)</sup>.

Anfang Juli führte die AA/BO in Witzenhausen (Hessen) unter dem Motto »Organisiert den revolutionären Widerstand!« ein von mehreren hundert Teilnehmern besuchtes »Antifa-Camp« durch.

Ein neben der AA/BO bestehender, jedoch weniger starr ausgerichteter Organisationsansatz, die 1993 entstandenen »Bundesweiten Antifa-Treffen« (B.A.T.), verlor an Bedeutung; deren Mobilisierungsfähigkeit hat offenbar nachgelassen.

### 2.2.4 Autonome Strukturen mit terroristischen Ansätzen

Innerhalb des autonomen Lagers haben sich seit Jahren terroristische Ansätze etabliert. Nach dem Muster der »Revolutionären Zellen« (RZ) sind sie überwiegend nicht in die Illegalität abgetaucht. Als Schutz vor staatlichen Maßnahmen geben sie sich in Taterklärungen zu Anschlägen ständig wechselnde Aktionsnamen. Für sie spielt Militanz als Ausdruck »extralegalen« Widerstands eine entscheidende Rolle. In einem Selbstbeichtigungsschreiben zu Brandanschlägen und sonstigen Sachbeschädigungen in der Nacht zum 4. Juni in Berlin konkretisierten die Täter – sie nannten sich »militante Gruppen« – diesen Ansatz:

**Militanz als  
Ausdruck  
extralegalen  
Widerstands**

»Kampagnen koennen erst dann eine gewisse Breitenwirkung entfalten, wenn unterschiedliche Betaetigungsfelder (oeffentliche/legale Kundgebungen, symbolische Politpraxen, militante/klandestine Aktionsformen) gebuendelt werden, sich aufeinander beziehen und ueber diesen Weg inhaltlich praktisch zusammenkommen. ... Militante Politik kann an drei Punkten ansetzen; sie kann, was der haeufigste Fall ist, darauf ausgerichtet sein, eine (nachhaltige) Schaedigung der materiellen Infrastruktur eines bestimmten Objektes zu bewirken; sie kann den symbolischen Kern einer militanten Aktion hervorheben, d. h. die Angreifbarkeit HERRschender Strukturen mit klandestinen Mitteln dokumentieren; oder sie kann die Verantwortlichen (wieder) staerker personalisieren, EntscheidungstraegerInnen oder ProfiteurInnen von Unterdrueckungs- und Ausbeutungsstrukturen direkter haftbar machen.«

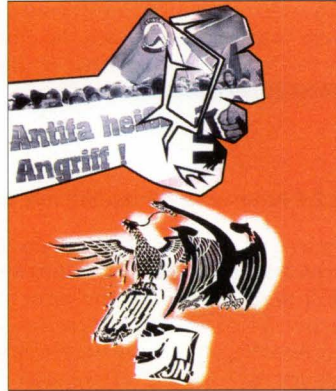
(»INTERIM« Nr. 452 vom 11. Juni 1998)

Anschläge gewalttätig operierender autonomer Gruppierungen (Brand- und Sprengstoffanschläge, Anschläge gegen Fernmelde- und Datennetze sowie Hochspannungsmasten, Hakenkrallenschläge gegen Strecken der Deutschen Bahn AG) verursachten in den letzten Jahren Sach- und wirtschaftliche Folgeschäden in vielfacher Millionenhöhe. Sie stellten Ansätze zum Terrorismus dar. Die Gefährdung von Menschenleben wird dabei – je nach den Tatumständen – in Kauf genommen.

## 2.3 Aktionsfelder

### 2.3.1 »Antifaschismus«

Das Aktionsfeld »Antifaschismus« spielte auch 1998 eine entscheidende Rolle bei der Mobilisierung, Strukturierung, Organisation und Rekrutierung der militanten linksextremistischen Szene. Dabei machten die Akteure den instrumentellen Charakter ihres »Kampfes« – als Kampf gegen Demokratie und Rechtsstaat – deutlich:



»Die einzige Kraft, die ein Interesse an der Bekämpfung der Faschisten hat, ist der radikale Antifaschismus! Dieser richtet sich auch gegen die Wurzeln des Faschismus, gegen das kapitalistische System! ... Schlagt zurück! Die antifaschistische Gegenwehr organisieren!«

(»FIGHT BACK! – antifaschistisches (Jugend)Info Braunschweig« Nr. 6 von Januar/Februar 1998)

#### »Antifaschistische Aktion Berlin« (AAB)

Die »Antifaschistische Aktion Berlin« (AAB), Mitgliedsorganisation der AA/BO, agitierte:

»Kampf dem Faschismus heißt Kampf dem imperialistischen System!«

(»INTERIM« Nr. 456 vom 6. August 1998)

»Unser Konzept ... ist 'Revolutionärer Antifaschismus'. 'Revolutionär' bedeutet die Ausrichtung auf grundsätzliche, fundamentale Umwälzung der bestehenden Lebensverhältnisse. Miteingeschlossen ist dabei die Weigerung, sich auf die Spielregeln des Bestehenden einzulassen.«

(Broschüre »Das Konzept Antifa«, Einleitungstext »Antifaschismus ist der Kampf ums Ganze«, September 1998)

Militante »Antifas« spähnten systematisch »Faschos« (Rechtsextremisten oder vermeintliche Rechtsextremisten) sowie deren Aktivitäten und Infrastruktur aus. Rechercheergebnisse wurden häufig als »Steckbriefe« (»Fahndungsantifaschismus«) veröffentlicht. Oftmals enthielten diese die Aufforderung an die Szene, »aktiv« zu werden und »antifaschistische Selbsthilfe«<sup>104)</sup> auszuüben.

Folgen antifaschistischer Recherche waren Überfälle auf Rechtsextremisten sowie Anschläge auf deren Eigentum und Versammlungsstätten («Kommandoantifaschismus»). Militante »Antifas« in Berlin griffen wiederholt »Nazitreffpunkte« und »Faschokneipen« an. In Selbstbeziehungsschreiben drohten sie mit Parolen wie

»Feuer und Flamme den Faschotavernen!«

und

»Nazis haben Namen und Adressen!«

In der Nacht zum 8. Januar zerstörten unbekannte Täter Fensterscheiben und Eingangstür eines Hotels in Esslingen (Baden-Württemberg) mit der Begründung, dort sei eine Feier der Partei »Die Republikaner« (REP) mit ihrem Bundesvorsitzenden geplant. In einer Selbstbeziehung warnten sie:

»Allen organisierten Nazis sollte klar sein, wo sie sich an die Öffentlichkeit wagen, müssen sie mit unserem militanten Widerstand rechnen. Für die rassistischen REP-Bastarde heißt das, wenn Le Pen hier auftritt, legen wir den Veranstaltungsort in Schutt und Asche – früher oder später.«

Zahl und Brutalität »antifaschistisch« motivierter Angriffe nahmen zu. Beispielhaft stehen dafür folgende Fälle aus dem Monat September:

- Am 4. September wurde in Magdeburg (Sachsen-Anhalt) ein Angehöriger der rechten Szene von »Antifas« beschimpft und durch einen Schlag mit einer gefüllten Flasche auf den Kopf lebensbedrohlich verletzt.
- Bei Protestaktionen von »Antifas« gegen eine NPD-Demonstration am 5. September in Göppingen wurde ein »rechter« Demonstrant von einem etwa 2 kg schweren Stein am Kopf getroffen und lebensgefährlich verletzt. In einem über Internet verbreiteten Beitrag lobte die »Antifaschistische Aktion Berlin« (AAB) die Protestaktionen als vorbildlich. Die NPD-Anhänger seien von einem »Hagel aus Flaschen, Dosen, Eiern und Steinen« eingedeckt worden.
- Am 11. September überfielen drei Maskierte in Fellbach (Baden-Württemberg) einen Wahlkampfleiter der »Deutschen Volksunion« (DVU). Einer der Täter schoß dem Geschädigten aus kurzer Entfernung mit Tränengasmunition mehrmals ins Gesicht. Die beiden Mittäter schlugen mit Knüppeln auf sein Fahrzeug ein.

### Überfälle auf Rechtsextremisten

### Brutalität und Anzahl »antifaschistischer« Übergriffe nahmen zu

**Schwere Ausschreitungen bei Protesten gegen NPD-Veranstaltung in Leipzig**

Bei Ankündigung öffentlicher Veranstaltungen von Rechtsextremisten riefen militante »Antifas« in der Regel dazu auf, diese mit allen Mitteln zu verhindern. So kam es bei Protestaktionen gegen das rechtsextremistische »Bündnis Rechts für Lübeck« am 31. Januar und am 14. März zu schweren Ausschreitungen. Linksextremistische Gewalttäter errichteten Barrikaden und blockierten Straßen mit brennenden Müllcontainern. Sie bewarfen Polizeibeamte mit Steinen und Flaschen und beschossen sie mit Leuchtmunition.

Von schweren Ausschreitungen begleitet waren auch die Protestaktionen gegen eine Kundgebung der »Nationaldemokratischen Partei Deutschlands« (NPD) am 1. Mai in Leipzig. Linksextremistische Gewalttäter bewarfen Polizeibeamte und NPD-Anhänger mit Steinen und Flaschen und beschossen sie mit Leuchtmunition. Müllcontainer und Bauwagen wurden angezündet. Mehr als 30 Beamte erlitten – zum Teil schwere – Verletzungen. Im gesamten Stadtgebiet kam es zu erheblichen Sachbeschädigungen. Zahlreiche Reisebusse und Pkw wurden beschädigt, so auch 36 Dienstfahrzeuge der Polizei. Zu weiteren Gewalttaten – darunter Brandanschläge – gegen Eigentum von Rechtsextremisten kam es am selben Tag u.a. in Nürnberg-Gostenhof, Bochum-Günnigfeld und Hannover-Langenhagen.

Am 7. Mai verübten Unbekannte Sachbeschädigungen an einem Reisebüro in Berlin-Prenzlauer Berg, das NPD-Anhänger nach Leipzig transportiert hatte; u.a. wurde der Spruch »Keine Busse für Nazis« gesprüht. »INTERIM« veröffentlichte in der Ausgabe Nr. 457 vom 20. August eine detaillierte Aufstellung:

»Folgende Busunternehmen führen am 1. Mai 98 Nazis zur NPD-Kundgebung nach Leipzig: ... »

### 2.3.2 »Antirassismus«

Die Asylpolitik war auch 1998 ein »Arbeitsschwerpunkt« militanter Linksextremisten. Die Angriffe richteten sich gegen angebliche Profiteure des Rassismus sowie vermeintliche Schreibtischtäter in Parteien, Behörden, Redaktionen. Diese wurden oftmals unter Nennung von Namen, Anschriften und Telefonnummern offen angeprangert.

**Hohe Sachschäden bei »antirassistisch« begründeten Anschlägen**

Am 8. Januar setzten Unbekannte in Berlin-Reinickendorf die Motor-yacht einer Firmengruppe in Brand, die in Berlin Einkaufssammel-magazine unterhält und Hotels führt, in denen Asylbewerber unterge-bracht sind. Es entstand Sachschaden von mehreren hundert-tausend DM. In einer Selbstbeichtigung warfen die Täter der Firmengruppe vor, »widerliche Geschäfte im Zusammenhang mit Flüchtlingen« zu machen.

In der Nacht zum 29. März verübten Unbekannte in Schenefeld (Schleswig-Holstein) Brandanschläge gegen Fahrzeuge einer Lebensmittelhandelskette; es entstand Sachschaden in Höhe von etwa 1 Million DM. In derselben Nacht wurde in Hamburg das Wohnhaus des Vorstandsvorsitzenden der Handelskette mit Schmierereien versehen und mit Farbeiern beworfen. In einer Selbstbeichtigung hielten die Täter der Handelskette vor, sich mit der Belieferung von Sammelmagazinen an der Umsetzung »rassistischer Sondergesetze« zu beteiligen. Um zur Nachahmung ihrer militanten Aktionen aufzufordern, fügten sie hinzu, die Handelskette habe Märkte überall in der »BRD«. Auch die Urheber neuer rassistischer Gesetzestexte ließen sich auskundschaften und angreifen. Die Selbstbeichtigung endete mit der Parole:

»Grenzen auf, Bleiberecht für alle!!«

Gruppen und Personen aus der autonomen/antiimperialistischen Szene beteiligten sich – zum Teil in verantwortlichen Funktionen – an der Kampagne »Kein Mensch ist illegal«, die überwiegend von demokratischen Gruppen und Initiativen getragen wird. Diese wirbt um politische und praktische Unterstützung von Flüchtlingen und Migranten »in ihren Kämpfen gegen Illegalisierung«. Höhepunkte der Kampagne waren ein »antirassistisches Sommercamp« (25. Juli bis 2. August) im Grenzgebiet zu Polen und Tschechien und eine »Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen« (14. August bis 20. September) durch zahlreiche Städte des Bundesgebietes.

### 2.3.3 Linksextremistische Einflüsse auf die Kampagne gegen Kernenergie

Für viele militante Linksextremisten blieb der Kampf gegen Kernenergie – das »Einklinken« in die in ihrer großen Mehrheit nicht-extremistische Anti-AKW-Bewegung – ein wichtiges Aktionsfeld. Unverhohlen gaben sie zu erkennen, daß für sie das Engagement in der Anti-AKW-Bewegung ein Ansatzpunkt ist, ihren verfassungsfeindlichen Zielen näherzukommen:

»Uns geht es ... um weitaus mehr als diesen ... Castor zu verhindern. Der Atomstaat ist lediglich ein Ausdruck der herrschenden Verhältnisse. ... Mit dieser Gesellschaftsordnung, die sich auf Konkurrenz, Macht- und Profitstreben gründet und dabei tagtäglich über Leichen geht, kann es für uns keinen Frieden geben – selbst wenn es eines Tages den Mächtigen gefallen sollte, alle Atomanlagen stillzulegen. ... Der Kampf würde weitergeführt, auf ande-

**Instrumenteller  
Charakter des  
Kampfes gegen die  
Nutzung der  
Atomenergie**



ren Ebenen, in anderen Zusammenhängen.«  
 (»INTERIM« Nr. 450 vom 14. Mai 1998)

»Als Autonome/Linksradikale verstehen wir uns nicht in erster Linie als AKW-GegnerInnen. Wir kämpfen für weiterreichende Ziele ... und tragen diese Kämpfe in die Anti-AKW-Bewegung. ... Die Kämpfe von Autonomen richten sich nicht gegen die jeweiligen Maschinen, z. B. AKW's, sondern gegen das dahinterstehende System. ... Ein System, das sich auf Gewalt gründet, **kann** nicht allein durch Vernunft beendet werden, so schön das auch wäre. Von daher halten wir Gegengewalt weiterhin für notwendig und legitim.«  
 (»anti atom aktuell« Nr. 95 von Oktober 1998)

**Schwere  
Gewalttaten bei  
Protesten gegen  
CASTOR-Transport  
nach Ahaus**

Im Zusammenhang mit dem – kurzfristig vorverlegten – 4. CASTOR-Transport am 19./20. März in das Brennelement-Zwischenlager Ahaus (Nordrhein-Westfalen) kam es zu zahlreichen Anschlägen gegen Betriebsanlagen der Deutschen Bahn AG (insbesondere Anschläge mit Hakenkrallen/Wurfankern gegen Bahnüberleitungen). Es entstanden hohe Sachschäden; der Zugverkehr wurde erheblich beeinträchtigt. Militante Linksextremisten – in Ahaus mehrere hundert Autonome – und Anhän-



ger der anarchistischen »Graswurzelbewegung« beteiligten sich an Versuchen, den Transport durch Blockaden zu verzögern. Polizeikräfte wurden mit Zwillen und Signalmunition beschossen sowie mit Molotowcocktails beworfen; der Einsatz von Polizeifahrzeugen wurde durch Verteilen von sog. Krähenfüßen auf Fahrbahnen behindert. Die Redaktion der »INTERIM« kommentierte den Widerstand gegen den CASTOR-Transport mit den Worten:



Gleichzeitig bekräftigten sie:

»Ein rot-grüner CASTOR darf nicht auf weniger Widerstand stoßen als ein schwarz-gelber!!! Sollten die CASTOR-Transporte als Brennpunkte trotz Weiterbetrieb der AKWs, z. B. durch eine dezentrale Lagerung, entfallen oder sogar mittelfristig ein Ausstieg in Aussicht gestellt werden, so bieten sich die Energieversorgungsunternehmen und der Atomkonzern Siemens als neue Kristallisationspunkte des Protestes an.«

(Flugblatt mit Einladung zu einer »Anti-Atom-Party« am 31. Oktober 1998)

### 2.3.4 »Kampf gegen Umstrukturierung«

Für militante Linksextremisten in Berlin – der Hochburg der autonomen Szene in Deutschland – blieb der »Kampf gegen Umstrukturierung«, d. h. Aktionen gegen den Umbau der Stadt zur Regierungs- und Dienstleistungsmetropole, ein wichtiges Thema. Proteste gegen ein »Berlin der Bonzen, Bullen und Beamten« sowie gegen die »Säuberung« der Innenstädte von »unerwünschten Personengruppen« wurden daneben zunehmend mit Angriffen gegen angeblich wachsende »Repression der Herrschenden« verknüpft:

»Wir versuchen, den Staat von innen heraus anzugreifen, daher beschäftigen wir uns mit der HERRschenden repressiven Innenpolitik. In Berlin nennen wir unsere Kampagne 'Weg mit dem Prinzip Schönbohm', denn nicht umsonst haben die HERRschenden einen Ex-General zum Innensenator gemacht und mit der Befriedung der neuen, alten Reichshauptstadt beauftragt.«

(»INTERIM« Nr. 444 vom 19. Februar 1998)

Begleitet wurde die Kampagne gegen den Innensenator von zahlreichen Sachbeschädigungen und Schmieraktionen mit plakativen Morddrohungen.

In der Nacht zum 4. Juni deponierten unbekannte Täter am Bezirksamt Berlin-Wedding und an einem Polizeigebäude in Berlin-Reinickendorf Brandsätze mit Zündzeitverzögerung. In den Geschäftsräumen einer gemeinnützigen Gesellschaft für soziale Dienstleistungen – ebenfalls im Bezirk Wedding – versprühten sie Buttersäure und verklebten das Schloß der Eingangstür. In einer Selbstbezeichnung stellten die Täter ihre Gewaltaktionen in den Kontext des »Kampfes gegen Umstrukturierung« <sup>106</sup>.

### 2.3.5 Kampf gegen »EXPO 2000«

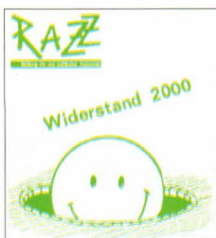
Militante Linksextremisten, insbesondere in Niedersachsen, verstärkten ihre Agitation gegen die geplante Weltausstellung »EXPO 2000« in Hannover, die sie als »Propagandashow des Kapitals« zur »Umstrukturierung« der Region brandmarkten. Erste Brandanschläge und Sachbeschädigungen mußten in diesem Zusammenhang registriert werden.

»INTERIM« veröffentlichte in der Ausgabe Nr. 451 vom 28. Mai einen Aufruf »Expo angreifen!!!« (ohne Impressum). Darin heißt es u.a., die »EXPO 2000« werde in den kommenden Jahren zum wichtigsten Symbol des neoliberalen Globalkapitalismus. Hannover und Umgebung würden durch die Ausstellung schwer zerstört:

»Es wird Zeit für klare Aktionen gegen die Expo.«

»Direkte Aktionen« wie Besetzungen und Sabotage seien besonders wirksam, denn:

- die »EXPO«-Baustelle sei groß, etliche Bauten würden gleichzeitig errichtet,
- der Zeitplan der »EXPO« sei begrenzt, Verzögerungen würden das Projekt gefährden,
- durch Protestaktionen entstehende Imageverluste könnten zusätzliche Probleme schaffen, da noch um die Teilnahme weiterer Staaten geworben werde,
- die »EXPO«-Zentrale und viele der Verantwortlichen – wie der Ministerpräsident und der VW-Konzern – seien in der Nähe,
- Aktionen könnten überall in der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt werden, weil es zahlreiche dezentrale »EXPO«-Projekte gebe.



In der Nacht zum 26. Juli verübten unbekannte Täter Hakenkrallenanschläge auf die Bahnstrecken Hannover – Bremen und Haste – Hannover. In einer Selbstbeziehung begründeten sie ihre Gewalttaten mit dem Protest gegen die »EXPO 2000« (wörtlich: »Anschläge auf das im Rahmen der EXPO ausgebaute S-Bahnnetz«) und betonten:

»Wir wollen ... die EXPO als repräsentatives Festival kapitalistischer Ideologie und imperialistischer Dominanz angreifen.«  
(»RAZZ« Nr. 104 von August/September 1998)

»EXPO 2000« rückt zunehmend in das Blickfeld gewalttätiger Linksextremisten

Hakenkrallenanschläge von militanten EXPO-Gegnern

In der Nacht zum 2. Oktober verübten unbekannte Täter einen Brandanschlag auf Fahrzeuge einer Kraftfahrzeug-Vertretung in Hannover-Linden; es entstand Sachschaden von etwa 200.000 DM. In einer Selbstbezeichnung agitierten sie gegen die offiziellen Feierlichkeiten zum »Tag der deutschen Einheit« in Hannover und gegen die »EXPO 2000«:

»Sowohl für die 'Deutsche Einheit' als auch für das Projekt einer Weltausstellung im Jahr 2000 gilt für uns: Es gibt nichts zu feiern!«

### 2.3.6 »Internationalismus«

Militante Linksextremisten engagierten sich auch 1998 »internationalistisch«: In örtlichen »Kurdistan-solidaritätsgruppen« und in der Dachorganisation »Informationsstelle Kurdistan« (ISKU) in Köln organisierte Angehörige der autonomen, insbesondere aber der antiimperialistischen Szene setzten die Kampagne zur Aufhebung des Verbots der »Arbeiterpartei Kurdistans« (PKK) fort. Sie betreuten mutmaßliche PKK-Anhänger in deutscher Haft, organisierten »Menschenrechtsdelegationen« in die Türkei und agitierten gegen die Bundesregierung wegen ihrer angeblichen Unterstützung der Türkei im Kampf gegen die PKK.

Nach wie vor halten sich einzelne deutsche Linksextremisten zur Ausbildung bzw. zum Kampfeinsatz bei der PKK-Guerilla im Nahen Osten auf; teilweise gehen sie dabei sehr hohe persönliche Risiken ein:

- Ein deutscher Linksextremist befindet sich seit seiner Ende 1997 erfolgten Gefangennahme bei Kampfhandlungen zwischen der PKK und der »Kurdischen Demokratischen Partei« (KDP) in Gewahrsam der KDP; bei der Gefangennahme hatte er schwere Verletzungen erlitten.
- Im September wurde eine deutsche Linksextremistin von einem Staatssicherheitsgericht in der Türkei wegen Mitgliedschaft in der PKK zu einer 15jährigen Freiheitsstrafe verurteilt.
- Nach Medienberichten und Aussagen aus dem PKK-Bereich kam die seit Mitte 1995 untergetauchte deutsche »In-

**Deutsche  
»Internationalisten«  
setzen Engagement  
für die PKK fort**



ternationalistin« Andrea WOLF – ehemalige Angehörige des RAF-Umfelds Frankfurt/M., später dem »Antiimperialistischen Widerstand« zuzurechnen – Ende Oktober unter bisher nicht geklärten Umständen anlässlich von Kampfhandlungen zwischen PKK-Aktivistinnen und dem türkischen Militär in der Ost-Türkei ums Leben. Die Szene reagierte in Trauerbekundungen und Nachrufen bestürzt, aber auch weiterhin kämpferisch.

Während einige dieser deutschen »Internationalistinnen« mit ihrem Einsatz lediglich die PKK unterstützen wollen, sehen andere in der PKK ein Vorbild, von dem es für den eigenen revolutionären Kampf in der Metropole, mithin in Deutschland, zu lernen gelte.

So erklärten »Internationalistinnen«, die sich nach eigenen Angaben für einen längeren Zeitraum im kurdischen Kampfgebiet aufgehalten hatten:

»Die PKK ist im Moment die weltweit stärkste Kraft, die erfolgreich gegen den Imperialismus kämpft. Internationalistisches Bewußtsein, das Bewußtsein, daß der Kampf gegen den gemeinsamen Feind geführt wird, gibt uns Stärke, den Kampf auch hier zu führen, Angriffe gegen die PKK ... auch als Angriffe gegen uns selbst zu sehen, ihre Erfolge auch als unsere Erfolge zu erkennen.«

Im Kampf gefallene »Genossen« werden zu Märtyrern erhoben:

»Neben uns sind viele Freundinnen gefallen, wie könnten wir sie jemals vergessen? Vielmehr tragen wir durch ihren Tod eine große Verantwortung, den Kampf weiterzuführen bis zum Sieg; wo immer wir sind, den Kampf aufzunehmen und zu führen, damit ihre Opfer nicht umsonst sind. ... Das ist ein Versprechen, diesen Kampf weiterzuführen.«

(»Amazora« Nr. 12/98, September 1998)

Vor allem auch solche Äußerungen sind Anhaltspunkte dafür, daß Personen aus diesem Spektrum maßgeblich in Diskussionen zum schrittweisen Aufbau neuer revolutionärer Strukturen in Deutschland eingebunden sind.

Einen weiteren Schwerpunkt »internationalistischer« Aktivitäten stellten die Vorbereitungen für eine im April 1999 in Berlin geplante internationale Arbeitskonferenz »Freiheit für alle politischen Gefangenen weltweit« unter dem Motto »Befriedung oder Befreiung?« dar (vgl. Nr. 2.1).

Angesichts der erneut drohenden Hinrichtung des in den USA wegen Polizistenmordes zum Tode verurteilten ehemaligen »Black Panther«-Mitglieds Mumia ABU-JAMAL – ein Berufungsantrag war im Oktober zum wiederholten Male abgelehnt worden – kam es gegen Ende des Jahres vermehrt zu Protesten vor allem von Unterstützerkomitees.

**Diskussion zum  
Aufbau neuer  
revolutionärer  
Strukturen**

## IV. Parteien und sonstige Gruppierungen

### 1. »Deutsche Kommunistische Partei« (DKP) und Umfeld

#### 1.1 »Deutsche Kommunistische Partei« (DKP)

|               |  |
|---------------|--|
| gegründet:    | 1968   |
| Sitz:         | Essen  |
| Vorsitzender: | Heinz STEHR  |
| Mitglieder:   | 6.500 (1997: 6.200)  |
| Publikation:  | »Unsere Zeit« (UZ),<br>Auflage: ca. 10.000,<br>wöchentlich |

Herausragendes Ereignis für die »Deutsche Kommunistische Partei« (DKP) war ihr 14. Parteitag vom 22. bis 24. Mai in Hannover. Das bereits 1997 intern diskutierte Papier »Sozialismus – die historische Alternative zum Kapitalismus« wurde nicht verabschiedet, sondern gemäß einem Beschluß des Parteitags als »wichtiger programmatischer Baustein« bei der Erarbeitung eines neuen Parteiprogramms weiter in der Partei zur Diskussion gestellt.

**Heute kämpfen  
für Arbeitsplätze  
und Demokratie  
für eine sozialistische  
Zukunft**

**DKP**

**14. Parteitag der DKP  
22.-24. Mai 1998 · Hannover**



**Spannungen  
zwischen der  
Parteiführung und  
DKP-Mitgliedern in  
Ostdeutschland**

Ausschlaggebend für diese Rückstufung des Papiers waren offensichtlich erhebliche Spannungen zwischen der Parteiführung und neuen DKP-Mitgliedern in Ostdeutschland, die eine hinreichende Würdigung der »Errungenschaften« der DDR in den »Sozialismusvorstellungen« vermißten und die ideologische Kompetenz der Parteiführung bezweifelten. Dazu heißt es in einem Antrag der DKP Sachsen-Anhalt:

»Solche Fragen wie: die Vorbereitung der Menschen auf die Revolution, die Art und Weise der Eroberung der politischen Macht der Arbeiterklasse, die Zerschlagung des alten Staates, die Errichtung der Diktatur des Proletariats als Staat der Arbeiterklasse und die Verteidigung der Revolution auch mit militärischen Mitteln werden nicht beantwortet.«

Groß war wiederum – wie bei früheren Parteitag – die Resonanz bei ausländischen Kommunisten: 29 »Bruderparteien« und »Befreiungsorganisationen« aus 27 Ländern hatten Vertreter entsandt, 38 hatten zudem Grußschreiben geschickt.

Die insgesamt etwa 6.500 Mitglieder der DKP sind in über 230 Parteilgruppen, 110 Kreisorganisationen und 14 Bezirksorganisationen – davon je eine in Berlin und Brandenburg – zusammengefaßt. Nach eigenen Angaben wohnen 4% der Mitglieder (= 260) in Ostdeutschland. Zur organisatorischen Entwicklung stellte der wiedergewählte Parteivorsitzende Heinz STEHR auf dem Parteitag fest, der Mitgliederzuwachs vollziehe sich noch viel zu langsam. Nicht überall habe sich gleichmäßig ein positiver Trend gezeigt, zum Teil sei mit weniger Mitgliedern mehr geleistet worden; vor allem in Ostdeutschland erziele die organisatorische Stärkung der Partei jedoch beachtliche Fortschritte.

**6.500 Mitglieder; Partei mit Entwicklung der Organisation und Mitgliedschaft nicht zufrieden**

Die DKP hat weiterhin Probleme, ihre politische Arbeit zu finanzieren. Nach eigenen Angaben entstand allein für die zentrale Arbeit der Partei eine Deckungslücke bis zu 100.000 DM. Deshalb versucht die Parteiführung, zusätzliche Finanzquellen zu erschließen, indem z. B. Provisionen von im Versicherungs- und Immobiliengeschäft tätigen Genossen der Partei gespendet werden sollen. Außerdem forderte die Zentrale Revisionskommission alle Parteimitglieder auf, verstärkt von alten Genossen die Vererbung von deren Nachlaß für die DKP zu erbitten.

**Suche nach neuen Finanzquellen**



Die DKP bemühte sich weiterhin um den Aufbau einer »Kaderreserve«, die Nachwuchs an die Partei heranzuführen soll. Die »Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend« (SDAJ), eine formal unabhängige, aber mit der DKP eng verbundene Gruppe, verfügt nunmehr über rund 300 Mitglieder (1997: 200).

**Mitgliederzuwachs bei SDAJ**

Das Verhältnis zur DKP kennzeichnete der Bundesvorsitzende Michael GOETZE auf dem 14. Bundeskongreß der SDAJ am 4./5. April in Frankfurt/M. wie folgt:

»... es verbindet uns viel in den Kämpfen: die gemeinsame weltanschauliche Grundlage, das gemeinsame Ziel einer sozialistischen Gesellschaft ...«

Beim traditionellen Pfingstcamp in Bottrop mit mehreren hundert Jugendlichen und Gästen feierte die SDAJ den 30. Jahrestag ihrer Gründung.

Zusätzlich entstand um den Jahreswechsel 1997/1998 auf Initiative





**Unterstützung der neuen »Assoziation Marxistischer StudentInnen« (AMS) durch die DKP**

von DKP-orientierten Studenten eine neue »Assoziation Marxistischer StudentInnen« (AMS). Name und Organisationssignet der AMS lassen eine Anlehnung an die gleichnamige Vorläuferorganisation des früheren Studentenverbands der DKP »Marxistischer Studentenbund Spartakus« (MSB, 1971 gegründet, 1990 aufgelöst) erkennen. Die AMS hat – Angaben der DKP zufolge – an einem Dutzend Hochschulen Verbindungen aufgebaut und wird von der DKP unterstützt<sup>107)</sup>.

**DKP gegen »EU-Europa«**

Im Rahmen ihrer »internationalistischen« Aktivitäten entwickelte die DKP ihre Beziehungen zu kommunistischen und sozialistischen »Bruderparteien«, insbesondere in Europa, fort. Sie will damit einen Beitrag zur Formierung kommunistischer und revolutionärer Politik gegen das »EU-Europa« leisten<sup>108)</sup>.

Funktionäre der DKP trafen sich zum Meinungsaustausch u.a. mit Vertretern der kommunistischen Parteien Portugals, Österreichs und des Irak sowie der Fraktion »Konföderation der vereinigten europäischen Linken/Nordische grüne Linke« im Europäischen Parlament. Abordnungen der DKP besuchten nach hergebrachter Tradition Pressefeste der Zentralorgane der kommunistischen Parteien von Luxemburg, Österreich, Frankreich, Portugal und Spanien.

Herausragende Bedeutung behielt für die DKP die Solidarität mit dem kommunistischen Kuba. Zur Vorbereitung des inzwischen dritten Solidaritätsprojekts (Aufbau einer Arztpraxis) nach 1995 und 1997 fanden Gespräche mit Repräsentanten der Kubanischen Botschaft in Bonn und mit Mitgliedern des Politbüros der KP Kubas in Havanna statt.

## 1.2 »Marx-Engels-Stiftung e. V.« (MES)

|               |               |
|---------------|---------------|
| gegründet:    | 1979          |
| Sitz:         | Wuppertal     |
| Vorsitzender: | Richard KUMPF |

**Bemühen um Akzeptanz bei öffentlichen Bildungseinrichtungen**

Die 1979 mit Geldern der »Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands« (SED) der ehemaligen DDR installierte »Marx-Engels-Stiftung e. V.« (MES) blieb ein wichtiges Instrument revolutionärer Marxisten für den »ideologischen Kampf«. Ihre »Förderergesellschaft« hat inzwischen 640 Mitglieder – in der Mehrzahl Wissenschaftskader aus DKP und PDS. Die Zusammenarbeit der MES mit befreundeten Institutionen wie der Geschichtskommission der DKP, der Historischen Kommission der PDS und dem Marxistischen Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Historischen

**Marx-Engels-Stiftung e.V.**



Kommission der PDS blieb eng. In mehreren öffentlichen Veranstaltungen setzte die MES ihre Versuche fort, kommunistische Geschichtslegenden über die deutsch-deutsche Entwicklung in den ersten Nachkriegsjahren zu festigen. Einen besonderen Stellenwert maß sie einer gemeinsam mit der Bergischen Universität/Gesamthochschule Wuppertal am 9./10. Mai durchgeführten Tagung zum 180. Geburtstag von Karl Marx und zum 150. Jahrestag des Kommunistischen Manifests zu. Das DKP-Zentralorgan würdigte dies als »symptomatisches Ereignis«<sup>109)</sup> für erfolgreiche Bündnispolitik.

### 1.3 »Arbeitsausschuß Friedensratschlag« (AFriRa)

|              |   |
|--------------|---|
| gegründet:   | 1996  |
| Sitz:        | Kassel  |
| Mitglieder:  | 50  |
| Publikation: | »Friedenspolitische Korrespondenz«<br>(FRIKORR) |

Linksextremisten blieben auch 1998 bemüht, ihren früheren Einfluß auf friedenspolitisch engagierte Gruppen zurückzugewinnen. Seit 1994 finden dazu auf Initiative der DKP und ihrer weitgehend zerfallenen Vorfeldorganisation »Deutsche Friedens-Union« (DFU) jährlich »Friedenspolitische Ratschläge« an der Universität/Gesamthochschule Kassel statt. 1996 entstand aus diesem Kreis die Funktionsgruppe AFriRa, um die Kontinuität der »Ratschlags«-Bewegung und ihre Verbindung zu anderen »Friedensinitiativen« zu verbessern. AFriRa wird von ehemaligen DFU-Funktionären sowie von Mitgliedern der DKP und der PDS beherrscht. In der Einladung zum »Friedensratschlag 1998« (5./6. Dezember in Kassel) heißt es zum Selbstverständnis des Zusammenschlusses:

»Schröder und Fischer werden nicht müde, die "Kontinuität" ihrer Regierung in der Außen- und Sicherheitspolitik zu betonen. Es wäre verhängnisvoll, wenn gerade auf diesem Feld wieder jener 'Konsens aller Demokraten' hergestellt würde, der schon in den 60er und 70er Jahren die Bundesrepublik zu einem der bestgerüsteten Staaten der Welt gemacht hat. (...) Eines wissen wir: Ohne

**Klassische  
Aktionsfelder des  
kommunistischen  
»Friedenskampfes«**

den Druck von unten, den Druck der Friedensbewegung auf die neue Bundesregierung zu erhöhen, wird es keine friedens- und abrüstungspolitischen Erfolge in diesem Land geben. Diesen außerparlamentarischen Druck gilt es zu verstärken und zu organisieren.«

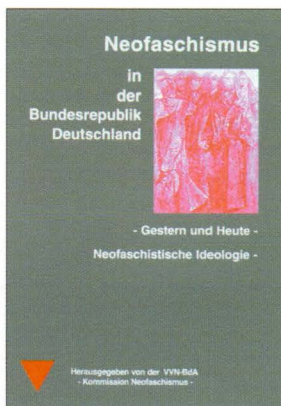
AFriRa versucht damit, die Anleitungs- und Koordinierungsfunktion in klassischen Aktionsfeldern des kommunistischen »Friedenskampfes« wie der »Ostermarsch-Bewegung« oder bei Aktionen gegen Modernisierungs- und Rüstungsmaßnahmen des atlantischen Bündnisses und der Bundeswehr zu übernehmen. Er wird dabei insbesondere unterstützt von dem aus dem früheren »Friedensrat der DDR« hervorgegangenen »Deutschen Friedensrat e. V.« (DFR).

#### **1.4 »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten« (VVN-BdA)**

|              |  |
|--------------|--|
| gegründet:   | 1947                                   |
| Sitz:        | Frankfurt/M.                           |
| Mitglieder:  | 6.500 (1997: 7.000)                    |
| Publikation: | »antifa-rundschau«,<br>vierteljährlich |

Die »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten« (VVN-BdA) blieb die mitgliederstärkste Organisation im Bereich des linksextremistischen »Antifaschismus«. Das von unterschiedlichen linken und linksextremistischen Kräften getragene Bündnis wird nach wie vor von einem traditionell orthodox-kommunistisch ausgerichteten Flügel beherrscht; in den Gremien und Gliederungen der Vereinigung dominieren weiterhin aktive und ehemalige Mitglieder der DKP.

Der Bundeskongreß der VVN-BdA stimmte am 13./14. Juni in Braunschweig einer »Erklärung gegen jede Kriminalisierung antifaschistischer Aktivitäten« zu; darin werden auch Maßnahmen von Polizei und Justiz gegen »antifaschistische« Straf- und Gewalttäter verurteilt. Aus Zeitgrün-



den konnte der Kongreß Vorlagen mit »Grundsätzlichen Aussagen« u.a. zu Themen wie »Neofaschismus«, »Antimilitarismus« oder »soziale Menschenrechte« nicht diskutieren; sie wurden lediglich als Positionspapiere der VVN-BdA bestätigt. Diese Papiere und eine 1998 von der »Neofaschismus-Kommission« der VVN-BdA herausgegebene Broschüre »Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland – Neofaschistische Ideologie« belegen die unverändert linksextremistische Ausrichtung des Verbands. Er lehnt darin den antitotalitären – gleichermaßen gegen Rechts- wie Linksextremismus gerichteten – Konsens des Grundgesetzes ab. In einer Passage zur Geschichte der Bundesrepublik in den 50er Jahren heißt es dazu:

»Der Antikommunismus bildete so erneut die Gemeinsamkeit zwischen Konservativen und FaschistInnen. Selbst das 1952 ergangene Verbot der Sozialistischen Reichspartei (SRP) war nicht nur Konsequenz ihrer offen faschistischen Bestrebungen, sondern auch eine Vorab-Rechtfertigung für das 1956 erfolgte Verbot der KPD.«

Die VVN-BdA geht auch weiterhin davon aus, daß konservative und rechtsextremistische Politik wegen ihrer gemeinsamen »kapitalistischen« Wurzeln letztlich wesensverwandte Erscheinungen sind:

»Neofaschismus ist Bestandteil der Rechtskräfte und nur unter Beachtung der Wechselwirkungen erklärbar und bekämpfbar. (...) Der Antifaschismus kann Neofaschismus somit nur erfolgreich bekämpfen, wenn er sich auch gegen Entwicklungen in der Gesellschaft wendet, die ihn ermöglichen und fördern.«  
(Vorlage zum Bundeskongreß der VVN-BdA 1998, zit. nach: »antifa-rundschau« Nr. 34, April-Juni 1998, S. 5)

Für ihre Agitation konnten Funktionäre und Mitglieder der VVN-BdA, zum Teil unter Pseudonym, weiterhin linksextremistische und linke Publikationen wie »Unsere Zeit« (UZ), »Neues Deutschland« (ND), »junge Welt« (jW), »Der Rechte Rand« und »Antifaschistische Nachrichten« nutzen.

Die VVN-BdA engagierte sich – z. T. führend – in zahlreichen Veranstaltungen, Aktionen und Bündnissen gemeinsam mit linksextremistischen Zusammenschlüssen. Sie bekräftigte erneut ihre »offene Bündnispolitik« gegenüber gewaltbereiten Antifa-Gruppen.

Die Zusammenarbeit mit ihren Partnerverbänden in den neuen Ländern, dem »Interessenverband ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Nazi-Regimes und Hinterbliebener e. V.« (IVvDn) und dem linksextremistisch beeinflussten »Bund der Antifaschisten (Dachverband) e. V.« (BdA, vgl. Nr. 3)

**Ablehnung der  
antitotalitären  
Ausrichtung des  
Grundgesetzes**

**Keine  
Distanzierung von  
gewaltbereiten  
»Antifaschisten«**

blieb eng. Die VVN-BdA begrüßte das nähere Zusammenrücken von IVVdN und BdA als einen ersten Schritt auf dem Weg zu einer gemeinsamen bundesweiten Organisation.

## 2. »Partei des Demokratischen Sozialismus« (PDS)

|                             |  |
|-----------------------------|--|
| gegründet:                  | 1989/90 (Umbenennung SED in PDS)   |
| Sitz:                       | Berlin   |
| Parteivorsitzender:         | Lothar BISKY   |
| Mitglieder:                 | 96.500 (1997: 105.000),<br>davon in den alten Bundesländern<br>ca. 2.500   |
| Publikationen:<br>(Auswahl) | »DISPUT«,<br>monatlich;<br>»PDS-Pressedienst«,<br>wöchentlich;<br>»Mitteilungen der Kommunistischen<br>Plattform der PDS«,<br>monatlich;<br>»Marxistisches Forum«,<br>unregelmäßig;<br>»PDS International«,<br>vierteljährlich |

Auch im Jahre 1998 bot die PDS ein ambivalentes Bild. Sie stellt sich nicht als eine klassische revolutionär-marxistische Partei dar. Sie paßt sich einerseits in ihrer politischen Sprache dem demokratischen politischen Diskussionsstil an und beteiligt sich an der parlamentarischen Arbeit auf allen Ebenen.

Andererseits bekennt sich die PDS dazu, daß offen extremistische Strukturen im Rahmen der Partei existieren und agieren. Auch mit deutschen und ausländischen linksextremistischen Parteien und sonstigen Gruppierungen arbeitet die PDS in vielfältigen Formen zusammen. Außerdem lassen Aussagen maßgeblicher PDS-Vertreter eine zwiespältige Einstellung zur parlamentarischen Demokratie erkennen, insbesondere wenn der eigene Standort als »Systemopposition« definiert und das erklärte Ziel einer »anderen Republik« herausgestellt wird.\*)

\*) Bei der Bundestagswahl konnte die PDS mit einem Zweitstimmenanteil von 5,1% (1994: 4,4%) erstmals die Fünf-Prozent-Hürde überwinden und mit 36 Abgeordneten in Fraktionsstärke in den 14. Deutschen Bundestag einziehen. In vier Berliner Wahlkreisen konnten PDS-Kandidaten Direktmandate erringen.

## 2.1 Tradition und extremistische Strukturen

Das Bekenntnis zu ihrer Tradition bleibt wesentlicher Bestandteil der Identität der PDS und prägt entscheidend auch das aktuelle ideologisch/politische Selbstverständnis. Dieses schließt ein, daß die PDS offen linksextremistische Strukturen in ihren Reihen akzeptiert und unterstützt.

Ohne Wenn und Aber sei das bundesdeutsche System der DDR übergestülpt worden, die Möglichkeiten der eigenständigen politischen Erneuerung Ostdeutschlands seien vertan worden:

»Anstelle erhoffter demokratischer Selbstbestimmung trat das Diktat durch die herrschende politische und wirtschaftliche Klasse der Bundesrepublik.« (»DISPUT« Nr. 4/1998)

So beschreibt das Rostocker Manifest – von den Delegierten des Wahlparteitags der PDS (3. bis 5. April) mehrheitlich unterstützt – den historischen Prozeß der deutschen Einigung.

Für den Parteivorsitzenden Lothar BISKY hat das erste Jahrzehnt der deutschen Einheit eine »ostdeutsche Identität in einer vereinigten Bundesrepublik mit zwei Teilgesellschaften« produziert <sup>110)</sup>. Der zeitliche Abstand ermögliche schmerzliche Einsichten, eröffne und objektiviere aber auch den Blick auf die positiven Ziele und Ideale, auf die fortwirkenden Werte des 1989 mit der DDR gescheiterten – aus der Sicht der PDS legitimen – sozialistischen Versuchs <sup>111)</sup>.



Die heutigen PDS-Mitglieder gehörten zu mehr als 80% bereits der »Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands« (SED) in der DDR an <sup>112)</sup>. In der Basis, so räumte der jetzige Vorsitzende der PDS-Fraktion im Deutschen Bundestag Gregor GYSI ein, gebe es teilweise eine gewisse Abwehrhaltung gegenüber dem demokratischen System der Bundesrepublik. GYSI sprach sich gegen »Reinigungsprozesse« und gegen einen Ausschluß der »Kommunistischen Plattform der PDS« (KPF) aus, forderte aber zugleich die Akzeptanz des Grundgesetzes von den Parteimitgliedern <sup>113)</sup>.

Auch andere Funktionäre der PDS haben immer wieder die Zugehörigkeit von Kommunisten zur Partei betont. So äußerte der Bundesgeschäftsführer Dietmar BARTSCH in einer Fernsehsendung:

»Wir haben als Partei eine Geschichte, wir sind nicht 89 eine Neugründung, sondern wir kommen aus der SED. ... die PDS wird eine pluralistische Partei bleiben, in ihr haben auch Kommunistinnen und Kommunisten einen Platz ...«  
(WDR-Fernsehen »Bonn am Rohr«, 8. Oktober 1998, zitiert nach Fernseh-/Hörfunkspiegel, Inland I, vom 9. Oktober 1998)

**Kommunisten als Bestandteil der Partei**

»Kommunistische  
Plattform der PDS«  
(KPF)

Der Parteivorsitzende BISKY bekräftigte gegenüber der Tageszeitung »Berliner Morgenpost« vom 16. August, er kenne viele Mitglieder der Plattform, die er nicht missen möchte. Sie fühlten sich als Kommunisten, aber sie arbeiteten auf der Grundlage des Statuts und des Programms der PDS. Und nur danach könnten Mitglieder beurteilt werden.

Die KPF hält jedoch weiter an der revolutionären Tradition des Kommunismus fest.

Die KPF-Sprecherin Ellen BROMBACHER – sie war eine der Hauptrednerinnen auf einer Konferenz »150 Jahre Manifest der Kommunistischen Partei«, veranstaltet von der »Deutschen Kommunistischen Partei« (DKP) am 21. Februar in Berlin – stellte u. a. fest, gegenwärtig seien die Kommunisten nicht in der Offensive, man habe lediglich überlebt. Schon Lenin habe ausgeführt, man müsse auch den Rückzug antreten können und selbst in den reaktionärsten Parlamenten, in den reaktionärsten Gewerkschaften legal arbeiten; und sie zitierte Lenin weiter:

»... Es kommt nur darauf an, daß man es versteht, diese Taktik so anzuwenden, daß sie zur Hebung und nicht zur Senkung des allgemeinen Niveaus des proletarischen Klassenbewußtseins, des revolutionären Geistes, der Kampf- und Siegesfähigkeit beiträgt. ... und Politiker der revolutionären Klasse, die nicht 'zu laviieren, Übereinkommen und Kompromisse zu schließen' verstehen ... sind keinen Pfifferling wert.«

(»Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS« Nr. 3/1998)

»Marxistisches  
Forum der PDS«

Auch das »Marxistische Forum der PDS« – ein Zusammenschluß orthodox-kommunistisch orientierter Mitglieder und Sympathisanten der Partei – wird als fester Bestandteil der PDS akzeptiert, so ausdrücklich Wolfgang GEHRCKE, einer der stellvertretenden Parteivorsitzenden, gegenüber der Tageszeitung »junge Welt« vom 10. November. Auf dem Wahlparteitag in Rostock forderten Vertreter des »Marxistischen Forums« von der PDS das Festhalten an einer »konsequenten sozialistischen Oppositionspolitik«. In einem Antrag formulierte das Forum:

»Kritisch durchdacht – im Sinne gründlicher Analyse und konsequenter Auseinandersetzung mit Irrtümern, Fehlern und mit Unrecht – gibt der in der DDR unternommene Sozialismusversuch Mut, an die heutige Gesellschaft neben allgemein demokratischen auch sozialistische Maßstäbe anzulegen. Im Ringen um soziale Gleichheit und solidarisches Verhalten zueinander verteidigen wir

heute und künftig die Berechtigung und Rechtmäßigkeit einer über den Kapitalismus hinausgehenden gesellschaftlichen Entwicklung auf deutschem Boden.«

(Parteitagsunterlagen Antrag V.2.4.23)

Führende Mitglieder des »Marxistischen Forums« zeigten ihre ablehnende Haltung gegenüber demokratischen Prinzipien. Gerhard BRANSTNER erklärte in den »Mitteilungen« der KPF (Heft 7/Juli 1998), die sklavische Übernahme der bürgerlichen Wahlen in den Sozialismus sei ahistorische Kurzsichtigkeit. Und weiter:

»Ein anderer Irrtum ist es, den Sozialismus auf demokratische Weise erreichen zu wollen. (...) Die Opfer der Pariser Kommune, der Oktoberrevolution und der Revolution der Sandinisten, die Napalmverbrannten in Vietnam und die Tretminenkrüppel in Angola machen deutlich, welche Demokratie der Kapitalismus den Sozialisten genehmigt ...«

Auch Gewalt in der politischen Auseinandersetzung – als »Gegengewalt« legitimiert – wird von Mitgliedern des Forums nicht abgelehnt. So äußerte das Mitglied des Forums Prof. Dr. Kurt PÄTZOLD in einem Vortrag am 14. Januar u.a.:

**Gewalt als  
»Gegengewalt«  
legitimiert**

»Umstritten ist, ob dieser Gewalt der militanten Gruppen des 'rechten Randes' nicht mit einer ebensolchen und natürlich überlegenen Gegengewalt entgegengetreten werden muß. Die Haltungen schwanken von der ausgesprochenen oder nur praktizierten Wiederaufnahme der Losung 'Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft' bis zur eindeutigen Ablehnung jeder gewalttätigen Gegenwehr. Offenkundig liegt die Wahrheit in der Mitte, sie ist keine allgemeine, will sagen: für alle Fälle geltende, sondern sie muß vorsorglich oder akut, planmäßig oder auch spontan von Fall zu Fall getroffen werden.«

(»Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS« Nr. 2/1998)

Die »Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen in und bei der PDS« (AG Junge GenossInnen) blieb zwar der größte Zusammenschluß für junge Mitglieder und Anhänger in der Partei. Ihre Arbeit war jedoch offensichtlich von strukturellen Schwierigkeiten geprägt; so wurde keine Bundeskonferenz durchgeführt, einige überregionale Zusammenschlüsse waren nicht mehr aktiv. Vom 20. bis 22. Februar fand für alle Sympathisanten und jungen Mitglieder der PDS ein »Jugendbasistreffen« in Erfurt statt, an dem rund 300 Personen teilnahmen. Im Aufruf – unterzeichnet u.a. von einer Sprecherin der AG Junge

**»Arbeitsgemein-  
schaft Junge  
GenossInnen in und  
bei der PDS«**



GenossInnen – wird für eine Politik der PDS geworben, die für eine sozialistische Alternative und für einen Bruch mit den herrschenden Verhältnissen kämpfe <sup>114)</sup>. Eine Einschränkung, daß mit den »herrschenden Verhältnissen« nicht die Verfassungs- und Rechtsordnung gemeint sei, fehlt.

## 2.2 Zusammenarbeit mit deutschen Linksextremisten außerhalb der Partei

Eine Zusammenarbeit von Vertretern bzw. Gliederungen der PDS mit Linksextremisten außerhalb der Partei erfolgte auch 1998 in vielfältigen Formen, so z. B. durch aktive Teilnahme an Aktionsbündnissen, Gespräche zwischen Vertretern der Vorstände von DKP und PDS, enge Kontakte zwischen der »Kommunistischen Plattform der PDS« und der DKP, Geschichtsaufarbeitung zusammen mit der DKP und der »Marx-Engels-Stiftung e. V.« sowie der Bereitstellung von Listenplätzen bei Wahlen.

### Verhältnis zur DKP

Eine kritische Solidarität verbindet die PDS mit der DKP. Auf dem 14. Parteitag der DKP (22. bis 24. Mai) in Hannover war die PDS durch ein Mitglied des Parteivorstands, einen Sprecher der KPF und durch den Ehrenvorsitzenden der PDS Hans MODROW vertreten; erstmals seit Jahren hielt mit MODROW wieder ein führender PDS-Funktionär eine Rede auf einem DKP-Parteitag. Zu den Beschlüssen des Schweriner Parteitags der PDS vom Januar 1997 – ein Verbot von Doppelmitgliedschaften sowie der Ausschluß von Kandidaten anderer Parteien auf den »offenen Listen« der PDS – erklärte MODROW:

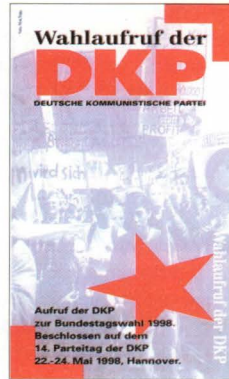
»Mir ist bewußt, daß die mehrheitlich getroffene Wahlentscheidung des Schweriner Parteitages der PDS bei Euch schmerzliche Betroffenheit ausgelöst hat. Das sollte jedoch nicht ausschließen, nach Möglichkeiten linker Zusammenarbeit zu suchen. ... Hier [in der Kommunalpolitik] Erfahrungen auszutauschen und an der Basis nach gemeinsamen Konzepten zu streben, könnte den Weg für weiteres Zusammenwirken öffnen.«  
(»PDS-Pressedienst« Nr. 24 vom 12. Juni 1998) <sup>115)</sup>

In einem Interview der Tageszeitung »Neues Deutschland« vom 28. September erklärte der DKP-Vorsitzende STEHR zum Verhältnis von PDS und DKP:

»Ich sehe ... die PDS eher als Partnerin, weil in wesentlichen politischen Fragen eine Zusammenarbeit stattfindet. Das verlangen einfach die Verhältnisse. Aber im Kampf um die Köpfe konkurrieren wir natürlich. DKP und PDS unterscheiden sich in Strategie und Taktik.«

Entgegen den auf dem Schweriner Parteitag (17. bis 19. Januar 1997) gefaßten Beschlüssen kandidierten in den alten Ländern 16 Mitglieder der DKP für die PDS: drei auf Landeslisten, darunter das Mitglied des Hamburger DKP-Bezirksvorstands Thea RANN, und 13 als Direktkandidaten.

Im Vorfeld der Bundestagswahl verfaßten verschiedene Organisationen und Einzelpersonen Wahlaufrufe für die PDS, so die DKP und die »Vereinigung für Sozialistische Politik« (VSP, vgl. Nr. 5). Die VSP appellierte:



»Wir rufen dazu auf, ... der PDS die ... entscheidende Zweitstimme zu geben – weil der Antikommunismus in Deutschland nicht siegen darf, weil es Normalität sein muß, daß eine Partei mit kommunistischer Tradition im Bundestag vertreten ist, ...«  
(»Sozialistische Zeitung« Nr. 10/98 vom 14. Mai 1998)

### 2.3 Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie

Auch die Beteiligung an Parlamentswahlen und die – zum Teil kontroversen – Diskussionen über Möglichkeiten, sich in unterschiedlichen Formen an der Regierung in einzelnen Ländern zu beteiligen, haben nicht dazu geführt, daß die PDS ihr Selbstverständnis als »Systemopposition« ändert<sup>116)</sup>. Nach wie vor versteht sie sich als Opposition in und zur Gesellschaft der Bundesrepublik<sup>117)</sup>. So äußerte der Bundesgeschäftsführer Dietmar BARTSCH in einer Fernsehsendung des WDR am 8. Oktober u.a.:

»Es bleibt allerdings dabei, selbst wenn wir uns in eine Koalition begeben, wir bleiben als PDS gesellschaftlich Opposition. Wir sind der Auffassung, daß viele der heutigen Probleme in der jetzigen Struktur der Gesellschaft nicht gelöst werden können.«  
(WDR-Fernsehen »Bonn am Rohr«, 8. Oktober 1998, zitiert nach Fernseh-/Hörfunkspiegel, Inland I, vom 9. Oktober 1998)

Die Struktur der Gesellschaft der Bundesrepublik, überhaupt die Gestaltung der Gesellschaft, hat sich auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung entwickelt. Wer zu dieser Gesellschaftsordnung in Opposition stehen will, nährt Zweifel daran, ob er an der freiheitlichen demokratischen Grundordnung festhält.

»Systemopposition«

### Abkehr von Volkssouveränität und Parlamentarismus

Die Fraktionsvorsitzende der PDS in Sachsen-Anhalt Petra SITTE wurde mit dem Schlagwort vom »Spagat zwischen Programm und Pragmatismus« zitiert, für den sie methodisch-wissenschaftlich gut geschult sei <sup>118)</sup>. Vor den Delegierten eines Landesparteitags erklärte sie: Die Partei solle durchaus argwöhnen, worauf man sich in diesem parlamentarischen System wie lange und wie tief einlasse. Die Widerstandskraft solle schließlich wachsen und nicht aufgesogen werden <sup>119)</sup>.

Selbst die für die kommenden Jahre beabsichtigte Aktualisierung des Parteiprogramms von 1993 soll keine »Anpassung« an die »Gesellschaft mit gewachsener und wachsender Kapitaldominanz« bringen, betonte der Parteivorsitzende BISKY. Zur Bedeutung des auch von ihm bejahten außerparlamentarischen Kampfes gegenüber der Parlamentsarbeit bekräftigte er:

»Es bleibt bei der Aussage im Parteiprogramm: 'Die PDS hält den außerparlamentarischen Kampf um gesellschaftliche Veränderungen für entscheidend.' Parlamentarische Präsenz der PDS hat zur vorrangigen Aufgabe, emanzipatorische Bewegungen zu initiieren und zu stärken.«  
(»PDS-Pressedienst« Nr. 7 vom 13. Februar 1998)

Nach Interpretation von BISKY läßt im übrigen die Verfassung der Bundesrepublik viel Spielraum für alternative Gesellschaftsentwürfe; auf dem Grundgesetz – so BISKY – könne man fast eine sozialistische Republik errichten <sup>120)</sup>.

Aussagen anderer führender PDS-Funktionäre weisen ebenfalls darauf hin, daß die Partei eine »andere Republik« anstrebt <sup>121)</sup>.

### Revolutionärer Anspruch

Der PDS-Ehrenvorsitzende Hans MODROW bekräftigte in der Eröffnungsrede zum Parteitag in Rostock (3. bis 5. April) den »revolutionären« Anspruch der PDS:

»Dieses Land braucht für seine politische Zukunft (...) eine linke Partei, die nicht leise tritt und brav ist, sondern sich als revolutionäre sozialistische Partei versteht und als solche wirkt, sichtbar und erlebbar ist.«  
(»DISPUT« Heft Nr. 4/1998)

In einem Interview des DKP-Zentralorgans »Unsere Zeit« (UZ) vom 17. April erläuterte MODROW, den Namen »Reform« verdienten nur Umgestaltungen, die den Weg zum Fortschritt aufbrechen würden, die »wegen ihrer welt- und gesellschaftsverändernden Wirkung revolutionären Charakter« trügen.

## 2.4 Internationale Verbindungen

Ihrem Selbstverständnis als internationalistische Partei gemäß unterhält die PDS eine Vielzahl von Kontakten zu ausländischen kommunistischen und linkssozialistischen Parteien und Bewegungen. Fortschritt im linken, im sozialistischen Sinne sei ohne Internationalismus nicht durchsetzbar, formulierte ein Mitglied der Grundsatzkommision der PDS <sup>122)</sup>. Ein modernes Fortschrittsverständnis schließe den Kampf jener Kräfte, darunter auch der PDS, ein, die nicht nur auf Veränderungen im Rahmen der kapitalistischen Ordnung setzten, sondern die Überwindung des Kapitalismus als Konsequenz des Kampfes für Fortschritt verstünden.

Diese internationalen Verbindungen werden u.a. durch gegenseitige Besuche von Parteitagen, Pressefesten und Konferenzen sowie durch Grußbotschaften und bilaterale Gespräche gepflegt. Nach eigener Darstellung hatte die PDS 1998 Kontakte u.a. zu den kommunistischen Parteien Frankreichs, Rußlands, Iraks, Indiens, Kubas, Österreichs, Italiens, Weißrußlands, Tschechiens und Vietnams <sup>123)</sup>.

Als Mitglied im »Forum der Neuen Europäischen Linken« (NELF), einem Zusammenschluß von »linkssozialistischen, linksgrünen und kommunistischen« <sup>124)</sup> Parteien, richtete die PDS am 6. Juni in Berlin ein Treffen »Europa left & live« aus. Der PDS-Vorsitzende BISKY habe eine Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit angekündigt <sup>125)</sup>.

Als wesentlicher Träger der Solidaritätsarbeit der PDS für das sozialistische Kuba setzte die »Arbeitsgemeinschaft Cuba Sí« (AG Cuba Sí) der PDS ihre Aktivitäten – u.a. Sammlung von Sach- und Geldspenden zur Unterstützung von Hilfsprojekten auf Kuba – fort. Damit wird letztlich die dortige Staatsordnung gefördert. In einer Selbstdarstellung auf der Homepage der AG im Internet heißt es u.a.:



Solidaritätsarbeit  
für Kuba

»Unsere AG ... leistet ... konkrete internationalistische Solidarität mit dem kubanischen Volk, seiner Revolution und Regierung. ... Mit den verschiedensten Aktivitäten politischer und materieller Solidarität sowie mit Entwicklungshilfeprojekten in Kuba konnte Cuba Si einen kleinen Beitrag für das Überleben der kubanischen Revolution erbringen ...«

Ausdruck des »Internationalismus« ist auch die Solidaritätsarbeit der PDS für den »kurdischen Befreiungskampf«. Die Partei griff Anliegen

Solidaritätsarbeit  
für die PKK

der »Arbeiterpartei Kurdistans« (PKK) auf und unterstützte sie politisch. In einem Interview des »Kurdistan Report« (Nr. 92, September/Oktober 1998), dessen Berichterstattung die Interessen der PKK vertritt, schilderte die PDS-Bundestagsabgeordnete Ulla JELPKKE:

»Ja, es haben sich sowohl Mitglieder der Bundestagsgruppe, der PDS-Landtagsfraktionen und auch der Partei an Delegationsreisen beteiligt. Ich selbst war auch einige Male in Nordwestkurdistan. Ich war tief beeindruckt von den Gesprächen und Zusammentreffen mit kurdischen Freunden und Freundinnen. (...) Die Frauen tragen die Hauptlast dieses schmutzigen Krieges. (...) Heute sind sie stolz darauf, wenn sich ihre Söhne und Töchter der kurdischen Befreiungsbewegung anschließen.«

### 3. »Bund der Antifaschisten (Dachverband) e. V.« (BdA)

|               |                     |
|---------------|---------------------|
| gegründet:    | 1990                |
| Sitz:         | Berlin              |
| Vorsitzender: | Heinrich FINK       |
| Mitglieder:   | 6.000 (1997: 6.000) |

Der BdA – er entstammt wie die »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten« (VVN-BdA, vgl. Nr. 1.4) der Tradition des orthodox-kommunistischen Antifaschismus – blieb nach seinem Selbstverständnis ein Dachverband für »antifaschistische« Gruppen: Einzelmitgliedschaften von Personen sind in ihm nicht möglich. Er setzte seine Bemühungen fort, eine gesamtdeutsche »antifaschistische« Organisation zu schaffen. Dazu trieb er vor allem seine Fusion mit dem »Interessenverband ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Nazi-Regimes und Hinterbliebener e. V.« (IVvDn, vgl. Nr. 1.4) voran. Inzwischen sind beide Verbände wechselseitig im jeweils anderen korporative Mitglieder geworden. Am 21./22. Januar nahmen BdA-Funktionäre erstmals an einer ordentlichen Delegiertenversammlung des IVvDn teil. Der Vorsitzende und zwei Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstands des BdA wurden in den neuen IVvDn-Vorstand gewählt. Die Landesverbände von BdA und IVvDn in Thüringen schlossen sich im Oktober zusammen. Gemeinsamer Vorsitzender wurde Ludwig ELM (PDS).

**Integration  
gewaltbereiter  
»Antifaschisten«**

Dem BdA gehören als Mitglieder auch örtliche Antifa-Gruppen an, die nach ihrer personellen Zusammensetzung, ihrem Selbstverständnis und ihrer Arbeitsweise Zusammenschlüssen autonomer

Antifaschisten gleichen. Besonders aktiv waren die Jugendgruppe »R.O.T.K.Ä.P.C.H.E.N im und beim BdA« sowie in Berlin der Verein »BdA – Die PrenzlbergerInnen« (BdA-P). Erneut befürworteten Funktionäre des BdA die Integration gewaltbereiter jugendlicher »Antifaschisten«. Dazu veranstaltete der BdA am 6. Juni in Berlin das »3. Antifa-Jugendtreffen« mit rund 70 Teilnehmern, darunter Anhänger der VVN-BdA, PDS und autonomer Zusammenschlüsse.

Der BdA beteiligte sich an zahlreichen »antifaschistischen« Bündnissen wie »Antifa-Workcamps«, »Antifaschistische/ Antirassistische Ratschläge«, »Bündnisse gegen Rechts« sowie an Demonstrationen und Aufrufen, in denen neben anderen linksextremistischen und links-extremistisch beeinflussten Zusammenschlüssen auch Demokraten eingebunden waren.

#### 4. »Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands« (MLPD)

|                     |   |
|---------------------|---|
| gegründet:          | 1982 (entstanden aus dem »Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands« – KABD)  |
| Sitz:               | Gelsenkirchen   |
| Parteivorsitzender: | Stefan ENGEL  |
| Mitglieder:         | 2.500 (1997: 2.500)   |
| Publikationen:      | »Rote Fahne« (RF),<br>Auflage: ca. 7.500, wöchentlich;<br>»Lernen und Kämpfen« (LuK),<br>Auflage: ca. 1.000,<br>vierteljährlich |

Die maoistisch ausgerichtete MLPD befand sich 1998 nach eigenen Angaben in einer Sinn- und Identitätskrise.

**Parteikrise nicht  
beigelegt**

Ihren finanziellen Schwierigkeiten versuchte die MLPD wie bisher durch vermehrten Druck auf ihre Mitglieder abzuhefeln: Im Zusammenhang mit ihrer »politischen Offensive« rief sie zu einer Spendenkampagne mit einer Vorgabe von 600.000 DM auf. Davon waren Anfang November angeblich 562.000 DM eingenommen.

Die Beteiligung der Partei an der Bundestagswahl dokumentierte ihre schwindende Kraft: Sie trat nur in Baden-Württemberg, Bayern, Nordrhein-Westfalen und Berlin mit Landeslisten an; in den übrigen Bundesländern wurden insgesamt 41 Direktkandidaten aufgestellt<sup>126</sup>. Die Parteiführung erwartete wegen angeblicher Benachteiligung im Medienwahlkampf lediglich einen Achtungserfolg<sup>127</sup>.



### Internationale Verbindungen

Die MLPD pflegte weiter ihre internationalen Beziehungen, insbesondere zu rund 20 maoistisch ausgerichteten »Bruderorganisationen«, mit denen sie seit 1988 alle zwei Jahre eine »Internationale Konferenz« veranstaltet. Zur Vorbereitung der für Anfang 1999 vorgesehenen »6. Internationalen Konferenz marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen« richtete die Partei im Juni im parteiinternen »Arbeiter-Bildungszentrum« in Gelsenkirchen eine »Europäische Regionalkonferenz« mit Teilnehmern aus Frankreich, Griechenland, Luxemburg, den Niederlanden und der Türkei aus. Dort wurde dem bereits seit längerem geplanten, aber bislang nicht vorangekommenen Aufbau eines »Internationalen Kampfbundes für Befreiung zur Koordinierung und Revolutionierung der Kämpfe« besondere Bedeutung beigemessen.

### 5. Trotzlistische Gruppen

Die für Trotzlisten typische Neigung zu gruppeninternen Auseinandersetzungen, Spaltungen und Neugründungen wirkte fort. Inzwischen existieren in Deutschland rund 25 trotzlistisch ausgerichtete Gruppen und Zirkel mit rund 2.200 Mitgliedern. Die meisten ordnen sich einem der miteinander konkurrierenden internationalen trotzlistischen Dachverbände zu.

### »Sozialistische Arbeitergruppe« (SAG)

Die »Sozialistische Arbeitergruppe« (SAG) – deutsche Sektion des Dachverbands »International Socialists« (IS, Sitz London) – betrieb mit Hilfe ihrer 1994 gegründeten Tarnorganisation »Linksruck-Netzwerk« (LR) eine gezielte und erfolgreiche Infiltrationsarbeit vor allem gegen

Die MLPD wollte jedoch »nicht tatenlos zusehen, wie die Monopole in Verbindung mit ihrem Staat und den Bonner Parteien den Bundestagswahlkampf nutzen, um das Klassenbewußtsein zu zersetzen«<sup>128)</sup>. Sie erzielte insgesamt 4.971 Zweitstimmen, ein Rückgang auf nur noch die Hälfte ihres Ergebnisses bei der Bundestagswahl 1994.

Die Vorfeldorganisationen der MLPD, der Frauenverband »Courage«<sup>129)</sup> und die »Solidarität International«<sup>130)</sup> blieben weiter aktiv, jedoch ohne große Außenwirkung.

Jungsozialisten in der SPD. Sie bediente sich dabei der von Trotzlisten bereits in den 30er Jahren entwickelten »Entrismus«-Strategie: Trotzlisten treten in konkurrierende linke, auch demokratische, Zusammenschlüsse ein, versuchen in diesen ihre Politik zu verankern, Mitglieder abzuwerben oder auch ganze Organisationsgliederungen unter ihre Kontrolle zu bringen. Dieses Konzept hatte Erfolg. Nach kräftigem Zulauf verfügt das LR inzwischen über rund 900 Mitglieder; die in fünf Bezirke gegliederte Organisation ist in mehr als 40 Orten präsent. Vom disziplinierten und geschlossenen Auftreten ihrer Kader bei Demonstrationen und Veranstaltungen zeigen sich andere Teilnehmer beeindruckt.

**Entrismus-Politik zeigt Erfolge**

Die »Sozialistische Alternative VORAN« (SAV) – deutsche Sektion des »Committee for a Workers International« (CWI, Sitz London) – blieb zweitstärkste trotzlistische Formation in Deutschland. Sie konnte aber trotz Neuaufnahmen ihren Mitgliederbestand vom Vorjahr nicht halten. Noch etwa 300 Anhänger sind in 18 Städten aktiv. Die SAV beteiligte sich an ihrem Sitz in Köln sowie in Aachen, Stuttgart und Siegen mit jeweils einem Direktkandidaten an der Bundestagswahl. Sie rief ihre Anhänger auf, der PDS die Zweitstimme zu geben. Die Aufgabe der Arbeit mit der Vorfeldorganisation »Jugend gegen Rassismus in Europa/Jugendoffensive« (JRE/JO) traf auf interne Kritik. Inzwischen bemüht sich die SAV an einigen Orten – zum Teil erfolgreich –, JRE/JO-Gruppen wieder aufzubauen.

**»Sozialistische Alternative VORAN« (SAV)**

An der Bundestagswahl beteiligte sich auch die »Partei für Soziale Gleichheit, Sektion der Vierten Internationale« (PSG) mit wenigen eigenen Kandidaten. Andere, wie der »Revolutionär-Sozialistische Bund/IV.Internationale« (RSB), die »Vereinigung für Sozialistische Politik« (VSP) oder die »Gruppe Arbeitermacht« (GAM) riefen ihre Anhänger zur Wahl der PDS auf. Das VSP-Mitglied Winfried WOLF, inzwischen auch in die PDS eingetreten, zog erneut über eine Landesliste der PDS in den Deutschen Bundestag ein.

## 6. »Rote Hilfe e. V.« (RH)

|              |                                      |
|--------------|--------------------------------------|
| gegründet:   | 1975                                 |
| Sitz:        | Kiel                                 |
| Mitglieder:  | 3.000 (1997: 3.000)                  |
| Publikation: | »Die Rote Hilfe«,<br>vierteljährlich |

Die »Rote Hilfe e. V.« (RH), nach eigenem Verständnis eine »parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation«, setzte ihre Aktivitäten konsequent fort, vor allem

**Unterstützung für gewaltorientierte Linksextremisten**





deutsche und ausländische gewaltorientierte Linksextremisten durch Zuschüsse für Prozeß- und Anwaltskosten zu unterstützen. Zu den Empfängern regelmäßiger finanzieller Transferleistungen der RH zählte weiterhin die prokurdische linksextremistische Hilfsorganisation AZADI. Eine Bundesdelegiertenversammlung der RH (20./21. Juni in Göttingen) kündigte eine Solidaritätskampagne für die Entlassung Inhaftierter aus der »Roten Armee Fraktion« (RAF) an. Umstritten blieb in der überwiegend auf den gewaltbereiten Linksextremismus fixierten Organisation, ob auch die »Verfolgung« früherer MfS-Angehöriger und SED-Funktionäre Gegenstand von Unterstützungsleistungen der RH sein könne.

## V. Agitations- und Kommunikationsmedien

### 1. Verlage, Vertriebe und periodische Publikationen

Auch 1998 verbreiteten etwa 40 von Linksextremisten gesteuerte Verlage und Vertriebsdienste linksextremistische Zeitungen, Zeitschriften und Bücher. Die Gesamtzahl der im Bereich des Linksextremismus herausgegebenen periodischen Publikationen sank auf etwa 230 (1997: 250). Die Gesamtauflage ging auf etwa 8 Millionen Exemplare (1997: rund 10 Millionen) zurück; dies ist im wesentlichen auf den Auflagenverlust der linksextremistischen Tageszeitung »junge Welt« zurückzuführen<sup>131)</sup>.

### 2. Organisationsunabhängige linksextremistische/links-extremistisch beeinflusste Publikationen

Revolutionäre Marxisten brachten weiterhin organisationsunabhängige Publikationen mit unterschiedlicher ideologischer Ausrichtung heraus. Die meisten dieser Blätter wollen aktuelle politische Themen aus extremistischer Sicht darstellen und ideologisch einordnen. Sie bieten zusätzlich Foren für Theoriediskussionen über linksextremistische Strategie und Taktik sowie über Aktionsfelder revolutionär-marxistischer Politik. Schließlich kommt ihnen eine Servicefunktion zu, indem sie Veranstaltungshinweise und Termine der linken Szene bekanntmachen. Einige dieser Publikationen haben sich auf bestimmte Themen, z. B. Weiterentwicklung revolutionärer Theorie oder »Anti-

faschismus«, spezialisiert. Andere berichten umfassend im Sinne einer bestimmten ideologisch-politischen Strömung. Manche von ihnen waren ursprünglich Organe revolutionär-marxistischer Gruppen; nach deren Zerfall werden die Blätter von ihren Verlegern/Redakteuren weitergeführt.

Das auflagenstärkste und aufwendigste organisationsunabhängige Blatt ist die linksextremistische Tageszeitung »junge Welt« (jW), bis 1989 Organ des Zentralrats der »Freien Deutschen Jugend« (FDJ) der ehemaligen DDR. Das seit 1990 privatwirtschaftlich geführte Blatt erlebte seither mehrfach personelle und inhaltliche Umbrüche. Eine Eskalation interner Auseinandersetzungen führte im Mai 1997 zu einer Abspaltung des dezidiert »antideutsch« ausgerichteten Flügels der Redaktion. Der parteikommunistisch ausgerichtete Flügel um den ehemaligen DKP-Funktionär Dietmar KOSCHMIEDER (Geschäftsführer der jW) setzte sich durch. Er orientiert sich inhaltlich überwiegend an der politischen Linie der KPF der PDS und pflegt mit Blick auf die mehrheitlich ostdeutsche Leserschaft eine deutliche DDR-Nostalgie. Gleichwohl bemühte sich das Blatt auch um Leser aus dem Bereich der gewaltbereiten Linken. Es deckt daher in seiner Berichterstattung Themen wie »Antifaschismus«, Rechtsextremismus, »Anti-Repression«, Protest gegen Kernkraftnutzung und bewaffnete »Befreiungsbewegungen« in der Dritten Welt mit ab. Das Spektrum der Redakteure und Autoren spannt sich von Anhängern der DKP und der KPF der PDS über frühere Unterstützer deutscher linksterroristischer Organisationen bis hin zu ehemaligen Inoffiziellen Mitarbeitern des »Ministeriums für Staatssicherheit« (MfS) und »Kundschaftern des Friedens« der ehemaligen DDR. Die Auflage der jW ging von 17.000 auf ca. 14.000 verkaufte Exemplare zurück. Nach Aussagen des Geschäftsführers genügt dies nicht, um die entstehenden Kosten zu decken.

»junge Welt«

Das in Hamburg erscheinende linksextremistische Monatsblatt »konkret« (Auflage rund 30.000 Exemplare) wird seit 1972 von Hermann Ludwig GREMLIZA herausgegeben. Als bedeutendstes Blatt des »antideutschen« und »antinationalen« Linksextremismus bemüht es sich weiterhin um den Nachweis, daß nahezu allen politischen Ereignissen in Deutschland letztlich faschistische Wurzeln und Motive zugrundeliegen. Im Mittelpunkt steht dabei die Vorstellung, daß die vereinigte Bundesrepublik in direkter Kontinuität zum Dritten Reich stehe und gesetzmäßig auf einen Dritten Weltkrieg zusteure. Politische Gegner des Blattes werden oft undifferenziert als »Nazis« diffamiert und nicht selten – wenn sie sich kritisch zu »konkret« äußern – mit Zivilklagen überzogen. »konkret«-Autoren befaßten sich in zahlreichen Artikeln und Kommentaren mit dem »Schwarzbuch des Kommunismus«<sup>132</sup>; sie versuchten dabei zumeist, die kommunistischen Massenverbrechen zu relativieren oder zu leugnen.

»konkret«

**»Der Rechte Rand«**

Das in Hannover sechsmal jährlich erscheinende Blatt »Der Rechte Rand – Informationen von und für Antifaschistinnen« will über tatsächlichen und vermeintlichen Rechtsextremismus aufklären. Es arbeitet dabei stark personenzentriert: Porträts von rechtsextremistischen Funktionären werden veröffentlicht, personenbezogene Daten politischer Gegner durch Fettdruck hervorgehoben.

**»Antifaschistische Nachrichten«**

Ebenfalls dem »antifaschistischen Kampf« von Linksextremisten verpflichtet sind die »Antifaschistischen Nachrichten«, die zweiwöchentlich in Köln erscheinen. Das Blatt stammt aus einer Vorfeldorganisation des inzwischen in der PDS weitgehend aufgegangenen »Bundes Westdeutscher Kommunisten« (heute: »Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften in und bei der PDS«). Es hat sich bereits vor mehreren Jahren einen breiten Herausgeberkreis zugelegt, dem Personen aus unterschiedlichen revolutionär-marxistischen Organisationen angehören.

**3. Neue Kommunikationsmedien**

Zur Selbstdarstellung, Agitation und Mobilisierung nutzten Linksextremisten weiter zunehmend die elektronischen Kommunikationsmedien wie Internet und Mailboxen, allerdings mit unterschiedlicher Intensität.

**3.1 Internet**

Die Bedeutung des Internets mit seinen verschiedenen Diensten für Linksextremisten nimmt weiter zu. Dabei treten Linksextremisten häufiger selbst als Provider auf oder nutzen Provider im Ausland, überwiegend mit Sitz in den USA.

Fast alle größeren linksextremistischen Organisationen, z. B. die »Deutsche Kommunistische Partei« (DKP), die »Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands« (MLPD) und die »Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend« (SDAJ), trotzkistische Gruppen wie das »Linksruck-Netzwerk« und die »Partei für Soziale Gleichheit« (PSG), aber auch autonome Gruppen, u. a. die »Autonome Antifa (M)« aus Göttingen, sind weiterhin mit eigenen Homepages im Internet vertreten. Über eine Vielzahl von »Links« (automatisierte Verknüpfungen) sind auch Homepages gleichgesinnter ausländischer Gruppierungen aufrufbar.

Dem von Angehörigen der autonomen Szene Hamburg aufgebauten »nadir«-Projekt mit seinem Archiv, seinen aktuellen Hinweisen und zahlreichen »Links« kommt eine Vorreiterrolle im linksextremistischen Internetbereich zu.

So bedient sich beispielsweise die »Antifaschistische Aktion Berlin« (AAB) – Mitglied der »Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Orga-

nisation« (AA/BO, vgl. Kap. III, Nr. 2.2.3) – des »nadir«-Projekts u. a. zur Verbreitung von Demonstrationaufrufen und Grundlagentexten.

Neue Projekte – in Anlehnung an das »nadir«-Projekt – sind entstanden. Dazu gehört das »Partisan.net« (»Projekt Archive Radikaler Theorie Info System Alternativer Nachrichten«), getragen von Personen der autonomen Szene Berlins. »Partisan.net« versteht sich selbst als »strömungsübergreifenden Zusammenschluß innerhalb des linken & radikalen Spektrums«. Es sieht die »Bereitstellung von Webspaces für die Verbreitung, Vernetzung und Archivierung von Nachrichten, Meinungen und theoretischen Arbeiten zur nicht-kommerziellen Netznutzung als Teil einer linken & radikalen politischen Praxis«.

Über die neuen Kommunikationsmedien verbreiteten Linksextremisten vorrangig Berichte und Demonstrationaufrufe zum »antifaschistischen Kampf«. Weitere Themenschwerpunkte waren Berichte und Aufrufe im Zusammenhang mit der »Anti-AKW-Kampagne«, Informationen zum »kurdischen Befreiungskampf« sowie zur Situation »politischer Gefangener« weltweit.

Zunehmend wird Informations- und Agitationsmaterial zu der geplanten Weltausstellung »EXPO 2000« in Hannover eingestellt.

Hohen Stellenwert messen Linksextremisten Verschlüsselungsprogrammen und -techniken – insbesondere für den persönlichen E-Mail-Bereich – bei. Zur Nutzung tauglicher Programme wird immer wieder aufgefordert; Hilfestellung bei der Installation der Programme wird angeboten.

### 3.2 Mailboxen

Das von Angehörigen der autonomen/antiimperialistischen Szene aufgebaute Mailboxnetz »SpinnenNetz« ist – obwohl formal noch existent – faktisch bedeutungslos geworden. Dagegen begann der »Förderverein 'Libertad'« – Initiator des Vereins ist die dem »antiimperialistischen Widerstand« zuzurechnende Frankfurter Gruppe »Kein Friede« (vgl. Kap. III, Nr. 2.1) – den weiteren Ausbau der »Libertad«-Mailbox. Das Herzstück der Mailbox bildet ein Archiv, in dem Informationen über die Situation »politischer Gefangener« in aller Welt gesammelt, aufbereitet und anderen interessierten Gruppen zur Verfügung gestellt werden. Die Gruppe plant, mit politisch Gleichgesinnten ein »LIBNET« genanntes selbständiges Mailboxnetz aufzubauen.

Eine große Zahl linksextremistischer Gruppen bedient sich wie bisher auch kommerziell betriebener Mailboxen.



**Verfassungsschutz  
bericht  
1998**

---

*Rechtsextremistische Bestrebungen*

---

*Linksextremistische Bestrebungen*

---

*Sicherheitsgefährdende und  
extremistische Bestrebungen  
von Ausländern*

---

*Spionage und sonstige  
nachrichtendienstliche Aktivitäten*

---

*Scientology-Organisation (SO)*

---

*Verfassungsschutz durch Aufklärung*

---

*Erläuterungen und Dokumentation*

---

*Gesetzestexte*

---

## I. Überblick

Nach wie vor wird die innere Sicherheit Deutschlands durch extremistische und terroristische Ausländergruppierungen aller ideologischen Schattierungen bedroht, die mit ihren Aktivitäten im Bundesgebiet vor allem auf politische Vorgänge in den jeweiligen Herkunftsländern reagieren.

Der Islamismus<sup>133)</sup>, häufig auch als islamischer Fundamentalismus bezeichnet, entwickelte sich in den letzten Jahren zu einer gesellschaftlichen Herausforderung und Bedrohung nicht nur für den arabischen Raum und die Türkei, sondern zunehmend auch für westeuropäische Staaten mit hohem muslimischem Bevölkerungsanteil. Die in Deutschland aktiven extremistisch-islamischen (islamistischen) Gruppierungen türkischen und arabischen Ursprungs wollen die Gesellschaftsordnungen ihrer Heimatländer durch ein auf Koran und Scharia (islamisches Rechtssystem) basierendes islamistisches Staatswesen ersetzen. Während viele, meist kleinere islamistische Gruppierungen arabischen Ursprungs Gewaltanwendung als Mittel zur Durchsetzung dieses politischen Ziels befürworten, setzt die mitgliederstärkste islamistische türkische Gruppierung, die »Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V.« (IGMG), vor allem auf politische Aktivitäten zur Veränderung der gesellschaftlichen Ordnung in der Türkei. Die IGMG und mehrere andere islamistische Gruppierungen versuchen darüber hinaus, auch für ihre Anhänger im Bundesgebiet ein Leben auf der Grundlage von Koran und Scharia durchzusetzen. Islamistische Organisationen gehen davon aus, daß mit dem Koran, der Scharia, den Lebensregeln des Propheten Mohammed (Hadith) und der Praxis der muslimischen Urgemeinde (Sunna) ein islamisches Gesellschaftssystem vorgegeben sei, das zur wahren Ausübung des Islam unverzichtbar sei. Kern der islamistischen Ideologie ist die Prämisse, daß staatliche Herrschaft nicht der Willkür von Menschen überlassen werden dürfe, sondern allein Allah zukomme, dessen Wille sich im Koran als alleinige, für alle geltende Wahrheit offenbart habe. Auf dieser Basis verneint eine islamistische Gesellschaftsordnung denknotwendig die in Art. 20 GG niedergelegten grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung wie z. B. Volkssouveränität, Mehrheitsprinzip oder das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition.

Linksextremistische Ausländergruppierungen verfolgen das Ziel, die jeweils bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung in ihren Herkunftsländern durch ein sozialistisches oder kommunistisches Gesellschaftssystem zu ersetzen. Unabhängig von ihrer konkreten ideologischen Orientierung – einige halten an orthodoxen marxistisch-leninistischen Konzepten fest, andere orientieren sich an maoistischen Positionen – befürworten alle in Deutschland vertretenen

linksextremistischen Ausländergruppierungen weiterhin »revolutionäre Gewalt« zur Erreichung ihrer politischen Ziele. Nach wie vor ist auch ein zum Teil ausgeprägter »Antiimperialismus«, der sich überwiegend gegen die USA richtet, feststellbar. Gleichwohl kommt es auch im Bereich der linksextremistischen Ausländergruppierungen immer wieder zu Diskussionen, ob der kommunistische Weg noch sinnvoll ist. Bei einigen Ausländergruppierungen (insbesondere kurdischen und tamilischen Ursprungs) haben mittlerweile ethnisch motivierte Unabhängigkeits- oder Autonomieforderungen die vormalig ausgeprägte sozialistische Orientierung überlagert. Häufig kommt es zwischen den linksextremistischen Ausländergruppierungen und deutschen linksextremistischen Gruppen zu Aktionsbündnissen.

Kennzeichen extrem-nationalistischer Ausländergruppierungen ist ein übersteigertes Nationalbewußtsein, das die eigene Nation als höchstes Gut erachtet und den Wert des Menschen von seiner ethnischen Zugehörigkeit zu dieser Nation abhängig macht. Bei den türkischen Nationalisten verbindet sich diese Haltung zunehmend mit islamistischen Positionen.

Der seit Jahren feststellbare Anstieg des Mitglieder- und Anhängerpotentials extremistischer Ausländerorganisationen setzte sich auch 1998 fort. Gegenüber 1997 (58.200) erhöhte sich die Anzahl der Mitglieder und Anhänger allerdings nur leicht auf rund 59.100. Die Anzahl der Gewalttaten war hingegen erneut rückläufig.

Insbesondere von Anhängern linksextremistischer türkischer Organisationen gingen weiterhin Gefahren für die innere Sicherheit aus.

Am 13. August hat der Bundesminister des Innern (BMI) die türkischen Vereinigungen »Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front« (DHKP-C)<sup>134)</sup> und »Türkische Volksbefreiungspartei/-front – Revolutionäre Linke« (THKP/-C – Devrimci Sol)<sup>135)</sup> verboten. Beide Gruppierungen sind aus der bereits am 27. Januar 1983 vom BMI verbotenen türkischen linksextremistischen Organisation »Devrimci Sol« (Revolutionäre Linke) hervorgegangen und haben deren politische Ziele und ideologische Vorstellungen übernommen. Die Verbote stützen sich u. a. darauf, daß die Tätigkeiten beider Organisationen gegen deutsche Strafgesetze verstoßen und die innere Sicherheit und öffentliche Ordnung Deutschlands gefährden. Beide Organisationen hatten sich im Streit um die Nachfolge der »Devrimci Sol« in mit Waffengewalt ausgetragene Flügelkämpfe verstrickt, die auch Todesopfer forderten. Bei der letzten Auseinandersetzung dieser Art am 29. Januar in Hamburg wurden zwei Anhänger der DHKP-C durch Schüsse schwer verletzt.

Innerhalb des linksextremistischen türkischen und kurdischen Spektrums waren erneut Bündnisbestrebungen festzustellen.



Die »Arbeiterpartei Kurdistans« (PKK) und sieben revolutionär-marxistische türkische Organisationen, darunter die »Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei« (MLKP), beide Flügel der »Türkischen Kommunistischen Partei/Marxisten-Leninisten« (TKP/ML) und die THKP-C – Devrimci Sol einigten sich Anfang Juni auf ein Aktionsbündnis für den revolutionären Kampf. Ab Juli führten die Bündnisorganisationen unter der Bezeichnung »Plattform der Vereinigten Revolutionären Kräfte« (DBGP) auch Veranstaltungen im Bundesgebiet durch. Die nicht am Bündnis beteiligte DHKP-C hatte Ende 1997/Anfang 1998 selbst versucht, eine »revolutionäre Front« aller linken Gruppen, auch unter Einschluß der PKK, aufzubauen. Nach Einschätzung des Generalsekretärs der DHKP-C, Dursun KARATAS, ist dieses Unterfangen infolge Rivalität und Cliquenbildung gescheitert.

Die Anhänger der PKK halten sich nach wie vor weitgehend an die 1996 vom PKK-Generalvorsitzenden Abdullah ÖCALAN verkündete Linie, in Deutschland nicht mehr gewalttätig vorzugehen. Allerdings versuchte die PKK das gegen sie verhängte Betätigungsverbot, das jegliche Form von Aktivität untersagt, durch Steuerung von oder zumindest Beteiligung an zahlreichen Demonstrationen und anderen Veranstaltungen zu unterlaufen.

Die Fähigkeit der PKK, Massen zu mobilisieren, zeigte sich zuletzt Ende des Jahres, als die Organisation zahlreiche Solidaritätsaktionen und Kundgebungen für ihren im November in Italien vorübergehend festgenommenen Vorsitzenden ÖCALAN durchführte. Die herausragende Organisationskraft und jederzeit aktivierbare Gewaltbereitschaft der PKK stellen eine unverminderte Gefahr für die innere Sicherheit dar.

Die »Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V.« (IGMG) bemüht sich weiterhin nach außen um ein moderates Erscheinungsbild und demonstriert Dialogbereitschaft mit Andersgläubigen, um der Einstufung als »extremistisch-islamisch« gegenzusteuern. Gleichwohl setzt die IGMG ihren integrationsfeindlichen Kurs fort und bemüht sich insbesondere um die Indoktrination junger Menschen, die sich nicht an den Wertvorstellungen des Grundgesetzes orientiert. Einem Bericht der Tageszeitung »Milli Gazete« (Nationale Zeitung) zufolge erklärte der IGMG-Vorsitzende Ali YÜKSEL im Rahmen eines Besuchs bei muslimischen Schülern in Mons (Belgien), seine Organisation habe das Jahr 1998 zum Jahr der Schulung ausgerufen. In einem Umfeld mit anderer Religion und Kultur müßten muslimische Kinder vor den Fallen der fremden Kultur und des unmoralischen Lebenswandels geschützt werden. Daher führte die IGMG auch 1998 wieder zahlreiche Schulungsveranstaltungen für Jugendliche durch. Bei den traditionellen Ferienkursen im Sommer standen

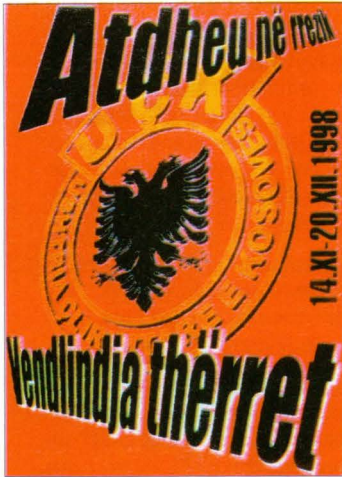
laut einem Bericht der »Milli Gazete« vom 2. Oktober neben der Vermittlung religiöser Inhalte die Stärkung des »nationalen Bewußtseins« und die Bewahrung der »eigenen Identität und Kultur« im Vordergrund, wobei die Organisation hierunter letztlich die Einbringung der politischen Ordnungsprinzipien von Koran und Scharia in die westliche Gesellschaft versteht. Die IGMG, die bislang die am 16. Januar in der Türkei verbotene türkische »Wohlfahrtspartei« (Refah Partisi – RP) unterstützte, blieb auch deren Nachfolgerin »Tugendpartei« (Fazilet Partisi – FP) eng verbunden.

Die Funktionäre und Prediger des »Kalifatsstaates« (auch bekannt als »Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e. V., Köln« (ICCB)), an der Spitze der Leiter und selbsternannte Kalif Metin KAPLAN, polemisieren zunehmend aggressiv gegen alle Andersdenkenden.

Das Amtsgericht Augsburg verurteilte am 16. März einen Funktionär und Prediger des »Kalifatsstaates« wegen Mordaufrufs zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren. Als Reaktion auf polizeiliche Durchsuchungsmaßnahmen gegen den Verband agitierte KAPLAN trotz des bereits 1996 gegen ihn verhängten politischen Betätigungsverbots zunehmend auch gegen deutsche Interessen. In Erklärungen vom 23. Juli und 6. August hielt er seine Anhänger zum militanten Glaubenskampf an und forderte Deutschland auf, seine Haltung zum Islam zu überprüfen. Sollte die Feindschaft gegen die Muslime nicht aufgegeben werden, ziehe sich die deutsche Nation den Zorn Allahs zu und müsse darauf gefaßt sein, dem Erdboden gleichgemacht zu werden.

Anfang November berichteten türkische Sicherheitskräfte über die kurz zuvor erfolgte Vereitelung von Anschlägen auf die Fatih-Moschee in Istanbul und das Atatürk-Mausoleum in Ankara. Insgesamt seien 25 Personen festgenommen worden. Nach türkischen Angaben handelt es sich bei den Festgenommenen um Anhänger des »Kalifatsstaates«, dessen Leiter KAPLAN die Anschlagplanungen von Deutschland aus gesteuert, zumindest aber gebilligt habe.

Anhänger islamistischer Organisationen aus dem Nahen Osten setzten ihre Kritik am Nahost-Friedensprozeß fort. An der alljährlichen Demonstration zum »Qhods«-Tag (Jerusalem-Tag) beteiligten sich am 24. Januar in Berlin etwa 1.500 Muslime, u. a. Anhänger islamistischer türkischer, libanesischer und irakischer Gruppierungen, darunter ca. 150 Anhänger der proiranischen libanesischen »Hizb Allah« (Partei Gottes). Die Demonstration war von einem Mitglied der regimetreuen iranischen »Union Islamischer Studentenvereine« (U.I.S.A.) angemeldet worden. Auf mitgeführten Transparenten und in Parolen forderten die Demonstranten u. a. die »Befreiung Jerusalems vom zionistischen Besatzerregime«. Der Abschlußredner verurteilte das Autonomieabkommen der PLO mit Israel.



Die Spannungen in der serbischen Provinz Kosovo, insbesondere die gewaltsame Niederschlagung einer Großkundgebung von Albanern am 2. März in der Provinzhauptstadt Pristina durch Sicherheitskräfte der Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien/Montenegro), nahmen Kosovo-Albaner auch in Deutschland zum Anlaß für Protestveranstaltungen. Die in ihrer Heimat terroristisch operierende »Befreiungsarmee von Kosovo« (UCK) wird auch von in Deutschland lebenden Anhängern der »Volksbewegung von Kosovo« (LPK) finanziell unterstützt.

## II. Übersicht in Zahlen

### 1. Organisationen und Personenpotential <sup>136)</sup>

In der Bundesrepublik Deutschland lebten Ende 1998 rund 7,5 Millionen Ausländer. Die weit überwiegende Zahl achtet unsere Rechtsordnung und ist auch bereit, ihren Beitrag zur Integration zu leisten. Lediglich eine Minderheit (weniger als 1%) hat sich extremistischen Ausländerorganisationen <sup>137)</sup> angeschlossen. Das gesamte Mitgliederpotential der 65 zum Jahresende im Bundesgebiet aktiven extremistischen Ausländerorganisationen – darunter drei, gegen die Verbotsmaßnahmen nach dem Vereinsgesetz verfügt wurden – stieg leicht auf 59.100 (1997: 58.200). Die Zahl der nicht in die Organisationen eingebundenen Sympathisanten und kurzfristig für Zwecke der Organisation mobilisierbaren Personen ist allerdings wesentlich höher.

Die islamistischen Organisationen verfügen mit rund 31.000 Personen (1997: 30.800) über das größte Mitgliederpotential. Mitgliederstärkste Organisation ist die türkische »Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V.« (IGMG), die etwa 27.000 Mitglieder zählt <sup>138)</sup>.

Das Mitgliederpotential linksextremistischer Ausländergruppierungen sank leicht auf rund 19.300 (1997: 19.400). Während die meisten linksextremistischen Gruppen nur mit Mühe ihren Mitgliederstand halten konnten oder Mitglieder verloren, verzeichnete die »Arbeiterpartei Kurdistans« (PKK) erneut einen leichten Zulauf. Sie verfügt nun über ca. 11.500 (1997: 11.000) Mitglieder.

Das Mitgliederpotential ausländischer Nationalisten stieg geringfügig auf rund 8.500 an (1997: 8.000).

| <b>Mitgliederpotential extremistischer Ausländerorganisationen <sup>1)</sup></b> |             |                  |               |                       |              |            |               |           |               |
|--|-------------|------------------|---------------|-----------------------|--------------|------------|---------------|-----------|---------------|
| Staatsangehörigkeit bzw. Volkszugehörigkeit                                      |             | Linksextremisten |               | Extreme Nationalisten |              | Islamisten |               | Gesamt    |               |
|  |             | Gruppen          | Personen      | Gruppen               | Personen     | Gruppen    | Personen      | Gruppen   | Personen      |
| Kurden <sup>2)</sup>   | 1998        | 23               | 11.900        |                       |              |            |               | 23        | 11.900        |
|  | 1997        | 22               | 11.800        |                       |              |            |               | 22        | 11.800        |
|  | 1996        | 22               | 10.800        |                       |              |            |               | 22        | 10.800        |
| Türken <sup>2)</sup>   | 1998        | 12               | 5.110         | 1                     | 7.500        | 5          | 28.400        | 18        | 41.010        |
|  | 1997        | 9                | 5.400         | 1                     | 7.000        | 5          | 28.100        | 15        | 40.500        |
|  | 1996        | 9                | 5.300         | 1                     | 6.900        | 5          | 28.300        | 15        | 40.500        |
| Araber   | 1998        | 4                | 200           |                       |              | 11         | 2.740         | 15        | 2.940         |
|  | 1997        | 4                | 300           |                       |              | 11         | 2.500         | 15        | 2.800         |
|  | 1996        | 8                | 750           |                       |              | 11         | 2.300         | 19        | 3.050         |
| Iraner   | 1998        | 1                | 900           |                       |              | 1          | 150           | 2         | 1.050         |
|  | 1997        | 1                | 900           |                       |              | 1          | 200           | 2         | 1.100         |
|  | 1996        | 1                | 850           |                       |              | 1          | 300           | 2         | 1.150         |
| Sonstige   | 1998        | 4                | 1.250         | 3                     | 950          |            |               | 7         | 2.200         |
|  | 1997        | 4                | 1.000         | 3                     | 1.000        |            |               | 7         | 2.000         |
|  | 1996        | 4                | 900           | 3                     | 900          |            |               | 7         | 1.800         |
| <b>Summe</b>   | <b>1998</b> | <b>44</b>        | <b>19.360</b> | <b>4</b>              | <b>8.450</b> | <b>17</b>  | <b>31.290</b> | <b>65</b> | <b>59.100</b> |
|  | 1997        | 40 <sup>2)</sup> | 19.400        | 4                     | 8.000        | 17         | 30.800        | 61        | 58.200        |
|  | 1996        | 44 <sup>2)</sup> | 18.600        | 4                     | 7.800        | 17         | 30.900        | 65        | 57.300        |

<sup>1)</sup> Die Zahlenangaben sind zum Teil geschätzt und gerundet.

<sup>2)</sup> Abweichend von den vorherigen Jahresberichten werden hier seit 1997 auch mit Verbot belegte Gruppen gezählt. Daher weichen die Vergleichszahlen für 1996 von den Angaben im Verfassungsschutzbericht 1996 ab.

## 2. Straftaten/Gewalttaten

Die Gewaltbereitschaft ausländischer Extremisten bedrohte auch 1998 die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, auch wenn sich der seit 1997 zu verzeichnende Rückgang der von ausländischen Extremisten verübten Gewalttaten weiter fortsetzte. Es wurden 258 Gewalttaten verübt (1997: 314); dies entspricht einem Rückgang von etwa 17,8%. Die Gesamtzahl der Straftaten ist mit 2.356 (1997: 1.608) um 46,5% gestiegen.

**Rückgang der Zahl  
der Gewalttaten**

Nach wie vor ist die Mehrzahl der extremistischen Ausländerorganisationen an terroristischen Aktivitäten im jeweiligen Herkunftsland beteiligt. Taktische Überlegungen bestimmen auch weiterhin die Bereitschaft, die deutsche Rechtsordnung zu achten. So ist die Zurückhaltung bzw. der Verzicht auf gewalttätiges Vorgehen in Deutschland eng mit den zu erwartenden Erfolgen oder Mißerfolgen im heimatlichen Kampfgebiet verbunden.

Der Rückgang der Gewalttaten ist insbesondere auf die geringere Zahl der gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den beiden – inzwischen verbotenen – verfeindeten linksextremistischen türkischen Organisationen »Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front« (DHKP-C) und »Türkische Volksbefreiungspartei/-front – Revolutionäre Linke« (THKP/-C – Devrimci Sol) zurückzuführen. Deren äußerst gewalttätige Flügelkämpfe forderten zuletzt am 29. Januar in Hamburg auf seiten der DHKP-C zwei Schwerverletzte. Offenbar haben umfangreiche Maßnahmen der Sicherheitsbehörden wie Festnahmen und das Verbot der beiden Gruppierungen am 13. August durch das Bundesministerium des Innern zur Entspannung der Lage beigetragen.

#### **Gewalttätigkeiten bei der Spenden- eintreibung**

Gleichwohl war der größte Teil der Gewalttaten immer noch bei den Spendenkampagnen extremistischer türkischer und kurdischer Organisationen und bei Streitigkeiten solcher Organisationen untereinander zu beobachten. Ein überdurchschnittlicher Anstieg ist außerdem bei den Landfriedensbrüchen zu verzeichnen. Es gab auch 1998 bei Gewalttaten ausländischer Extremisten in Deutschland wieder zahlreiche schwere Körperverletzungen und versuchte Tötungshandlungen sowie ein vollendetes Tötungsdelikt, das nach dem Stand der Ermittlungen einen eindeutigen PKK-Bezug aufweist.

### Übersicht über Gewalttaten und sonstige Straftaten mit erwiesenem oder zu vermutendem ausländerextremistischem Hintergrund<sup>1)</sup>

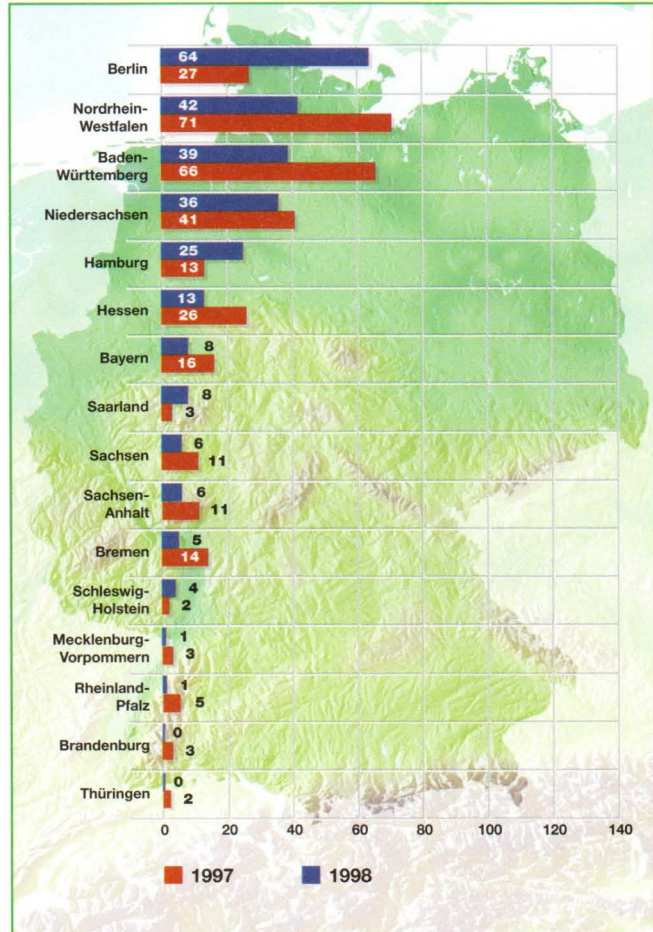
|   | 1997         | 1998         |
|---|--------------|--------------|
| <b>Gewalttaten:</b>                     |              |              |
| Tötungsdelikte                          | 2            | 1            |
| Versuchte Tötungsdelikte                | 9            | 5            |
| Körperverletzungen                      | 98           | 66           |
| Brandstiftungen                         | 18           | 5            |
| Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion | 1            | 2            |
| Landfriedensbruch                       | 7            | 36           |
| Freiheitsberaubungen                    | 17           | 9            |
| Raub/Erpressungen                       | 162          | 134          |
| <b>gesamt</b>                           | <b>314</b>   | <b>258</b>   |
| <b>Sonstige Straftaten:</b>             |              |              |
| Sachbeschädigungen                      | 166          | 141          |
| Nötigung/Bedrohung                      | 99           | 125          |
| Andere Straftaten **)                   | 1.029        | 1.832        |
| <b>gesamt</b>                           | <b>1.294</b> | <b>2.098</b> |
| <b>Straftaten insgesamt</b>             | <b>1.608</b> | <b>2.356</b> |

<sup>1)</sup> Die Zahlen basieren auf Angaben des Bundeskriminalamts (BKA) (Stand: 31.01.1999).

Die Übersicht enthält ausgeführte und versuchte Straftaten. Jede Tat wurde nur einmal gezählt. Sind zum Beispiel während eines Landfriedensbruchs zugleich Körperverletzungen begangen worden, so erscheint nur der Landfriedensbruch als eine Straftat in der Statistik. Wurden mehrere Straftaten verübt, wurde ausschließlich der schwerer wiegende Straftatbestand gezählt.

<sup>\*\*)</sup> Überwiegend Verstöße gegen Verbote nach dem Vereinsgesetz, zum größten Teil begangen von Anhängern linksextremistischer kurdischer und türkischer Gruppierungen.

**Gewalttaten mit erwiesenem oder zu vermutendem  
ausländerextremistischem Hintergrund  
- in den Ländern -**



### III. Aktionsschwerpunkte einzelner Ausländergruppen

#### 1. Türken (ohne Kurden)

##### 1.1 Überblick

Die Agitationsthemen und -formen extremistischer türkischer Gruppierungen in Deutschland waren wieder weitgehend von den politischen Vorgängen in der Türkei bestimmt. Daneben wurden innerdeutsche Themen (z. B. Arbeitslosigkeit, Ausländergesetzgebung, doppelte Staatsbürgerschaft, Wahlrecht für Ausländer) aufgegriffen und weltpolitische Ereignisse thematisiert. Gefahren für die innere Sicherheit gehen aufgrund der hohen Militanz insbesondere von den linksextremistischen türkischen Gruppen aus, die auf die Einführung eines kommunistischen Herrschaftssystems in der Türkei zielen und im Heimatland terroristisch operieren. Die schon in den Vorjahren in Deutschland häufig unter Einsatz von Schußwaffen ausgetragenen Flügelkämpfe zwischen der »Revolutionären Volksbefreiungspartei-Front« (DHKP-C) und der »Türkischen Volksbefreiungspartei/-front – Revolutionäre Linke« (THKP/-C – Devrimci Sol) setzten sich bis Januar fort. Die mit Abstand größte türkische islamistische Organisation »Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V.« (IGMG) konzentrierte sich verstärkt auf die Werbung und Einbindung insbesondere in Deutschland geborener türkischer Jugendlicher. Mit zunehmend aggressiven Verlautbarungen, antisemitischen Äußerungen und der mutmaßlichen Beteiligung von Anhängern an der Vorbereitung terroristischer Aktionen in der Türkei geriet der »Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e. V., Köln« (ICCB), der sich inzwischen in seinen Verlautbarungen nur noch »Der Kalifatsstaat« nennt, wieder verstärkt in den Blickpunkt der Öffentlichkeit. Die extremnationalistischen türkischen Organisationen, die sich als erklärte Gegner von Kommunisten und separatistischen Kurden verstehen, betonen in letzter Zeit, dem Trend im Heimatland folgend, den hohen Stellenwert der islamischen Identität.

##### 1.2 Linksextremisten

###### 1.2.1 »Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front« (DHKP-C)

- Basisdaten für Deutschland -

gegründet:

1994 in Damaskus (Syrien) nach Spaltung der 1978 in der Türkei gegründeten, 1983 in Deutschland verbotenen »Devrimci Sol«



|                |  |
|----------------|--|
| verboten:      | 13. August 1998 vom Bundesminister des Innern  |
| Leitung:       | Funktionärsgruppe  |
| Mitglieder:    | ca. 1.100 (1997: ca. 1.100)  |
| Publikationen: | u. a. »Kurtulus« (Befreiung), wöchentlich<br>(Die Publikation führte wechselnde Namenszusätze) |

Die am 13. August vom Bundesminister des Innern als Ersatzorganisation der »Devrimci Sol« (Revolutionäre Linke) verbotene »Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front« (DHKP-C) – sog. KARATAS-Flügel<sup>139</sup> – strebt die gewaltsame Zerschlagung des türkischen Staatsgefüges und die Errichtung einer »klassenlosen« Gesellschaft an. Mit ihren »Bewaffneten Propagandaeinheiten« (SPB) operiert die DHKP-C bevorzugt in den größeren Städten der Türkei terroristisch. Sie greift in erster Linie Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Angehörige der Sicherheitskräfte, staatliche Einrichtungen, mitunter auch türkische Wirtschaftsunternehmen und deren Repräsentanten an. Die seit der Spaltung der »Devrimci Sol« im Jahre 1992 auch im Bundesgebiet gewaltsam ausgetragenen Rivalitäten zwischen der DHKP-C und der »Türkischen Volksbefreiungspartei/-front – Revolutionäre Linke« (THKP/-C – Devrimci Sol) – sog. YAGAN-Flügel<sup>140</sup> – um die Vorherrschaft in Europa haben sich seit Februar nicht mehr fortgesetzt. Zuletzt war es am 29. Januar in Hamburg zu einer gewalttätigen Auseinandersetzung zwischen Anhängern der beiden Lager gekommen, bei der zwei Anhänger der DHKP-C durch Schüsse schwer verletzt wurden. Wegen ähnlicher früherer Vorkommnisse müssen sich seit Ende Mai drei Mitglieder der DHKP-C – darunter auch der im September vorigen Jahres in Hamburg festgenommene Verantwortliche für Deutschland – vor dem Hanseatischen Oberlandesgericht Hamburg wegen des Verdachts des versuchten Mordes, Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung sowie Verstößen gegen das Waffengesetz verantworten.

**DHKP-C weist nach wie vor hohen Bewaffnungsgrad auf**

Bei polizeilichen Maßnahmen wurde erneut der hohe Bewaffnungsgrad innerhalb der DHKP-C deutlich. So konnten anlässlich bundesweiter Wohnungsdurchsuchungen bei DHKP-C-Anhängern im April u. a. mehrere Pistolen und bei einer Verkehrskontrolle im September eine Maschinenpistole im Pkw von zwei Führungsfunktionären sicher gestellt werden.

Ihre finanziell schwierige Situation versucht die Organisation durch jährliche Spendenkampagnen, die auch der Finanzierung des bewaffneten Kampfes in der Türkei dienen, zu beheben. Bei der Eintreibung

der Spenden von türkischen Landsleuten kam es in der Vergangenheit wiederholt zu Drohungen und auch zur Anwendung von Gewalt.



Um Verbotsmaßnahmen und polizeilichen Kontrollen in Deutschland zu entgehen, verlagerte die DHKP-C größere Veranstaltungen wieder ins benachbarte europäische Ausland. Anlässlich des 4. Jahrestags ihrer Gründung und zum Gedenken an ihre »gefallenen Revolutionäre« organisierte sie am 21. März in Genk (Belgien) eine Zusammenkunft, zu der etwa 4.000 Personen aus Deutschland und anderen angrenzenden Staaten anreisten.

Das Vorgehen von Sicherheitsbehörden in der Türkei gegen Mitglieder und Anhänger der DHKP-C führte wiederholt zu öffentlichen, zum Teil

massiven Protestaktionen der DHKP-C im Bundesgebiet. So drang eine Gruppe von DHKP-C-Anhängern am 22. Mai in das Gebäude des Kieler Landtags ein und verbarrikadierte sich dort. Die Demonstranten drohten, von einem Balkon zu springen, und erweckten den Eindruck, einen Brandsatz zünden zu wollen. In Berlin drängten sich am 29. Mai etwa 20 Anhänger in die Räume des türkischen Fernsehsenders TD 1 und erzwangen die Ausstrahlung einer politischen Erklärung. Am 30. Mai besetzten rund 20 DHKP-C-Mitglieder und Anhänger das Münster in Ulm. Acht Anhänger der DHKP-C besetzten am 4. Juni in Frankfurt/M. ein Büro der Gefangenenhilfsorganisation »amnesty international«. In ihrem Publikationsorgan kündigte die DHKP-C weitere Aktionen an.

Auf das Organisationsverbot des Bundesministers des Innern vom 13. August, in dem neben der Kategorisierung der DHKP-C als Ersatzorganisation der bereits verbotenen »Devrimci Sol« festgestellt wurde, daß die Tätigkeit der Gruppe den Strafgesetzen zuwiderläuft und sie die innere Sicherheit, die öffentliche Ordnung und sonstige erhebliche insbesondere außenpolitische Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährdet, reagierte die DHKP-C mit Appellen an die Solidarität der übrigen revolutionären Organisationen; Gewaltaktionen blieben aus. Der Tenor ihres Protestes lautete:

Die DHKP-C ist eine Befreiungsbewegung. Befreiungsbewegungen können nicht verboten werden! Der Kampf gegen Faschismus ist legitim.

**Bundesminister des  
Innern verbietet  
DHKP-C**

Die Einbeziehung ihres Zentralorgans in das Organisationsverbot hat die DHKP-C empfindlich getroffen. Hierzu erklärte sie im Internet:

»Der Schlag gegen die Zeitung wiegt insofern besonders schwer, weil ihr Erscheinen insgesamt wesentlich von den Verkaufseinnahmen in Deutschland abhängig ist.«



Ebenfalls im Internet forderte die als militärischer Arm der DHKP-C fungierende »Revolutionäre Volksbefreiungsfront« (DHKC) Anfang Dezember von Italien die sofortige Freilassung des dort Mitte November vorübergehend festgenommenen Generalvorsitzenden der PKK, Abdullah ÖCALAN. Die DHKC behauptete, die Festnahme sei Ausdruck imperialistischer Terror- und Vernichtungspolitik. Wörtlich heißt es u. a.:

»Der Imperialismus macht damit deutlich, daß er die Welt erneut mit Blut besudeln kann, um sein Regime der Tyrannei und Ausbeutung aufrechterhalten zu können.«

### 1.2.2 »Türkische Volksbefreiungspartei/-front – Revolutionäre Linke« (THKP/-C – Devrimci Sol)

- Basisdaten für Deutschland -

|                |  |
|----------------|--|
| gegründet:     | Mitte der 90er Jahre als Abspaltung aus der 1978 in der Türkei gegründeten, 1983 in Deutschland verbotenen »Devrimci Sol« entstanden |
| verboten:      | 13. August 1998 durch den Bundesminister des Innern  |
| Leitung:       | Funktionärsgruppe  |
| Mitglieder:    | ca. 100 (1997: ca. 200)  |
| Publikationen: | u. a. »Devrimci Cözüm« (Revolutionäre Lösung), monatlich   |

Die ideologisch auf gleicher Linie wie die DHKP-C liegende »Türkische Volksbefreiungspartei/-front – Revolutionäre Linke« (THKP/-C – Devrimci Sol), die sich seit 1992 ebenso wie die DHKP-C als Abspaltung aus der Organisation »Devrimci Sol« entwickelt hat, zeigte 1998 im Bundesgebiet nur geringe öffentliche Aktivitäten. Nach Mitgliederzahl und organisatorischer Struktur bleibt sie in Deutschland weit hinter der DHKP-C zurück.

Die THKP/-C – Devrimci Sol hat sich dem Aktionsbündnis »Plattform der Vereinigten Revolutionären Kräfte« (DGBP) (vgl. Nr. 2.2.5) angeschlossen und tritt dort unter der Bezeichnung »Dev Sol« auf. In Flugschriften und anderen Erklärungen der Organisation findet der Name THKP/-C – Devrimci Sol kaum noch Verwendung, statt dessen der Begriff »Devrimci Sol« mit dem Zusatz »Avrupa« (Europa) oder »Gücler« (Kräfte). Drei mutmaßliche Funktionäre der Gruppe müssen sich nach einer bewaffneten Auseinandersetzung mit Anhängern der DHKP-C am 29. Januar in Hamburg (vgl. Nr. 1.2.1) seit dem 28. Oktober vor dem Hanseatischen Oberlandesgericht Hamburg wegen des Verdachts des versuchten Mordes, vollendeter und versuchter Erpressung sowie Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung verantworten.

Zeitgleich mit dem Organisationsverbot der DHKP-C durch den Bundesminister des Innern am 13. August (vgl. Nr. 1.2.1) erging gegen die THKP/-C – Devrimci Sol ein Betätigungsverbot, das sich ebenfalls auf Strafgesetzwidrigkeit und Gefährdung der inneren Sicherheit, der öffentlichen Ordnung und sonstiger erheblicher Belange der Bundesrepublik Deutschland stützt.



**Bundesminister des Innern erläßt Betätigungsverbot gegen die THKP/-C – Devrimci Sol**

### 1.2.3 »Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten« (TKP/ML)

- Basisdaten für Deutschland -  
 gegründet: 1972 (in der Türkei)  
 Mitglieder: ca. 2.000 (1997: ca. 2.000)  
 Die Organisation ist gespalten in:  
 »Partizan«-Flügel  
 Leitung: Funktionsgruppe  
 Mitglieder: ca. 1.200 (1997: ca. 1.200)  
 Publikationen: u. a. »Özgür Gelecek« (Freie Zukunft), vierzehntäglich  
 und

## »Ostanatolisches Gebietskomitee« (DABK)

|                |  |
|----------------|--|
| Leitung:       | Funktionärsgruppe  |
| Mitglieder:    | ca. 800 (1997: ca. 800)                                      |
| Publikationen: | u. a. »Öncü Partizan«<br>(Avantgarde Partizan),<br>monatlich |

**Beide Flügel der TKP/ML sammeln weiter Spenden für den bewaffneten Kampf in der Türkei**

Die »Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten« (TKP/ML) ist seit 1994 in die beiden Flügel »Partizan« und »Ostanatolisches Gebietskomitee« (DABK) gespalten. Ideologisch auf den Marxismus-Leninismus gestützt, zielen beide Flügel auf die gewaltsame Zerschlagung des türkischen Staates und die Errichtung einer »demokratischen Volksregierung«. Als militärischer Arm dient die in der Türkei terroristisch operierende »Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee« (TIKKO). Sowohl »Partizan« als auch DABK waren an der Gründung des Aktionsbündnisses »Plattform der Vereinigten Revolutionären Kräfte« (DBGP) (vgl. Nr. 2.2.5) beteiligt, von dem sich »Partizan« Ende 1998 u. a. wegen der Dominanz der PKK wieder getrennt hat. Beide Flügel führen jährliche europaweite Spendenkampagnen zur Finanzierung ihrer politischen Aktivitäten und des bewaffneten Kampfes im Heimatland Türkei durch. Beide Lager unterhalten Stützpunkte und Basisorganisationen in Deutschland. In bezug auf Aktivitäten und Anhängerstärke dominiert der »Partizan«-Flügel. Mit der »Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa« (ATIK) und der »Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V.« (ATIF) verfügt dieser Flügel über Vorfeldorganisationen, die allerdings nur geringe öffentliche Aktivitäten entwickelten. Die ATIK griff in ihrer Agitation bevorzugt Verhältnisse in der Türkei auf, z. B. das Attentat auf den türkischen Menschenrechtler Akin Birdal, agitierte gegen die »Imperialisten und ihre Handlanger« und bezeichnete das deutsche Ausländergesetz als rassistisch und faschistisch. Im Vorfeld der Wahl zum Deutschen Bundestag rief die ATIK in deutschsprachigen Flugschriften dazu auf, die Kandidaten der maoistisch orientierten »Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands« (MLPD) zu wählen. Zu einer Saalveranstaltung am 31. Januar in Filderstadt (Baden-Württemberg) konnte der »Partizan«-Flügel etwa 1.400 Personen mobilisieren. An der am 16. Mai in der Kölner Sporthalle zum Gedenken an den Parteigründer Ibrahim KAYPAKKAYA durchgeführten Veranstaltung nahmen nahezu 6.000 Besucher aus dem gesamten Bundesgebiet und dem benachbarten Ausland teil.

Dem DABK scheint es gelungen zu sein, die sich 1997 abzeichnende Spaltung zu verhindern. Offensichtlich konnten die Spannungen zwischen der Basis und der Europaleitung überwunden

werden. Die DABK-Vorfeldorganisationen »Föderation für demokratische Rechte in Deutschland« (ADHF) und »Konföderation für demokratische Rechte in Europa« (ADHK) haben ihre Strukturen weiter verfestigt. Das DABK organisierte am 2. Mai in der Kölner Sporthalle ebenfalls eine Gedenkveranstaltung für KAYPAKKAYA, zu der 3.000 Besucher anreisten. 1997 konnte das DABK aus gleichem Anlaß und am selben Ort noch rund 7.000 Teilnehmer mobilisieren.

#### 1.2.4 »Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei« (MLKP)

- Basisdaten für Deutschland -

|                |   |
|----------------|---|
| gegründet:     | 1994 (in der Türkei)                                      |
| Leitung:       | Funktionärsgruppe   |
| Mitglieder:    | ca. 700 (1997: 700)                                       |
| Publikationen: | u. a. »Özgür Atilim« (Der freie Angriff), vierzehntäglich |

Auch die »Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei« (MLKP) zielt auf den revolutionären Umsturz in der Türkei und die Errichtung einer kommunistischen Volksherrschaft. Ihre militärischen Einheiten, die »Roten Kommandos«, verübten erneut Terroranschläge in der Türkei. Mit der »Föderation der Arbeiterimmigranten aus der Türkei in Deutschland e. V.« (AGIF) verfügt die MLKP über eine bundesweite Basisorganisation für die Werbung neuer Anhänger und für die Propagandaarbeit. Auch den Schußwaffenanschlag von mutmaßlich nationalistischen Tätern auf den Vorsitzenden des türkischen Menschenrechtsvereins, Akin Birdal, am 12. Mai in der Türkei versuchte die MLKP für die Propaganda zu nutzen; sie erklärte dazu in einem Flugblatt:

»Wir müssen heute, noch mehr als in den früheren Zeiten, den revolutionären Widerstand in der Türkei und in Kurdistan materiell und geistig unterstützen. Wir müssen aufmerksam den Aufrufen der revolutionären Organisationen und Parteien zuhören. Laßt uns unsere Wut und Haß gemeinsam ausrufen. Die Verantwortung des Überfalles trägt das MGK (= nationaler Sicherheitsrat der Türkei) und der faschistische Staat! Nieder mit der faschistischen Diktatur!« (Flugblatt der MLKP vom 14. Mai 1998)

### 1.3 Türkische Islamisten

#### 1.3.1 »Der Kalifatsstaat«, auch »Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e. V., Köln« (ICCB)

- Basisdaten für Deutschland -

|              |  |
|--------------|--|
| gegründet:   | 1984 in Köln   |
| Sitz:        | Köln   |
| Leitung:     | Metin KAPLAN   |
| Mitglieder:  | ca. 1.200 (1997: ca. 1.300)                                    |
| Publikation: | »Ümmet-i Muhammed«<br>(Die Gemeinde Mohammeds),<br>wöchentlich |

Der »Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e. V., Köln« (ICCB) wird von dem selbsternannten »Emir der Gläubigen und Kalif<sup>141)</sup> der Muslime«, Metin KAPLAN, geleitet; dieser geriet durch seine aggressiven Verlautbarungen wieder verstärkt in den Blickpunkt der Öffentlichkeit. Die Bezeichnung ICCB ist im Sprachgebrauch der Organisation völlig in den Hintergrund getreten; der Verband bezeichnet sich inzwischen nur mehr als »Hilafet Devleti« (»Der Kalifatsstaat«). KAPLAN fordert kompromißlos ein islamistisches Staatswesen in der Türkei mit dem Endziel der Weltherrschaft des Islam. Als ersten Schritt propagiert er den Sturz des laizistischen türkischen Staatsgefüges.

In den Verlautbarungen des »Kalifatsstaates« werden Demokratie und Parteienpluralismus als völlig unvereinbar mit dem Islam abgelehnt. Der Koran sei alleinige Richtschnur auch des politischen Handelns:

»Der Islam ist sowohl Religion wie auch Staat: Er ist sowohl Gebetsritual wie auch Politik! Der Islam ist eine Gesamtheit und kann nicht auseinandergerissen werden! Der Islam verträgt sich nicht mit dem laizistischen System! Der Islam lehnt die Demokratie ab! Der Islam hat eine eigene Schariaordnung!«  
(»Ümmet-i Muhammed« Nr. 214 vom 19. März 1998, S. 1 und 3)

Nach wie vor sind die Veröffentlichungen des »Kalifatsstaates« mit antisemitischen und antizionistischen Hetzparolen durchsetzt. Unter Berufung auf den Propheten schreibt KAPLAN:

»Es wird die Zeit kommen, in der es einen großen Krieg zwischen Muslimen und den Juden geben wird. Solange es noch Juden gibt, wird der jüngste Tag nicht kommen.«  
»Wir sind zu diesem vom Propheten verkündeten Krieg bereit. Wir

sind notfalls bereit, für den Islam, die Scharia und das Kalifat tausendmal zu sterben ...«

(Ümmet-i Muhammed« Nr. 243 vom 8. Oktober 1998)

»Nach islamfeindlichen Organisationen und Systemen, wie z. B. den Missionaren, dem Kommunismus und der Demokratie, ist auch der Zionismus einer der Feinde des Islam. Der Zionismus ist aber nicht nur die Hauptplage der Muslime, er ist auch eine Plage für die gesamte Menschheit.«

(»Ümmet-i Muhammed« Nr. 218 vom 16. April 1998, S. 5)

Mit mehreren u. a. an Zeitungsredaktionen verteilten Flugblättern versuchte der »Kalifatsstaat«, die Aufmerksamkeit auch einer breiteren Öffentlichkeit auf sich zu lenken. In einer Flugschrift vom 30. Juli mit dem Titel »An die deutsche Nation wird von uns folgendes verkündet und empfohlen« hetzte KAPLAN gegen Juden und »Götzendienen« (gemeint sind die Vertreter des laizistischen türkischen Staates) und forderte vor der Bundestagswahl die Wähler in Deutschland dazu auf, ihre Politiker daraufhin zu prüfen, ob sie eine islamfreundliche Politik betreiben. In einem Flugblatt vom 22. August bezeichnete die Organisation die US-amerikanischen Luftangriffe nach den Terroranschlägen in Kenia und Tansania als »Angriffe auf den Islam selbst« und drohte:

»Wer gegen den Islam die Partei ergreift und sich auf die Seite von USA stellt, wird zu unserem bittersten Feind.«

Anfang Mai verkündete KAPLAN eine »allgemeine Mobilisierung« und forderte seine Anhängerschaft zum »Jihad« (sinngemäß: besondere Anstrengung oder Heiliger Krieg) auf:

»Im Wörterbuch wird die Bedeutung von Jihad wie folgt erläutert: Sich, solange die Kraft ausreicht, mit Worten oder praktisch bemühen. Nach der Scharia bedeutet dies, die angreifenden Ungläubigen töten und ihre Götzen zerbrechen. Das Ziel des Jihad ist es, denjenigen, die ihr Wort, zur Verbreitung des Islam beizutragen, nicht gehalten haben, den Glaubensabtrünnigen und denjenigen, die sich gegen den islamischen Staat erheben, den Krieg zu eröffnen.«

(Ümmet-i Muhammed« Nr. 223 vom 21. Mai 1998)

In völliger Selbstüberschätzung seines Einflusses erklärte KAPLAN:

»Dieser Aufruf zum Jihad gilt vor allem für die Muslime in Anatolien, aber auch für die Muslime in der ganzen Welt. Jeder Muslim sollte in seinem Land die schlechten Regime stürzen und einen islami-

**KAPLAN ruft seine  
Anhänger zum  
»Jihad« gegen die  
Feinde des Islam auf**



schen Staat aufbauen ... Eure Parole lautet: Entweder das Kalifat oder Tod auf dem Schlachtfeld!«

(»Ümmet-i Muhammed« Nr. 222 vom 14. Mai 1998, S. 4, und Nr. 231 vom 16. Juli 1998, S. 4)

Seine islamistischen Positionen verbreitet KAPLAN bevorzugt über das Publikationsorgan »Ümmet-i Muhammed« sowie über seine Fernsehsendung »HAKK-TV«, die per Satellit bis in die Türkei ausgestrahlt wird. Die Organisation ist inzwischen auch im Internet vertreten.

Die massive, vor allem gegen die Türkei gerichtete Agitation KAPLANs begründet in zunehmendem Maße die Gefahr, daß Anhänger des »Kalifatsstaates« dies als Handlungsanweisung für konkrete Aktionen verstehen.

In diese Richtung deutet die Festnahme mehrerer Personen in der Türkei, denen vorgeworfen wird, an der Planung und Vorbereitung terroristischer Aktivitäten des »Kalifatsstaates« Ende Oktober in Ankara und Istanbul beteiligt gewesen zu sein. Unter den Festgenommenen befanden sich auch KAPLAN-Anhänger, die ihren Aufenthalt zuvor in Deutschland hatten. Die Anhänger des »Kalifatsstaates« sollen geplant haben, am 29. Oktober, dem 75. Jahrestag der Gründung der türkischen Republik, durch ein mit Sprengstoff präpariertes Flugzeug ein Selbstmordattentat auf das Atatürk-Mausoleum in Ankara zu verüben. Zeitgleich sollte die Fatih-Moschee in Istanbul besetzt und mit Waffengewalt gegen türkische Sicherheitskräfte verteidigt werden.,.

KAPLAN hatte gegen den türkischen Nationalfeiertag polemisiert und erklärt, es sei die Pflicht eines jeden Muslim, gegen die seit 75 Jahren andauernde Tyrannei zu protestieren, und zwar mit dem Herzen, mit Worten und auch Taten <sup>142)</sup>.

Im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens des Generalbundesanwalts gegen KAPLAN und weitere Führungsmitglieder des »Kalifatsstaates« u. a. wegen des Verdachts des gemeinschaftlich begangenen Mordes (an dem »Gegenkalifen« Ibrahim SOFU am 8. Mai 1997 in Berlin), aber auch wegen mutmaßlicher Verwicklung in die Planung terroristischer Aktionen in der Türkei, wurden am 28. April und am 2. Dezember mehrere Objekte der Organisation polizeilich durchsucht.

KAPLAN wertete diese Maßnahmen als Angriff gegen die Muslime und ihre Moscheen und nahm das Recht auf Vergeltung <sup>143)</sup> für sich in Anspruch.

An der jährlichen zentralen Versammlung der Mitglieder und Anhänger der Organisation am 3. Mai in der Kölner Sporthalle anlässlich des islamischen Neujahrsfestes nahmen etwa 4.000 Personen teil. Sie waren zum Teil auch aus dem angrenzenden europäischen Ausland angereist.

Unter den Muslimen in Deutschland blieb der Verband weiterhin isoliert; die Einrichtungen der Organisation wurden von Anhängern anderer muslimischer und auch islamistischer Organisationen zumeist gemieden.

**»Kalifatsstaat« unter den Muslimen in Deutschland isoliert**

Das Ausländeramt der Stadt Köln verhängte gegen KAPLAN Zwangsgelder, weil er gegen das ihm 1996 auferlegte politische Betätigungsverbot verstoßen hatte. Mit erneuten Verfügungen – zuletzt im November – wurden ihm insbesondere die öffentliche Befürwortung von Gewalt untersagt und für den Fall der Zuwiderhandlung weitere Zwangsgelder angedroht. KAPLAN reagierte bereits auf das erste Zwangsgeld im September mit dem Ausspruch:

**Stadt Köln verhängt Zwangsgeld gegen KAPLAN wegen Verstoßes gegen das Betätigungsverbot**

»Solche Zwangsgelder können uns niemals einschüchtern, uns von unserer Route abweichen lassen! Nicht nur eine Million, sondern eine Milliarde Deutsche Mark Zwangsgeld, sogar die Todesstrafe wären nicht einmal imstande, uns davon abzubringen, unsere Sache weiterhin zu verkünden!«  
(»Ümmet-i Muhammed« Nr. 240 vom 17. September 1998, S. 4)

### 1.3.2 »Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V.« (IGMG)

- Basisdaten für Deutschland -

|                |  |
|----------------|--|
| gegründet:     | 1985 (als »Vereinigung der neuen Welt-sicht in Europa e. V.« (AMGT) in Köln) |
| Leitung:       | Vorsitzender Ali YÜKSEL  |
| Mitglieder:    | ca. 27.000 (1997: 26.500)  |
| Publikationen: | u. a. »Milli Görüs & Perspektive«, monatlich                                 |

Die »Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V.« (IGMG) ist mit etwa 27.000 Mitgliedern weiterhin die größte extremistische Ausländerorganisation in Deutschland. Sie betreibt nach eigener Darstellung mehr als 500 Moscheen und andere islamische Einrichtungen in Deutschland, außerdem Einrichtungen in anderen europäischen Ländern und in Nordamerika. Für die Verwaltung und die Erweiterung des erheblichen Immobilienbesitzes wurde 1995 eigens die »Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft e. V.« (EMUG) gegründet. Die IGMG wirbt unter den in Deutschland und andernorts in der muslimischen Diaspora lebenden türkischen Landsleuten, indem sie Beistand und Betreuung in religiösen und sozialen Fragen anbietet. In öffentlichen Erklärungen versichern

### IGMG fordert islamische Staats- und Gesellschaftsordnung

Funktionäre der IGMG, die Organisation schätze die deutsche Rechtsordnung und stehe auch zu den Prinzipien der parlamentarischen Demokratie und der Wertordnung des Grundgesetzes. Gleichwohl fordert die IGMG die Abschaffung der laizistischen Staatsverfassung in der Türkei und die Einführung einer islamischen Staats- und Gesellschaftsordnung – eines Systems, das dort, wo es bisher in unterschiedlichen Ausformungen praktiziert wird (z. B. im Iran, im Sudan, in Afghanistan) u. a. für das Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit sowie das Grundprinzip der westlichen Demokratien, die Volkssouveränität als Quelle der staatlichen Gewalt, keinen Raum läßt. Das Grundrecht auf Freiheit der religiösen Überzeugung und der Religionsausübung (Art. 4 GG) bezeichnen IGMG-Funktionäre als vorbildlich; es bewahre die Organisation in Deutschland vor Eingriffen und Beschränkungen, wie sie seitens des laizistischen türkischen Staates stattfänden. Zugleich folgert die IGMG aus dem in Art. 4 GG verbrieften Grundrecht einen Anspruch nicht nur darauf, nach den religiösen Überzeugungen des Islam leben zu können, sondern auch auf Einbringung »islamischer Kultur« als Teil einer in Deutschland zu entwickelnden multikulturellen Gesellschaft.

### Nur instrumentales Verständnis des Schutzbereiches des Art. 4 GG

Äußerungen führender IGMG-Funktionäre geben Anhaltspunkte dafür, daß die Organisation die Schutzfunktion des Grundrechts nach Art. 4 GG nutzen will und sich langfristig nicht einmal mit einem Nebeneinander von Religionen und Kulturen begnügen will, sondern die Dominanz der islamistischen Ideologie auch in Europa anstrebt. Der IGMG-Vorsitzende Ali YÜKSEL erklärte im Rahmen einer Saalveranstaltung am 1. Juni in Forchheim (Bayern):

»Wir müssen auch für eine Eroberung des Islams in Europa kämpfen. Aber dies ist nicht mit Gewalt und Krieg möglich, sondern nur mit dem Kopf und durch sinnvolles Vorgehen. Aber das wichtigste vor allem anderen ist es, daß wir zuerst innerhalb unserer Organisation die Opposition zurückdrängen und alle Meinungsverschiedenheiten unterbinden müssen.«

In einem Papier der IGMG »Strategien und Methoden, die bei Hausgesprächen angewandt werden können«, heißt es:

»Unsere Aktivitäten und Methoden des 'An-die-Macht-Bringens und Vorherrschen des islamischen Rechtes' – unser größtes Ziel und unsere größte Aufgabe – sollen in schönster und systematischer Form erklärt werden ... .«

### Islamistische Erziehung

Auch 1998 widmete sich die IGMG in großem Umfang der islamistischen Erziehungs- und Bildungsarbeit. Dabei gewinnt die interne Ausbildung der eigenen Führungskader als Multiplikatoren islamisti-

scher Ideologie zunehmend an Bedeutung. Eigenen Angaben zufolge hat die »IGMG-Führungsakademie« – wenn auch noch nicht im Besitz eines eigenen Gebäudes – im April ihren Ausbildungsbetrieb aufgenommen. Den türkischen Jugendlichen als wichtigster Zielgruppe bietet die IGMG ein breitgefächertes Angebot an Freizeitaktivitäten und Weiterbildungsmöglichkeiten. Damit ist sie nach eigenem Bekunden in der Lage, die Jugend dem Einfluß der westlichen Gesellschaft zu entziehen und sie an die Organisation heranzuführen.

Offensichtlich zur Verbesserung ihrer Reputation sprach sich die IGMG 1998 erstmals öffentlich für einen islamisch-jüdischen Dialog aus. Dabei vertrat ihr Generalsekretär Mehmet Sabri ERBAKAN die Auffassung, daß gerade in der heutigen Zeit die Gläubigen aller Religionen kooperieren müßten und die IGMG auf jüdische Gemeinden zugehen wolle. Diese Äußerungen stehen im Gegensatz zu zahlreichen früheren Verlautbarungen, in denen die Juden öffentlich diffamiert wurden.

Die von der IGMG personell und mit großem finanziellem Einsatz betriebene Unterstützung der islamistischen türkischen »Wohlfahrts-partei« (RP) mit dem Ziel politischer Veränderung in der Türkei wurde zunächst unterbrochen, nachdem die RP am 16. Januar in der Türkei verboten worden war. IGMG-Funktionäre kritisierten das Verbot heftig und verglichen die Verantwortlichen in der Türkei mit dem »faschistischen Hitlerregime«. Ihre Kontakte zu RP-Funktionären und zur RP-Nachfolgerin, der »Fazilet Partisi« (FP) (Tugendpartei), setzte die IGMG fort. Zahlreiche frühere RP-Abgeordnete, die nach dem Verbot mehrheitlich zur FP übergetreten waren, besuchten Veranstaltungen der IGMG in Deutschland.

Die IGMG führte wieder eine Reihe von Großveranstaltungen durch. Am IV. Studententag am 18. April in der Hagener Stadthalle nahmen rund 500 Personen teil. Am 2. Mai veranstaltete die IGMG in der Düsseldorfer Philips-Halle ihren III. europäischen Jugendtag mit rund 10.000 Teilnehmern. An gleicher Stelle fand am 9. Mai der »Tag der Frauen« mit etwa 4.000 Besucherinnen aus dem In- und Ausland statt. Dort erklärte Ali YÜKSEL u. a.:

»Wir sind eine Gemeinschaft, die das Recht vertritt. Unsere Gegner vertreten das Unrecht. Die von ihnen behaupteten und verteidigten Systeme sind damals wie heute zum Untergang verurteilt.«  
(»Milli Gazete« vom 12. Mai 1998, S. 3)

Den Höhepunkt der Großveranstaltungen bildete die am 20. Juni im Stadion von Amsterdam (Niederlande) durchgeführte Jahresversammlung, an der etwa 40.000 IGMG-Mitglieder und -Anhänger teil-

nahmen. Zu den Gästen gehörten der ehemalige Vorsitzende der verbotenen RP Prof. Necmettin ERBAKAN und weitere Personen aus der Türkei, Ägypten und dem Sudan.

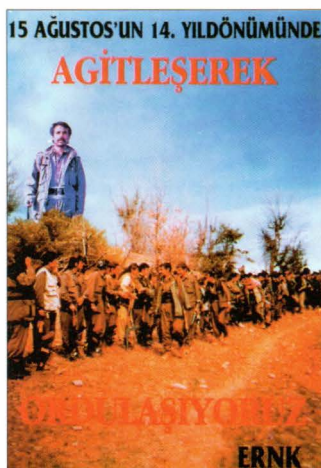
Die IGMG ist seit dem Frühjahr mit einer eigenen Homepage im Internet vertreten. Dort wird behauptet, der Verband verfüge weltweit über mehr als 1.000 »Niederlassungen«, ca. 700 Jugendorganisationen und 400 Frauenvereinigungen.

## 2. Kurden

### 2.1 Überblick

In der Bundesrepublik Deutschland leben derzeit etwa 500.000 Kurden, überwiegend aus der Türkei. Die Mehrzahl von ihnen achtet unsere Rechtsordnung, lediglich eine Minderheit von annähernd 12.000 hat sich extremistischen kurdischen Organisationen aus der Türkei und dem Irak angeschlossen. Nach wie vor aktivste und anhängerstärkste Organisation ist dabei die »Arbeiterpartei Kurdistans« (PKK), die nach wie vor ein beträchtliches militantes Gefährdungspotential für die innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland darstellt. Bei Demonstrationen oder herausragenden Veranstaltungen kann sie bis zu 50.000 Teilnehmer mobilisieren.

Der Bundesminister des Innern hat am 22. November 1993 gegen die PKK und ihren international tätigen politischen Arm, die »Nationale Befreiungsfront Kurdistans« (ERNK), sowie weitere Teil- und Nebenorganisationen wegen zahlreicher von der PKK zu verantwortender Gewalttaten in Deutschland ein Betätigungsverbot verhängt. Ab Frühjahr 1996 erklärte der Generalvorsitzende der PKK, Abdullah ÖCALAN, mehrmals öffentlich, die PKK wolle in Europa und insbesondere in Deutschland auf Gewalt verzichten. Seitdem sind An-



schlagserien und gewaltsame Demonstrationen weitgehend ausgeblieben. Die Bereitschaft, zu gewaltsamen Aktionsformen zurückzukehren, ist – wenn auch in Deutschland derzeit nicht aktuell – im Konzept der Organisation gleichwohl latent vorhanden.

## 2.2 »Arbeiterpartei Kurdistans« (PKK)

- Basisdaten für Deutschland -

|                |  |
|----------------|--|
| gegründet:     | 1978 (in der Türkei)   |
|                | Betätigungsverbot (für Deutschland):<br>1993   |
| Leitung:       | Führungsfunktionäre der »Europäischen Frontzentrale« (in Abhängigkeit vom Generalvorsitzenden der PKK Abdullah ÖCALAN) |
| Anhänger:      | ca. 11.500 (1997: 11.000)  |
| Publikationen: | u. a. »Serxwebun« (Unabhängigkeit),<br>monatlich   |

### 2.2.1 Allgemeine Lage

Die »Arbeiterpartei Kurdistans« (PKK) führt mit Hilfe ihres militärischen Arms, der »Volksbefreiungsarmee Kurdistans« (ARGK), seit 1984 im Südosten der Türkei einen Guerillakrieg gegen türkische Sicherheitskräfte. Ziel ihres bewaffneten Kampfes – und in den letzten Jahren auch verstärkter politischer Bemühungen – ist die Erlangung staatlicher Selbstverwaltung in einem »freien« Kurdistan. Bei diesem Bestreben baut die PKK seit Jahren auch auf Unterstützung durch Organisationsstrukturen in Europa, speziell auch in Deutschland. Von ihren Mitgliedern und Anhängern hier fließen ihr in beträchtlichem Maße Gelder zu, die in jährlichen Spendenkampagnen eingesammelt werden. Ein Schwerpunkt der Unterstützung liegt darüber hinaus in propagandistischen Aktivitäten, von denen sich der Generalvorsitzende der PKK, Abdullah ÖCALAN, im Hinblick auf die Beeinflussung politischer Entscheidungsträger in Europa, Wirksamkeit verspricht. Die Erwartung, politische Kräfte in Europa könnten entscheidend zur Lösung der Kurdenfrage im Interesse der PKK beitragen, war nach Bekunden ÖCALANs Grund dafür, daß er am 12. November nach Italien reiste. Auf massiven Druck der Türkei hatte die syrische Regierung ihm zuvor die bisherige Unterstützung entzogen und ihn veranlaßt, sein Exil in Damaskus aufzugeben. Nach einem – offensichtlich vergeblichen – Versuch, Aufnahme in der Russischen Föderation zu finden, war ÖCALAN dann von Moskau nach Rom geflogen. Er wurde dort bei seinem Eintreffen auf dem Flughafen festgenommen und für mehrere Tage unter Arrest gestellt. ÖCALAN beantragte in Italien politisches Asyl, um einer Abschiebung bzw. einer Auslieferung an Deutschland oder die Türkei zu entgehen. In beiden Ländern liegen Haftbefehle gegen ihn vor. In Deutschland

**PKK ist  
bestrebt, als  
Gesprächspartner  
auf politischer  
Ebene anerkannt  
zu werden**

ermittelt der Generalbundesanwalt gegen ÖCALAN wegen Rädelführerschaft in einer terroristischen Vereinigung, gemeinschaftlichen Mordes und Brandstiftung.

Im Widerspruch zu Erklärungen der PKK, die deutsche Rechtsordnung beachten zu wollen, entfaltet sie innerhalb der türkischen Bevölkerung nach wie vor eine Vielzahl von illegalen Aktivitäten, die in nicht unbeachtlichem Maße auch unter Anwendung von Gewalt erfolgen. Gewalt gilt ihr als legitimes Mittel zur Durchsetzung von Parteiinteressen. Die PKK agiert dabei weitgehend konspirativ und wendet sich vorrangig gegen die in Deutschland lebenden Türken und Kurden, unter denen sie z. T. ein Klima der Angst und Einschüchterung schafft.

So sind ihr nach wie vor kriminelle Aktivitäten beim Eintreiben von Spenden anzulasten. Im Jahre 1998 sind mehr als 70 Fälle von Spendengelderpressung bekannt geworden, wobei in diesem Bereich von einer hohen Dunkelziffer auszugehen ist.

Des Weiteren setzte die PKK Gewalt auch zur Disziplinierung von Anhängern ein. Nach dem Vorbild marxistisch-leninistischer Kaderorganisationen beansprucht sie gegenüber ihren Anhängern Disziplinar- und Strafgewalt<sup>144</sup>.

Dieser Anspruch ist bis heute ungebrochen. Auch im Jahre 1998 hat die PKK mindestens sieben Bestrafungsaktionen durchgeführt. Die Geschädigten wurden in der Regel für »partei feindliches Verhalten«, wie die Ablehnung, an Parteiveranstaltungen (Versammlungen und Demonstrationen) teilzunehmen, die Weigerung, PKK-Publikationen zu kaufen oder kritische Äußerungen über die PKK, körperlich mißhandelt. Auch in diesem Bereich ist die Dunkelziffer erheblich.

Außerdem mehrten sich im Jahre 1998 Hinweise, wonach die PKK kurdische Minderjährige der Obhut ihrer Eltern entzieht, um sie als »Parteikader« oder für den Kriegseinsatz in der Türkei auszubilden: Obwohl gemäß einer »offiziellen« Anweisung der PKK-Führung angeblich keine Jugendlichen unter 16 Jahren gegen den Willen der Erziehungsberechtigten in Ausbildungslager verbracht werden sollen, gibt es Hinweise auf eine gegenteilige Praxis.

Die PKK mißbraucht auf diese Weise jugendliche Abenteuerlust und Begeisterungsfähigkeit für ihren sog. Befreiungskampf. Die PKK verhindert damit die Integration kurdischer Jugendlicher in Deutschland. Darüber hinaus entzieht sie die Jugendlichen ihrem sozialen Umfeld und der Chance auf eine gesicherte Entwicklung in Schule und Ausbildung.

### 2.2.2 Propaganda der PKK

Die PKK nahm die Festnahme ÖCALANs in Italien zum Anlaß, ihre Anhänger europaweit zu Solidaritätsaktionen aufzurufen. Tausende reisten unmittelbar nach der Festnahme nach Rom, um dort die Freilassung ihres Vorsitzenden zu fordern und gegen seine Auslieferung an die Türkei zu demonstrieren. Auch in Deutschland fanden in zahlreichen Städten Demonstrationen und Solidaritätsbekundungen statt, u. a. am 27. November in Hamburg mit etwa 2.500 und am selben Tag in Bonn mit ca. 11.000 Teilnehmern sowie am 19. Dezember abermals in Bonn, wo sich mehr als 30.000 Kurden aus dem gesamten Bundesgebiet und europäischen Nachbarländern zu einer zentralen Kundgebung einfanden. Sie forderten ein Bleiberecht ÖCALANs in Italien und eine politische Lösung des Kurdenkonflikts in der Türkei.

In zahlreichen Äußerungen versuchte ÖCALAN, die PKK in einem neuen Licht darzustellen. So übte er mehrfach massive Kritik an den militärischen Führern der ARGK, denen er u. a. Disziplinlosigkeit und Unvernunft vorwarf. Er kündigte eine Umstrukturierung der Organisation nach demokratischen Prinzipien an und deutete sogar seine Bereitschaft zum Rücktritt als Generalvorsitzender an.

Konkrete Schritte zur Realisierung solcher Ankündigungen geschahen jedoch nicht. Es blieb bei Versuchen, die PKK als eine nach demokratischen Regeln funktionierende Organisation darzustellen, deren Schwerpunkt nicht mehr im bewaffneten Kampf, sondern in politischer Arbeit liege. Dem entspricht auch die wiederholte Ankündigung ÖCALANs, die PKK wolle an ihrem Ende August – einseitig – erklären Waffenstillstand gegenüber den türkischen Sicherheitskräften vorerst grundsätzlich festhalten. Allerdings gab ÖCALAN in einer Ansprache über den von der PKK als Propagandainstrument genutzten Fernsehsender »MED-TV« am 31. Dezember zu verstehen, daß er die Gewaltoption nicht aufgegeben hat. Er erklärte, der bewaffnete Kampf gegen die Türkei könne verstärkt werden, wenn in dem von ihm angestrebten Friedensprozeß keine Fortschritte erzielt würden. Eine solche Entwicklung würde nachteilige Folgen auch für Europa haben.

Bereits vor dem Eintreffen ÖCALANs in Rom hatte die PKK unter Verstoß gegen das Betätigungsverbot mit zahlreichen Veranstaltungen und Kampagnen in Deutschland auf sich aufmerksam gemacht. Die Organisation bemüht sich insbesondere in der Planungs- und Vorbereitungsphase, nach außen nicht sichtbar werden zu lassen, daß sie hinter diesen Aktionen steht bzw. an ihnen beteiligt ist.

**Hinweise auf  
Steuerung von  
Veranstaltungen  
durch PKK**



Aus Anlaß des kurdischen Neujahrsfestes »Newroz« (21. März) fanden – wie in den Vorjahren – bundesweit wieder zahlreiche von der PKK initiierte oder beeinflusste Veranstaltungen statt. An Fackelzügen nahmen jeweils zwischen 100 und 1.000 Personen teil; Saalveranstaltungen wurden von insgesamt bis zu 9.000 Personen besucht. Wiederholt zeigten Anhänger der PKK verbotenerweise Transparente und Fahnen mit Symbolen der Organisation, verteilten einschlägige Flugschriften und skandierten Parolen mit PKK-Bezügen. Die Feiern, an denen auch deutsche Unterstützer teilnahmen, verliefen weitgehend störungsfrei. Allerdings kam es in Heilbronn und Kassel zu Angriffen von Veranstaltungsteilnehmern auf die Polizei, in deren Verlauf mehrere Beamte verletzt wurden.

Eine weitere Großveranstaltung mit etwa 40.000 Personen fand am 6. Juni in Dortmund statt, darunter Kurden aus dem gesamten Bundesgebiet und den europäischen Nachbarländern, Anhänger linksextremistischer türkischer Organisationen sowie deutsche Sympathisanten. Sie wurde bei der örtlichen Versammlungsbehörde durch zwei Mitglieder des nordrhein-westfälischen Landtages angemeldet und unter Beteiligung des Leiters des »Komitee für Außenbeziehungen« der PKK vorbereitet. Bei der Veranstaltung wurde u. a. eine Rede ÖCALANs über Lautsprecher eingespielt.



Anfang August begann die PKK europaweit eine »Anti-Drogen-Kampagne« unter dem Motto »Heroin tötet – Rettet das Menschenleben«. In zahlreichen Städten gab es Veranstaltungen und Infostände zu diesem Thema, das mit propagandistischen Attacken gegen den türkischen Staat verknüpft wurde. Wie in den Vorjahren führte die PKK auch wieder eine Kampagne durch, in der sie zum Boykott touristischer Reisen in die Türkei aufrief.

Das von der PKK in Frankfurt/M. geplante »6. Internationale Kulturfestival von Kurdistan« fand nicht statt, da die örtliche Versammlungsbehörde gegenüber den Verantwortlichen ein Verbot signalisiert hatte. Die PKK mußte darauf in die Niederlande ausweichen und führte die Veranstaltung mit etwa 50.000 Personen in Rotterdam durch.

Die unter Androhung militärischer Gewalt erhobene Forderung der Türkei an Syrien, der PKK jegliche Unterstützung zu entziehen und die Stützpunkte der Partei im syrischen Einflößbereich aufzulösen, führte bei PKK-Anhängern zu europaweiten Protesten. Am 24. Oktober kam es bei Kundgebungen in Hannover und Berlin zu Ausschreitungen von Demonstranten, bei



denen mehrere Polizeibeamte verletzt wurden. Bei einer weiteren Demonstration in Düsseldorf am 29. Oktober unter dem Motto »Frieden und Freiheit für Kurdistan« führten Demonstranten erneut PKK- und ERNK-Fahnen sowie Bilder ÖCALANs mit und skandierten PKK-Parolen.

Die PKK nutzt für ihre Propaganda neben den ihr zuzurechnenden Publikationen bereits im vierten Jahr den Fernsehsender »MED-TV«. Dieser berichtet in verschiedenen Sprachen und kurdischen Dialekten über Aktivitäten der PKK und anderer kurdischer Organisationen in der Türkei und anderen kurdischen Siedlungsgebieten. Ständig werden Interviews, Reden und Erklärungen ÖCALANs und führender Funktionäre der PKK verbreitet. Personen aus der Parteiführung nehmen an Sondersendungen bzw. an Podiumsdiskussionen als Studio-gäste teil oder werden per Telefon direkt zugeschaltet. »MED-TV« erreicht Zuschauer in ganz Europa und in den kurdischen Siedlungsgebieten.

### 2.2.3 Organisatorische Situation

Die illegalen, unter Verstoß gegen das Betätigungsverbot im Untergrund betriebenen Strukturen der PKK sind streng hierarchisch gegliedert und den Weisungen ÖCALANs unterworfen. Sie umfassen vermutlich sieben Regionen und etwa 30 Gebiete; die PKK ist inzwischen auch in den neuen Ländern präsent und hat dort erste eigene Vereinsstrukturen aufgebaut. Vielerorts versuchen PKK-Funktionäre, zu Kurden in Asylbewerberheimen Kontakt zu knüpfen und für die Organisation zu werben. Die Anhänger der PKK in den neuen Ländern beteiligen sich in zunehmendem Maße auch an überregionalen Veranstaltungen im Bundesgebiet und im westlichen Ausland.

### 2.2.4 Finanzierung

Die PKK benötigt für ihren Parteiapparat, ihre Propagandaarbeit sowie für die terroristischen Aktivitäten in der Türkei beträchtliche finanzielle Mittel. Dazu betreibt sie neben dem Einzug von Mitgliedsbeiträgen, dem Verkauf von Broschüren und Zeitungen sowie Einnahmen aus Veranstaltungen jährlich mindestens eine große Spendenkampagne. Die im Herbst 1997 begonnene Spendenaktion wurde erst nach mehrmaliger Verlängerung mit einem Erlös von etwa 20 Mio. DM abgeschlossen.

Unverändert bemüht sich die PKK, eine Beteiligung ihrer Anhänger am Drogenhandel zu unterbinden. Allerdings sind auch 1998 tatsächliche Anhaltspunkte bekannt geworden, die darauf hindeuten, daß die Organisation zumindest mittelbar vom Drogenhandel profitiert.

### 2.2.5 Bündnispolitik der PKK

Die PKK und sieben weitere linksextremistische türkische Organisationen, darunter die »Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei« (MLKP), beide Flügel der »Türkischen Kommunistischen Partei/Marxisten-Leninisten« (TKP/ML) und die »Türkische Volksbefreiungspartei/-front – Revolutionäre Linke« (THKP/-C – Devrimci Sol), einigten sich im Juni auf ein Aktionsbündnis »Revolutionäre Vereinte Kräfte« (DBG) mit dem Ziel des politischen und militärischen Kampfes gegen den türkischen Staat. In mehreren deutschen und westeuropäischen Städten veranstalteten ab Juli Anhänger der beteiligten Organisationen unter der Bezeichnung »Plattform der Vereinigten Revolutionären Kräfte« (DBG) Informationsveranstaltungen und Podiumsdiskussionen, um das neue Bündnis und dessen geplante Aktionen, darunter eine Kampagne gegen den Militärdienst in der Türkei, vorzustellen. Größere Aktivitäten blieben aber aus.

### 2.2.6 Verbotsmaßnahmen

Am 9. April verbot der Senator für Inneres in Bremen den »Kurdisch-Deutschen Solidaritätsverein e. V.« als Ersatzorganisation des am 1. November 1995 wegen Unterstützung der PKK verbotenen »Kurdisch-Deutschen Vereins für Völkerfreundschaft – HEVALTI«. Das hessische Innenministerium verfügte am 25. August ein Verbot gegen das »Internationale Bürgerhaus Frankfurt/Main e. V.«, das als Ersatzorganisation des am 30. November 1995 verbotenen »Kurdistan Informationszentrums Frankfurt/Main e. V.« anzusehen ist.

### 2.2.7 Strafverfahren gegen führende Funktionäre der PKK

Am 11. Februar verurteilte das Oberlandesgericht (OLG) Celle den früheren Europasprecher der ERNK u. a. wegen schwerer Brand-

**PKK und sieben weitere links-extremistische türkische Organisationen schließen sich zu einem Aktionsbündnis zusammen**

**Weitere Vereinsverbote in Bremen und Hessen**

stiftung in drei Fällen zu einer Freiheitsstrafe von siebeneinhalb Jahren und am 14. Oktober einen Funktionär der PKK-Jugendorganisation »Union der Jugendlichen aus Kurdistan« (YCK) wegen versuchter Brandstiftung in drei Fällen zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren und vier Monaten.

Ein weiterer PKK-Funktionär erhielt am 12. November vor dem OLG Stuttgart eine Freiheitsstrafe von dreieinhalb Jahren wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und gefährlicher Körperverletzung. Er hatte u. a. an Bestrafungsaktionen gegen PKK-Abweichter in Baden-Württemberg teilgenommen.

Das OLG Frankfurt/M. verhängte am 18. November gegen einen früheren Regionsleiter der PKK eine Freiheitsstrafe von drei Jahren und drei Monaten u. a. wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung.

Am 17. Dezember verurteilte das OLG Celle eine PKK-Funktionärin u. a. wegen versuchter Brandstiftung zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und neun Monaten.

Die Funktionäre der PKK agieren nach den Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden hochkonspirativ. Ihr Strukturverhalten entspricht dem, was auch aus dem unpolitischen Feld der Organisierten Kriminalität bekannt ist. Im Hinblick auf diese Aktivitäten sowie polizeiliche Ermittlungsergebnisse, die belegen, daß PKK-Aktivisten unter Einbindung von PKK-Führungskräften weiterhin für eine Vielzahl von strafbaren Handlungen verantwortlich sind (vgl. Nr. 2.2.1), hat der Generalbundesanwalt am 13. November 1997 ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, d. h. Bestehen von kriminellen Strukturen innerhalb des Führungskörpers der PKK in Deutschland seit etwa Mitte 1996, nach § 129 StGB eingeleitet.

### 3. Araber

#### 3.1 Algerische islamistische Gruppen

»Islamische Heilsfront« (FIS)

- Basisdaten für Deutschland -

|                |   |
|----------------|---|
| gegründet:     | etwa 1989 (in Algerien)                                       |
| Leitung:       | Leiter der »Exekutivinstanz der FIS im Ausland«               |
| Mitglieder:    | ca. 300 (1997: ca. 300)                                       |
| Publikationen: | u. a. »Al-Ribat«<br>(Das Band/Die Verbindung),<br>wöchentlich |

## »Bewaffnete Islamische Gruppe« (GIA)

- Basisdaten für Deutschland -

|                |   |
|----------------|---|
| gegründet:     | 1992 (in Algerien)  |
| Mitglieder:    | in den Zahlen zur FIS enthalten, da eine eindeutige Zuordnung meist nicht möglich ist (geschätzt etwa 50) |
| Publikationen: | u. a. »Al-Gamaa« (Die Gruppe), monatlich  |

Die Polarisierung zwischen den algerischen islamistischen Gruppen »Islamische Heilsfront« (FIS) und »Bewaffnete Islamische Gruppe« (GIA) ist im Laufe des Jahres 1998 weiter fortgeschritten. Während die FIS und ihr bewaffneter Arm, die »Islamische Heilsarmee« (AIS), an ihrem im Oktober 1997 einseitig erklärten Waffenstillstand festhalten, verübten Anhänger der GIA Anfang des Jahres die nach Art und Ausmaß grausamsten Massaker an der Zivilbevölkerung in Algerien seit Ausbruch der gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen dem Regime und den Islamisten im Jahr 1992. Daraufhin kam es zu Abspaltungen von der GIA. Einige kleinere Gruppen schlossen sich dem von FIS/AIS verkündeten Waffenstillstand an. Eine weitere, ursprünglich zur GIA gehörende Gruppe lehnt zwar nach wie vor den Waffenstillstand ab, verurteilt jedoch die Massaker an der Bevölkerung. Anhänger dieser Gruppe – sie nennt sich inzwischen »SALAFIYA-Gruppe für die Mission und den Kampf« – verüben unter der Leitung ihres Führers Hassan HATTAB weiterhin terroristische Anschläge auf Mitglieder und Einrichtungen von Armee und Sicherheitsbehörden.

Die meisten Anhänger der FIS in Deutschland befürworten den neuen, gemäßigeren Kurs der Organisation. Die Gegner dieses Kurses, die sich im Oktober 1997 zum »Koordinationsrat der FIS im Ausland« (CCFIS) <sup>145)</sup> zusammengeschlossen haben, konnten bislang keinen Einfluß auf die hiesigen FIS-Anhänger nehmen.

Einige der in Deutschland lebenden algerischen Islamisten sind nach wie vor in die logistische Unterstützung bewaffneter islamistischer Gruppierungen in Algerien eingebunden. Dazu gehört u. a. die Beschaffung von Geld, Fahrzeugen, gefälschten Personaldokumenten, geeigneter Kleidung und auch militärischem Gerät. Im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens gegen mutmaßliche Unterstützer der GIA führte das Bundeskriminalamt am 26. Mai Durchsuchungen in Räumlichkeiten algerischer Islamisten durch. Dabei wurden Schriftmaterial der GIA, zahlreiche Videokassetten, Computer und Faxgeräte sichergestellt. Gegen zwei Personen erging Haft-

befehl. Auf Ersuchen der französischen Behörden erfolgte im August bzw. Oktober ihre Auslieferung nach Frankreich. Zeitgleich mit den polizeilichen Maßnahmen in Deutschland führten auch die zuständigen Behörden in Italien, Belgien, Frankreich und der Schweiz Exekutivmaßnahmen durch.

### 3.2 Ägyptische Islamisten

»Al-Gamaa al-Islamiya« (GI)  
(Islamische Gemeinschaft)

- Basisdaten für Deutschland -

|             |                   |
|-------------|-------------------|
| gegründet:  | 1971 (in Ägypten) |
| Leitung:    | Funktionärsgruppe |
| Mitglieder: | ca. 10            |

Innerhalb der ägyptischen islamistischen Organisation »Al-Gamaa al-Islamiya« (GI) wird offensichtlich seit Monaten über die künftige Strategie beraten. Maßgebende Führer der Organisation sollen den Beschluß gefaßt haben, die bewaffnete Gewalt gegen die ägyptische Regierung und ausländische Touristen einzustellen. So hat die GI vor den Anschlägen auf die US-Botschaften in Nairobi und Daressalam am 7. August ihren Austritt aus der für diese Aktionen verantwortlichen »Internationalen islamischen Front für den Jihad gegen Juden und Kreuzzügler« des Usama BIN LADEN erklärt. Auch in europäischen Ländern lebende Funktionäre der GI waren in die Diskussion über die Einstellung von Gewaltaktionen einbezogen.

Hinweise auf die Einbindung von in Deutschland oder anderen europäischen Ländern ansässigen Funktionären und Anhängern der GI in die Planung und Durchführung von terroristischen Aktionen ergaben sich bislang nicht.

### 3.3 Sonstige extremistische und terroristische Gruppen aus dem Nahen Osten

#### 3.3.1 »Islamischer Bund Palästina« (IBP)

- Basisdaten für Deutschland -

|             |                         |
|-------------|-------------------------|
| gegründet:  | 1981 (in München)       |
| Leitung:    | Führungsfunktionär      |
| Mitglieder: | ca. 250 (1997: ca. 200) |

Die sunnitische palästinensische »Islamische Widerstandsbewegung« (HAMAS) verübte erneut Sprengstoffattentate in Israel, bei denen mehrere Menschen getötet und zahlreiche verletzt wurden. Durch einen Sprengstoffanschlag auf einen mit jüdischen Kindern besetzten Schulbus im Gaza-Streifen Ende Oktober, bei dem ein israelischer Soldat getötet wurde, sollte offenbar die Ablehnung der HAMAS gegen das am 23. Oktober geschlossene Abkommen von Wye-Plantation (USA) verdeutlicht werden.

Die in Deutschland durch den »Islamischen Bund Palästina« (IBP) vertretenen HAMAS-Mitglieder stehen dem israelisch-palästinensischen Friedensprozeß weiterhin ablehnend gegenüber. Ihr in Aachen ansässiger Spendenverein »AL-AQSA e. V.« setzte seine Sammlungen in Moscheen und bei Veranstaltungen islamischer Organisationen fort. Es gab aber auch weiterhin keine Hinweise, daß die Mitglieder des IBP in die Planung gewalttätiger Aktionen verwickelt waren. Allerdings ist zu vermuten, daß die Spendengelder auch den Angehörigen von »Märtyrern«, d. h. von Selbstmordattentätern, zugute kommen.

### 3.3.2 »Hizb Allah« (Partei Gottes)

- Basisdaten für Deutschland -

|                            |   |
|----------------------------|---|
| gegründet:                 | 1982 (im Libanon)                               |
| Zentrale Begegnungsstätte: | Islamisches Zentrum Münster                     |
| Leitung:                   | Funktionärsgruppe                               |
| Mitglieder:                | ca. 750 (1997: ca. 700)                         |
| Publikationen:             | u. a. »Al Ahd« (Die Verpflichtung), wöchentlich |

Die schiitische »Hizb Allah« setzte ihren Kampf gegen die israelische Besetzung des südlichen Libanon fort. Ihr militärischer Arm, die »Al Moqawama al Islamiya (Islamischer Widerstand)«, lieferte sich zahlreiche Kämpfe mit israelischen Sicherheitskräften. Wegen ihres militärischen Kampfes und ihres breitgefächerten sozialen Engagements verfügt die »Hizb Allah« vor allem in den verarmten schiitischen Siedlungsgebieten über eine starke Anhängerschaft. Vor diesem Hintergrund entwickelte sich die »Hizb Allah« im Libanon in den letzten Jahren zunehmend zu einer politischen Interessenvertretung für die schiitische Bevölkerungsgruppe. Die Umwandlung des Libanon in einen islamistischen Staat nach dem Vorbild Irans ist nicht mehr vorrangiges Ziel der »Hizb Allah«, vielmehr bekundete die Organisation ihre Bereitschaft, sich in das politische System des Libanon integrieren zu wollen. Die Haltung der Organisation, die auch weiterhin an ihren engen Verbindungen zum Iran und ihrer islamisti-

schen Ausrichtung festhält, ist mittlerweile von einem politischen Pragmatismus geprägt, der darauf abzielt, gesellschaftliche Veränderungen im Libanon durch politische Aktivitäten herbeizuführen.

Unverändert ist das Verhältnis der »Hizb Allah« zur Anwendung von Gewalt im Kampf gegen Israel. Ihr Generalsekretär Scheich Hassan NASRALLAH sagte Anfang November anlässlich einer Kundgebung in Beirut, das am 23. Oktober in Wye-Plantation (USA) geschlossene Abkommen zwischen Israels Ministerpräsident Netanjahu und Palästinenserpräsident Arafat müsse beseitigt werden. Zu diesem Zweck müßten israelische Soldaten und Siedler ermordet werden. Die Palästinenser seien dazu aufgerufen, ihrem Präsidenten wegen der Unterzeichnung des Abkommens die Hand abzuhacken.

Unter den »Hizb Allah«-Anhängern in Deutschland hat die Entwicklung im Libanon allerdings kaum zu Reaktionen geführt. Ihnen dient das »Islamische Zentrum« (IZ) Münster als zentrale Begegnungsstätte. Sie waren vorrangig damit beschäftigt, organisatorische und personelle Probleme in den Griff zu bekommen. So beschränkten sich die Aktivitäten auf die Vorbereitung und Teilnahme an religiösen Festen und auf Spendensammlungen, deren Erlöse z. T. in den Libanon fließen und dort vermutlich auch an Angehörige von umgekommenen Kämpfern weitergeleitet werden, Versammlungen in Moscheen und die Teilnahme an Demonstrationen. An der diesjährigen Demonstration zum »Qhods«-Tag (Jerusalem-Tag) am 24. Januar in Berlin, an der sich ca. 1.500 Muslime beteiligten, nahmen auch annähernd 150 »Hizb Allah«-Anhänger teil.

### **3.4 Arabische Mudjahedin (Kämpfer für die Sache Allahs)**

An den Kampfhandlungen in Afghanistan zur Vertreibung der sowjetischen Streitkräfte in den 80er Jahren waren auch zahlreiche Islamisten aus dem Nahen Osten und Nordafrika beteiligt. Sie durchliefen militärische Ausbildungslager in Afghanistan und Pakistan und führten den bewaffneten Kampf gegen die Rote Armee und gegen Kommunisten als »Heiligen Krieg« (Jihad). Später kämpften diese sog. Arabischen Mudjahedin (auch »Afghanistan-Kämpfer«) als Söldner in Bosnien-Herzegowina, Kashmir und Tschetschenien, aber auch im Rahmen islamistischer Gruppierungen in Algerien und Ägypten. Die »Arabischen Mudjahedin« bilden lose verbundene Netze, die – zum Teil vermittelt über islamische karitative »Nichtregierungsorganisationen« (NGO) – untereinander Verbindung halten. Bezüge zu diesem Milieu »Arabischer Mudjahedin« wurden bei schweren Terroranschlägen mit islamistischem Hintergrund in den letzten Jahren erkennbar, zuletzt bei den Bombenanschlägen gegen die US-amerikanischen Botschaften in Nairobi (Kenia) und Daressalam (Tansania) am 7. August. Maßgeblicher Finanzier des terroristischen Mudjahedin-Milieus ist der



saudische Multimillionär Usama BIN LADEN, der sich in Afghanistan aufhält. Den Verfassungsschutzbehörden liegen mehrere Hinweise auf in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Personen vor, die entweder als Mudjahedin in Afghanistan oder an anderen Kriegsschauplätzen gekämpft oder aber eine militärische Ausbildung in Mudjahedin-Lagern in Afghanistan oder Pakistan durchlaufen haben. Einzelne Personen aus diesem Kreis sind in Kontaktnetze von »Arabischen Mudjahedin« eingebunden und unterhalten auch Verbindung zum Personenkreis um Usama BIN LADEN. Am 16. September wurde bei München der Sudanese Mamdooh Ahmed SALIM festgenommen. Er wird von den US-amerikanischen Behörden beschuldigt, ein maßgeblicher Verantwortlicher für Finanzgeschäfte Usama BIN LADENS zu sein. Er wurde am 20. Dezember an die USA ausgeliefert.

#### 4. Iraner

Während die Anhänger der iranischen Regierung in Deutschland kaum noch Aktivitäten entfalteten, setzten die Regimegegner ihre Propaganda gegen die Teheraner Regierung u. a. im Rahmen zahlreicher Demonstrationen fort.

##### 4.1 Anhänger der iranischen Regierung

»Union Islamischer Studentenvereine« (U.I.S.A.)

- Basisdaten für Deutschland -

|                 |  |
|-----------------|--|
| gegründet:      | etwa 1976                                  |
| Sitz:           | Berlin                                     |
| Leitung:        | Vorstand aus vier Personen                 |
| Mitglieder:     | ca. 150 (1997; ca. 200)                    |
| Publikationen : | u. a. »Qhods« (Jerusalem),<br>unregelmäßig |

#### Anhänger der U.I.S.A. entfalten kaum noch Aktivitäten

Die Deutschland-Sektion der »Union Islamischer Studentenvereine« (U.I.S.A.), eine Vereinigung regimetreuer iranischer Studenten, tritt als einzige iranische Organisation in Deutschland für die Ziele der »Islamischen Revolution« ein. Zu den Zielen der in Ortsvereinen organisierten U.I.S.A. gehören der »Export« der Revolutionsidee, die weltweite Islamisierung und die politische Unterstützung der iranischen Regierung im Ausland, z. B. durch die Beeinflussung von muslimischen Gruppen aus anderen Ländern. Die Organisation war auch 1998 kaum aktiv; es waren lediglich kleinere interne Veranstaltungen im »Islamischen Zentrum Hamburg e. V.« (IZH), dem größten schiitischen Propagandazentrum in Deutschland, festzustellen. Die organisationsbezogenen Aktivitäten der U.I.S.A. in Deutschland kommen immer mehr zum Erliegen.

Mitglieder der U.I.S.A. beteiligten sich aber an der Demonstration anlässlich des »Qhods«-Tages am 24. Januar in Berlin (vgl. Nr. 3.3.2).

#### 4.2. Gegner der iranischen Regierung

»Nationaler Widerstandsrat Iran« (NWRI)  
 - Vertretung der »Volksmodjahedin Iran« (MEK) -  
 - Basisdaten für Deutschland -  
 gegründet: 1981 (in Paris)  
 Sitz: Köln  
 Leitung: Deutschlandsprecher  
 Mitglieder: ca. 900 (1997: ca. 900)  
 Publikationen: u. a. »Modjahed« (Glaubenskämpfer),  
 wöchentlich

Der »Nationale Widerstandsrat Iran« (NWRI) – weltweit aktiver politischer Arm der »Volksmodjahedin Iran« (MEK) – stellt innerhalb des oppositionellen iranischen Spektrums weiterhin die einzige handlungsfähige Organisation dar. Trotz erkennbarer Ablehnung durch die iranische Bevölkerung, speziell aber auch durch die im Ausland lebenden Iraner, nimmt der NWRI bei öffentlichkeitswirksamen Aktionen wie Pressekonferenzen und anderen Medienauftritten für sich in Anspruch, als »Exilparlament« die »einzige legitime demokratische Alternative« zur iranischen Regierung zu sein.

Bei der MEK handelt es sich um eine militärisch ausgerichtete, streng hierarchisch aufgebaute und von einem sektenartigen Führerkult geprägte Kaderorganisation. Die im Irak ansässige Organisationsführung forderte 1998 mit Nachdruck die »militärische Beseitigung der iranischen Regierung« und verlegte den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten auf den personellen Ausbau der im Irak stationierten »Nationalen Befreiungsarmee« (NLA), einer mehrere tausend Kämpfer zählenden Rebellenarmee. Der Leiter der MEK und Führer der NLA, Massoud RADJAVI, forderte seine Anhänger weltweit auf, sich der NLA anzuschließen und am bevorstehenden »Endkampf gegen das iranische Regime« teilzunehmen. Die MEK übernahm die Verantwortung für eine Reihe von Terroranschlägen auf Regierungsgebäude und Funktionsträger im Iran. Im westlichen Ausland verübten NWRI-Anhänger vermehrt tätliche Angriffe auf iranische Regierungsvertreter.

Schwerpunkt der Aktivitäten der NWRI-Anhänger in Deutschland waren, wie in den Vorjahren, systematische – überwiegend illegale – Geldbeschaffungsaktionen (Straßen- und Haussammlungen), die

**»Volksmodjahedin«  
fordern weiterhin  
den gewaltsamen  
Sturz der irani-  
schen Regierung**

unter dem Vorwand betrieben wurden, iranische Flüchtlinge unterstützen zu wollen. Daneben veranstaltete die Organisation zahlreiche Demonstrationen gegen die Teheraner Regierung mit bis zu 400 Teilnehmern. Das weltweite Medieninteresse an dem Fußballweltmeisterschaftsspiel zwischen den USA und dem Iran am 21. Juli in Lyon nutzte der NWRI zu einer großangelegten Propagandaaktion mit etwa 10.000 Teilnehmern, die aus zahlreichen Ländern, u. a. auch aus Deutschland, unter großem organisatorischem Aufwand zum Austragungsort gebracht worden waren. Es gelang, zumindest die Aufmerksamkeit der westlichen Medien auf die politischen Ziele der Organisation zu lenken. Die befürchteten gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Regimeanhängern blieben aufgrund der umfassenden Sicherheitsvorkehrungen der französischen Behörden aus.

## 5. Sikhs

### »International Sikh Youth Federation« (ISYF)

- Basisdaten für Deutschland -

|             |   |
|-------------|---|
| gegründet:  | 1984 (in Indien)  |
| Sitz:       | Frankfurt/M.  |
| Leitung:    | gespalten in drei Fraktionen mit jeweils eigenem Bundesvorstand |
| Mitglieder: | ca. 600 (1997: ca. 600)   |

### »Babbar Khalsa International« (BK)

- Basisdaten für Deutschland -

|             |                         |
|-------------|-------------------------|
| gegründet:  | 1978 (in Indien)        |
| Sitz:       | Merzenich (Kreis Düren) |
| Leitung:    | Bundesvorstand          |
| Mitglieder: | ca. 200 (1997: ca. 200) |

Die Bestrebungen terroristischer Sikh-Organisationen, einen unabhängigen Staat »Khalistan« auf dem Gebiet des indischen Bundesstaates Punjab zu errichten, halten unvermindert an. Mit gezielten Attentaten in der Heimatregion versuchen sie, auf dieses Ziel aufmerksam zu machen und eine Destabilisierung der politischen Verhältnisse im Punjab zu erreichen.

In Deutschland sind neben gemäßigten Sikh-Gruppen vor allem die »Babbar Khalsa International« (BK) und die »International Sikh Youth Federation« (ISYF) aktiv. In der regelmäßigen Zeitschrift der Sikhs sammeln sie bei zahlreichen Versammlungen und »Martyrergedenktagen«

Spendengelder, mit denen auch Aktivitäten gewalttätiger Organisationen wie der »Khalistan Commando Force« (KCF) in Indien unterstützt werden. Mit Informationsständen und Demonstrationen versuchen die Sikh-Gruppen in der Öffentlichkeit für ihre Ziele zu werben. Dabei wird die Politik der indischen Regierungspartei angeprangert und dazu aufgefordert, sich für die Belange der Sikhs in Indien einzusetzen. So nahm die ISYF die indischen Atomtests zum Anlaß für eine Kundgebung am 18. Mai in Bonn, an der sich etwa 80 Sikhs beteiligten. Sie versammelten sich zunächst vor dem Auswärtigen Amt, wo eine fünfköpfige Delegation ein Memorandum übergab. Danach zogen die Demonstranten weiter zur indischen Botschaft, wo sie gegen die indische Regierung gerichtete Parolen skandierten. Am 17. August führten rund 100 Personen, darunter Anhänger verschiedener extremistischer Sikh-Organisationen, eine Protestkundgebung in Bonn durch, bei der die indische Regierung als »terroristisches Regime« bezeichnet und ein freies »Khalistan« gefordert wurde.

## 6. Tamilen

### »Liberation Tigers of Tamil Eelam« (LTTE)

- Basisdaten für Deutschland -

|                |  |
|----------------|--|
| gegründet:     | 1972 (in Sri Lanka)                                      |
| Sitz:          | Mönchengladbach  |
| Leitung:       | Führungskader der deutschen Sektion                      |
| Mitglieder:    | ca. 700 (1997: ca. 700)                                  |
| Publikationen: | u. a. »Kalathil« (Auf dem Schlachtfeld), vierzehntäglich |

Auch 1998 hielten im Norden und Osten Sri Lankas die Kämpfe zwischen Regierungstruppen und den tamilischen Separatisten der LTTE an. Mit mehreren Bombenattentaten versuchten die LTTE, auf ihre Ziele aufmerksam zu machen und so die srilankische Regierung unter Druck zu setzen. Ein Bombenanschlag am 25. Januar auf den Tempel in Kandy – das wichtigste buddhistische Heiligtum in Sri Lanka – zog das Verbot der LTTE in Sri Lanka nach sich. Bei einem weiteren schweren Attentat am 5. März in der Hauptstadt Colombo kamen 32 Menschen ums Leben, 230 wurden zum Teil schwer verletzt. Auch die Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Unabhängigkeit Sri Lankas (4. Februar) konnten nur unter größten Sicherheitsvorkehrungen abgehalten werden.

Zur Finanzierung ihres »Befreiungskampfes« in Sri Lanka sind die LTTE verstärkt auch auf Geldspenden der in Deutschland lebenden

Tamilen angewiesen. Aus diesem Grund führen sie bei zahlreichen »Heldengedenktagen« und Kulturveranstaltungen, die vorwiegend von Hilfs- und Tarnorganisationen der LTTE veranstaltet werden, Geldsammelaktionen durch. Daneben organisieren sie Haussammlungen, wobei die Kader auch vor Erpressung ihrer Landsleute nicht zurückschrecken. Die Gesamtsumme der auf diese Weise gesammelten Gelder beläuft sich vermutlich auf mehrere Millionen Mark jährlich. Mit Demonstrationen und Informationsständen versuchen die LTTE in der Öffentlichkeit für ihre Ziele zu werben. So fand am 4. Februar vor der Stadthalle in Bonn-Bad-Godesberg während eines Empfangs der srilankischen Botschaft eine Protestkundgebung statt. Während der Veranstaltung ging eine Bombendrohung gegen den Botschafter von Sri Lanka ein.

## 7. Kosovo-Albaner

»Volksbewegung von Kosovo« (LPK)

- Basisdaten für Deutschland -

|              |  |
|--------------|--|
| gegründet:   | 1982 (im Kosovo)                                   |
| Leitung:     | Deutsche Sektion der LPK-Ausland                   |
| Mitglieder:  | ca. 550 (1997: ca. 300)                            |
| Publikation: | »Zeri i Kosoves« (Die Stimme Kosovos), wöchentlich |

In Deutschland leben nach Schätzungen inzwischen mehr als 200.000 Kosovo-Albaner, die meisten von ihnen Flüchtlinge des Bürgerkriegs in der Region.

Alle politisch relevanten kosovo-albanischen Gruppierungen im Bundesgebiet streben eine von Serbien unabhängige eigene »Republik Kosovo« an. Die internationale Staatengemeinschaft lehnt dies ab; sie fordert aber von der serbischen Regierung, den Kosovo-Albanern weitgehende Autonomierechte zu gewähren, die sie im Zuge der Änderung der serbischen Verfassung, proklamiert im März 1989, gänzlich verloren haben.

Die LPK befürwortet jede Form des Kampfes für die nationale Einheit und Unabhängigkeit der Albaner im Kosovo und in allen albanisch besiedelten Gebieten des ehemaligen Jugoslawien. In ihrem Organ »Zeri i Kosoves« und bei internen Veranstaltungen wirbt sie für die politische und finanzielle Unterstützung dieses Kampfes, der maßgeblich von der »Befreiungsarmee von Kosovo« (UCK) getragen werde. Die Zeitung veröffentlicht regelmäßig Spendenkonten, die der Fonds »Vendlindja therret« (Das Vaterland ruft) in Deutschland und

**LPK wirbt für  
Unabhängigkeits-  
kampf**

zahlreichen anderen europäischen Ländern sowie in Australien, Kanada und den USA eingerichtet hat. In Deutschland wird der Fonds von der LPK-Hilfsorganisation »Demokratische Vereinigung der AlbanerInnen in Deutschland« (DVAD) verwaltet, die ihren Sitz in Siegburg hat und in Bonn ein Büro unterhält.

Die LPK sieht den »pazifistischen Kurs« des Dr. Ibrahim RUGOVA, Vorsitzender des »Demokratischen Bundes Kosovos« (LDK) <sup>147</sup>, den die Kosovo-Albaner am 24. Mai 1992 zum »Präsidenten« der »Republik Kosovo« gewählt haben, als gescheitert an. In »Zeri i Kosoves« wird er deshalb immer wieder angegriffen. Auch gegen den in Deutschland lebenden »Ministerpräsidenten«, Dr. Bujar BUKOSHI, erhebt das Blatt heftige Vorwürfe, weil er es bisher abgelehnt habe, die UCK aus dem vom LDK eingerichteten »Fonds der Republik Kosova« zu unterstützen. Eigenen Angaben des LDK zufolge verwendet die »Regierung« in Pristina die weltweit eingenommenen Gelder für humanitäre Maßnahmen und zugunsten der »parallel« zu den jugoslawischen Einrichtungen bestehenden politischen und sozialen Institutionen sowie Schul- und Universitätseinrichtungen. Konkrete Anhaltspunkte für die gelegentlich in öffentlichen Medien verbreitete Behauptung, aus dem LDK-Fonds seien auch Gelder für die UCK abgeflossen, gibt es bisher nicht.

**»Demokratischer  
Bund Kosovos«  
(LDK)**

Ein Großteil der Spendengelder wird nicht über Konten transferiert, sondern von Vertrauenspersonen gesammelt und unter Einsatz von Kurieren (über Albanien) in den Kosovo verbracht.

Die gewaltsame Niederschlagung einer Großkundgebung von Albanern in der Provinzhauptstadt Pristina am 2. März und die Vertreibung kosovo-albanischer Familien durch serbische Sicherheitskräfte lösten auch unter den in Deutschland lebenden Kosovo-Albanern Proteste aus. Bei Demonstrationen verurteilten sie die Menschenrechtsverletzungen in ihrer Heimat, forderten ein Eingreifen Europas und der Vereinigten Staaten sowie einen Abschiebestopp für Kosovo-Albaner. Ein Teil der Demonstranten zeigte Transparente mit Aufschriften der UCK und skandierte Parolen zu deren Unterstützung. An einer Kundgebung am 25. März in Bonn, die vom LDK organisiert worden war, nahmen 40.000 Kosovo-Albaner aus ganz Deutschland teil. Demonstrationen von Serben mit dem Tenor »Kosovo und Metohija (Teilgebiete Kosovos) sind Serbien« hatten nicht die gewünschte Resonanz; es fanden sich jeweils nur wenige hundert Teilnehmer ein.

Hinweisen aus Kreisen der LPK zufolge sind Kosovo-Albaner in größerer Zahl (schätzungsweise mehrere hundert) freiwillig in ihre Heimat zurückgekehrt, um sich der UCK anzuschließen.

## 8. Annex: Schleusungsaktivitäten

Die Bundesrepublik Deutschland ist neben anderen westeuropäischen Ländern ein bevorzugtes Zielland der illegalen Migration und der damit in engem Zusammenhang stehenden Schleusungsaktivitäten.

Für extremistische Ausländerorganisationen sind Schleusungen in mehrfacher Hinsicht von Bedeutung. Einschleusungen in die Bundesrepublik Deutschland ermöglichen z. B. Funktionären und Mitgliedern das Abtauchen in sichere Rückzugsräume. Durch Ausschleusung kampfbereiter Aktivisten werden die in den jeweiligen Heimatländern aktiven Guerillaeinheiten verstärkt. Illegal reisende Kuriere fungieren als Verbindungsglieder, die u. a. durch Geld- und Materialtransporte den bewaffneten Kampf logistisch unterstützen.

Extremistische Ausländerorganisationen schleusen ihre Funktionäre und Mitglieder in der Regel über organisationseigene Strukturen. Darüber hinaus bedienen sie sich im Einzelfall auch der Hilfe »professioneller« Schleuserorganisationen. Bisher gibt es keine eindeutigen Belege dafür, daß sich extremistische Ausländerorganisationen aus kommerziellen Erwägungen – z. B. zur Finanzierung der Parteilarbeit oder bewaffneter Aktionen – an der Verbringung ausländischer Flüchtlinge nach Westeuropa und insbesondere nach Deutschland beteiligen. Einige dieser Organisationen versuchen jedoch, durch Einforderung hoher Spendengelder an den lukrativen Gewinnen kommerzieller Schleuserbanden zu partizipieren.

### Schleusung von PKK-Angehörigen

Die »Arbeiterpartei Kurdistans« (PKK) ist die im Zusammenhang mit Schleusungen nach wie vor aktivste Organisation. Sie schleust ihre Funktionäre und Mitglieder vornehmlich über eine eigene, konspirativ arbeitende Organisationseinheit. Die Mehrzahl der Einschleusungen in die Bundesrepublik Deutschland erfolgt auf dem Landweg, wobei die Schleusungsrouten über den gesamten ost-, aber auch westeuropäischen Raum verlaufen. Insbesondere Funktionäre werden jedoch unter Verwendung ge- oder verfälschter Reisedokumente auch auf dem Luftwege geschleust. Auch Ausschleusungen aus Deutschland erfolgen auf den dargestellten Wegen.

Von türkischen linksextremistischen Organisationen wie der »Revolutionären Volksbefreiungspartei-Front« (DHKP-C) und der »Türkischen Volksbefreiungspartei/-front – Revolutionäre Linke« (THKP/-C – Devrimci Sol) sowie der »Türkischen Kommunistischen Partei/Marxisten Leninisten« (TKP/ML) gehen ebenfalls Schleusungsaktivitäten aus. Für Einschleusungen nach Deutschland wird ebenfalls überwiegend der Landweg genutzt.

Darüber hinaus verfügen insbesondere algerische islamistische Gruppen wie die »Islamische Heilsfront« (FIS) und die »Bewaffnete Islamische Gruppe« (GIA) über internationale Schleusernetze mit Stützpunkten in verschiedenen europäischen Ländern, u. a. auch in Deutschland. Dies gilt auch für die extremistisch-schiitische libanesische »Hizb Allah« (Partei Gottes).

Bei den militanten Sikh- und Tamilenorganisationen – insbesondere bei den »Liberation Tigers of Tamil Eelam« (LTTE) – besteht der Verdacht, daß sie sich nicht nur auf organisationsinterne Schleusungen beschränken, sondern gezielt Landsleute nach Deutschland verbringen, um sie der Organisation zu verpflichten und als Spendenzahler nutzen zu können.

## IV. Agitations- und Kommunikationsmedien

### 1. Periodische Publikationen

Extremistische Ausländergruppierungen verbreiteten 1998 insgesamt 74 (1997: 84) periodisch erscheinende Publikationen. Davon wurden 49 Schriften (1997: 58) von linksextremistischen Ausländergruppierungen herausgegeben, von den islamistischen Organisationen 21 (1997: 22) und von den extrem-nationalistischen Organisationen 4 (1997: 4). Die meisten Schriften wurden wieder von türkischen und kurdischen Gruppierungen verbreitet (23 bzw. 15).

### 2. Neue Kommunikationsmedien/Internet

1998 war eine weitere Zunahme der Nutzung des Internets durch extremistische Ausländergruppierungen festzustellen.

Ein Großteil der in Deutschland aktiven Vereinigungen und Organisationen ist mittlerweile mit einer Homepage im »World Wide Web« vertreten. Über diese Seiten werden zum Teil sehr umfangreiche Informationen angeboten. Der Schwerpunkt liegt hierbei auf der Selbstdarstellung, der Werbung und der Agitation. Darüber hinaus sind mit Bezug zu extremistischen Ausländerorganisationen erste erfolgreiche Versuche bekanntgeworden, durch »Hacken« Zugriff auf die Rechner einzelner Provider zu nehmen und deren Betrieb zu stören. So konnte z. B. im Oktober ein vermutlich serbischer Hacker eine Festplatte des Servers erfolgreich angreifen, über den auch die von der militanten linksorientierten »Volksbewegung von Kosovo« (LPK) herausgegebene Publikation »Zeri i Kosoves« (Die Stimme Kosovos) ins Internet eingestellt wird.

Entgegen der noch 1997 gängigen Praxis, Datenbestände relevanter Internetseiten auf Rechnern im Ausland abzuspeichern, wurden


**Extremistische  
Ausländergruppen  
verstärken ihre  
Aktivitäten im  
Internet weiter**





inzwischen auch deutsche Provider zur Einstellung der Internetangebote genutzt.

Unter den extremistischen Ausländerorganisationen nutzen vor allem linksextremistische Gruppen kurdischen und türkischen Ursprungs das Internet mit zunehmender Professionalität.

Informationen zur »Arbeiterpartei Kurdistans« (PKK) werden derzeit von ihren verschiedenen Neben- und Teilorganisationen ins Internet eingestellt. Einen hohen Stellenwert im Informationsangebot zur PKK nehmen nach wie vor die Internetseiten der PKK-nahen Zeitschrift »Özgür Politika« (Freie Politik) und des kurdischen Fernsehsenders »MED-TV« ein. Das Internetangebot dieser Medien wird regelmäßig gepflegt und stellt tagesaktuell die neuesten Nachrichten zur Verfügung. Mit den Internetseiten des »Kurdistan-Rundbriefs« und des »Kurdistan Informationszentrums Köln« (KIZ) sollen gezielt deutsche Sympathisanten angesprochen werden. In deutscher Sprache wird hier mit Veranstaltungshinweisen, Spendenappellen und politischen Erklärungen für die Ziele der verbotenen PKK geworben.



Willkommen auf den deutschen Seiten des Volksbefreiungskampfes in der Türkei. Dies ist ein anti-imperialistischer und anti-faschistischer Krieg gegen die Kräfte des Imperialismus und ihrer türkischen Helfr. der türkischen Öligarchie. Der Kampf für Freiheit, Menschenrechte und Sozialismus in der Türkei wird geführt von der DHKP-C.

### Revolutionären Volks Befreiungs Partei - Front

Wenn Sie noch nicht über die DHKP-C wissen, schlagen wir vor, das Dokument [OUR COMMONTY IS HERE FOR REVOLUTION](#) zu laden. Es erläutert allerdings leider nicht auf deutsch. Es ist ein wichtiges Dokument der DHKP-C. Es beschreibt den Weg von türkischen Revolutionen und wie die Türkei nach dem Sieg der revolutionären Kräfte im Bekämpfungskampf aussehen soll. Wenn Sie nicht englische lesen wollen schlagen wir das Dokument [von der DHKP-C aus](#) vor. Es enthält einen Abriss der Geschichte der DHKP-C.

[Programm der DHKP-C](#)

**inhalt**

[Dokumente der DHKP-C](#) / [Rapport über den arbeitslosen der DHKP-C](#) / [Dokumente aus verschiedenen Quellen in deutscher Sprache](#) / [Dokumente zum Tiefenfesten 1996](#) / [gelteze Dokumente](#) / [Texte aus der Kurulus](#) / [Archiv \(gepackte Dokumente\)](#)

Das europäische Informationsbüro der »Revolutionären Volksbefreiungspartei-Front« (DHKP-C) hat sein Internetangebot im letzten Jahr kontinuierlich erweitert. Über die Homepage werden unter anderem aktuelle Presseerklärungen, politische Lageeinschätzungen und Übersetzungen des Zentralorgans der Organisation veröffentlicht. Die zum Abruf bereitgehaltenen Artikel werden meist in Englisch und/oder Deutsch publiziert. Darüber hinaus können umfassende Archive (z. B. Zeitungsartikel, Statements) der DHKP-C in sieben verschiedenen Sprachen eingesehen werden.

Aus dem Angebot der verbotenen DHKP-C im Internet sind insbesondere die Stellungnahmen zu dem im August vollzogenen Vereinsverbot hervorzuheben.

Auch islamistische Gruppierungen setzen das Internet für die Propagierung ihrer Ziele ein. *Nicht nur die Gruppierungen selbst sind*

im Internet mit eigenen Homepages vertreten, sondern auch ihnen nahestehende Personen unterstützen mit eigenen Internetseiten die Ziele von Islamisten, indem sie z. B. die Adressen islamistischer Vereinigungen und Institutionen bereithalten.



Seit Anfang 1998 präsentiert sich die »Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V.« (IGMG) über einen deutschen Provider mit einer eigenen aufwendig gestalteten Homepage, die Informationsmöglichkeiten sowohl in deutscher als auch in türkischer Sprache anbietet. Es finden sich hier u. a. ein ausführlicher Tätigkeitsbericht für das Jahr 1997 und ein Bericht über die IGMG-Jahresversammlung 1998 in Rotterdam. Ferner werden Pressemitteilungen zu aktuellen Ereignissen (z. B. zu den Bombenanschlägen auf die US-Botschaften in Kenia und Tansania) oder Auszüge aus der IGMG-Publikation »Milli Görüs & Perspektive« veröffentlicht. Des weiteren stellt die IGMG ein Kommunikationsforum zur Verfügung, an dem sich die Nutzer zu Themen wie »IGMG und Verfassungsloyalität«, »Fundamentalismus«, »Islam oder Demokratie?« mit eigenen Texten direkt beteiligen können.

Die Internetseite der algerischen »Islamischen Heilsfront« (FIS) wurde 1998 mehrmals geändert. Nach den letzten Umstellungen ist es nunmehr möglich, das Angebot der FIS sowohl in Arabisch als auch in Französisch aufzurufen. Bereitgehalten werden neueste Ausgaben von FIS-Publikationen, u. a. »Al-Ribat« (Das Band/Die Verbindung), aktuelle Communiqués sowie ausgewählte Texte der geistlichen Führung der FIS.

Auch die libanesische »Hizb Allah« (Partei Gottes) und die palästinensische »Islamische Widerstandsbewegung« (HAMAS) unterhalten eigene Homepages. Beide Organisationen nutzen das Internet u. a. zur Verbreitung von politischen Erklärungen. Die ägyptische »Al-Gamaa al-Islamiya« (GI) (Islamische Gemeinschaft) ist über die Homepage ihrer Publikation »Al-Murabeton« (Die Garnisonen) vertreten. Neben politischen Stellungnahmen der GI kann auf eine große Zahl unterschiedlicher Bild-, Audio- und Videodateien aus dem aktuellen Zeitungs-, Radio- und Fernsehangebot von »Al-Murabeton« zugegriffen werden.

## V. Übersicht über weitere erwähnenswerte Organisationen sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse

| Organisation<br>– einschl. Sitz –  | Mitglieder/Anhänger<br>(z. T. geschätzt) |         | Publikationen<br>(einschl. Erscheinungsweise)                             |
|--|--|---------|---|
|  | 1998                                     | (1997)  |   |
| <b>Türken (ohne Kurden)</b><br>»Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e. V.« (ADÜTDF)                       | 7.500                                    | (7.000) | »Türk Federasyon Bülteni« (Bulletin der Türk-Föderation)<br>– monatlich – |
| »Föderation der demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland e. V.« (DIDF)                            | 800                                      | (800)   | »Tatsachen«<br>– zweimonatlich –  |
| <b>Kurden</b><br>Irakische Organisationen<br>– »Demokratische Partei Kurdistans/Irak« (DPK-I)<br>– »Patriotische Union Kurdistans« (PUK) | 400                                      | (400)   |   |
| <b>Araber</b><br>»Hizb Al Da'Wa Al Islamiya« (Krieg) (DA'WA) (Partei des islamischen Rufes/der islamischen Mission)                      | 100                                      | (100)   | »Al Jihad« (Heiliger)<br>– wöchentlich –                                  |
| »Gruppen des libanesischen Widerstandes« (AMAL)  | 200                                      | (200)   | »Amal« (Hoffnung)<br>– wöchentlich –                                      |

**Verfassungs-  
schutz  
bericht  
1998**

---

*Rechtsextremistische Bestrebungen*

---

*Linksextremistische Bestrebungen*

---

*Sicherheitsgefährdende und  
extremistische Bestrebungen  
von Ausländern*

---

*Spionage und sonstige  
nachrichtendienstliche Aktivitäten*

---

*Scientology-Organisation (SO)*

---

*Verfassungsschutz durch Aufklärung*

---

*Erläuterungen und Dokumentation*

---

*Gesetzestexte*

---

**Erweiterung von NATO und EU nimmt Konturen an**

**Fortgesetzte Aktivitäten russischer Nachrichtendienste**

**Aktivitäten von Nachrichtendiensten aus dem Nahen, Mittleren und Fernen Osten sowie aus Nordafrika**

**Gefahrenherd Proliferation**

**PRIMAKOW kann mit der Unterstützung der Nachrichtendienste rechnen**

## I. Überblick

Das Lagebild 1998 in der Spionageabwehr ist gekennzeichnet durch einige Veränderungen. Die Beitrittsverhandlungen der NATO mit Polen, Tschechien und Ungarn gingen einher mit einer positiven Neubewertung der Nachrichtendienste dieser Staaten. Dagegen richten die Nachrichtendienste einiger Republiken der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)<sup>148)</sup> – vornehmlich die der Russischen Föderation – nach wie vor nachrichtendienstliche Aktivitäten gegen Deutschland. Vor allem die russischen Dienste sind auch weiterhin mit einer hohen Zahl von Mitarbeitern an den amtlichen und halbamtlichen russischen Vertretungen in Deutschland vertreten.

Deutsche Sicherheitsinteressen werden indes nicht nur durch nachrichtendienstliche Aktivitäten aus Republiken der GUS berührt. Auch Staaten Nordafrikas sowie nah-, mittel- und fernöstliche Staaten verfolgen in Deutschland nachrichtendienstliche Ziele. Insbesondere Länder wie Iran, Irak, Libyen und Syrien richten ihr Interesse vornehmlich auf die Ausspähung und Unterwanderung in Deutschland ansässiger Personen und Gruppen, die in Opposition zur Regierung ihres Heimatlandes stehen.

Die Proliferationsproblematik<sup>149)</sup> ist durch die Kernwaffentests Indiens und Pakistans Ende Mai auch in Deutschland wieder verstärkt in das öffentliche Interesse gerückt. Aufsehen erregte auch die Festnahme eines seit längerem mit Haftbefehl gesuchten deutschen Technikers. Ihm wird vorgeworfen, dem Irak Pläne zur Herstellung von Gasultrazentrifugen geliefert zu haben. Das vom Generalbundesanwalt geführte Verfahren wegen Verdachts des Landesverrats und Verstoßes gegen das Außenwirtschaftsgesetz ist beim Bayerischen Obersten Landesgericht anhängig.

## II. Die Nachrichten- und Sicherheitsdienste der Russischen Föderation

### 1. Aktuelle Situation und Aufgaben der Dienste, personelle Veränderungen

Im russischen Staatsapparat haben die Nachrichten- und Sicherheitsdienste nunmehr ihren festen Platz. Sie sind wieder ein elementarer Bestandteil der russischen Sicherheitsstrategie. Vor dem Hintergrund der instabilen wirtschaftlichen und politischen Lage in Rußland reagierten die Sicherheitsdienste auf die Wahl des bisherigen Außenministers und vormaligen Leiters des Aufklärungsdienstes SWR, PRIMAKOW, zum russischen Ministerpräsidenten positiv. Vor allem die zivilen Nachrichtendienste Rußlands dürften ihn als Fürsprecher ihrer Belange ansehen und werden ihn im eigenen

Interesse unterstützen. Auch Innenminister STEPASHIN, der bis 1995 den Inlandsnachrichtendienst FSB geleitet hat, betonte, die Dienste und Polizeibehörden würden mit PRIMAKOW gut zurechtkommen.

1998 hat es strukturelle und personelle Veränderungen auf der Leitungsebene der Nachrichtendienste und in den ihnen übergeordneten Institutionen gegeben. So wurden im März der Russische Verteidigungsrat, der bis dahin vorwiegend als Gegengewicht zum Nationalen Sicherheitsrat fungierte, sowie das erst im Oktober 1997 neu eingerichtete Militärinspektorat, das Kontrollbefugnisse im Bereich der russischen Streitkräfte wahrnahm, in den Nationalen Sicherheitsrat integriert, der seit Mitte September von Generaloberst Nikolaj BORDJUSHA geleitet wird. BORDJUSHA wurde im Dezember zusätzlich zum Leiter der russischen Präsidialverwaltung ernannt. Die Verschmelzung der Position des Leiters des Nationalen Sicherheitsrates, der auch für die Koordinierung der Tätigkeit der Geheimdienste und deren Kontrolle zuständig ist, mit dem Posten des Leiters der Präsidialadministration führt gleichzeitig zu einer Konzentration und Zentralisation von staatlichen Kontroll- und Lenkungsmöglichkeiten im unmittelbaren Einflüßbereich des russischen Präsidenten und stärkt dessen Machtposition.

Die wichtigsten Nachrichten- und Sicherheitsdienste der Russischen Föderation sind derzeit folgende:

- Der zivile Auslandsdienst SWR befaßt sich vor allem mit der politischen, wissenschaftlich-technologischen und ökonomischen Aufklärung der Zielländer. Zusätzlich forscht der SWR fremde Nachrichten- und Sicherheitsdienste durch Gegenspionage aus. Der Dienst wird weiterhin von Generaloberst Wjatscheslaw TRUBNIKOW geleitet, der als Nachfolger PRIMAKOWs besonderen Rückhalt in der russischen Staatsführung zu genießen scheint. Dies wird daran deutlich, daß er 1998 sowohl an den Verhandlungen zwischen Rußland und den USA zur Reduzierung strategischer Waffen als auch an den Gesprächen mit dem jugoslawischen Staatspräsidenten Milosevic in Moskau zur Beilegung des Kosovo-Konflikts beteiligt wurde.
- Der militärische Auslandsnachrichtendienst GRU, der am 5. November seine Gründung vor 80 Jahren feierte, untersteht dem russischen Verteidigungsministerium und ist für die militärische Auslandsaufklärung zuständig. Dazu zählen vor allem die militärpolitische, strategische, taktische und geographische Aufklärung sowie die Technologiespionage in der Rüstungstechnik und der technischen Produktion mit zivilen wie militärischen Anwendungsmöglichkeiten. Leiter des Dienstes ist Generaloberst Valentin KORABELNIKOW.

**Veränderungen  
vorwiegend auf der  
Ebene über den  
Diensten**

**SWR**

**GRU**

**FSB**

- Der FSB ist als Inlandsabwehr- und Sicherheitsdienst primär für die Spionageabwehr sowie die Bekämpfung von Terrorismus und Organisierter Kriminalität zuständig. In besonderen Fällen und in Abstimmung mit den russischen Auslandsdiensten ist der FSB auch zu Aufklärungsaktivitäten im Ausland befugt, so zum Beispiel zur Bekämpfung der Wirtschaftsspionage, der grenzüberschreitenden Organisierten Kriminalität oder bei der militärischen Spionageabwehr.

**PUTIN neuer Leiter des FSB**

- Im Juli wurde der bisherige Leiter des FSB, Nikolaj KOWALJOW, abgelöst und durch Generaloberst Wladimir PUTIN ersetzt. PUTIN war bis Anfang der 90er Jahre beim damaligen sowjetischen Staatssicherheitsdienst KGB im Bereich der Auslandsaufklärung tätig und in dieser Verwendung auch mehrere Jahre in der ehemaligen DDR eingesetzt.

Mit der Ernennung PUTINs zum FSB-Leiter hat dessen nachrichtendienstliche Karriere aus der Zeit der Sowjetunion im russischen Staatssicherheitssystem ihre Fortsetzung gefunden.

**FAPSI**

- Die Föderale Agentur für Regierungsfernmeldewesen und Informationen (FAPSI) erfüllt sowohl Aufklärungs- als auch Abwehraufgaben. Zum einen ist sie zuständig für die Erfassung und Entschlüsselung ausländischer Fernmeldeverkehre in Rußland, zum anderen obliegen ihr die technische Bereitstellung und die Gewährleistung der Abhörsicherheit wichtiger staatlicher Nachrichtenverbindungen, z. B. der russischen Regierung und der Armee. Darüber hinaus ist FAPSI Genehmigungsbehörde bei der kommerziellen Nutzung von Nachrichtentechniken.

Der Dienst ist unmittelbar nach Auflösung der vormaligen Sowjetunion eingerichtet worden, untersteht dem russischen Präsidenten direkt und wurde seit seiner Gründung von Armeegeneral Alexander STAROWOIJTOW geleitet. Dieser wurde am 7. Dezember von Präsident Jelzin ohne Angabe von Gründen entlassen und durch Wladislaw Petrowitsch SCHERSTJUK ersetzt, der zuvor über einige Jahre die »3. Hauptverwaltung« dieses Dienstes geführt hatte, deren Zuständigkeit die Fernmelde- und elektronische Auslandsaufklärung umfaßt.

**FSO**

- Der Schutzdienst FSO ist verantwortlich für den persönlichen Schutz und die Sicherheit des russischen Präsidenten sowie der Angehörigen der Regierung. Ferner obliegt ihm der Objektschutz für Regierungsgebäude und Wohnungen von Regierungsmitgliedern. Teilen des Dienstes kann der russische Präsident nach eigenem Ermessen auch nachrichtendienstliche Abwehr- oder Aufklärungsaufgaben übertragen. Insofern kann von einem präsidentialen Spezialdienst gesprochen werden, dessen Aufgaben und

Befugnisse der russische Präsident alleine bestimmt. Der Dienst wird von Generalleutnant Jurij KRAPIVIN geleitet.

- Der Föderale Dienst für Grenzschutz (FPS) ist für die Bewachung und den Schutz der Außengrenzen des russischen Territoriums zuständig. Mit einem nachrichtendienstlich tätigen Truppenteil, der »Verwaltung Aufklärung der Grenztruppen«, ist der FPS auch befugt, in den Grenzregionen der russischen Nachbarstaaten Auslandsaufklärung zu betreiben. Im Januar wurde das Kommando über den FPS Generaloberst Nikolaj BORDJUSHA übertragen, der diese Aufgabe bis zu seiner Ernennung zum Leiter des Nationalen Sicherheitsrates Mitte September wahrgenommen hat. Anfang Dezember wurde BORDJUSHA zusätzlich die Leitung der Präsidialadministration im Kreml übertragen. Er führt nun beide Ämter in Personalunion.

FPS

Nachfolger BORDJUSHA als Leiter des FPS wurde Mitte September Generaloberst Konstantin TOZKIJ. Er ist Absolvent der Moskauer Grenzschule sowie der Militär- und der Generalstabsakademie. Zuletzt leitete er die Akademie des FPS. Als erste Maßnahme in seinem neuen Amt kündigte TOZKIJ an, er werde die Zusammenarbeit mit den Grenzdiensten der anderen GUS-Republiken verbessern.

TOZKIJ neuer  
Leiter des FPS

Die Ernennung BORDJUSHA zum Sekretär des Sicherheitsrates ist ein Indiz für eine möglicherweise bevorstehende Verschmelzung des FPS mit dem FSB, die offenbar seit Anfang 1998 von der russischen Staatsführung erwogen wird. Die Umsetzung dieses Vorhabens würde faktisch eine erhebliche Ausweitung der Machtbefugnisse und Kontrollmöglichkeiten zugunsten des FSB bedeuten. BORDJUSHA erklärte im September bei seiner Ernennung zum Sekretär des Nationalen Sicherheitsrats, die Pläne zur Zusammenlegung von FPS und FSB seien beträchtlich fortgeschritten, und widersprach damit seiner eigenen Darstellung vom März, der FPS werde unabhängig bleiben.

Zusammenlegung  
von FSB und FPS?

## 2. Aktivitäten der russischen Nachrichtendienste

Trotz aller Veränderungen und Reformen im russischen Staatssicherheitsapparat seit der politischen Wende darf nicht darüber hinweggesehen werden, daß es sich bei den neuen russischen Nachrichtendiensten vornehmlich um direkte Nachfolger der früheren sowjetischen Dienste KGB und GRU handelt.

Kontinuität zwischen  
den ehemaligen  
sowjetischen und  
den russischen  
Nachrichtendiensten

So ist deutlich zu erkennen, daß den russischen Diensten mit der Ausrichtung auf schon früher wichtige Zielländer bis heute das alte »Feindbild« trotz der angeblichen Schließung zahlreicher nachrichtendienstlicher Stützpunkte im Ausland und trotz angeblicher welt-



### Wertvolles Erbe für die russischen Dienste

weiter Personalreduzierung erhalten blieb. Auch sind wesentliche Faktoren, die das sowjetische Staatssicherheitssystem getragen haben, im Bereich der russischen Nachrichtendienste wieder verankert. Dazu gehören z. B. die vorübergehend ausgesetzten Exekutivbefugnisse für den Inlandsabwehr- und Sicherheitsdienst FSB. Ferner sind viele Mitarbeiter des früheren KGB, denen die nachrichtendienstliche Praxis mit entsprechender ideologischer Ausrichtung in der Zeit des Kalten Krieges vermittelt worden war, in den russischen Nachrichtendiensten weiterbeschäftigt.

Schließlich darf nicht übersehen werden, daß die russischen Dienste aus den Zeiten der ehemaligen Sowjetunion über ein großes nachrichtendienstliches Erbe an methodischem Wissen und Hintergrundkenntnissen sowie an unzähligen Personeninformationen aus aller Welt verfügen. Dabei handelt es sich auch um Informationen über weltweit agierende geheime Mitarbeiter der Dienste ehemals verbündeter Staaten sowie über Beobachtungsobjekte und Zugangsmöglichkeiten aller Art.

Mit der Übernahme der sowjetischen Geheimdienstzentralen durch die Russische Föderation sind diese Unterlagen vollständig in den Besitz ihrer Dienste gelangt. Sie waren damit ohne Unterbrechung in die Lage versetzt, die nachrichtendienstlichen Arbeitsmethoden und die Zusammenarbeit mit geheimen Mitarbeitern aus der Ära der Sowjetunion in russischem Interesse fortzusetzen. Bis in die heutige Zeit können die russischen Dienste Nutzen aus dieser Hinterlassenschaft ziehen.

### Deutschland ist unverändert Zielobjekt

## 2.1 Aufklärungsziele und Methoden

Mit dem SWR, der GRU und der Agentur FAPSI verfügt die Russische Föderation im wesentlichen über drei eigenständige Nachrichtendienste, die Auslandsaufklärung betreiben. Unter den Zielländern der russischen Auspähnungsbemühungen steht Deutschland seit Jahren unverändert an bevorzugter Stelle.

### Aufklärungsziele

Die wichtigsten Aufklärungsziele der russischen Auslandsnachrichtendienste sind weiterhin die Innen-, Außen-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik, Wissenschaft und Technologie sowie der militärische und militärstrategische Komplex. Die Schwerpunkte der Auspähnung werden aktuellen Ereignissen oder bestimmten Entwicklungen angepaßt, die für die russische Regierung von besonderem Interesse sind. Erklärtes Hauptziel ist dabei die politische und militärische Entwicklung im Zusammenwachsen Europas. Ihr besonderes Augenmerk richten die russischen Aufklärungsdienste daher auch weiterhin auf die NATO und deren Erweiterung in Richtung Osten sowie auf die mit der Sicherheit Europas befaßten Organi-

sationen WEU und OSZE. Von ähnlicher Wichtigkeit für die Aufklärungsaktivitäten der russischen Dienste ist die Weiterentwicklung der EU, insbesondere im Hinblick auf deren anwachsendes politisches und wirtschaftliches Potential.

Die Nachrichtendienste haben den Auftrag, den Schutz russischer Wirtschaftsinteressen im eigenen Land und auf dem Weltmarkt zu gewährleisten sowie möglichst optimale Bedingungen für deren Wettbewerbsfähigkeit zu schaffen.

**Informations-  
beschaffung im  
Bereich der  
Wirtschaft**

Dazu zählen die Dienste auch ihre Mitwirkung an einer verstärkten Wirtschaftsförderung durch ausländische Kapitalanleger in Rußland. So hat z. B. der FSB erklärt, er beabsichtige, neuen Investoren bei der Suche nach verlässlichen Geschäftspartnern in Rußland »beihilflich« zu sein sowie für den persönlichen Schutz und die Sicherheit ausländischer Kapitalanleger einzutreten. Derartige Aktivitäten dürften vor allem Auswirkungen auf Firmenvertreter in Niederlassungen ausländischer Unternehmen in Rußland sowie auf Geschäftsreisende aus westlichen Ländern haben. Dieser Personenkreis muß daher auch mit nachrichtendienstlichen Ansprachen durch den FSB rechnen.

Bei der Informationsbeschaffung über die Zielländer nutzt die russische Aufklärung zum einen zunehmend die Möglichkeiten, die offene, der Allgemeinheit zugängliche Informationsquellen wie Datenbanken, Internet u. a. bieten. Zum anderen versuchen die Auslandsnachrichtendienste SWR und GRU aber in klassischer Weise durch verdeckte Spionageaktivitäten mit Hilfe geheimer Mitarbeiter oder durch eigene Nachrichtendienstoffiziere, die unter einer Legende auftreten, interessante Aufklärungsbereiche und Zielobjekte auszuforschen.

**Methoden der  
Auslands-  
aufklärung**

Ergänzt wird die Spionage mit menschlichen Quellen durch den Einsatz technischer Mittel zur Fernmelde- und elektronischen Aufklärung.

Die Informationsbeschaffung über ausländische Staaten erfolgt einerseits traditionell von russischem Territorium aus durch Aktivitäten, die unmittelbar von den Zentralen der Dienste in Moskau ausgehen, andererseits durch die sogenannten Legalresiduren, in denen auf Tarnpositionen eingesetzte Nachrichtendienstoffiziere in diplomatischen oder konsularischen Vertretungen Rußlands sowie in Korrespondentenbüros russischer Medien in den Zielländern tätig sind. Darüber hinaus werden Nachrichtendienstoffiziere in Rußland wie auch im Ausland auf Tarndienstposten in staatlichen Firmen-niederlassungen und auch unter privatwirtschaftlicher Legende eingesetzt.

Die methodische Vorgehensweise russischer Dienste bei der Überwachung und Anbahnung von Zielpersonen basiert im wesentlichen auf den Erfahrungen und Praktiken des ehemaligen KGB. Wie in

**Überwachungs-  
methoden des FSB**

»alten Zeiten« arbeitet der FSB mit russischen Behörden zusammen, die für Hinweise auf Zielpersonen in Frage kommen, und unterhält ein Netz von Informanten und geheimen Mitarbeitern unter der Zivilbevölkerung. So zum Beispiel in den Hotels der großen Städte, in denen Geschäftsreisende oder Touristen aus dem Westen untergebracht sind.

Aber auch durch die unmittelbare Personenüberwachung mit eigenen Kräften versucht der FSB fortlaufend, interessante Zielpersonen auffindig zu machen und Ansatzmöglichkeiten für eine nachrichtendienstliche Ansprache zu finden. Zusätzlich ist er im innerstaatlichen Bereich auf vielen Feldern durch Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen aktiv. Beleg dafür ist unter anderem die Aussage des früheren Leiters des Dienstes, KOWALJOW, wonach in allen führenden Banken in Rußland eine FSB-Agentur eingerichtet worden sein soll<sup>150)</sup>.

**Mitarbeiter  
deutscher  
Vertretungen als  
Zielpersonen**

Deutsche diplomatische und konsularische Vertretungen in Rußland sowie deren Mitarbeiter und Kontaktpersonen stehen nach wie vor im Blickfeld des FSB und unterliegen einer intensiven Personen- bzw. Objektüberwachung. Dabei stellt die nachrichtendienstliche Nutzung russischen Personals in den deutschen Auslandsvertretungen einen Teil der Aufklärungstätigkeit des FSB dar.

**Nutzung des  
Internets als  
Informationsquelle**

Nach einem Ende Juli bekanntgewordenen Gesetzentwurf soll es dem FSB gestattet werden, die Nutzung des Internets und der Elektronischen Post (E-Mail) zu überwachen. Die russischen Internet-Anbieter sollen verpflichtet werden, Zusatztechnik zu installieren, die es dem FSB ermöglicht, alle Aktivitäten der Nutzer zu kontrollieren. Wird diese Vorschrift nicht beachtet, so soll den Anbietern der Verlust der Betreiberlizenz drohen. Falls dieses Gesetzesvorhaben in die Praxis umgesetzt wird, werden auch ausländische Staatsangehörige oder Firmenniederlassungen, die sich in Rußland des Internets bedienen, zusätzlich durch den FSB überwacht. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse – etwa zu Betriebsinterna oder auch persönliche Daten von Internet-Nutzern – könnten nicht nur für Abwehrmaßnahmen, sondern auch für operative nachrichtendienstliche Aktivitäten, wie z. B. Werbungsversuche, genutzt werden.

**Nutzung funk- und  
fernmeldeelektro-  
nischer Einrich-  
tungen zur  
Ausspähung**

Auswirkungen auf deutsche Sicherheitsbelange können sich auch aus den Inlandsaktivitäten der Agentur FAPSI ergeben. Zu deren Aufgaben gehört neben dem Aufbau sicherer Kommunikationsnetze für Banken und wichtige Wirtschaftsunternehmen in Rußland auch die Erteilung von Lizenzen im Bereich der Kommunikations- und Verschlüsselungstechnik sowie die Genehmigung der kommerziellen Nutzung von Funkkanälen. Die weitreichenden Kompetenzen bei der Vergabe einer Betriebserlaubnis sowie die Bereitstellung, Funktionsprüfung und Instandhaltung von Nachrichtenverbindungen im

Bereich der russischen Industrie verschaffen der Agentur FAPSI umfangreiche Informationen über nationale und internationale Geschäftsverbindungen russischer Unternehmen sowie über die Leistungsfähigkeit und die Bonität der »betreuten« Firmen.

## 2.2 Steuerung der Operationen aus Moskau

Nachrichtendienstliche Verbindungen, die unmittelbar aus den Hauptquartieren der Dienste in Moskau geführt werden, sind in der Regel langfristig angelegt. Die Möglichkeiten zum Aufbau solcher Kontakte sind vielfältig. Personen können z. B. bei Geschäfts-, Urlaubs- oder Besuchsreisen nach Rußland in das Blickfeld der russischen Nachrichtendienste geraten und von diesen für eine Spionagetätigkeit angeworben werden. Ebenso bilden Aussiedler aus Rußland nach wie vor ein geeignetes Werbepotential. Diese Personengruppe gelangt bereits bei der Bearbeitung ihrer Ausreisearträge durch russische Behörden in das Blickfeld der russischen Dienste und kann von diesen kontaktiert werden. Besuch ein Aussiedler dann später Verwandte in der ehemaligen Heimat, so können die Dienste dann erneut an ihn herantreten, um ihn zur Informationsgewinnung abzuschöpfen bzw. um zu versuchen, ihn für eine nachrichtendienstliche Tätigkeit anzuwerben. Darüber hinaus werden aus den Zentralen der Dienste in Moskau auch Agenten geführt, die in ihrem Heimatland von Nachrichtendienstoffizieren aus den Legalresidenturen oder von Illegalen – unter falschen biographischen Daten in das Zielland eingeschleuste Nachrichtendienstmitarbeiter – angeworben worden sind.

Von russischer Seite wird zwar immer wieder betont, das russisch-deutsche Verhältnis habe eine neue Qualität. Im nachrichtendienstlichen Bereich muß jedoch festgestellt werden, daß der russische Aufklärungsdienst SWR die Arbeit seines Vorgängerdienstes KGB in gleicher Qualität fortführt. Dies verdeutlichen die folgenden, direkt aus Moskau geführten Fälle:

Eine ehemalige Bedienstete des Bonner Auswärtigen Amtes lernte vor etwa 20 Jahren einen Ausländer kennen, der Agent des KGB war und sie für eine nachrichtendienstliche Zusammenarbeit anwarb. Nachdem der Agent die Bedienstete zum Schein geheiratet hatte – obwohl er noch mit einer DDR-Bürgerin verheiratet war –, schied sie nach der Geburt zweier Kinder aus dem Dienst aus. Zehn Jahre später versuchte der SWR zu erreichen, daß diese Frau erneut im deutschen Auswärtigen Dienst beschäftigt wird. Er finanzierte ihr einen Aufenthalt an ihrem letzten (ausländischen) Dienstort und hielt sie an, durch persönliche Kontakte zu Mitarbeitern des dortigen deutschen Generalkonsulates eine Anstellung als Ortskraft zu finden. Um ihre Aktivitäten zu steuern, wurde für sie eine eigene Agentenfunklinie ein-

**Vielfältige Ansätze  
zur Agenten-  
anwerbung**

**Der SWR bemüht  
sich, ehemalige  
KGB-Verbindungen  
fortzusetzen oder  
zu reaktivieren**

**Öffentlicher Dienst**

gerichtet, und sie wurde angehalten, über ihre Fortschritte regelmäßig zu berichten. Dazu wurde sie mit Geheimschriftmitteln ausgestattet. Besonders interessiert war der SWR an den aktuellen Modalitäten bei der Ausstellung deutscher Pässe in einem Generalkonsulat. Vermutlich war die Frau dem KGB schon während ihrer Verwendung im Auswärtigen Amt in den 80er Jahren bei der Ausstellung von Falschpässen behilflich.

### Bereich der Wirtschaft



In dem anderen Fall hat der Generalbundesanwalt Anklage vor dem Oberlandesgericht Celle gegen einen technischen Zeichner und einen Taxiunternehmer erhoben. Den Angeschuldigten wird zur Last gelegt, dem ehemaligen sowjetischen Geheimdienst KGB und anschließend dessen russischem Nachfolger SWR sensible Informationen verkauft zu haben. Der technische Zeichner hat von 1983 bis 1995 Unterlagen und Materialproben aus seinem Arbeitsbereich in der Flugzeugindustrie erst an den ehemaligen KGB und nach dessen Auflösung an den SWR verkauft. Als Kontaktmann zu ihm bedienten sich beide Dienste des mitangeklagten Taxiunternehmers. Dem Agenten, der während eines Verwandtenbesuches in der ehemaligen DDR für eine nachrichtendienstliche Tätigkeit angeworben worden war, wurde vom KGB bis zur Wende vorgetäuscht, er liefere diese Informationen an die DDR. Nach der Auflösung des KGB führte der SWR die Beziehung zu dem Taxiunternehmer fort und veranlaßte ihn, den technischen Zeichner nach Stettin einzuladen, wo Offiziere des SWR versuchten, die nachrichtendienstliche Beziehung zu ihm zu erneuern. An einem Treffen im Oktober 1993 in Stettin nahm neben russischen Nachrichtendienstoffizieren sogar ein Fachmann für Flugzeugbau teil. Der russische Dienst versuchte auch immer wieder telefonisch, den früheren KGB-Agenten zu einer Fortsetzung seiner nachrichtendienstlichen Tätigkeit zu bewegen <sup>151)</sup>.

### 2.3 Die Legalresidenturen der russischen Nachrichtendienste

Eine wichtige Aufgabe im Aufklärungskonzept der russischen Nachrichtendienste erfüllen die Legalresidenturen in den offiziellen diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Russischen Föderation im Ausland. Trotz der vorangeschrittenen Annäherung zwischen Ost und West nach dem Zerfall des ehemaligen Ostblocks ist Rußland nicht bereit, auf dieses Instrument der Auslandsaufklärung zu verzichten.

Noch im März äußerte der Pressesprecher des SWR, General Jurij KOBALADSE, Angehörige der Auslandsaufklärung würden nach wie vor als Diplomaten oder Journalisten getarnt eingesetzt. Zwar habe es Pläne gegeben, alle Mitarbeiter des Auslandsgeheimdienstes aus dem Außenministerium herauszunehmen, dieses Vorhaben sei

### Legalresidenturen weiterhin wichtiges Instrument der Aufklärung

jedoch nicht umgesetzt worden, da der Dienst ohne diese Tarnung nicht auskomme. KOBALADSE ergänzte, Rußland werde möglicherweise nicht mehr als Supermacht betrachtet, aber keiner solle es wagen, Rußlands Auslandsaufklärungsdienst zu ignorieren.

Die Arbeit aus den Legalresidenturen kennzeichnet maßgeblich die Spionageaktivitäten von SWR und GRU im Operationsgebiet. Sie bietet den dort eingesetzten Nachrichtendienstoffizieren neben der Möglichkeit des verdeckten Einsatzes im Zielland auch eine Reihe von standortbedingten operativen Vorteilen. Aufgrund ihres Status und ihrer vorgeblich offiziellen Funktion sind Residenturangehörige zum Beispiel besonders privilegiert, nachrichtendienstlich interessante Zielpersonen aus Politik, Militär, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft sowie Behördenvertreter oder Diplomaten anderer Länder kennenzulernen und mit diesen in engeren Kontakt zu treten. Den Abwehrbehörden sind zahlreiche Fälle bekannt, in denen Residenturangehörige versuchen, bestehende Kontakte nachrichtendienstlich zu kultivieren.

Die Legalresidenturen von SWR und GRU sind darüber hinaus eine bevorzugte Anlaufstelle für Selbstanbieter, d. h. Personen, die aus eigenem Antrieb an die Nachrichtendienste herantreten, um Informationen oder Produkte anzubieten. Das Motiv, sich selbst freiwillig für eine nachrichtendienstliche Mitarbeit anzubieten, sind zumeist finanzielle Überlegungen.

Die von den Legalresidenturangehörigen ausgehenden nachrichtendienstlichen Aktivitäten sind breit gefächert. Sie umfassen neben der offenen Gesprächsabschöpfung, bei der arglose Gesprächspartner zu ihrem beruflichen und privaten Hintergrund detailliert ausgefragt werden, auch die Anbahnung, Werbung und Führung von Agenten. Darüber hinaus werden Residenturangehörige aber auch zur Unterstützung direkt aus den Zentralen der Dienste geführter Operationen eingesetzt. Sie leisten dabei eine Vielzahl von Vorbereitungs- und Hilfsdiensten, wie z. B. die Beschickung und Leerung sogenannter Toter Briefkästen – zuvor vereinbarter geheimer Verstecke zum Materialaustausch bzw. zur Geldübergabe zwischen der Führungsstelle und dem Agenten.

Die Legalresidenturen der russischen Aufklärungsdienste in Deutschland erfüllen ihren nachrichtendienstlichen Auftrag unvermindert mit hoher Personalstärke, großem Einsatz und vielfältigen Aktivitäten. Ebenso belegen einige 1998 bekanntgewordene Fälle aus dem europäischen Ausland die fortgesetzten Spionageaktivitäten aus russischen Auslandsvertretungen.

**Breit gefächerte  
Aktivitäten**

**Eigenständige  
Dienste in den  
Republiken der  
GUS**

### **III. Die Nachrichten- und Sicherheitsdienste der übrigen Mitgliedsstaaten der GUS**

Die aus der vormaligen Sowjetunion hervorgegangenen übrigen Republiken der GUS haben die Strukturen der sowjetischen Nachrichtendienste übernommen und der eigenen Staatsgewalt unterstellt. Auf diese Weise sind die früheren Diensteinheiten des KGB nicht aufgelöst worden, sondern werden als Dienste der neu entstandenen Republiken der GUS fortgeführt.

Unter Einbeziehung Rußlands haben die zivilen Dienste der GUS-Staaten untereinander schon mehrere Kooperationsabkommen abgeschlossen, so daß von einem Informationsaustausch und gegenseitiger Unterstützung auf nachrichtendienstlicher Ebene ausgegangen werden kann.

Einige Republiken der GUS haben zusätzlich zu ihren zivilen Nachrichten- und Sicherheitsdiensten auch noch eigenständige militärische Nachrichtendienste eingerichtet – vergleichbar der russischen GRU.

**Deutschland auch  
Aufklärungsziel  
anderer Dienste  
der GUS**

Nicht nur die russischen, sondern auch die Nachrichtendienste anderer Republiken der GUS sind an Informationen über Deutschland interessiert. Entsprechende Erkenntnisse liegen bisher über Aktivitäten der Dienste Kasachstans, Weißrußlands, Usbekistans und der Ukraine vor. Deren Zielgruppen sind zum Beispiel das Personal an den deutschen diplomatischen Vertretungen in diesen Staaten oder nach Deutschland übergesiedelte ehemalige Landsleute. Bei späteren Besuchen im früheren Heimatland eröffnet sich auch diesen Nachrichtendiensten die Möglichkeit, nachrichtendienstliche Anwendungen zu versuchen oder von bereits tätigen Agenten Informationen zu erhalten.

**Vielfältige  
Aktivitäten**

### **IV. Aktivitäten von Nachrichtendiensten aus Staaten des Nahen und Mittleren Ostens sowie Nordafrikas**

Deutschland ist auch für Staaten aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie Nordafrikas ein interessantes Ausspähungsziel. Die Gründe dafür liegen nicht allein in seiner politischen Bedeutung und Wirtschaftskraft, sondern auch in seiner liberalen Ausländer- und Asylpolitik, die vielen ausländischen Staatsangehörigen – insbesondere wenn sie in Opposition zum Regime im Heimatland stehen – einen zumindest vorläufigen Aufenthalt in Deutschland gestattet. Das hat zur Folge, daß die Nachrichtendienste dieser Länder ihre Aktivitäten in Deutschland nicht nur auf den Sektor der »klassischen« Spionage beschränken, sondern sich vor allem auch mit der Aus-

spähung und Unterwanderung in Deutschland bestehender Oppositionellenvereinigungen befassen. Die Aktivitäten gegen Oppositionelle können bis zur Durchführung (staats)terroristischer Gewaltakte reichen. Beispielhaft wird auf die nachfolgend genannten Staaten hingewiesen.

### 1. Iranische Nachrichtendienste

Der iranische Nachrichtendienst setzte die Bekämpfung regierungsfeindlicher Aktivitäten, die von in Deutschland lebenden Iranern initiiert werden, auf hohem Niveau fort. Im Vordergrund steht die politische Neutralisierung der gewaltorientierten »Volksmodjahedin Iran« (MEK) bzw. ihres politischen Armes, des »Nationalen Widerstandsrates Iran« (NWRI). Dazu dienen die Gründung von Organisationen, die nach außen als »Kulturvereine« getarnt werden, die Verbreitung von MEK-kritischen Publikationen sowie die Aktivierung ehemaliger MEK-Anhänger für die iranische Regierung.

**Bekämpfung iranischer Oppositioneller dauert an**

### 2. Syrische Nachrichtendienste

Die syrischen Auslandsnachrichtendienste – der zivile Nachrichtendienst IDARAT AL-MUKHABARAT AL-AMMA und der militärische Nachrichtendienst SHU'BAT AL-MUKHABARAT AL-ASKARIYA – unterhalten nach wie vor an den offiziellen und halboffiziellen Vertretungen ihres Landes in Deutschland gut besetzte Legalresidenturen. Die dort diplomatisch abgetarnt tätigen Nachrichtendienststoffiziere setzten auch 1998 ihre geheimdienstlichen Aktivitäten unvermindert fort.

**Syrische Legalresidenturen personell stark besetzt**

Aufgabenschwerpunkt waren nach wie vor die Aufklärung, Ausforschung und Überwachung in Deutschland lebender Landsleute, die dem politischen System in ihrem Heimatland kritisch gegenüberstehen. Bevorzugte Beobachtungsobjekte sind in diesem Zusammenhang die Islamischen Zentren im Bundesgebiet, da die politischen Gegner Syriens insbesondere an diesen religiösen Treffpunkten zusammenkommen. Um syrische Oppositionelle neutralisieren zu können, versuchen die syrischen Dienste, durch ein Quellen- und Informantennetz möglichst viele Erkenntnisse über deren Lebensumstände, Kontaktpersonen sowie ihre politischen Ziele zu gewinnen.

**Schwerpunkt Oppositionellen-ausspähung**

Lehnen insbesondere im Ausland lebende syrische Staatsangehörige nachrichtendienstliche Anwerbungsversuche ab, so erfolgt eine Unterrichtung der zuständigen syrischen Stellen. Folge ist in der Regel eine Notierung in der syrischen Grenzfehndung, so daß bei Einreise oder Aufenthalt mit Repressalien gerechnet werden muß.

**Bei Ablehnung drohen Repressalien**



### 3. Libysche Nachrichtendienste

Auch 1998 standen die den libyschen Nachrichtendiensten zugeschriebenen Anschläge auf die Berliner Diskothek »La Belle« (1986) und ein Verkehrsflugzeug der US-amerikanischen Fluggesellschaft PAN AM über dem schottischen Ort Lockerbie (1988) erneut im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Die libysche Regierung hat in diesen Fällen Bereitschaft zur Mithilfe bei der juristischen Aufarbeitung gezeigt.

Schwerpunkt libyscher Aktivitäten ist unverändert die Ausspähung und Unterwanderung in Deutschland ansässiger Personen und Gruppierungen, die in Opposition zur Regierung ihres Heimatlandes stehen.

### 4. Irakische Nachrichtendienste

Die irakischen Geheimdienste sind weiterhin bemüht, ihre nachrichtendienstlichen Aktivitäten zu verstärken. Die wenigen Nachrichtendienstoffiziere in den hiesigen Residenturen rekrutieren dazu zwischenzeitlich in Deutschland eingebürgerte und Asyl suchende Iraker. Als Potential dient ihnen dabei auch die »Vereinigung der im Ausland lebenden Iraker«, die in regelmäßigen Abständen zu einer Konferenz in den Irak eingeladen wird. Ziel dieser Veranstaltungen ist es, die im Ausland lebenden Iraker – unabhängig davon, ob sie eine andere Staatsangehörigkeit angenommen haben oder nicht – dazu zu bewegen, sich in ihrem derzeitigen Wohnland in jeglicher Hinsicht für die Belange des Irak einzusetzen.

### 5. Algerische Nachrichtendienste

Die Ausforschung der Auslandsopposition, die teilweise mit terroristischen Aktivitäten in Algerien selbst in Verbindung steht, hat auch für den algerischen Nachrichtendienst absoluten Vorrang. Dafür zuständig ist der Auslandsdienst DDSE (Direction de Documentation et de Sécurité Extérieure), der sowohl aus der Zentrale in Algier als auch aus Deutschland heraus tätig wird.

## V. Aktivitäten fernöstlicher Nachrichtendienste

Auch fernöstliche Nachrichtendienste haben Deutschland als Aufklärungsziel nicht aus den Augen verloren. Zu nennen sind hier in erster Linie die Volksrepubliken China und Nordkorea.

### 1. Chinesische Nachrichtendienste

Bei ihren Bemühungen, sich zu einer Weltmacht zu entwickeln, nutzt die VR China weiterhin alle Möglichkeiten, um in Rüstung, Wirtschaft und Wissenschaft Anschluß an die führenden Industrienationen zu

Zunahme irakischer  
Anwerbungs-  
versuche

Ansteigen  
algerischer  
Aktivitäten  
in Deutschland  
befürchtet

gewinnen. Hierzu bedient sich die VR China auch ihrer sechs Nachrichten- und Sicherheitsdienste und betreibt mit hohem finanziellen wie personellen Aufwand intensiv Auslandsspionage – auch in Deutschland.

Die breit gefächerten Aktivitäten der chinesischen Nachrichtendienste gehen häufig von den Legalresidenturen an den diplomatischen und konsularischen Vertretungen der VR China in Deutschland aus. Darüber hinaus nutzen die chinesischen Aufklärungsdienste aber auch Luftfahrtgesellschaften, Außenhandelsunternehmen, Presseagenturen und chinesische bzw. deutsch-chinesische Firmen für ihre Ausspähungsbemühungen.

**Chinesische Dienste sammeln Informationen nach dem »Staubsaugerprinzip«**

**Aktivitäten aus chinesischen Vertretungen und Firmen**

## 2. Nordkoreanische Nachrichtendienste

Nach wie vor unterhält die Koreanische Demokratische Volksrepublik keine direkten diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland. Ihre Interessen werden weiterhin von der Volksrepublik China wahrgenommen, die als politische Schutzmacht fungiert. Nordkorea unterhält im Gebäude seiner früheren Botschaft in der ehemaligen DDR in Berlin ein »Büro für den Schutz der Interessen der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik«, das zu den personell am stärksten besetzten nordkoreanischen Niederlassungen in Europa zählt. In diesem »Büro« sind Mitarbeiter der verschiedenen nordkoreanischen Nachrichtendienste unter diplomatischer Abdeckung tätig, die regelmäßig auch nordkoreanische Beschaffungs- und Handelsorganisationen repräsentieren.

**Nachrichtendienstoffiziere im Berliner »Büro«**

Besondere Bedeutung kommt vor allem den Repräsentanten der Beschaffungs- und Handelsorganisationen des »2. Wirtschaftskomitees« sowie der Volksstreitkräfte zu. Das »2. Wirtschaftskomitee«, das unmittelbar dem Zentralkomitee der nordkoreanischen »Partei der Arbeiterklasse« unterstellt ist, koordiniert und steuert in enger Abstimmung mit den Organisationen der Volksstreitkräfte die Deckung des Bedarfs der gesamten nordkoreanischen Rüstungsindustrie – einschließlich der zur Entwicklung und Herstellung von Massenvernichtungswaffen sowie ballistischer Flugkörper notwendigen Produkte und Informationen. Das »2. Wirtschaftskomitee« ist auch für die Finanzierung dieser Programme zuständig, die u. a. durch den Export einer breiten Palette von Gütern aller Art realisiert wird. Vor diesem Hintergrund muß im Bemühen, Proliferation zu verhindern, auch weiterhin allen Beschaffungsbemühungen von Repräsentanten dieser Organisationen in Deutschland besondere Beachtung geschenkt werden.

**Das »2. Wirtschaftskomitee« als Beschaffungsorganisation**

## VI. Proliferation/Sensitive Exporte

### Überblick

International großes Aufsehen erregten 1998 Indien und Pakistan durch ihre Atomwaffenversuche im Frühjahr des Jahres. Beide Staaten verfügen seit Jahren über die notwendige Technologie zur Herstellung von Kernwaffen und bemühen sich um Fortschritte der zu ihrem Transport nötigen Trägersysteme. Bei der Entwicklung der pakistanischen Mittelstreckenrakete GHAURI mit einer angestrebten Reichweite von 1500 Kilometern war Nordkorea insofern beteiligt, als es die Technologie der eigenen Rakete NO DONG zur Verfügung stellte.

Die Atomwaffenversuche in Indien und Pakistan haben die Notwendigkeit einer Proliferationsverhinderung weltweit wieder nachdrücklich in Erinnerung gebracht. Gleichzeitig ist festzustellen, daß diese Aufgabe immer schwieriger zu lösen sein wird.

### Veränderung des Beschaffungsverhaltens

So hat sich das Beschaffungsverhalten – die Art und Weise, sich mit dem für die Programme zur Entwicklung und Herstellung von Massenvernichtungswaffen und Trägertechnik Notwendigen zu versorgen – in den vergangenen Jahren kontinuierlich verändert. Mehrere Aspekte spielen dabei eine Rolle: Die in Frage kommenden Länder haben sich auf die Verschärfung des Exportkontrollrechts und die wirksameren Kontrollen in Europa eingestellt und gehen konspirativer vor. Verschleierung der Geschäftskorrespondenz, Aufteilung des Beschaffungspaketes in viele kleine unverdächtige Teillieferungen, Versand in unverdächtige Drittländer, Einschaltung von bisher nicht belasteten Firmen oder Veränderungen der Firmennamen in fremdsprachliche Bezeichnungen oder nicht aussagefähige Abkürzungen gehören in dieses Spektrum. Auch der sich bereits 1997 andeutende Trend, durch Einkäufe in den Ländern des ehemaligen Ostblocks oder mittels Kooperation der um Proliferation bemühten Staaten untereinander Fortschritte in der Nukleartechnik, der Produktion biologischer oder chemischer Waffensysteme und der Fortentwicklung von Trägerraketen zu erzielen, scheint sich zu bestätigen. Schließlich ist zu berücksichtigen, daß viele Krisenländer ihren Erstbedarf an Material gedeckt haben und nun um eine Verfeinerung der Systeme, den Ausbau von Fertigungstechniken, Ersatzteilbeschaffung und Know-how bemüht sind. Das bedeutet, daß sich auch der Beschaffungsbedarf verändert hat.

### Umweglieferungen über Drittländer für den Irak

Der folgende Beispielsfall zeigt auf, mit welchen Mitteln versucht wird, Beschränkungsmaßnahmen in den westlichen Industriestaaten zu umgehen:

Ende 1997 wandte sich ein jordanisches Unternehmen an einen deutschen Hersteller von Spezialmaschinen für die Metallverarbeitung und erkundigte sich nach dem Preis und den Lieferbedingungen für

einzelne Bauteile. Der Hersteller stellte bei genauerer Prüfung jedoch fest, daß die Lieferung letztlich über Jordanien in den Irak transferiert werden sollte. Deshalb und weil die Bauteile darüber hinaus auch zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen geeignet waren, brach der Hersteller den Kontakt zu dem jordanischen Unternehmen ab. Wenige Monate später erhielt er ein Schreiben einer kleinen Firma in Norddeutschland, das in auffälliger Weise mit der Anfrage aus Jordanien übereinstimmte. Als der Hersteller auf dieses Schreiben nicht reagierte, rief ihn der Firmeninhaber aus Norddeutschland kurzerhand an und versicherte, das Maschinenteil sei tatsächlich nur für Jordanien bestimmt. Er sei ferner bereit, die Ware persönlich abzuholen und in bar zu bezahlen. Wie sich später herausstellte, stammt diese Person aus dem Irak. Weiter konnte festgestellt werden, daß der Irak gerade diese Bauteile benötigte. Das Geschäft kam nicht zustande.

In diesem Fall finden sich einige Merkmale für verdeckte, konspirative Beschaffungsmethoden:

- Jordanien ist Beschaffungsdrehscheibe für Staaten des Nahen und Mittleren Ostens; jordanische Firmen sind als Beschaffer für den Irak bereits aufgefallen,
- Handelsfirmen mit unbestimmtem Tätigkeitsspektrum wie »Import und Export von Waren aller Art« und kleinem Personalbestand treten als Interessenten auf; oft sind es sogenannte Ein-Mann-Betriebe,
- Direktabholung und Barzahlung sind deutliche Indikatoren für Verschleiерungsabsichten.

Zur Proliferation gehört aber nicht nur die Beschaffung von Produkten, sondern auch der Erwerb von Wissen und Techniken zur Entwicklung und Herstellung von Massenvernichtungswaffen und Trägersystemen. Universitäten, Forschungsinstitute, aber auch Firmen sind in dieser Hinsicht als Aus- und Fortbildungsquelle für die Krisenländer interessant. Auszubildenden wird deshalb gezielt die Möglichkeit eröffnet, im westlichen Ausland Wissen zu erwerben oder die beruflichen Fähigkeiten zu vervollkommen, um beides im Anschluß an die Ausbildung zu Hause zur Verfügung stellen zu können. In ähnlicher Form können bereits ausgebildete Wissenschaftler eingesetzt werden, die sich an Projekten im Ausland beteiligen. Auf diesem Wege profitieren die Krisenländer von den Ergebnissen wissenschaftlicher Arbeit hiezulande. Der folgende Beispielfall zeigt, auf welche Weise Know-how-Abfluß vorbereitet und durchgeführt werden kann:

**Erkennbare  
konspirative  
Beschaffungs-  
modalitäten**

**Problematik  
»Wissenstransfer«**

**Anbahnungsversuch bei Heimaturlaub in Libyen**

Im Zentralarchiv eines biotechnologischen Forschungsinstituts in Deutschland ist ein libyscher Staatsangehöriger beschäftigt, der Zugang zu allen Informationen aus den Projekten seines Arbeitgebers und dessen Kooperationspartnern hat. Als dieser Mitarbeiter einen Erholungsurlaub in seiner Heimat verbrachte, forderte ihn ein mutmaßlicher Angehöriger eines libyschen Nachrichtendienstes auf, seinem Heimatland einen Gefallen zu tun. Er erhielt den Auftrag, möglichst viele Dokumente von Forschungsprojekten zu kopieren. Die Kopien sollte er einer Kontaktperson in Deutschland übergeben. Von ihr sollte er auch weitere Instruktionen bekommen. Als der Angesprochene zögerte, wurde er auf mögliche Unannehmlichkeiten für seine Familie in Libyen hingewiesen.

**Iranische Beschaffungsbemühungen im ehemaligen Ostblock**

Der Iran hat auf die Schließung des Kontaktbüros der iranischen Verteidigungsindustrie – »Defence Industries Organization« (DIO) – in Düsseldorf reagiert und scheint mittlerweile in Rußland sehr aktiv zu sein. Mitte des Jahres verhafteten russische Behörden in Moskau den Angehörigen einer iranischen Beschaffungsstelle, der als Angehöriger des iranischen Nachrichtendienstes tätig gewesen sein soll.

**Schwerpunkt Raketentechnik**

Der Schwerpunkt des iranischen Proliferationsprogramms liegt weiterhin in der Fortentwicklung der Raketentechnik. Beachtenswert waren Tests mit einem als SHAHAB-3 bezeichneten Flugkörper, der für eine Reichweite von etwa 1300 Kilometern konzipiert wurde. Es gab Hinweise auf die Hilfe russischer Stellen bei der Entwicklung der Rakete. Rußland hat jedoch Verstöße gegen internationale Abkommen zur Kontrolle der Trägertechnologie bestritten.

## VII. Festnahmen und Verurteilungen

Im Jahr 1998 wurden durch den Generalbundesanwalt 67 Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts geheimdienstlicher Agententätigkeit eingeleitet. Zwei Personen wurden von den Strafverfolgungsbehörden festgenommen, gegen eine von ihnen wurde Haftbefehl erlassen. Von den beiden Festgenommenen war eine Person für einen iranischen und die andere für einen irakischen Nachrichtendienst tätig. Im gleichen Zeitraum verurteilten Gerichte in der Bundesrepublik Deutschland 23 Angeklagte wegen Straftaten im Bereich »Landesverrat und Gefährdung der äußeren Sicherheit« (§§ 93 – 101a StGB), einen von ihnen wegen Landesverrats.

**Verfassungsschutz  
bericht  
1998**

---

*Rechtsextremistische Bestrebungen*

---

*Linksextremistische Bestrebungen*

---

*Sicherheitsgefährdende und  
extremistische Bestrebungen  
von Ausländern*

---

*Spionage und sonstige  
nachrichtendienstliche Aktivitäten*

---

*Scientology-Organisation (SO)*

---

*Verfassungsschutz durch Aufklärung*

---

*Erläuterungen und Dokumentation*

---

*Gesetzestexte*

---

## »Scientology-Organisation« (SO)

|                      |   |
|----------------------|---|
| gegründet:           | 1954 in den USA, erste Niederlassung in Deutschland 1970              |
| Sitz:                | Los Angeles<br>(»Church of Scientology International«, CSI)           |
| Mitglieder:          | in Deutschland geschätzt:<br>5.000 bis 6.000 *)                       |
| Publikationen:       | u. a. »Freiheit« <sup>152)</sup>                                      |
| Unterorganisationen: | in Deutschland acht »Kirchen«<br>und zehn »Missionen« <sup>153)</sup> |

\*) Die SO gibt regelmäßig höhere Zahlen (30.000) an.

### 1. Allgemeines

Die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) hatte auf ihrer Sitzung am 5./6. Juni 1997 in Bonn auf der Grundlage eines Berichts, der von einer Arbeitsgruppe der Verfassungsschutzbehörden erstellt worden war, festgestellt, daß bei der SO tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung vorliegen und damit die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Beobachtung der Organisation durch die Verfassungsschutzbehörden gegeben sind <sup>154)</sup>. Über die Ergebnisse der Beobachtung sollte der IMK nach Jahresfrist berichtet werden.

Zu diesem Zweck erstellte eine weitere Arbeitsgruppe der Verfassungsschutzbehörden einen Bericht, in dem sie sich aufgrund der seit Juni 1997 angefallenen Informationen über verfassungsfeindliche Ziele und Tätigkeiten der SO für die weitere nachrichtendienstliche Beobachtung der Organisation ausgesprochen hat <sup>155)</sup>.

Die IMK und der Bundesminister des Innern beschlossen auf ihrer Sitzung am 19./20. November, diesen Bericht bei der weiteren Arbeit der Verfassungsschutzbehörden zu berücksichtigen.

### 2. Grundlagen

Die SO sieht sich als eine »Erlösungsreligion« <sup>156)</sup> in der Tradition ostasiatischer Religionen, insbesondere des Buddhismus, die angeblich »... dem Menschen den Zustand vollständiger geistiger Freiheit von dem endlosen Kreislauf von Geburt und Tod vermitteln und ihn von seinen Banden im physischen Universum ...« befreien will <sup>157)</sup>.

Die »Person« bzw. die »Identität« des Menschen ist nach Vorstellung der SO zum Beispiel nicht sein Körper oder Name, sondern der »Thetan«; er hat »... keine Masse, keine Wellenlänge ... also nichts Gegenständliches ...«<sup>158)</sup>. Er ist im Idealzustand als »Operierender Thetan« »... völlig Ursache über Materie, Energie, Raum, Zeit und Denken ...« und »... nicht in einem Körper ...«<sup>159)</sup>.

Um diesen Zustand zu erreichen, ist Ziel der Scientology zunächst der »Clear«, d. h. der Mensch, der »... als Ergebnis der dianetischen Therapie weder aktiv noch potentiell vorhandene psychosomatische Krankheiten oder Aberrationen hat ...«<sup>160)</sup>. Letzteres bedeutet für Scientologen »... eine Abweichung vom rationalen Denken oder Verhalten ...«<sup>161)</sup>. Abweichungen von der Rationalität können auf sogenannte Engramme zurückgehen. Unter einem Engramm verstehen Scientologen »... ein geistiges Vorstellungsbild, welches eine Aufzeichnung einer Zeit von physischem Schmerz und Bewußtlosigkeit ist ...«<sup>162)</sup>. Mit Hilfe des sogenannten Auditings können diese »Engramme« entdeckt und ihre Auswirkungen eliminiert werden<sup>163)</sup>.

Bei diesem Verfahren soll der Auditor (»... jemand der zuhört ...«; ein so bezeichneter Geistlicher der »Scientology-Kirche« oder jemand, der dazu ausgebildet wird)<sup>164)</sup> dem sogenannten Preclear (»... jemand, der noch nicht Clear ist ...«)<sup>165)</sup> durch eine festgelegte Abfolge von Fragen oder Anweisungen helfen, Bereiche von Kummer oder Schmerz aufzuspüren<sup>166)</sup>. Als Hilfsmittel steht dabei dem Auditor das sogenannte E-Meter zur Verfügung. Dieses Gerät dient nach Veröffentlichungen der SO zur Messung eines geringen elektrischen Stromes, der – abhängig von seinen Gedanken – durch den Körper des Preclears fließen soll, wenn er während der Auditing-Sitzungen die beiden Elektroden des Gerätes in der Hand hält<sup>167)</sup>. Die durch den Stromfluß verursachten Ausschläge der Nadel des E-Meters sollen dem Auditor anzeigen, ob der richtige Bereich von Kummer und Schmerz von ihm angesprochen wurde<sup>168)</sup>.

Auditing-Kurse und entsprechendes Schulungsmaterial werden von der SO gegen Entgelt angeboten.

Neben den herkömmlichen Broschüren, Flugblättern und ähnlichem nutzt die Organisation auch das Internet zur Werbung und zu Propagandazwecken. Darin sind u. a. Angaben über Teilorganisationen, Funktionsträger und aktuell verbreitete Publikationen der Organisation enthalten.

### 3. Zielsetzung

Aus den Publikationen und Äußerungen des Organisationsgründers Lafayette Ronald HUBBARD (1911 – 1986) sowie aus sonstigen Veröffentlichungen der SO ergeben sich tatsächliche Anhaltspunkte



für Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind.

### SO verfolgt politische Ziele

Bereits in seinem grundlegenden Buch »Dianetik« (erstmalig erschienen am 9. Mai 1950) hat HUBBARD auf die politische Zielrichtung seiner Lehre hingewiesen<sup>169)</sup>. Danach soll die von ihm aufgestellte Lehre der Dianetik »... verschiedene Bereiche ... der Soziologie, Politik, des Militärwesens ...« bereichern.

Die Dianetik umfasse viele Wissenszweige, wie die »... politische Dianetik, die das Gebiet von Gruppenaktivität und Organisation umfaßt, mit der Zielsetzung, die optimalen Bedingungen und Verfahren für die Führung von Gruppen und deren Beziehungen untereinander festzustellen ...«.

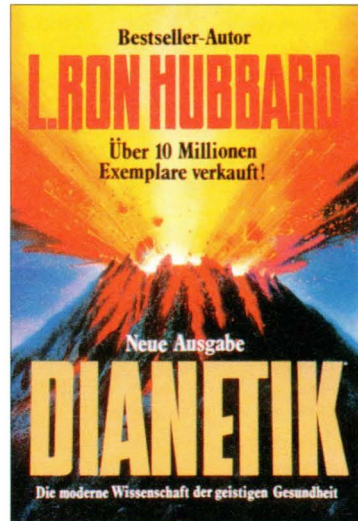
### Tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen

Nach Texten in anderen Veröffentlichungen HUBBARDS soll eine »Zivilisation« errichtet werden, in der die Grundrechte, insbesondere das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit (vgl. Art. 2 Abs. 2 GG), nur für die »Ehrlichen« oder »Nichtaberrierten« im Sinne der SO und nicht mehr für alle Einwohner gelten<sup>170)</sup>. An die Stelle der bestehenden Polizei- und Strafverfolgungsbehörden sowie der unabhängigen Gerichte soll ein Nachrichtendienst treten, der ohne Bindung an Gesetz und Recht (Art. 20 Abs. 3 GG) oder der Geltung der Grundrechte vor Gericht (Art. 103 GG) Gefahrenabwehr, Strafverfolgung, Strafausspruch und Strafvollstreckung im Sinne der SO durchführen soll<sup>171)</sup>.

Die programmatischen Äußerungen HUBBARDS sind für Scientologen, die SO und ihre Teilorganisationen unabänderlich<sup>172)</sup>.

### Eingeschränkte Geltung der Grundrechte

Die Organisation in Deutschland bekennt sich in ihren neueren Veröffentlichungen ausdrücklich zu dieser politischen Programmatik ihres Gründers. Sie bot auch 1998 neuere Auflagen seiner Bücher an, in denen als Fernziel die Geltung der Rechte – und damit auch der Grund- und Menschenrechte – nur für »... ehrliche Wesen ...«<sup>173)</sup> gefordert wird. Weiterhin sollen »... in ferner Zukunft nur dem Nichtaberrierten die Bürgerrechte verliehen ...« werden<sup>174)</sup> und nur ihm erlaubt sein, »... zu heiraten und Kinder in die Welt zu setzen ...«<sup>175)</sup>.



Nach ihren aktuellen Werbebroschüren scheint die SO sogar eine Gesellschaftsordnung anzustreben, in der die Existenz und die Schutzbereiche der Grund- und Menschenrechte im willkürlichen Ermessen der Organisation liegen und noch nicht einmal zumindest allen »ehrlichen Wesen« als unveräußerliche Rechtspositionen gewährt werden. Ziel der »... SCIENTOLOGY ...« ist diesen Broschüren zufolge

»... eine Zivilisation ... in der ehrliche Wesen Rechte haben können ...«. (Werbeproschüre der »International Association of Scientologists« (IAS) aus dem Jahr 1998)

Auffällig ist der zum Teil verwandte scharfe Ton der SO gegenüber ihren Gegnern. Bereits in einem »HCO-RICHTLINIENBRIEF VOM 16. FEBRUAR 1969«<sup>176)</sup>, in dem die in der Vergangenheit angeblich nur passive »Verteidigung« gegen vermeintliche Angriffe für unzureichend erklärt wird, heißt es u. a.:

»... Die ausschlaggebenden Ziele, für die wir den größten Teil unserer Zeit aufwenden müssen, sind: Den Feind bis zum Punkt der völligen Auslöschung der Popularität berauben ...«.

Eine Werbebroschüre der »International Association of Scientologists« (IAS) aus dem Jahr 1998 enthält programmatische Äußerungen, die ein Festhalten an dieser grundsätzlichen Ausrichtung belegen. Die Broschüre weist einen als Formblatt<sup>177)</sup> gestalteten Abschnitt für eine Bewerbung um die Mitgliedschaft in dieser Teilorganisation der SO auf:



»... Mir ist bewußt, dass die Association den Zweck verfolgt, die Scientology-Religion ... zu fördern, zu unterstützen und zu schützen, damit die Ziele der Scientology, wie L. Ron Hubbard sie aufgestellt hat, erreicht werden.

Ich unterstütze die Zerschlagung aller Gruppen oder Organisationen, die den Zweck verfolgen, ... die Anwendung der Scientology-Technologie ... zu verhindern ...

Ich gelobe, mich an die Regeln, Kodizes und Richtlinien von Scientology zu halten ...«.

Neben einer umfangreichen und mehrsprachigen Selbstdarstellung hat die SO unter der Bezeichnung »About Scientology Hatewatch – The Home Page – HATEWATCH GERMANY: 1997« eine Seite im

**Systematische  
Herabsetzung des  
Ansehens der  
Bundesrepublik  
Deutschland**

Internet eingerichtet, die »Links« zu weiteren englischsprachigen Seiten im »World Wide Web« enthält. Auf diesen Seiten wird eine staatliche Verfolgung von Scientologen in Deutschland behauptet, die der nationalsozialistischen Judenverfolgung gleiche. Dies geschieht u. a. durch die grafische Gegenüberstellung von Äußerungen führender Nationalsozialisten über Juden und Warnungen heutiger Politiker vor der SO. Der Gesamtstil dieser Propaganda deutet ebenfalls darauf hin, daß die SO ihre Ziele kämpferisch-aggressiv verwirklichen will.

#### **4. Auftreten in der Öffentlichkeit**

Neben der Werbung für ihre entgeltlichen Dianetik-Kurse und für das entsprechende Schulungsmaterial versuchte die SO u. a. durch eine Demonstration am 10. August in Frankfurt/M. gegen ihre angeblich menschenrechtswidrige Behandlung in Deutschland zu protestieren.

Die Veranstaltung war als Abschlußkundgebung im Rahmen des von der SO am 25. Juni in East Grinstead (Großbritannien) gestarteten »Marsches für Religionsfreiheit« inszeniert. Wie bei ähnlichen Demonstrationen am 21. Juli 1997 in Frankfurt/M. und am 27. Oktober 1997 in Berlin trat der Verein »Freedom for Religions in Germany« (FRG) <sup>178)</sup> als Anmelder der Veranstaltung auf. Mit ca. 1.500 Teilnehmern blieb deren Zahl deutlich hinter den Erwartungen (ca. 10.000) zurück. Wie bei den Veranstaltungen im Jahr 1997 waren die Anwesenden überwiegend aus dem Ausland angereist. Deutsche Mitglieder der Organisation hatten sich nur in geringer Zahl zur Teilnahme bewegen lassen.



**Verfassungsschutz  
bericht  
1998**

---

*Rechtsextremistische Bestrebungen*

---

*Linksextremistische Bestrebungen*

---

*Sicherheitsgefährdende und  
extremistische Bestrebungen  
von Ausländern*

---

*Spionage und sonstige  
nachrichtendienstliche Aktivitäten*

---

*Scientology-Organisation (SO)*

---

*Verfassungsschutz durch Aufklärung*

---

*Erläuterungen und Dokumentation*

---

*Gesetzestexte*

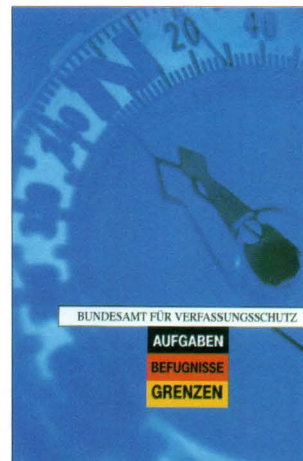
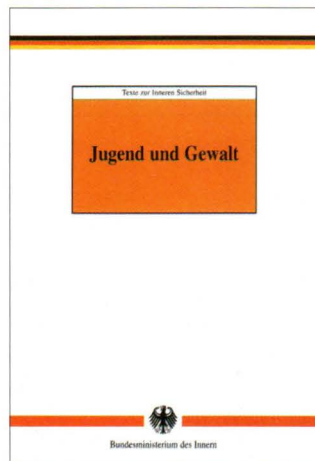
---

## II. Verfassungsschutz durch Aufklärung

Die Bedeutung der politischen Auseinandersetzung mit den verfassungsfeindlichen Bestrebungen erfordert eine intensive Aufklärung der Bürger über Art und Umfang der Gefahren, die durch den politischen Extremismus drohen. Mit dieser Aufklärung handelt der Bundesminister des Innern in Erfüllung seiner verfassungsrechtlichen Pflicht, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu schützen (vgl. NPD-Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 29. Oktober 1975). Auch wenn unsere Demokratie gefestigt ist, müssen akute und latente Risiken und Gefährdungen beachtet werden: Extremismus und Gewalt, Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit, übersteigter Nationalismus und Fundamentalismus. Die Bundesregierung mißt der präventiven und offensiven Auseinandersetzung mit diesen Erscheinungen eine besondere Bedeutung zu. Sie gibt deshalb der geistig-politischen Auseinandersetzung hohe Priorität.

Geistig-politische Auseinandersetzung mit Extremismus und Gewalt bedeutet über die Wissensvermittlung hinaus, deutlich zu machen, daß die Demokratie grundlegende Wertorientierungen braucht, über die ein allgemeiner Konsens besteht.

Die *geistig-politische Auseinandersetzung* erfolgte auch 1998 vor allem mittels Broschüren zu den Themen Extremismus, Gewalt, Terrorismus und Fremdenfeindlichkeit, durch sechs Seminare für Lehrer, Jugendpfleger, Polizeibeamte, Jurastudenten und Schülerzeitungsredakteure sowie durch die Fortführung der Aufklärungskampagne gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit unter dem Motto »FAIRSTÄNDNIS – Menschenwürde achten – Gegen Fremdenhaß«.



In der Reihe »Texte zur Inneren Sicherheit« sind 1998 die Bände »Jahresbericht 1997 zur Kriminalitätslage in der Bundesrepublik Deutschland« (Band I/1998) und »Jugend und Gewalt« (Band II/1998) erschienen.

Wahrgenommen wird die Aufgabe »Verfassungsschutz durch Aufklärung« auf Bundesebene vom Bundesministerium des Innern und dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), auf Länderebene von den Innenministerien bzw. den Landesbehörden für Verfassungsschutz. Der Bund und die Länder haben eine Arbeitsgemeinschaft gebildet, die dem Erfahrungsaustausch über die Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit dient (Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft »Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes«). Schwerpunktmäßig wurde auch 1998 die Frage eines noch intensiveren Dialogs mit den Bürgern über die Aufgabenfelder des Verfassungsschutzes behandelt. Der demokratische Rechtsstaat kann nicht allein von staatlichen Behörden geschützt und bewahrt werden. Den besten Schutz der

Verfassung leistet der informierte und engagierte demokratische Bürger selbst. Hierfür bietet die Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes Informationen über dessen Erkenntnisse an, die es jedermann ermöglichen sollen, sich selbst ein Urteil über die Gefahren zu bilden, die unserem Rechtsstaat durch verfassungsfeindliche Kräfte drohen. Dies umfaßt auch die Vermittlung der Grundwerte unserer Verfassung. Nur wer weiß, was bedroht ist, weiß auch, was es zu verlieren gilt.

Die *gemeinsame Aufklärungskampagne der Innenminister von Bund und Ländern gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit* bildet einen besonderen Schwerpunkt im Rahmen der geistig-politischen Auseinandersetzung im Bereich der inneren Sicherheit. Sie wurde im März des Jahres 1993 unter dem Motto »FAIRSTÄNDNIS – Menschenwürde achten – Gegen Fremdenhaß« auf den Weg



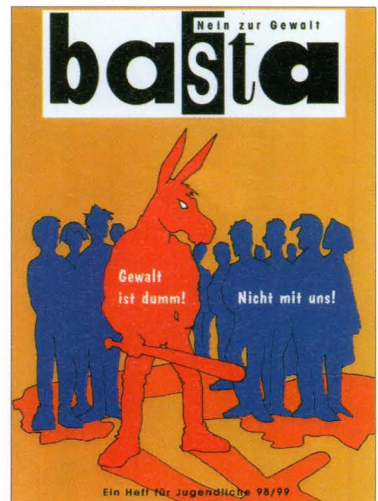
gebracht. Die Kampagne hat eine doppelte Funktion: Sie soll aufklären und motivieren. Speziell Jugendliche, aber auch die gesamte Öffentlichkeit werden über das Entstehen, die Hintergründe und das Ausmaß von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt informiert. Gleichzeitig werden insbesondere Jugendliche motiviert,



über ihr Verhalten gegenüber Fremden nachzudenken und Möglichkeiten zu suchen, wie Gewalt und Fremdenfeindlichkeit begegnet werden kann. Im Rahmen der Kampagne wurden Aufklärungs- und Werbematerialien wie Schüler- und Lehrerhefte »Halt! Keine Gewalt«, ein Heft für Jugendliche »basta – Nein zur Gewalt«, eine dazugehörige pädagogische Handreichung (bisher sind die Ausgaben 1994/1995, 1996/1997 und 1998/1999 erschienen), Computerspiele (»Dunkle Schatten« 1 und 2), Poster sowie weitere Werbemittel produziert und verteilt, Anzeigen in Jugendzeitschriften geschaltet und Fernsehspots gegen Fremdenfeindlichkeit ausgestrahlt. Konzeption und Koordinierung erfolgen durch das Bundesministerium des Innern. Seit Beginn der Kampagne wurden mehr als 13,6 Mio. DM von Bund und

Ländern jeweils hälftig aufgebracht. Die Aufklärungskampagne wird auch über das Jahr 1998 hinaus fortgeführt. Geplant ist insbesondere die Herausgabe einer neuen Auflage des Heftes für Jugendliche »basta – Nein zur Gewalt« sowie eines Heftes mit dem Titel »Demokratie live«, in dessen Mittelpunkt der fundamentale Wert der Grundrechte steht, und die Erstellung eines neuen Computerspiels. Dieses Medium ist besonders geeignet, den Jugendlichen die Thematik näher zu bringen.

Auch das Bundesamt für Verfassungsschutz informierte im Berichtsjahr im Rahmen der Öffentlich-



keitsarbeit mit zahlreichen Publikationen, Postern, Werbemitteln, Ausstellungs- und Messeterminen und einer InternetEinstellung über aktuelle Erkenntnisse.

Mit der Broschüre »Bundesamt für Verfassungsschutz – Aufgaben, Befugnisse, Grenzen« wurde eine neue Grundsatzdarstellung zum Verfassungsschutz veröffentlicht. Mehrere Fachanalysen zu einzelnen Aspekten des politischen Extremismus erweiterten das bisherige Broschürenspektrum – u. a. zu den Themen Rechtsextremismus, Extremismus im Internet und islamistische Bestrebungen. Kurzbroschüren ergänzten das Veröffentlichungsangebot in den Bereichen Linksextremismus und Spionageabwehr/Geheimsschutz.

Zusätzliche Informationen werden im Internet aufbereitet ([www.verfassungsschutz.de](http://www.verfassungsschutz.de)). Im Netz bietet das BfV fast 30 Broschüren zum Lesen an, zahlreiche Texte können auch heruntergeladen werden. Das Internetangebot wurde ganz überwiegend von deutschen Rechnern abgerufen. Die Zahl der Zugriffe stieg im Vergleich zum Vorjahr an.

Die seit 1996 eingesetzte Wanderausstellung »Demokratie ist verletzt – Rechtsextremismus in Deutschland« wurde an zehn Orten, überwiegend in Ostdeutschland, präsentiert. Die zweite Wanderausstellung »Verfassungsschutz im demokratischen Rechtsstaat«, die seit 1991 im Einsatz ist, wurde in sechs Städten gezeigt. Wie auch in der Vergangenheit war ein Großteil der Besucher Schüler, die über gezielte Einladungen an Schulen erreicht wurden. Schulklassen nahmen das Angebot von Ausstellungsführungen durch Mitarbeiter des Verfassungsschutzes häufig in Anspruch.

Seit sieben Jahren wendet sich das BfV auch mit Messeständen an die Öffentlichkeit. Eine wichtige Zielgruppe sind dabei Lehrkräfte und andere Multiplikatoren in der Bildungsarbeit. Ergänzend dazu stand das Thema »Extremismus im Internet« bei der erstmaligen Beteiligung an der CeBIT-Home 98 in Hannover im Vordergrund. Hier wurden viele Internetsurfer sensibilisiert.

Eine wesentliche Voraussetzung für eine wirksame Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ist die *Erforschung der Ursachen*. Mit der Initiierung und Auswertung von Forschungsvorhaben zu Themen der inneren Sicherheit werden Handlungsoptionen für die Politik gewonnen. Deshalb hat das Bundesministerium des Innern ein Forschungsvorhaben an das Deutsche Jugendinstitut in München in Auftrag gegeben, das im Rahmen einer Längsschnittanalyse die 1994 erstellte Studie »Analyse fremdenfeindlicher Straftäter« fortschreibt. Mit Hilfe dieser Studie soll vor allem in Erfahrung gebracht werden, welche Motive, sozialen Umstände



und Lebensverläufe den Taten zugrundeliegen und welche präventiv-strategischen Konsequenzen daraus zu ziehen sind.

Auch nach Beendigung des »Europäischen Jahres gegen Rassismus (1997)« am 28. Februar 1998 wird der begonnene Dialog zwischen Regierung und Nichtregierungsorganisationen fortgesetzt. Hierfür hat sich am 19. März 1998 das »Forum gegen Rassismus« konstituiert. Auf dem Hintergrund der notwendigen Auseinandersetzung mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit wird das Bundesministerium des Innern während der deutschen EU-Präsidentschaft eine internationale Konferenz zum Thema »Religionen – Ethnien – Staat« veranstalten. Ziel der Konferenz soll es sein, ein politisches Signal für *Toleranz und gegen Rassismus* zu setzen, im Sinne friedlichen Zusammenlebens verschiedener Ethnien und verschiedener Religionen im Rahmen der demokratischen Verfassungen der europäischen Staaten. Die Konferenz soll auch die Bedeutung der Bemühungen um eine verbesserte Integration der nach Europa Zugewanderten thematisieren. Die neue Bundesregierung sieht in diesem Bereich eine Schwerpunktaufgabe, die insbesondere mit einer grundlegenden Reform des Staatsangehörigkeitsrechts vorangebracht werden soll.

Durch alle diese Maßnahmen, die Wachsamkeit in der Bevölkerung, konsequentes Einschreiten der Polizei und konsequente Strafverfolgung ist es gelungen, daß mit Ausnahme des Jahres 1997 die rechtsextremistisch und fremdenfeindlich motivierten Gewalttaten seit 1993 stetig zurückgegangen sind. Extremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt bleiben aber bedrohlich. Für die neue Bundesregierung wird – wie in der Koalitionsvereinbarung verabredet – eine wirksame politische Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus Schwerpunkt ihrer Arbeit sein.

Weitere Informationen über die »FAIRSTÄNDNIS«-Kampagne sowie die o.g. Materialien erhalten Sie beim

Bundesministerium des Innern  
Stichwort »FAIRSTÄNDNIS«  
Berlin: Alt Moabit 101 D, 10559 Berlin  
Bonn: Graurheindorfer Straße 198, 53117 Bonn

Informationen über Veröffentlichungen des BfV und seine Wanderausstellungen erhalten Sie über das

Bundesamt für Verfassungsschutz  
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Merianstraße 100  
50765 Köln  
oder per Internet: <http://www.verfassungsschutz.de>  
E-Mail: [bfvinfo@verfassungsschutz.de](mailto:bfvinfo@verfassungsschutz.de)

**Verfassungs-  
schutz  
bericht  
1998**

---

*Rechtsextremistische Bestrebungen*

---

*Linksextremistische Bestrebungen*

---

*Sicherheitsgefährdende und  
extremistische Bestrebungen  
von Ausländern*

---

*Spionage und sonstige  
nachrichtendienstliche Aktivitäten*

---

*Scientology-Organisation (SO)*

---

*Verfassungsschutz durch Aufklärung*

---

*Erläuterungen und Dokumentation*

---

*Gesetzestexte*

---

## Erläuterungen und Dokumentation

- 1) Zu den gewaltbereiten Rechtsextremisten zählen neben den rechtsextremistischen Skinheads sowohl Personen, die bereits an rechtsextremistischen Gewalttaten beteiligt waren, als auch solche, die sich für Gewaltanwendung aussprechen.
- 2) Nach der Definition der Verfassungsschutzbehörden ist Terrorismus der nachhaltig geführte Kampf für politische Ziele, die mit Hilfe von Anschlägen auf Leib, Leben und Eigentum anderer Menschen durchgesetzt werden sollen, insbesondere durch schwere Straftaten, wie sie in § 129a Absatz 1 des Strafgesetzbuches genannt sind, oder durch andere Straftaten, die zur Vorbereitung solcher Straftaten dienen.
- 3) »Vorderste Front – Zeitschrift für politische Theorie & Strategie« (Ausgabe 2/Juni 1991)
- 4) Vgl. Verfassungsschutzbericht 1996, S. 106
- 5) Meldung des »NIT Bayern« vom 3. Juni 1998
- 6) KÄS wiederholte damit wortwörtlich seine Äußerung auf dem »Republikanertag« am 3. Oktober 1997 in Stuttgart.
- 7) Redemanuskript S. 18 – 21
- 8) Gegen WNENDT wurde im Juni 1998 ein Parteiordnungsverfahren eingeleitet (Quelle: Info-Telefon des REP-Kreisverbandes Mark vom 7. Juni 1998). WNENDT erklärte seinen Parteiaustritt zum 31. Dezember 1998 (Quelle: Info-Telefon des REP-Kreisverbandes Mark vom 22. November 1998).
- 9) Info-Telefon des REP-Kreisverbandes Mark vom 5. April 1998
- 10) Info-Telefon des REP-Ortsverbandes Plettenberg vom 18. Januar 1998
- 11) Pressemitteilung der REP-Bundesgeschäftsstelle vom 19. August 1998
- 12) So der geschäftsführende stellvertretende Bundesvorsitzende Christian KÄS am 6. Juni 1998 in Kassel in seiner Rede während einer Protestkundgebung der »Republikanischen Jugend« gegen die Ausstellung. Dabei geht es nicht um einzelne historisch umstrittene oder angreifbare Zuordnungen, sondern um die pauschale Verdammung der Ausstellung und diese Art der Vergangheitsbewältigung.

- 13) Von den REP im Internet eingestellte Resolution des REP-Landesparteitags Niedersachsen vom 17. Oktober 1998.
- 14) Redemanuskript S. 18
- 15) Niedersächsisches Oberverwaltungsgericht, Urteil vom 26. Juni 1997, S. 18 ff. (20)
- 16) »NIT Rheinland«: Ansage vom 10. Juni 1998; »NIT Preussen«: Ansage vom 9. Juni 1998
- 17) Unter den Teilnehmern befanden sich zudem Neonazis wie Friedhelm BUSSE und Thorsten HEISE (Quelle: »Internet-Magazin des Nationalen Widerstandes 'Perspektive'«, Ausgabe Mai/Juni 1998).
- 18) Über gegen KÄS verhängte Sanktionen ist nichts bekanntgeworden.
- 19) Bei dem Bundesparteitag der REP am 7./8. Juli 1990 in Ruhstorf wurde beschlossen, niemand, der in extremistischen und verfassungsfeindlichen Organisationen (z. B. NPD, DVU) eine Rolle gespielt habe, dürfe in Zukunft eine Funktion in der Partei übernehmen.
- 20) Redemanuskript S. 10
- 21) Vgl. Erläuterung Nr. 8
- 22) Gegen HÖBER wurde Anfang 1998 aus einem anderen Grund ein Parteiordnungsverfahren eingeleitet. Der Ausgang des Verfahrens ist nicht bekannt.
- 23) »Nation & Europa«, Ausgabe Juni 1998, S. 15 f.
- 24) »Signal«, Ausgabe Juni/Juli 1998, S. 17
- 25) So der Bundesvorsitzende SCHLIERER im Parteiorgan »Der Republikaner«, Ausgabe 8/98, S. 3
- 26) Pressemitteilung der REP-Bundesgeschäftsstelle vom 28. September 1998
- 27) Ein Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung gegen die nachrichtendienstliche Beobachtung des REP-Landesverbandes Baden-Württemberg war bereits am 11. März 1994 vom Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg als unbegründet zurückgewiesen worden.

- 28) FREY ist Inhaber der »DSZ – Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH« (DSZ-Verlag), seine Ehefrau leitet die »FZ – Freiheitliche Buch- und Zeitschriftenverlag GmbH« (FZ-Verlag).
- 29) So kreditiert FREY im wesentlichen das Defizit der DVU, das sich nach Angaben eines Wirtschaftsprüfers auf der DVU-Großkundgebung am 26. September in Passau auf neun Millionen DM beläuft.
- 30) Vgl. DNZ Nr. 15/1998, S. 1 f.
- 31) Vgl. DNZ Nr. 12/1998, S. 1 f.
- 32) Vgl. DWZ/DA Nr. 29/1998, S. 1
- 33) Vgl. DNZ Nr. 30/1998, S. 1
- 34) Vgl. DWZ/DA Nr. 18/1998, S. 1
- 35) Vgl. DNZ Nr. 8/1998, S. 8
- 36) Vgl. DWZ/DA Nr. 16/1998, S. 1
- 37) Vgl. DWZ/DA Nr. 40/1998, S. 1
- 38) Vgl. DWZ/DA Nr. 10/1998, S. 1 f.
- 39) Vgl. DNZ Nr. 5/1998, S. 3
- 40) Vgl. DNZ Nr. 8/1998, S. 3
- 41) Vgl. DNZ Nr. 3/1998, S. 6
- 42) So die »DVU-Erklärung zum Ausgang der Wahl« vom 28. September 1998
- 43) Vgl. DNZ Nr. 41/1998, S. 4
- 44) Daneben erscheint seit Januar 1998 ein kostenloses Werbefaltblatt »DS EXTRA« mit einer monatlichen Auflage bis zu 100.000.
- 45) So der NPD-Bundesvorsitzende Udo VOIGT im Parteiorgan »Deutsche Stimme« Nr. 6/98, S. 2
- 46) VOIGT vor dem NPD-Bundesparteitag am 10./11. Januar 1998 in Stavenhagen (Mecklenburg-Vorpommern); zitiert nach: »Der Kamerad«, Mitteilungsblatt des NPD-Landesverbands Mecklenburg-Vorpommern, 1/98, S. 11
- 47) VOIGT in der österreichischen Zeitschrift »Aula« Nr. 9/98, S. 15
-

- 
- 48) Vgl. »Deutsche Stimme« Nr. 4-5/98, S. 8
- 49) VOIGT a. a. O., S. 15
- 50) VOIGT a. a. O., S. 16
- 51) Zitiert nach »Sächsische Zeitung« vom 2. September 1998
- 52) Vom ZDF in der Sendung »Kennzeichen D« am 25. Februar 1998 ausgestrahlter Ausschnitt aus der Rede APFELS
- 53) Wolfgang FRENZ: »Der Verlust der Väterlichkeit oder Das Jahrhundert der Juden«, P. Seidler-Verlag, Solingen, 1998
- 54) FRENZ a. a. O., S. 67
- 55) FRENZ a. a. O., S. 81
- 56) FRENZ a. a. O., S. 15, 18
- 57) Vgl. »Deutsche Stimme« Nr. 6/98, S. 1
- 58) Vgl. »Deutsche Zukunft« Nr. 9/98, S. 7
- 59) Vgl. »Deutsche Zukunft« Nr. 9/98, S. 22
- 60) Vgl. »Deutsche Zukunft« Nr. 10/98, S. 21
- 61) Gemeint ist hier offensichtlich der »Leuchter-Report« – verfaßt 1988 von dem Amerikaner Fred LEUCHTER zur Unterstützung des in Kanada angeklagten deutschen Revisionisten Ernst ZÜNDEL, in dem die fabrikmäßige Massenvernichtung von Juden im Dritten Reich mittels Zyklon B geleugnet wird. Dies verwirklicht den Tatbestand der Volksverhetzung gemäß § 130 StGB.
- 62) FRENZ a. a. O., S. 85, 31
- 63) FRENZ a. a. O., S. 76
- 64) Vgl. »Der Kamerad« Nr. 1/98, S. 6
- 65) Vgl. »Deutsche Zukunft« Nr. 10/98, S. 24
- 66) Vgl. »Deutsche Zukunft« Nr. 2/98, S. 14
- 67) Vgl. »DS EXTRA« Nr. 4/98, S. 1
- 68) Vgl. »Deutsche Stimme« Nr. 7/98, S. 6
- 69) Vgl. »Deutsche Stimme« Nr. 7/98, S. 2
-

- 70) VOIGT in: »Deutsche Stimme« Nr. 7/98, S. 2
- 71) Der Antikapitalismus stellt keineswegs nur ein Ideologiemerkmal der politischen Linken dar. Auch Rechtsextremisten erklärten immer wieder ihre Gegnerschaft zum Kapitalismus. Anders als die Marxisten beabsichtigen sie aber nicht die Enteignung privater Produktionsmittel, sondern ihr Ziel ist die Schaffung einer nationalen und sozialen »Volksgemeinschaft«, der sich auch die ökonomischen Freiheiten unterzuordnen hätten. Entsprechende Positionen vertraten etwa Anhänger des »linken Flügels« der NSDAP, wie Gottfried Feder oder Gregor und Otto Strasser.
- 72) »Deutsche Stimme« Nr. 9-10/98, S. 13
- 73) Jürgen SCHÖN, stellvertretender NPD-Bundesvorsitzender; zitiert nach »Der Spiegel« vom 20. Juni 1998
- 74) »Deutsche Stimme« Nr. 9-10/98, S. 1
- 75) Bei seiner Wahl zum Bundesvorsitzenden im März 1996 hatte VOIGT nur mit knapper Mehrheit seinen Amtsvorgänger, den langjährigen NPD-Bundesvorsitzenden Günter DECKERT, geschlagen.
- 76) Vgl. »Deutsche Stimme« Nr. 6/98, S. 2
- 77) Die vom Bundesvorstand herausgegebenen »Thesepapiere« der JN erschienen erstmals Anfang 1991 als »umfassende Theorieaussagen« mit einem »in sich geschlossenen Welt- und Menschenbild«, dessen Grundgedanken die JN auch heute noch als »unumstößliche Wahrheiten« ansehen (so das Vorwort der aktuellen Thesepapiere vom Juli 1998).
- 78) Die sog. Kader werden in vier Stufen herangebildet: Mitgliedsanwärter, Mitglied, Kaderanwärter, Kader.
- 79) Vgl. »Der Aktivist« Nr. 2/96, S. 25
- 80) Vgl. »Einheit und Kampf« Nr. 15/96, S. 13
- 81) »Manifest« der DLVH von 1996, S. 1 f.
- 82) Kongreßprotokoll 1998, S. 7
- 83) Kongreßprotokoll 1997, S. 158 f.
- 84) Kongreßprotokoll 1998, S. 138, 143 f.
- 85) Kongreßprotokoll 1998, S. 11
-

- 
- 86) »Staatsbriefe« Nr. 5/98
- 87) »Opposition« Nr. 2/98
- 88) »Opposition« Nr. 2/98, S. 88 ff., »Nation & Europa« Nr. 5/98, S. 64 ff.
- 89) Vgl. »Deutschland in Geschichte und Gegenwart« Nr. 1/98, S. 30 ff.
- 90) Vgl. »Europa vorn« Nr. 121-122/98
- 91) Vgl. »Nation & Europa« Nr. 7-8/98
- 92) »Signal« Nr. 124/125 1998
- 93) »Opposition« Nr. 1/98
- 94) »Nation & Europa« Nr. 7/8/98
- 95) Internet Relay Chat (wörtlich: Internet – Übertragung – Unterhaltung)
- 96) Als linksextremistisch beeinflusst werden von Linksextremisten gegründete oder unterwanderte Organisationen bezeichnet, die sich als überparteilich oder unabhängig darstellen, tatsächlich aber unter erheblichem linksextremistischem Einfluß stehen. Fast immer sind Teile der Vorstände und die Mehrheit der Mitglieder keine Linksextremisten, die entscheidenden Funktionen, vor allem im organisatorischen Bereich, sind aber zumeist von Linksextremisten besetzt.
- 97) Vgl. Erläuterung Nr. 2
- 98) Ähnlich äußerte sich ein Redakteur der Berliner Wochenzeitung »Jungle World« in der Ausgabe vom 29. April 1998 (Nr. 18). Im Hinblick auf Perspektiven des Widerstandes schrieb er:  
*»Auf jeden Fall wird mit der zunehmenden Beschneidung der demokratischen Rechte Widerstand auch in Deutschland weiter und vielleicht auch wieder vermehrt auf eine anonyme Organisation zurückgreifen müssen, also auf das, was die RAF den Untergrund nannte. Kein Terrain, um vielleicht noch irgendwann gesellschaftliche Mehrheiten zu gewinnen, aber Ausgangspunkt, um aktionsfähig, widerstandsfähig zu bleiben. Und darauf kann es keinen Verzicht geben.«*
- 99) Die Konferenz unter dem Motto »Befriedung oder Befreiung?« sollte bereits Ostern 1998 stattfinden, kam jedoch u. a. aus finanziellen und organisatorischen Gründen nicht zustande. Zur
-



Teilnahme wurden Angehörige von »Befreiungsbewegungen, Solidaritätsorganisationen und Basisbewegungen« vor allem europäischer und südamerikanischer Provenienz eingeladen. Angesichts einer als notwendig angesehenen »Internationalisierung der Kämpfe« soll die Konferenz – so »Libertad!« – ein Schritt zu einem langfristigen internationalen Diskussions- und Mobilisierungsprozeß sein.

(vgl. »Angehörigen Info« Nr. 210 vom 7. August 1998)

<sup>100)</sup> »Metropole« bezeichnet in der Sprache der Linksextremisten die westlichen Industriestaaten; dieser Begriff wird häufig als Gegensatz zu »Trikont« – den angeblich von den »Metropolentaaten« ausgebeuteten Ländern der sog. Dritten Welt – verwandt.

<sup>101)</sup> Über 50 – z.T. konspirativ hergestellte und verbreitete – Szenepublikationen veröffentlichen regelmäßig Taterklärungen, Positionspapiere, Aufrufe zu Demonstrationen, »Bastelanleitungen« (Anleitungen zur Herstellung u. a. von Brand- und Sprengsätzen) und andere für die linksextremistische Diskussion und Praxis relevante Beiträge. Die meisten dieser Publikationen haben vorrangig regionale Bedeutung, wie die im Rhein-Main-Gebiet verbreitete »SWING« oder die »RAZZ« aus Hannover. Von bundesweiter Relevanz ist die regelmäßig in Berlin erscheinende Schrift »INTERIM«.

<sup>102)</sup> So sind Homepages aus dem linksextremistischen Bereich über das Internet abrufbar, die – aus Gründen der Strafverfolgung – gezielt nicht im Bundesgebiet, sondern über im Ausland angesiedelte Provider angeboten werden. Die Untergrundzeitschrift »radikal« beispielsweise stellt ihre Texte und Informationen über Provider in den Niederlanden und den USA im Internet ein.

<sup>103)</sup> Diese werden an Schüler und Jugendliche zumeist kostenlos verteilt; von Bedeutung sind u. a. »BRAVO-Antifa« aus Berlin, »FIGHT BACK« aus Braunschweig, »Antifa Jugendinfo Bonn/Rhein-Sieg« sowie »BRAST« aus Göttingen. Auch in diesen Publikationen wird unverhohlen zur Gewalt aufgerufen; es wird ferner deutlich, daß bereits die Jugendgruppen mit ihrem vordergründig »antifaschistischen« Engagement weitergehende Ziele verfolgen:

*»Wir wollen nicht nur gegen Nazis als Personen etwas machen, sondern auch gegen die Ursachen von Faschismus, und die liegen immer noch im kapitalistischen System.«*

(»BRAST« Nr. 14 von April 1998)

<sup>104)</sup> So veröffentlichte »INTERIM« in der Ausgabe Nr. 441 vom 9. Januar 1998 Lichtbild, Telefonnummern (dienstlich/privat) sowie Typ und Kennzeichen des Kraftfahrzeugs eines Rechtsextremisten, verbunden mit der Aufforderung:

*»Laßt euch was einfallen!  
Stiefel- und Nadelstreifenfaschisten angreifen!  
Keine Ruhe den Faschisten!  
ANTIFA heißt Angriff!«*

<sup>105)</sup> Anlaß für die »Sonderkonferenz« waren Pressemeldungen vom Mai über die Feststellung erhöhter Strahlungswerte an CASTOR-Behältern.

<sup>106)</sup> Protest gegen das vom Bundesinnenminister initiierte Programm »Aktion Sicherheitsnetz«, gegen die Schaffung kommunaler Präventionsräte, für die der bezirkliche Sicherheitsbeirat Wedding ein Beispiel sei.

<sup>107)</sup> Tätigkeitsbericht des Parteivorstands auf dem 14. Parteitag, DKP-Informationen Nr. 5/98 – Juli 1998

<sup>108)</sup> »DKP-Informationen« Nr. 5/98 – Juli 1998, S. 36

<sup>109)</sup> DKP-Zentralorgan »Unsere Zeit« vom 22. Mai 1998

<sup>110)</sup> »Neues Deutschland« (ND) vom 6. November 1998

<sup>111)</sup> a. a. O.

<sup>112)</sup> »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 24. Juni 1998

<sup>113)</sup> »Neues Deutschland« vom 10. August 1998

<sup>114)</sup> u. a. in »Marzahn links«, Februar 1998

<sup>115)</sup> In einem Resümee zum Parteitag schätzte DKP-Vorsitzender Heinz STEHR ein, das Grußwort des Ehrenvorsitzenden der PDS sei eine Aufforderung zu mehr Zusammenarbeit zwischen PDS und DKP gewesen. Dies werde von der DKP aufgegriffen; das Grußwort solle genutzt werden, um die Zusammenarbeit zu intensivieren (»Unsere Zeit« Nr. 23 vom 5. Juni 1998).

<sup>116)</sup> Der Landesvorsitzende der PDS Mecklenburg-Vorpommern Helmut HOLTER bekräftigte, die Partei bleibe unter allen Umständen eine »sozialistische, antikapitalistische und systemoppositionelle Partei« (»Tagesspiegel« vom 11. Oktober 1998). Auf die Frage eines Journalisten, was dies bedeute, antwortete er einige Zeit später: »Ich mache ja keinen Hehl daraus, daß wir eine

andere Gesellschaftsordnung wollen und das ist unter diesem Begriff zu verstehen, das heißt aber nicht, daß wir morgen mit Waffengewalt hier Veränderungen erreichen wollen, sondern es geht darum, systematisch über demokratische Mittel Veränderungen zu erreichen. Der Regierungseintritt hier in Mecklenburg-Vorpommern ist ein solcher Schritt.«  
(ZDF-Sendung »Frontal« am 3. November 1998)

<sup>117)</sup> Entsprechend dem Beschluß der 1. Tagung des 4. Parteitages (Januar 1995) »Sozialismus ist Weg, Methode, Wertorientierung und Ziel«.

<sup>118)</sup> »die tageszeitung« (taz) vom 18. Mai 1998

<sup>119)</sup> »PDS-Pressedienst« Nr. 23 vom 5. Juni 1998

<sup>120)</sup> »Berliner Zeitung« vom 7. Mai 1998:  
Der – damalige – PDS-Bundestagsabgeordnete Uwe-Jens HEUER bekräftigte in der UZ vom 6. Februar 1998 aus Anlaß einer PDS-Konferenz »Das Verhältnis des Sozialismus zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Geschichte und Gegenwart« am 17. Januar 1998 in Berlin, breite Zustimmung habe in der PDS die Position gefunden, wonach das Grundgesetz den notwendigen Rahmen für die Bestrebungen der Partei bilde, die dessen Verteidigung und demokratische Veränderung umfaßten.

<sup>121)</sup> Bundesgeschäftsführer Dietmar BARTSCH zu den Koalitionsverhandlungen in Mecklenburg-Vorpommern: Grundsätzlich bleibe die PDS gesellschaftliche Opposition, »weil wir eine andere Republik wollen« (»Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 19. Oktober 1998).

<sup>122)</sup> Schriftenreihe »controvers«: Harald NEUBERT, »Internationalismus – Tradition und aktuelle Erfordernisse«, Hrsg.: Grundsatzkommission der PDS, Berlin, Mai 1998

<sup>123)</sup> So die auszugsweise Auflistung von internationalen Kontakten des PDS-Parteivorstands im »PDS-Pressedienst« Nr. 32 vom 7. August 1998.  
Zum Erfolg bei der Bundestagswahl erhielt die PDS zahlreiche Glückwunschschreiben auch von ausländischen kommunistischen Parteien, zu denen sie Kontakte unterhält. So bekräftigte das Sekretariat des Zentralkomitees der »Portugiesischen Kommunistischen Partei« seine Bereitschaft, »die existierende gute Zusammenarbeit« zwischen den Parteien zu vertiefen (»PDS-Pressedienst« Nr. 41 vom 9. Oktober 1998).

<sup>124)</sup> Homepage der PDS im Internet

- <sup>125)</sup> »Neues Deutschland« vom 8. Juni 1998
- <sup>126)</sup> »Rote Fahne« Nr. 7 vom 13. Februar 1998, S.12
- <sup>127)</sup> »Rote Fahne« Nr. 13 vom 27. März 1998, S.12
- <sup>128)</sup> »Rote Fahne« Nr. 32 vom 7. August 1998, S.10
- <sup>129)</sup> Der 1991 auf Initiative der MLPD zur Erweiterung ihres Umfeldes gegründete Frauenverband »Courage« organisierte am 21./22. November in Solingen seinen »2. frauenpolitischen Ratschlag« (»Rote Fahne« Nr. 42 vom 16. Oktober 1998, S.16).
- <sup>130)</sup> Die Vorfeldorganisation »Solidarität International«, 1996 von der MLPD gegründet, veranstaltete mit Unterstützung türkischer maoistischer Gruppierungen am 18./19. April in Nürnberg ihre »2. Bundesdelegiertenversammlung« mit rund 150 Teilnehmern aus dem In- und Ausland (»Rote Fahne« Nr. 20 vom 15. Mai 1998, S.16).
- <sup>131)</sup> In der Gesamtauflage 1998 ist erstmals die Auflage der »jungen Welt« enthalten. Aus Gründen der Vergleichbarkeit wurden auch für den Vorjahreszeitraum die Angaben entsprechend angepaßt.
- <sup>132)</sup> Stéphane Courtois, Nicolas Werth u. a., »Schwarzbuch des Kommunismus – Unterdrückung, Verbrechen und Terror«, München 1998
- <sup>133)</sup> Der Begriff »Islamismus« leitet sich vom Begriff Islamisten ab, der Selbstbezeichnung der Vertreter dieser ideologischen Richtung. In der Öffentlichkeit und insbesondere in den Medien wird diese extremistische Ideologie auch als islamischer Fundamentalismus bezeichnet.
- <sup>134)</sup> Devrimci Halk Kurtulus Partisi-Cephesi
- <sup>135)</sup> Türkiye Halk Kurtulus Partisi-Cephesi – Devrimci Sol
- <sup>136)</sup> Die Zahlenangaben beruhen auf Schätzungen. Veränderungen der Mitglieder-/Anhängerzahlen gegenüber dem Vorjahr können auch auf neuere Erkenntnisse zurückzuführen sein, bedeuten daher nicht immer einen tatsächlichen Zuwachs bzw. Verlust.
- <sup>137)</sup> Darunter werden hier Organisationen von im Bundesgebiet lebenden Ausländern verstanden, deren Bestrebungen sich im Sinne von § 3 Abs. 1 Bundesverfassungsschutzgesetz gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder – aus politischen Motiven – gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes

richten oder die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

- <sup>138)</sup> Es kann nicht davon ausgegangen werden, daß alle Mitglieder/Anhänger der IGMG islamistische Ziele verfolgen oder unterstützen.
- <sup>139)</sup> Benannt nach dem langjährigen Chefideologen und Leiter der »Devrimci Sol«, Dursun KARATAS
- <sup>140)</sup> Benannt nach dem im März 1993 von türkischen Sicherheitskräften getöteten Anführer der Oppositionsgruppe, Bedri YAGAN
- <sup>141)</sup> Kalif: Wörtlich: Nachfolger, Stellvertreter; im religiös historischen Kontext: Nachfolger des Gesandten Gottes, des Propheten Mohammed, dem religiösen und weltlichen Oberhaupt der muslimischen Urgemeinde
- <sup>142)</sup> »Ümmet-i Muhammed« Nr. 244 vom 15. Oktober 1998, S. 1, 5
- <sup>143)</sup> »Ümmet-i Muhammed« Nr. 252 vom 10. Dezember 1998, S. 1
- <sup>144)</sup> In ihrer Satzung heißt es dazu:  
»Die Parteidisziplin zu verletzen, sich nicht an die Bestimmungen in der Satzung zu halten und sie nicht einzuhalten, gegen die Parteilinie zu sprechen oder Propaganda zu betreiben, die Beschlüsse und Anweisungen der Partei nicht auszuführen oder ihre Berechtigung in Frage zu stellen, die Lebensweise und die offiziellen Regeln der Partei zu verletzen, Parteigeheimnisse zu verraten, ... und ähnliche Verhaltensweisen sind Straftaten gegen die Partei. Diejenigen, die solche Straftaten begehen, werden vom Zentralkomitee oder dem Generalpräsidium dem Zentralen Disziplinarrat übergeben, und dieser Rat führt Untersuchungen durch und bestraft sie.«
- <sup>145)</sup> Conseil de Coordination à l'Étranger
- <sup>146)</sup> Der 1979 vom iranischen Revolutionsführer Khomeini initiierte »Ghods«-Tag wird jeweils am letzten Freitag des Fastenmonats Ramadan von den Muslimen gefeiert und soll an die fortdauernde Besetzung Palästinas und der Al Aksa-Moschee in Jerusalem erinnern.
- <sup>147)</sup> Im Hinblick auf den »Demokratischen Bund Kosovo« (LDK) liegen keine tatsächlichen Anhaltspunkte für verfassungsschutzrelevante Bestrebungen im Sinne des § 3 Abs. 1 BVerfSchG vor.

- <sup>148)</sup> Zur GUS gehören: Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Moldau, Russische Föderation, Tadschikistan, Turkmenistan, Ukraine, Usbekistan, Weißrußland.
- <sup>149)</sup> Proliferation = Weiterverbreitung von atomaren, biologischen und chemischen Massenvernichtungswaffen sowie der zu deren Einsatz erforderlichen Trägersysteme.
- <sup>150)</sup> Exklusiv-Interview der »NESAWISIMAJA GAZETA« vom 19. Dezember 1997 mit KOWALJOW
- <sup>151)</sup> Am 26. Januar 1999 verurteilte das Oberlandesgericht Celle die beiden Angeklagten wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit zu Haftstrafen von einem Jahr und neun Monaten bzw. zu einem Jahr und drei Monaten. Beide Strafen wurden für jeweils drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt. Darüber hinaus müssen beide Täter ihren Agentenlohn in Höhe von 30.000 DM bzw. 2.500 DM an die Staatskasse zurückzahlen. Das Gericht stellte in der Urteilsbegründung fest, beide Täter hätten während ihrer mehr als zehnjährigen Agententätigkeit immer gewußt, daß sie für den KGB bzw. den SWR und nicht für einen Geheimdienst der ehemaligen DDR arbeiteten. Die DDR habe zu keiner Zeit Flugzeuge hergestellt. Beide Angeklagten verzichteten nach der Urteilsverkündung auf die Einlegung von Rechtsmitteln.
- <sup>152)</sup> Die Organisation gibt eine Vielzahl von Publikationen heraus. Eine der bedeutendsten für den deutschsprachigen Raum ist die Publikation »Freiheit«.
- <sup>153)</sup> Die SO gab in der Sonderausgabe der »Freiheit« (S. 4) anlässlich des »Marathonlaufes für Religionsfreiheit in Europa« im August 1998 die Anschriften von jeweils zehn »Kirchen« und »Missionen« an. Nach ihren Angaben im Internet besitzt sie in Deutschland neun »Kirchen« und elf »Missionen«.
- <sup>154)</sup> Eine Ausnahme bildete aufgrund unterschiedlicher Rechtslage die Verfassungsschutzbehörde in Schleswig-Holstein.
- <sup>155)</sup> Vgl. »Bericht der Bund-Länder-Arbeitsgruppe Scientology der Verfassungsschutzbehörden gemäß Beschluß der Konferenz der Innenminister und -senatoren vom 05./06.06.1997« (Stand: 12. Oktober 1998), S. 102
- <sup>156)</sup> Nach einem Beschluß des Bundesarbeitsgerichts vom 23. März 1995 (Neue Juristische Wochenschrift 1996, S. 143 ff.) handelt es sich bei der SO in Deutschland nicht um eine Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft im Sinne des Grundgesetzes. Ihre

religiösen oder weltanschaulichen Lehren dienten vielmehr nur als Vorwand für die Verfolgung wirtschaftlicher Ziele.

- <sup>157)</sup> Vgl. § 3 der Mustersatzung einer SO-Mission
- <sup>158)</sup> Vgl. zum Begriff »Thetan«: HUBBARD, Fachwortsammlung für Dianetics und Scientology, 4. Auflage, Kopenhagen 1985 (zitiert: HUBBARD, Fachwortsammlung) S. 98; HUBBARD, Scientology – Die Grundlagen des Denkens, 2. Auflage, Kopenhagen 1973, S. 37
- <sup>159)</sup> Vgl. zum Begriff »Operierender Thetan«: HUBBARD, Fachwortsammlung, S. 67
- <sup>160)</sup> Vgl. zum Begriff »Clear«: HUBBARD, Dianetik – Die moderne Wissenschaft der geistigen Gesundheit, 8. Auflage, Kopenhagen 1984 (zitiert: HUBBARD, Dianetik), S. 215
- <sup>161)</sup> Vgl. zum Begriff »Aberration«: HUBBARD, Fachwortsammlung, S. 1
- <sup>162)</sup> Vgl. zum Begriff »Engramm«: HUBBARD, Fachwortsammlung, S. 27
- <sup>163)</sup> Vgl. zum Begriff »Auditing«: HUBBARD, Das Scientology-Handbuch, Kopenhagen 1994, S. 156
- <sup>164)</sup> Vgl. zum Begriff »Auditor«: Was ist Scientology?, Kopenhagen 1993, S. 156
- <sup>165)</sup> Vgl. zum Begriff »Preclear«: Was ist Scientology?, a. a. O., S. 156
- <sup>166)</sup> Vgl. zum Ablauf des »Auditing«: Was ist Scientology?, a. a. O., S. 156 f.
- <sup>167)</sup> Vgl. zum Begriff »E-Meter«: Was ist Scientology?, a. a. O., S. 157 ff.
- <sup>168)</sup> Vgl. Was ist Scientology?, a. a. O., S. 157 ff.
- <sup>169)</sup> Vgl. HUBBARD, Dianetik – Das Handbuch der Dianetik-Verfahren, Kopenhagen 1995, S. 20, 195 (neueste bekanntgewordene Ausgabe, die von der SO veröffentlicht wurde); vgl. zum Datum der Erstausgabe: L. Ron Hubbard – Ein Portrait, Church of Scientology International (CSI) 1995, S. 107

- 170) Vgl. »Freiheit«, 1997 mit dem Titelblatt: »ZEIT ZU ENTSCHEIDEN ...«, S. 57; HUBBARD, Das Handbuch für den Ehrenamtlichen Geistlichen, 2. Auflage, Kopenhagen 1983, S. 280; HUBBARD, Dianetik – Die moderne Wissenschaft der geistigen Gesundheit, 8. Auflage, Kopenhagen 1984, S. 487 zur eingeschränkten Verleihung von Bürgerrechten ausschließlich an »Nichtaberrierte« und S. 378 zum eingeschränkten Recht auf Eheschließung und Fortpflanzung.
- 171) Vgl. HUBBARD, Handbuch des Rechts; Kopenhagen 1979, S. 1 f., 3 ff., 8 ff.
- 172) Vgl. HUBBARD, Einführung in die Ethik der Scientology, Kopenhagen 1989, S. 303; §§ 5 Nr. 3 und 8 Nr. 1 Buchst. a der Mustersatzung der SO für Kirchen und Missionen in Deutschland, die 1992 von ihr der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) übersandt wurde; Werbebroschüre der »International Association of Scientologists« (IAS) aus dem Jahr 1998; darin bezeichnet die IAS es als ihren Organisationszweck, »... die Scientology-Religion und Scientologen in allen Teilen der Welt zu vereinigen, zu unterstützen und zu schützen, damit die Ziele der Scientology, wie L. Ron Hubbard sie aufgestellt hat, erreicht werden ...«.
- 173) Vgl. HUBBARD, Scientology – Die Grundlagen des Denkens, Seevetal-Maschen 1997, S. 153; HUBBARD, Dianetik – Das Handbuch der Dianetik-Verfahren, Kopenhagen 1995, S. 378 u, 487
- 174) Vgl. HUBBARD, Dianetik – Das Handbuch der Dianetik-Verfahren, Kopenhagen 1995, S. 487
- 175) Vgl. HUBBARD, Dianetik – Das Handbuch der Dianetik-Verfahren, Kopenhagen 1995, S. 378
- 176) Die Unterlage wurde 1998 im Laufe der nachrichtendienstlichen Beobachtung bekannt.
- 177) Nach Angaben der SO sollte das Formblatt bis Ende Februar 1998 verwendet und durch eine Neuausgabe ersetzt werden, welches die Verpflichtung zur Zerschlagung feindlicher Gruppen oder Organisationen nicht mehr enthält.
- 178) Nach Einschätzung der Behörden für Verfassungsschutz handelt es sich um eine Teilorganisation der SO.





# **Gesetz zur Fortentwicklung der Datenverarbeitung und des Datenschutzes**

Vom 20. Dezember 1990

## **Artikel 2**

### **Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz (Bundesverfassungsschutzgesetz – BVerfSchG)**

Erster Abschnitt

Zusammenarbeit,  
Aufgaben der Verfassungsschutzbehörden

§ 1

#### **Zusammenarbeitspflicht**

(1) Der Verfassungsschutz dient dem Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes und der Länder.

(2) Der Bund und die Länder sind verpflichtet, in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes zusammenzuarbeiten.

(3) Die Zusammenarbeit besteht auch in gegenseitiger Unterstützung und Hilfeleistung.

§ 2

#### **Verfassungsschutzbehörden**

(1) Für die Zusammenarbeit des Bundes mit den Ländern unterhält der Bund ein Bundesamt für Verfassungsschutz als Bundesoberbehörde. Es untersteht dem Bundesminister des Innern. Das Bundesamt für Verfassungsschutz darf einer polizeilichen Dienststelle nicht angegliedert werden.

(2) Für die Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund und der Länder untereinander unterhält jedes Land eine Behörde zur Bearbeitung von Angelegenheiten des Verfassungsschutzes.

## § 3

**Aufgaben der Verfassungsschutzbehörden**

(1) Aufgabe der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder ist die Sammlung und Auswertung von Informationen, insbesondere von sach- und personenbezogenen Auskünften, Nachrichten und Unterlagen, über

1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben,
2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich dieses Gesetzes für eine fremde Macht,
3. Bestrebungen im Geltungsbereich dieses Gesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

(2) Die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder wirken mit

1. bei der Sicherheitsüberprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können,
2. bei der Sicherheitsüberprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder werden sollen,
3. bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte.

Die Befugnisse des Bundesamtes für Verfassungsschutz bei der Mitwirkung nach Satz 1 Nr. 1 sind im Sicherheitsüberprüfungsgesetz vom 20. April 1994 (BGBl. I S. 867) geregelt.

(3) Die Verfassungsschutzbehörden sind an die allgemeinen Rechtsvorschriften gebunden (Artikel 20 des Grundgesetzes).

## § 4

**Begriffsbestimmungen**

(1) Im Sinne dieses Gesetzes sind

- a) Bestrebungen gegen den Bestand des Bundes oder eines Landes solche politisch bestimmten, ziel- und zweckgerichteten Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluß, der darauf gerichtet ist, die Freiheit des Bundes oder eines Landes von fremder Herrschaft aufzuheben, ihre staatliche Einheit zu beseitigen oder ein zu ihm gehörendes Gebiet abzutrennen;
- b) Bestrebungen gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes solche politisch bestimmten, ziel- und zweckgerichteten Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluß, der darauf gerichtet ist, den Bund, Länder oder deren Einrichtungen in ihrer Funktionsfähigkeit erheblich zu beeinträchtigen;
- c) Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung solche politisch bestimmten, ziel- und zweckgerichteten Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluß, der darauf gerichtet ist, einen der in Absatz 2 genannten Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen.

Für einen Personenzusammenschluß handelt, wer ihn in seinen Bestrebungen nachdrücklich unterstützt. Voraussetzung für die Sammlung und Auswertung von Informationen im Sinne des § 3 Abs. 1 ist das Vorliegen tatsächlicher Anhaltspunkte. Verhaltensweisen von Einzelpersonen, die nicht in einem oder für einen Personenzusammenschluß handeln, sind Bestrebungen im Sinne dieses Gesetzes, wenn sie auf Anwendung von Gewalt gerichtet sind oder aufgrund ihrer Wirkungsweise geeignet sind, ein Schutzgut dieses Gesetzes erheblich zu beschädigen.

(2) Zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne dieses Gesetzes zählen:

- a) das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
- b) die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
- c) das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,

- d) die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
- e) die Unabhängigkeit der Gerichte,
- f) der Ausschluß jeder Gewalt und Willkürherrschaft und
- g) die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

## § 5

### **Abgrenzung der Zuständigkeiten der Verfassungsschutzbehörden**

(1) Die Landesbehörden für Verfassungsschutz sammeln Informationen, Auskünfte, Nachrichten und Unterlagen zur Erfüllung ihrer Aufgaben, werten sie aus und übermitteln sie dem Bundesamt für Verfassungsschutz und den Landesbehörden für Verfassungsschutz, soweit es für deren Aufgabenerfüllung erforderlich ist.

(2) Das Bundesamt für Verfassungsschutz darf in einem Lande im Benehmen mit der Landesbehörde für Verfassungsschutz Informationen, Auskünfte und Unterlagen im Sinne des § 3 sammeln. Bei Bestrebungen und Tätigkeiten im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 ist Voraussetzung, daß

1. sie sich ganz oder teilweise gegen den Bund richten,
2. sie sich über den Bereich eines Landes hinaus erstrecken,
3. sie auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland berühren oder
4. eine Landesbehörde für Verfassungsschutz das Bundesamt für Verfassungsschutz um ein Tätigwerden ersucht.

Das Benehmen kann für eine Reihe gleichgelagerter Fälle hergestellt werden.

(3) Das Bundesamt für Verfassungsschutz unterrichtet die Landesbehörden für Verfassungsschutz über alle Unterlagen, deren Kenntnis für das Land zum Zwecke des Verfassungsschutzes erforderlich ist.

## § 6

### **Gegenseitige Unterrichtung der Verfassungsschutzbehörden**

Die Verfassungsschutzbehörden sind verpflichtet, beim Bundesamt für Verfassungsschutz zur Erfüllung der Unterrichtungspflichten nach § 5 gemeinsame Dateien zu führen, die sie im automatisierten Verfahren nutzen. Diese Dateien enthalten nur die Daten, die zum Auffinden von Akten

und der dazu notwendigen Identifizierung von Personen erforderlich sind. Die Speicherung personenbezogener Daten ist nur unter den Voraussetzungen der §§ 10 und 11 zulässig. Der Abruf im automatisierten Verfahren durch andere Stellen ist nicht zulässig. Die Verantwortung einer speichernden Stelle im Sinne der allgemeinen Vorschriften des Datenschutzrechts trägt jede Verfassungsschutzbehörde nur für die von ihr eingegebenen Daten; nur sie darf diese Daten verändern, sperren oder löschen. Die eingebende Stelle muß feststellbar sein. Das Bundesamt für Verfassungsschutz trifft für die gemeinsamen Dateien die technischen und organisatorischen Maßnahmen nach § 9 des Bundesdatenschutzgesetzes. Die Führung von Textdateien oder Dateien, die weitere als die in Satz 2 genannten Daten enthalten, ist unter den Voraussetzungen dieses Paragraphen nur zulässig für eng umgrenzte Anwendungsgebiete zur Aufklärung von sicherheitsgefährdenden oder geheimdienstlichen Tätigkeiten für eine fremde Macht oder von Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, Gewalt anzuwenden oder Gewaltanwendung vorzubereiten. Die Zugriffsberechtigung ist auf Personen zu beschränken, die unmittelbar mit Arbeiten in diesem Anwendungsgebiet betraut sind; in der Dateienordnung (§ 14) ist die Erforderlichkeit der Aufnahme von Textzusätzen in der Datei zu begründen.

#### § 7

### **Weisungsrechte des Bundes**

Die Bundesregierung kann, wenn ein Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung des Bundes erfolgt, den obersten Landesbehörden die für die Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund auf dem Gebiete des Verfassungsschutzes erforderlichen Weisungen erteilen.

## Zweiter Abschnitt

### Bundesamt für Verfassungsschutz

#### § 8

### **Befugnisse des Bundesamtes für Verfassungsschutz**

(1) Das Bundesamt für Verfassungsschutz darf die zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen Informationen einschließlich personenbezogener Daten erheben, verarbeiten und nutzen, soweit nicht die anzuwendenden Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes oder besondere Regelungen in diesem Gesetz entgegenstehen.

(2) Das Bundesamt für Verfassungsschutz darf Methoden, Gegenstände und Instrumente zur heimlichen Informationsbeschaffung, wie den Einsatz von Vertrauensleuten und Gewährspersonen, Observatio-

nen, Bild- und Tonaufzeichnungen, Tarnpapiere und Tarnkennzeichen anwenden. Diese sind in einer Dienstvorschrift zu benennen, die auch die Zuständigkeit für die Anordnung solcher Informationsbeschaffungen regelt. Die Dienstvorschrift bedarf der Zustimmung des Bundesministers des Innern, der die Parlamentarische Kontrollkommission unterrichtet.

(3) Polizeiliche Befugnisse oder Weisungsbefugnisse stehen dem Bundesamt für Verfassungsschutz nicht zu; es darf die Polizei auch nicht im Wege der Amtshilfe um Maßnahmen ersuchen, zu denen es selbst nicht befugt ist.

(4) Werden personenbezogene Daten beim Betroffenen mit seiner Kenntnis erhoben, so ist der Erhebungszweck anzugeben. Der Betroffene ist auf die Freiwilligkeit seiner Angaben hinzuweisen.

(5) Von mehreren geeigneten Maßnahmen hat das Bundesamt für Verfassungsschutz diejenige zu wählen, die den Betroffenen voraussichtlich am wenigsten beeinträchtigt. Eine Maßnahme darf keinen Nachteil herbeiführen, der erkennbar außer Verhältnis zu dem beabsichtigten Erfolg steht.

## § 9

### **Besondere Formen für Datenerhebung**

(1) Das Bundesamt für Verfassungsschutz darf Informationen, insbesondere personenbezogene Daten, mit den Mitteln gemäß § 8 Abs. 2 erheben, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß

1. auf diese Weise Erkenntnisse über Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 oder die zur Erforschung solcher Erkenntnisse erforderlichen Quellen gewonnen werden können oder
2. dies zum Schutz der Mitarbeiter, Einrichtungen, Gegenstände und Quellen des Bundesamtes für Verfassungsschutz gegen sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten erforderlich ist.

Die Erhebung nach Satz 1 ist unzulässig, wenn die Erforschung des Sachverhaltes auf andere, den Betroffenen weniger beeinträchtigende Weise möglich ist; eine geringere Beeinträchtigung ist in der Regel anzunehmen, wenn die Information aus allgemein zugänglichen Quellen oder durch eine Auskunft nach § 18 Abs. 3 gewonnen werden kann. Die Anwendung eines Mittels gemäß § 8 Abs. 2 darf nicht erkennbar außer Verhältnis zur Bedeutung des aufzuklärenden Sachverhaltes stehen. Die Maßnahme ist unverzüglich zu beenden, wenn ihr Zweck erreicht ist oder sich Anhaltspunkte dafür ergeben, daß er nicht oder nicht auf diese Weise erreicht werden kann.

(2) Das in einer Wohnung nicht öffentlich gesprochene Wort darf mit technischen Mitteln nur heimlich mitgehört oder aufgezeichnet werden, wenn es im Einzelfall zur Abwehr einer gegenwärtigen gemeinen Gefahr oder einer gegenwärtigen Lebensgefahr für einzelne Personen unerlässlich ist und geeignete polizeiliche Hilfe für das bedrohte Rechtsgut nicht rechtzeitig erlangt werden kann. Satz 1 gilt entsprechend für einen verdeckten Einsatz technischer Mittel zur Anfertigung von Bildaufnahmen und Bildaufzeichnungen.

(3) Bei Erhebung nach Absatz 2 und solchen nach Absatz 1, die in ihrer Art und Schwere einer Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses gleichkommen, wozu insbesondere das Abhören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes mit dem verdeckten Einsatz technischer Mittel gehören, ist

1. der Eingriff nach seiner Beendigung dem Betroffenen mitzuteilen, sobald eine Gefährdung des Zweckes des Eingriffs ausgeschlossen werden kann,
2. die Parlamentarische Kontrollkommission zu unterrichten.

Die durch solche Maßnahmen erhobenen Informationen dürfen nur nach Maßgabe des § 7 Abs. 3 des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz verwendet werden.

## § 10

### **Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten**

(1) Das Bundesamt für Verfassungsschutz darf zur Erfüllung seiner Aufgaben personenbezogene Daten in Dateien speichern, verändern und nutzen, wenn

1. tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 vorliegen,
2. dies für die Erforschung und Bewertung von Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 erforderlich ist oder
3. das Bundesamt für Verfassungsschutz nach § 3 Abs. 2 tätig wird.

(2) (aufgehoben)

(3) Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat die Speicherdauer auf das für seine Aufgabenerfüllung erforderliche Maß zu beschränken.



## § 11

**Speicherung, Veränderung und Nutzung  
personenbezogener Daten von Minderjährigen**

(1) Das Bundesamt für Verfassungsschutz darf unter den Voraussetzungen des § 10 Daten über Minderjährige vor Vollendung des 16. Lebensjahres in zu ihrer Person geführten Akten nur speichern, verändern und nutzen, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, daß der Minderjährige eine der in § 2 des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz genannten Straftaten plant, begeht oder begangen hat. In Dateien ist eine Speicherung von Daten oder über das Verhalten Minderjähriger vor Vollendung des 16. Lebensjahres nicht zulässig.

(2) In Dateien oder zu ihrer Person geführten Akten gespeicherte Daten über Minderjährige sind nach zwei Jahren auf die Erforderlichkeit der Speicherung zu überprüfen und spätestens nach fünf Jahren zu löschen, es sei denn, daß nach Eintritt der Volljährigkeit weitere Erkenntnisse nach § 3 Abs. 1 angefallen sind.

## § 12

**Berichtigung, Löschung und Sperrung  
personenbezogener Daten in Dateien**

(1) Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat die in Dateien gespeicherten personenbezogenen Daten zu berichtigen, wenn sie unrichtig sind.

(2) Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat die in Dateien gespeicherten personenbezogenen Daten zu löschen, wenn ihre Speicherung unzulässig war oder ihre Kenntnis für die Aufgabenerfüllung nicht mehr erforderlich ist. Die Löschung unterbleibt, wenn Grund zu der Annahme besteht, daß durch sie schutzwürdige Interessen des Betroffenen beeinträchtigt würden. In diesem Falle sind die Daten zu sperren. Sie dürfen nur noch mit Einwilligung des Betroffenen übermittelt werden.

(3) Das Bundesamt für Verfassungsschutz prüft bei der Einzelfallbearbeitung und nach festgesetzten Fristen, spätestens nach fünf Jahren, ob gespeicherte personenbezogene Daten zu berichtigen oder zu löschen sind. Gespeicherte personenbezogene Daten über Bestrebungen nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 oder 3 sind spätestens zehn Jahre nach dem Zeitpunkt der letzten gespeicherten relevanten Information zu löschen, es sei denn, der Behördenleiter oder sein Vertreter trifft im Einzelfall ausnahmsweise eine andere Entscheidung.

(4) Personenbezogene Daten, die ausschließlich zu Zwecken der Datenschutzkontrolle, der Datensicherung oder zur Sicherstellung eines ordnungsgemäßen Betriebes einer Datenverarbeitungsanlage gespeichert werden, dürfen nur für diese Zwecke verwendet werden.

## § 13

**Berichtigung und Sperrung  
personenbezogener Daten in Akten**

(1) Stellt das Bundesamt für Verfassungsschutz fest, daß in Akten gespeicherte personenbezogene Daten unrichtig sind oder wird ihre Richtigkeit von dem Betroffenen bestritten, so ist dies in der Akte zu vermerken oder auf sonstige Weise festzuhalten.

(2) Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat personenbezogene Daten zu sperren, wenn es im Einzelfall feststellt, daß ohne die Sperrung schutzwürdige Interessen des Betroffenen beeinträchtigt wurden und die Dateien für seine künftige Aufgabenerfüllung nicht mehr erforderlich sind. Gesperrte Daten sind mit einem entsprechenden Vermerk zu versehen; sie dürfen nicht mehr genutzt oder übermittelt werden. Eine Aufhebung der Sperrung ist möglich, wenn ihre Voraussetzungen nachträglich entfallen.

## § 14

**Dateianordnungen**

(1) Für jede automatische Datei beim Bundesamt für Verfassungsschutz nach § 6 oder § 10 sind in einer Dateianordnung, die der Zustimmung des Bundesministers des Innern bedarf, festzulegen:

1. Bezeichnung der Datei,
2. Zweck der Datei,
3. Voraussetzungen der Speicherung, Übermittlung und Nutzung (betroffener Personenkreis, Arten der Daten),
4. Anlieferung oder Eingabe,
5. Zugangsberechtigung,
6. Überprüfungsfristen, Speicherdauer,
7. Protokollierung.

Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz ist vor Erlaß einer Dateianordnung anzuhören.

(2) Die Speicherung personenbezogener Daten ist auf das erforderliche Maß zu beschränken. In angemessenen Abständen ist die Notwendigkeit der Weiterführung oder Änderung der Dateien zu überprüfen.

(3) In der Dateianordnung über automatisierte personenbezogene Textdateien ist die Zugriffsberechtigung auf Personen zu beschränken,

die unmittelbar mit Arbeiten in dem Gebiet betraut sind, dem die Textdateien zugeordnet sind; Auszüge aus Textdateien dürfen nicht ohne die dazugehörenden erläuternden Unterlagen übermittelt werden.

## § 15

### **Auskunft an den Betroffenen**

(1) Das Bundesamt für Verfassungsschutz erteilt dem Betroffenen über zu seiner Person gespeicherte Daten auf Antrag unentgeltlich Auskunft, soweit er hierzu auf einen konkreten Sachverhalt hinweist und ein besonderes Interesse an einer Auskunft darlegt.

(2) Die Auskunftserteilung unterbleibt, soweit

1. eine Gefährdung der Aufgabenerfüllung durch die Auskunftserteilung zu besorgen ist,
2. durch die Auskunftserteilung Quellen gefährdet sein können oder die Ausforschung des Erkenntnisstandes oder der Arbeitsweise des Bundesamtes für Verfassungsschutz zu befürchten ist,
3. die Auskunft die öffentliche Sicherheit gefährden oder sonst dem Wohl des Bundes oder eines Landes Nachteile bereiten würde oder
4. die Daten oder die Tatsache der Speicherung nach einer Rechtsvorschrift oder ihrem Wesen nach, insbesondere wegen der überwiegenden berechtigten Interessen eines Dritten, geheimgehalten werden müssen.

Die Entscheidung trifft der Behördenleiter oder ein von ihm besonders beauftragter Mitarbeiter.

(3) Die Auskunftspflicht erstreckt sich nicht auf die Herkunft der Daten und die Empfänger von Übermittlungen.

(4) Die Ablehnung der Auskunftserteilung bedarf keiner Begründung, soweit dadurch der Zweck der Auskunftsverweigerung gefährdet wurde. Die Gründe der Auskunftsverweigerung sind aktenkundig zu machen. Wird die Auskunftserteilung abgelehnt, ist der Betroffene auf die Rechtsgrundlage für das Fehlen der Begründung und darauf hinzuweisen, daß er sich an den Bundesbeauftragten für den Datenschutz wenden kann. Dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz ist auf sein Verlangen Auskunft zu erteilen, soweit nicht der Bundesminister des Innern im Einzelfall feststellt, daß dadurch die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gefährdet wurde. Mitteilungen des Bundesbeauftragten an den Betroffenen dürfen keine Rückschlüsse auf den Erkenntnisstand des Bundesamtes für Verfassungsschutz zulassen, sofern es nicht einer weitergehenden Auskunft zustimmt.

## § 16

**Berichtspflicht des Bundesamtes für Verfassungsschutz**

(1) Das Bundesamt für Verfassungsschutz unterrichtet den Bundesminister des Innern über seine Tätigkeit.

(2) Die Unterrichtung nach Absatz 1 dient auch der Aufklärung der Öffentlichkeit durch den Bundesminister des Innern über Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1, die mindestens einmal jährlich in einem zusammenfassenden Bericht erfolgt. Dabei dürfen auch personenbezogene Daten bekanntgegeben werden, wenn die Bekanntgabe für das Verständnis des Zusammenhanges oder der Darstellung von Organisationen oder unorganisierten Gruppierungen erforderlich ist und die Interessen der Allgemeinheit das schutzwürdige Interesse der Betroffenen überwiegen. In dem Bericht sind die Zuschüsse des Bundeshaushaltes an das Bundesamt für Verfassungsschutz und den Militärischen Abschirmdienst sowie die jeweilige Gesamtzahl ihrer Bediensteten anzugeben.

## Dritter Abschnitt

## Übermittlungsvorschriften

## § 17

**Zulässigkeit von Ersuchen**

(1) Wird nach den Bestimmungen dieses Abschnittes um Übermittlung von personenbezogenen Daten ersucht, dürfen nur die Daten übermittelt werden, die bei der ersuchten Behörde bekannt sind oder aus allgemein zugänglichen Quellen entnommen werden können.

(2) Absatz 1 gilt nicht für besondere Ersuchen der Verfassungsschutzbehörden, des Militärischen Abschirmdienstes und des Bundesnachrichtendienstes um solche Daten, die bei der Wahrnehmung grenzpolizeilicher Aufgaben bekannt werden. Die Zulässigkeit dieser besonderen Ersuchen und ihre Erledigung regelt der Bundesminister des Innern in einer Dienstanweisung. Er unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission über ihren Erlaß und erforderliche Änderungen. Satz 2 und 3 gilt nicht für die besonderen Ersuchen zwischen Behörden desselben Bundeslandes.

## § 18

**Übermittlung von Informationen  
an die Verfassungsschutzbehörden**

(1) Die Behörden des Bundes, der bundesunmittelbaren juristischen Personen des öffentlichen Rechts, die Staatsanwaltschaften und, vorbehaltlich der staatsanwaltschaftlichen Sachleitungsbefugnis,

die Polizeien sowie der Zoll, soweit er Aufgaben nach dem Bundesgrenzschutzgesetz wahrnimmt, unterrichten von sich aus das Bundesamt für Verfassungsschutz oder die Verfassungsschutzbehörde des Landes über die ihnen bekanntgewordenen Tatsachen, die sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht oder Bestrebungen im Geltungsbereich dieses Gesetzes erkennen lassen, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen gegen die in § 3 Abs. 1 Nr. 1 und 3 genannten Schutzgüter gerichtet sind. Über Satz 1 hinausgehende Unterrichtungspflichten nach dem Gesetz über den Militärischen Abschirmdienst oder dem Gesetz über den Bundesnachrichtendienst bleiben unberührt. Auf die Übermittlung von Informationen zwischen Behörden desselben Bundeslandes findet Satz 1 keine Anwendung.

(2) Die Staatsanwaltschaften und, vorbehaltlich der staatsanwaltlichen Sachleitungsbefugnis, die Polizeien sowie der Zoll, soweit er Aufgaben nach dem Bundesgrenzschutzgesetz wahrnimmt, und der Bundesnachrichtendienst dürfen darüber hinaus von sich aus dem Bundesamt für Verfassungsschutz oder der Verfassungsschutzbehörde des Landes auch alle anderen ihnen bekanntgewordenen Informationen einschließlich personenbezogener Daten über Bestrebungen nach § 3 Abs. 1 übermitteln, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, daß die Übermittlung für die Erfüllung der Aufgaben der Verfassungsschutzbehörde erforderlich ist. Absatz 1 Satz 3 findet Anwendung.

(3) Das Bundesamt für Verfassungsschutz darf zur Erfüllung seiner Aufgaben die Staatsanwaltschaften und, vorbehaltlich der staatsanwaltlichen Sachleitungsbefugnis, die Polizeien sowie andere Behörden um Übermittlung der zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen Informationen einschließlich personenbezogener Daten ersuchen, wenn sie nicht aus allgemein zugänglichen Quellen oder nur mit übermäßigem Aufwand oder nur durch eine den Betroffenen stärker belastende Maßnahme erhoben werden können. Unter den gleichen Voraussetzungen dürfen Verfassungsschutzbehörden der Länder

1. Behörden des Bundes und der bundesunmittelbaren juristischen Personen des öffentlichen Rechts,
2. Staatsanwaltschaften und, vorbehaltlich der staatsanwaltlichen Sachleitungsbefugnis, Polizeien des Bundes und anderer Länder um die Übermittlung solcher Informationen ersuchen.

(4) Würde durch die Übermittlung nach Absatz 3 Satz 1 der Zweck der Maßnahme gefährdet oder der Betroffene unverhältnismäßig beeinträchtigt, darf das Bundesamt für Verfassungsschutz bei der Wahrnehmung der Aufgaben nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 und 3 sowie bei der Beobachtung terroristischer Bestrebungen amtliche Register einsehen.

(5) Die Ersuchen nach Absatz 3 sind aktenkundig zu machen. Über die Einsichtnahme nach Absatz 4 hat das Bundesamt für Verfassungsschutz einen Nachweis zu führen, aus dem der Zweck und die Veranlassung, die ersuchte Behörde und die Aktenfundstelle hervorgehen; die Nachweise sind gesondert aufzubewahren, gegen unberechtigten Zugriff zu sichern und am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr ihrer Erstellung folgt, zu vernichten.

(6) Die Übermittlung personenbezogener Daten, die auf Grund einer Maßnahme nach § 100 a der Strafprozeßordnung bekanntgeworden sind, ist nach den Vorschriften der Absätze 1, 2 und 3 nur zulässig, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, daß jemand eine der in § 2 des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz genannten Straftaten plant, begeht oder begangen hat. Auf die einer Verfassungsschutzbehörde nach Satz 1 übermittelten Kenntnisse und Unterlagen findet § 7 Abs. 3 und 4 des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz entsprechende Anwendung.

## § 19

### **Übermittlung personenbezogener Daten durch das Bundesamt für Verfassungsschutz**

(1) Das Bundesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an inländische Behörden übermitteln, wenn dies zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist oder der Empfänger die Daten zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder sonst für Zwecke der öffentlichen Sicherheit benötigt. Der Empfänger darf die übermittelten Daten, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, nur zu dem Zweck verwenden, zu dem sie ihm übermittelt wurden.

(2) Das Bundesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an Dienststellen der Stationierungsstreitkräfte übermitteln, soweit die Bundesrepublik Deutschland dazu im Rahmen von Artikel 3 des Zusatzabkommens zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen vom 3. August 1959 (BGBl. 1961 II S. 1183, 1218) verpflichtet ist.

(3) Das Bundesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an ausländische öffentliche Stellen sowie an über- und zwischenstaatliche Stellen übermitteln, wenn die Übermittlung zur Erfüllung seiner Aufgaben oder zur Wahrung erheblicher Sicherheitsinteressen des Empfängers erforderlich ist. Die Übermittlung unterbleibt, wenn auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland oder überwiegende schutzwürdige Interessen des Betroffenen entgegenstehen. Die Übermittlung ist aktenkundig zu machen. Der Empfänger ist darauf hinzuweisen, daß die übermittelten Daten nur zu dem Zweck

verwendet werden dürfen, zu dem sie ihm übermittelt wurden, und das Bundesamt für Verfassungsschutz sich vorbehält, um Auskunft über die vorgenommene Verwendung der Daten zu bitten.

(4) Personenbezogene Daten dürfen an andere Stellen nicht übermittelt werden, es sei denn, daß dies zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes oder der Sicherheit des Bundes oder eines Landes erforderlich ist und der Bundesminister des Innern seine Zustimmung erteilt hat. Das Bundesamt für Verfassungsschutz führt über die Auskunft nach Satz 1 einen Nachweis, aus dem der Zweck der Übermittlung, ihre Veranlassung, die Aktenfundstelle und der Empfänger hervorgehen; die Nachweise sind gesondert aufzubewahren, gegen unberechtigten Zugriff zu sichern und am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr ihrer Erstellung folgt, zu vernichten. Der Empfänger darf die übermittelten Daten nur zu dem Zweck verwenden, zu dem sie ihm übermittelt wurden. Der Empfänger ist auf die Verwendungsbeschränkung und darauf hinzuweisen, daß das Bundesamt für Verfassungsschutz sich vorbehält, um Auskunft über die vorgenommene Verwendung der Daten zu bitten.

## § 20

### **Übermittlung von Informationen durch das Bundesamt für Verfassungsschutz an Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden in Angelegenheiten des Staats- und Verfassungsschutzes**

(1) Das Bundesamt für Verfassungsschutz übermittelt den Staatsanwaltschaften und, vorbehaltlich der staatsanwaltschaftlichen Sachleitungsbefugnis, den Polizeien von sich aus die ihm bekanntgewordenen Informationen einschließlich personenbezogener Daten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, daß die Übermittlung zur Verhinderung oder Verfolgung von Staatsschutzdelikten erforderlich ist. Delikte nach Satz 1 sind die in §§ 74a und 120 des Gerichtsverfassungsgesetzes genannten Straftaten sowie sonstige Straftaten, bei denen auf Grund ihrer Zielsetzung das Motiv des Täters oder dessen Verbindung zu einer Organisation tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, daß sie gegen die in Artikel 73 Nr. 10 Buchstabe b oder c des Grundgesetzes genannten Schutzgüter gerichtet sind. Das Bundesamt für Verfassungsschutz übermittelt dem Bundesnachrichtendienst von sich aus die ihm bekanntgewordenen Informationen einschließlich personenbezogener Daten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, daß die Übermittlung für die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben des Empfängers erforderlich ist.

(2) Die Polizeien dürfen zur Verhinderung von Staatsschutzdelikten nach Absatz 1 Satz 2 das Bundesamt für Verfassungsschutz um

Übermittlung der erforderlichen Informationen einschließlich personenbezogener Daten ersuchen. Der Bundesnachrichtendienst darf zur Erfüllung seiner Aufgaben das Bundesamt für Verfassungsschutz um die Übermittlung der erforderlichen Informationen einschließlich personenbezogener Daten ersuchen.

## § 21

### **Übermittlung von Informationen durch die Verfassungsschutzbehörden der Länder an Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden in Angelegenheiten des Staats- und Verfassungsschutzes**

(1) Die Verfassungsschutzbehörden der Länder übermitteln den Staatsanwaltschaften und, vorbehaltlich der staatsanwaltschaftlichen Sachleitungsbefugnis, den Polizeien Informationen einschließlich personenbezogener Daten unter den Voraussetzungen des § 20 Abs. 1 Satz 1 und 2 sowie Abs. 2 Satz 1. Auf die Übermittlung von Informationen zwischen Behörden desselben Bundeslandes findet Satz 1 keine Anwendung.

(2) Die Verfassungsschutzbehörden der Länder übermitteln dem Bundesnachrichtendienst und dem Militärischen Abschirmdienst Informationen einschließlich personenbezogener Daten unter den Voraussetzungen des § 20 Abs. 1 Satz 3 sowie Abs. 2 Satz 2.

## § 22

### **Übermittlung von Informationen durch die Staatsanwaltschaften und Polizeien an den Militärischen Abschirmdienst**

Für die Übermittlung von Informationen einschließlich personenbezogener Daten durch die Staatsanwaltschaften und, vorbehaltlich der staatsanwaltschaftlichen Sachleitungsbefugnis, die Polizeien sowie den Zoll, soweit er Aufgaben nach dem Bundesgrenzschutzgesetz wahrnimmt, an den Militärischen Abschirmdienst findet § 18 entsprechende Anwendung.

## § 23

### **Übermittlungsverbote**

Die Übermittlung nach den Vorschriften dieses Abschnitts unterbleibt, wenn

1. für die übermittelnde Stelle erkennbar ist, daß unter Berücksichtigung der Art der Informationen und ihrer Erhebung die schutzwürdigen Interessen des Betroffenen das Allgemeininteresse an der Übermittlung überwiegen,



2. überwiegende Sicherheitsinteressen dies erfordern oder
3. besondere gesetzliche Übermittlungsregelungen entgegenstehen; die Verpflichtung zur Wahrung gesetzlicher Geheimhaltungspflichten oder von Berufs- oder besonderen Amtsgeheimnissen, die nicht auf gesetzlichen Vorschriften beruhen, bleibt unberührt.

## § 24

### **Minderjährigenschutz**

(1) Informationen einschließlich personenbezogener Daten über das Verhalten Minderjähriger dürfen nach den Vorschriften dieses Gesetzes übermittelt werden, solange die Voraussetzungen der Speicherung nach § 11 erfüllt sind. Liegen diese Voraussetzungen nicht mehr vor, bleibt eine Übermittlung nur zulässig, wenn sie zur Abwehr einer erheblichen Gefahr oder zur Verfolgung einer Straftat von erheblicher Bedeutung erforderlich ist.

(2) Informationen einschließlich personenbezogener Daten über das Verhalten Minderjähriger vor Vollendung des 16. Lebensjahres dürfen nach den Vorschriften dieses Gesetzes nicht an ausländische oder über- oder zwischenstaatliche Stellen übermittelt werden.

## § 25

### **Pflichten des Empfängers**

Der Empfänger prüft, ob die nach den Vorschriften dieses Gesetzes übermittelten personenbezogenen Daten für die Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich sind. Ergibt die Prüfung, daß sie nicht erforderlich sind, hat er die Unterlagen zu vernichten. Die Vernichtung kann unterbleiben, wenn die Trennung von anderen Informationen, die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind, nicht oder nur mit unververtretbarem Aufwand möglich ist; in diesem Fall sind die Daten zu sperren.

## § 26

### **Nachberichtspflicht**

Erweisen sich personenbezogene Daten nach ihrer Übermittlung nach den Vorschriften dieses Gesetzes als unvollständig oder unrichtig, so sind sie unverzüglich gegenüber dem Empfänger zu berichtigen, es sei denn, daß dies für die Beurteilung eines Sachverhalts ohne Bedeutung ist.

Vierter Abschnitt  
Schlußvorschriften

§ 27

**Geltung des Bundesdatenschutzgesetzes**

Bei der Erfüllung der Aufgaben nach § 3 durch das Bundesamt für Verfassungsschutz finden die §§ 10 und 13 bis 20 des Bundesdatenschutzgesetzes in der Fassung des Gesetzes zur Fortentwicklung der Datenverarbeitung und des Datenschutzes keine Anwendung.

**Artikel 3**

**Gesetz über den Militärischen Abschirmdienst  
(MAD-Gesetz – MADG)**

§ 1

**Aufgaben**

(1) Aufgabe des Militärischen Abschirmdienstes des Bundesministers der Verteidigung ist die Sammlung und Auswertung von Informationen, insbesondere von sach- und personenbezogenen Auskünften, Nachrichten und Unterlagen, über

1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind,
2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich dieses Gesetzes für eine fremde Macht,

wenn sich diese Bestrebungen oder Tätigkeiten gegen Personen, Dienststellen oder Einrichtungen im Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung richten und von Personen ausgehen oder ausgehen sollen, die diesem Geschäftsbereich angehören oder in ihm tätig sind. § 4 des Bundesverfassungsschutzgesetzes findet Anwendung.

(2) Darüber hinaus obliegt dem Militärischen Abschirmdienst zur Beurteilung der Sicherheitslage

1. von Dienststellen und Einrichtungen im Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung und
2. von Dienststellen und Einrichtungen der verbündeten Streitkräfte und der internationalen militärischen Hauptquartiere, wenn die Bundesrepublik Deutschland in internationalen Vereinbarungen

Verpflichtungen zur Sicherheit dieser Dienststellen und Einrichtungen übernommen hat und die Beurteilung der Sicherheitslage im Einvernehmen zwischen dem Bundesminister der Verteidigung und den zuständigen obersten Landesbehörden dem Militärischen Abschirmdienst übertragen worden ist,

die Auswertung von Informationen über die in Absatz 1 genannten Bestrebungen und Tätigkeiten gegen diese Dienststellen und Einrichtungen, auch soweit sie von Personen ausgehen oder ausgehen sollen, die nicht dem Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung angehören oder in ihm tätig sind.

(3) Der Militärische Abschirmdienst wirkt mit

1. bei der Sicherheitsüberprüfung von Personen, die dem Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung angehören, in ihm tätig sind oder werden sollen und
  - a) denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können, oder
  - b) die an sicherheitsempfindlichen Stellen des Geschäftsbereichs des Bundesministers der Verteidigung eingesetzt sind oder werden sollen,
2. bei technischen Sicherheitsmaßnahmen im Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung zum Schutz von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte.

Die Befugnisse des Militärischen Abschirmdienstes bei der Mitwirkung nach Satz 1 Nr. 1 Buchstabe a sind im Sicherheitsüberprüfungsgesetz vom 20. April 1994 (BGBl. I S. 867) geregelt.

(4) Der Militärische Abschirmdienst darf einer polizeilichen Dienststelle nicht angegliedert werden.

(5) Der Militärische Abschirmdienst ist an die allgemeinen Rechtsvorschriften gebunden (Artikel 20 des Grundgesetzes).

## § 2

### **Zuständigkeit in besonderen Fällen**

(1) Zur Fortführung von Aufgaben nach § 1 Abs. 1 kann der Militärische Abschirmdienst, soweit es im Einzelfall zwingend erforderlich ist, seine Befugnisse gegenüber Personen ausüben, die dem Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung nicht angehören oder nicht in ihm tätig sind. Dies ist nur zulässig

1. gegenüber dem Ehegatten oder Verlobten einer in § 1 Abs. 1 genannten Person oder dem mit ihr in eheähnlicher Gemeinschaft Lebenden, wenn angenommen werden muß, daß Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 1 Abs. 1 auch von ihm ausgehen,
2. im Benehmen mit der zuständigen Verfassungsschutzbehörde gegenüber Personen, bei denen tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, daß sie mit einer in § 1 Abs. 1 genannten Person bei Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 1 Abs. 1 zusammenarbeiten, und wenn anderenfalls die weitere Erforschung des Sachverhalts gefährdet oder nur mit übermäßigem Aufwand möglich wäre.

(2) Zum Schutz seiner Mitarbeiter, Einrichtungen, Gegenstände und Quellen gegen sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten kann der Militärische Abschirmdienst in Wahrnehmung seiner Aufgaben nach § 1 Abs. 1, soweit es im Einzelfall zwingend erforderlich ist, im Benehmen mit der zuständigen Verfassungsschutzbehörde seine Befugnisse gegenüber Personen ausüben, die dem Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung nicht angehören oder nicht in ihm tätig sind.

### § 3

#### **Zusammenarbeit mit den Verfassungsschutzbehörden**

(1) Der Militärische Abschirmdienst und die Verfassungsschutzbehörden arbeiten bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zusammen. Die Zusammenarbeit besteht auch in gegenseitiger Unterstützung und Hilfeleistung.

(2) Zur Fortführung von Aufgaben nach § 3 Abs. 1 des Bundesverfassungsschutzgesetzes kann eine Verfassungsschutzbehörde, soweit es im Einzelfall zwingend erforderlich ist, im Benehmen mit dem Militärischen Abschirmdienst Maßnahmen auf Personen erstrecken, die dem Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung angehören oder in ihm tätig sind und der Zuständigkeit des Militärischen Abschirmdienstes unterliegen. Dies ist nur zulässig gegenüber Personen, bei denen tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, daß sie mit einer Person aus dem Zuständigkeitsbereich der Verfassungsschutzbehörde bei Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 des Bundesverfassungsschutzgesetzes zusammenarbeiten, und wenn anderenfalls die weitere Erforschung des Sachverhalts gefährdet oder nur mit übermäßigem Aufwand möglich wäre.

(3) Der Militärische Abschirmdienst und das Bundesamt für Verfassungsschutz unterrichten einander über alle Angelegenheiten, deren Kenntnis für die Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist.

## § 4

**Befugnisse des Militärischen Abschirmdienstes**

(1) Der Militärische Abschirmdienst darf die zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen Informationen einschließlich personenbezogener Daten erheben, verarbeiten und nutzen nach § 8 des Bundesverfassungsschutzgesetzes, soweit nicht die anzuwendenden Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes oder besondere Regelungen in diesem Gesetz entgegenstehen. Er ist nicht befugt, personenbezogene Daten zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 1 Abs. 2 zu erheben. § 8 Abs. 2 Satz 2 und 3 des Bundesverfassungsschutzgesetzes findet Anwendung; die Zustimmung zur Dienstanweisung erteilt der Bundesminister der Verteidigung.

(2) Polizeiliche Befugnisse oder Weisungsbefugnisse stehen dem Militärischen Abschirmdienst nicht zu; er darf die Polizei auch nicht im Wege der Amtshilfe um Maßnahmen ersuchen, zu denen er selbst nicht befugt ist.

## § 5

**Besondere Formen der Datenerhebung**

Der Militärische Abschirmdienst darf Informationen, insbesondere personenbezogene Daten, nach § 9 des Bundesverfassungsschutzgesetzes erheben, soweit es

1. zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 1 Abs. 1 und § 2 Abs. 1 sowie zur Erforschung der dazu erforderlichen Quellen oder
2. zum Schutz der Mitarbeiter, Einrichtungen, Gegenstände und Quellen des Militärischen Abschirmdienstes gegen sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten, auch nach § 2 Abs. 2, erforderlich ist; § 9 Abs. 2 und 3 des Bundesverfassungsschutzgesetzes findet Anwendung.

## § 6

**Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten**

(1) Der Militärische Abschirmdienst darf personenbezogene Daten nach § 10 des Bundesverfassungsschutzgesetzes speichern, verändern und nutzen, soweit es zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist. Zur Erfüllung der Aufgaben nach § 1 Abs. 2 gespeicherte Daten über Personen, die nicht dem Geschäftsbereich des

Bundesministers der Verteidigung angehören oder in ihm tätig sind, dürfen für andere Zwecke nicht verwendet werden, es sei denn, die Verwendung wäre auch für die Erfüllung der Aufgaben nach § 1 Abs. 1 zulässig.

(2) In Dateien oder zu ihrer Person geführten Akten gespeicherte Daten über Minderjährige sind nach zwei Jahren auf die Erforderlichkeit der Speicherung zu überprüfen und spätestens nach fünf Jahren zu löschen, es sei denn, daß nach Eintritt der Volljährigkeit weitere Erkenntnisse nach § 1 Abs. 1 oder § 2 angefallen sind. Dies gilt nicht, wenn der Betroffene nach § 1 Abs. 3 überprüft wird. Die Speicherung personenbezogener Daten über Minderjährige vor Vollendung des 16. Lebensjahres in zu ihrer Person geführten Akten und Dateien ist unzulässig.

## § 7

### **Berichtigung, Löschung und Sperrung personenbezogener Daten**

(1) Der Militärische Abschirmdienst hat die in Dateien gespeicherten personenbezogenen Daten zu berichtigen, zu löschen und zu sperren nach § 12 des Bundesverfassungsschutzgesetzes.

(2) Der Militärische Abschirmdienst hat personenbezogene Daten in Akten zu berichtigen und zu sperren nach § 13 des Bundesverfassungsschutzgesetzes.

## § 8

### **Dateianordnungen**

Der Militärische Abschirmdienst hat für jede automatisierte Datei mit personenbezogenen Daten eine Dateianordnung nach § 14 des Bundesverfassungsschutzgesetzes zu treffen, die der Zustimmung des Bundesministers der Verteidigung bedarf. § 14 Abs. 2 und 3 des Bundesverfassungsschutzgesetzes findet Anwendung.

## § 9

### **Auskunft an den Betroffenen**

Der Militärische Abschirmdienst erteilt dem Betroffenen über zu seiner Person gespeicherte Daten Auskunft entsprechend § 15 des Bundesverfassungsschutzgesetzes; an die Stelle des dort genannten Bundesministers des Innern tritt der Bundesminister der Verteidigung.

## § 10

**Übermittlung von Informationen  
an den Militärischen Abschirmdienst**

(1) Die Behörden des Bundes und der bundesunmittelbaren juristischen Personen des öffentlichen Rechts unterrichten von sich aus den Militärischen Abschirmdienst über die ihnen bekanntgewordenen Tatsachen, die sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht oder Bestrebungen im Geltungsbereich dieses Gesetzes erkennen lassen, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen gegen die in § 1 Abs. 1 Nr. 1 genannten Schutzgüter gerichtet sind, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, daß die Unterrichtung zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 1 Abs. 1 und 2 erforderlich ist.

(2) Der Militärische Abschirmdienst darf nach § 18 Abs. 3 des Bundesverfassungsschutzgesetzes jede Behörde um die Übermittlung der zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen Informationen einschließlich personenbezogener Daten ersuchen.

(3) Würde durch die Übermittlung nach Absatz 2 der Zweck der Maßnahme gefährdet oder der Betroffene unverhältnismäßig beeinträchtigt, darf der Militärische Abschirmdienst bei der Wahrnehmung der Aufgaben nach § 1 Abs. 1 Nr. 2 amtliche Register einsehen. Diese Einsichtnahme bedarf der Zustimmung des Amtschefs des Amtes für den Militärischen Abschirmdienst oder seines Vertreters.

(4) § 17 Abs. 1 sowie § 18 Abs. 5 des Bundesverfassungsschutzgesetzes sind entsprechend anzuwenden.

## § 11

**Übermittlung personenbezogener Daten  
durch den Militärischen Abschirmdienst**

(1) Der Militärische Abschirmdienst darf personenbezogene Daten nach § 19 Abs. 1 bis 3 des Bundesverfassungsschutzgesetzes übermitteln. Die Übermittlung an andere Stellen ist unzulässig.

(2) Der Militärische Abschirmdienst übermittelt Informationen einschließlich personenbezogener Daten an Staatsanwaltschaften, Polizei und den Bundesnachrichtendienst nach § 20 des Bundesverfassungsschutzgesetzes.

## § 12

**Verfahrensregeln für die Übermittlung von Informationen**

Für die Übermittlung von Informationen nach diesem Gesetz finden die §§ 23 bis 26 des Bundesverfassungsschutzgesetzes entsprechende Anwendung.

## § 13

**Geltung des Bundesdatenschutzgesetzes**

Bei der Erfüllung der Aufgaben nach § 1 Abs. 1 bis 3 und § 2 finden die §§ 10 und 13 bis 20 des Bundesdatenschutzgesetzes in der Fassung des Gesetzes zur Fortentwicklung der Datenverarbeitung und des Datenschutzes keine Anwendung.

**Artikel 4****Gesetz über den Bundesnachrichtendienst  
(BND-Gesetz – BNDG)**

## § 1

**Organisation und Aufgaben**

(1) Der Bundesnachrichtendienst ist eine Bundesbehörde im Geschäftsbereich des Chefs des Bundeskanzleramtes. Einer polizeilichen Dienststelle darf er nicht angegliedert werden.

(2) Der Bundesnachrichtendienst sammelt zur Gewinnung von Erkenntnissen über das Ausland, die von außen- und sicherheitspolitischer Bedeutung für die Bundesrepublik Deutschland sind, die erforderlichen Informationen und wertet sie aus. Werden dafür im Geltungsbereich dieses Gesetzes Informationen einschließlich personenbezogener Daten erhoben, so richtet sich ihre Erhebung, Verarbeitung und Nutzung nach den §§ 2 bis 6 und 8 bis 11.

## § 2

**Befugnisse**

(1) Der Bundesnachrichtendienst darf die erforderlichen Informationen einschließlich personenbezogener Daten erheben, verarbeiten und nutzen, soweit nicht die anzuwendenden Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes oder besondere Regelungen in diesem Gesetz entgegenstehen,

1. zum Schutz seiner Mitarbeiter, Einrichtungen, Gegenstände und Quellen gegen sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten,
2. für die Sicherheitsüberprüfung von Personen, die für ihn tätig sind oder tätig werden sollen,
3. für die Überführung der für die Aufgabenerfüllung notwendigen Nachrichtenzugänge und



4. über Vorgänge im Ausland, die von außen- und sicherheitspolitischer Bedeutung für die Bundesrepublik Deutschland sind, wenn sie nur auf diese Weise zu erlangen sind und für ihre Erhebung keine andere Behörde zuständig ist.

(2) Werden personenbezogene Daten beim Betroffenen mit seiner Kenntnis erhoben, so ist der Erhebungszweck anzugeben. Der Betroffene ist auf die Freiwilligkeit seiner Angaben und bei einer Sicherheitsüberprüfung nach Absatz 1 Nr. 2 auf eine dienst- und arbeitsrechtliche oder sonstige vertragliche Mitwirkungspflicht hinzuweisen. Bei Sicherheitsüberprüfungen ist das Sicherheitsüberprüfungsgesetz vom 20. April 1994 (BGBl. I S. 867) anzuwenden.

(3) Polizeiliche Befugnisse oder Weisungsbefugnisse stehen dem Bundesnachrichtendienst nicht zu. Er darf die Polizei auch nicht im Wege der Amtshilfe um Maßnahmen ersuchen, zu denen er selbst nicht befugt ist.

(4) Von mehreren geeigneten Maßnahmen hat der Bundesnachrichtendienst diejenige zu wählen, die den Betroffenen voraussichtlich am wenigsten beeinträchtigt. Eine Maßnahme darf keinen Nachteil herbeiführen, der erkennbar außer Verhältnis zu dem beabsichtigten Erfolg steht.

### § 3

#### **Besondere Formen der Datenerhebung**

Der Bundesnachrichtendienst darf zur heimlichen Beschaffung von Informationen einschließlich personenbezogener Daten die Mittel gemäß § 8 Abs. 2 des Bundesverfassungsschutzgesetzes anwenden, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß dies zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist. § 9 des Bundesverfassungsschutzgesetzes ist entsprechend anzuwenden.

### § 4

#### **Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten**

(1) Der Bundesnachrichtendienst darf personenbezogene Daten nach § 10 des Bundesverfassungsschutzgesetzes speichern, verändern und nutzen, soweit es zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist.

(2) Die Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten über Minderjährige ist nur unter den Voraussetzungen des § 11 des Bundesverfassungsschutzgesetzes zulässig.

## § 5

**Berichtigung, Löschung und Sperrung  
personenbezogener Daten**

(1) Der Bundesnachrichtendienst hat die in Dateien gespeicherten personenbezogenen Daten zu berichtigen, zu löschen und zu sperren nach § 12 des Bundesverfassungsschutzgesetzes.

(2) Der Bundesnachrichtendienst hat personenbezogene Daten in Akten zu berichtigen und zu sperren nach § 13 des Bundesverfassungsschutzgesetzes.

## § 6

**Dateianordnungen**

Der Bundesnachrichtendienst hat für jede automatisierte Datei mit personenbezogenen Daten eine Dateianordnung nach § 14 des Bundesverfassungsschutzgesetzes zu treffen, die der Zustimmung des Chefs des Bundeskanzleramtes bedarf. § 14 Abs. 2 und 3 des Bundesverfassungsschutzgesetzes ist anzuwenden.

## § 7

**Auskunft an den Betroffenen**

Der Bundesnachrichtendienst erteilt dem Betroffenen auf Antrag Auskunft über zu seiner Person nach § 4 gespeicherte Daten entsprechend § 15 des Bundesverfassungsschutzgesetzes. An die Stelle des dort genannten Bundesministers des Innern tritt der Chef des Bundeskanzleramtes.

## § 8

**Übermittlung von Informationen  
an den Bundesnachrichtendienst**

(1) Die Behörden des Bundes und der bundesunmittelbaren juristischen Personen des öffentlichen Rechts dürfen von sich aus dem Bundesnachrichtendienst die ihnen bekanntgewordenen Informationen einschließlich personenbezogener Daten übermitteln, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, daß die Übermittlung für seine Eigensicherung nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 erforderlich ist.

(2) Die Staatsanwaltschaften und, vorbehaltlich der staatsanwaltlichen Sachleitungsbefugnis, die Polizeien sowie der Zoll, soweit er Aufgaben nach dem Bundesgrenzschutzgesetz wahrnimmt, übermitteln dem Bundesnachrichtendienst von sich aus die ihnen bekanntgewordenen Informationen einschließlich personenbezogener Daten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, daß die Übermittlung für seine Eigensicherung nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 erforderlich ist.

(3) Der Bundesnachrichtendienst darf nach § 18 Abs. 3 des Bundesverfassungsschutzgesetzes jede Behörde um die Übermittlung der zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen Informationen einschließlich personenbezogener Daten ersuchen und nach § 18 Abs. 4 des Bundesverfassungsschutzgesetzes amtlich geführte Register einsehen, soweit es zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist. § 17 Abs. 1 und § 18 Abs. 5 des Bundesverfassungsschutzgesetzes sind anzuwenden.

(4) Für die Übermittlung personenbezogener Daten, die auf Grund einer Maßnahme nach § 100a der Strafprozeßordnung bekanntgeworden sind, ist § 18 Abs. 6 des Bundesverfassungsschutzgesetzes entsprechend anzuwenden.

## § 9

### **Übermittlung von Informationen durch den Bundesnachrichtendienst**

(1) Der Bundesnachrichtendienst darf Informationen einschließlich personenbezogener Daten an inländische Behörden übermitteln, wenn dies zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist oder wenn der Empfänger die Daten für Zwecke der öffentlichen Sicherheit benötigt. Der Empfänger darf die übermittelten Daten, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, nur zu dem Zweck verwenden, zu dem sie übermittelt wurden.

(2) Für die Übermittlung von Informationen einschließlich personenbezogener Daten an andere Stellen ist § 19 Abs. 2 bis 4 des Bundesverfassungsschutzgesetzes entsprechend anzuwenden; dabei ist die Übermittlung nach Absatz 4 dieser Vorschrift nur zulässig, wenn sie zur Wahrung außen- und sicherheitspolitischer Belange der Bundesrepublik Deutschland erforderlich ist und der Chef des Bundeskanzleramtes seine Zustimmung erteilt hat.

(3) Der Bundesnachrichtendienst übermittelt Informationen einschließlich personenbezogener Daten an die Staatsanwaltschaften, die Polizeien und den Militärischen Abschirmdienst entsprechend § 20 des Bundesverfassungsschutzgesetzes.

## § 10

### **Verfahrensregeln für die Übermittlung von Informationen**

Für die Übermittlung von Informationen nach §§ 8 und 9 sind die §§ 23 bis 26 des Bundesverfassungsschutzgesetzes entsprechend anzuwenden.

## § 11

**Geltung des Bundesdatenschutzgesetzes**

Bei der Erfüllung der Aufgaben des Bundesnachrichtendienstes sind die §§ 10 und 13 bis 20 des Bundesdatenschutzgesetzes in der Fassung des Gesetzes zur Fortentwicklung der Datenverarbeitung und des Datenschutzes nicht anzuwenden.

## § 12

**Berichtspflicht**

Der Bundesnachrichtendienst unterrichtet den Chef des Bundeskanzleramtes über seine Tätigkeit. Über die Erkenntnisse aus seiner Tätigkeit unterrichtet er darüber hinaus auch unmittelbar die Bundesminister im Rahmen ihrer Zuständigkeiten; hierbei ist auch die Übermittlung personenbezogener Daten zulässig.

**Artikel 6****Inkrafttreten**

(1) Dieses Gesetz tritt mit Ausnahme des Artikels 1 am Tage nach der Verkündung<sup>\*)</sup> in Kraft; gleichzeitig tritt das Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes vom 27. September 1950 (BGBl. I S. 682), geändert durch das Gesetz vom 7. August 1972 (BGBl. I S. 1382), außer Kraft.

(2) Artikel 1 § 10 Abs. 4 Satz 3 und 4 tritt am ersten Tage des vierundzwanzigsten auf die Verkündung folgenden Kalendermonats in Kraft. Im übrigen tritt Artikel 1 am ersten Tage des sechsten auf die Verkündung folgenden Kalendermonats in Kraft; gleichzeitig treten das Gesetz zum Schutz vor Mißbrauch personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung vom 27. Januar 1977 (BGBl. I S. 201), die Datenschutzveröffentlichungsordnung vom 3. August 1977 (BGBl. I S. 1477), die Datenschutzgebührenordnung vom 22. Dezember 1977 (BGBl. I S. 3153) und die Datenschutzregisterordnung vom 9. Februar 1978 (BGBl. I S. 250) außer Kraft.

<sup>\*)</sup> Das Gesetz wurde am 29. 12. 1990 verkündet.

## **Gesetz über die parlamentarische Kontrolle nachrichtendienstlicher Tätigkeiten des Bundes**

**Vom 11. April 1978 (BGBl. I S. 453)**

(Zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die parlamentarische Kontrolle nachrichtendienstlicher Tätigkeit des Bundes und zur Änderung des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses vom 27. Mai 1992, BGBl. I 1992 Seite 997) \*)

### § 1

(1) Die Bundesregierung unterliegt hinsichtlich der Tätigkeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz, des Militärischen Abschirmdienstes und des Bundesnachrichtendienstes der Kontrolle durch die Parlamentarische Kontrollkommission.

(2) Die Rechte des Bundestages und seiner Ausschüsse bleiben unberührt.

(3) Die Kontrolle der Durchführung des Gesetzes zu Artikel 10 des Grundgesetzes bleibt den auf Grund von Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes vom Deutschen Bundestag bestellten Organen und Hilfsorganen vorbehalten.

### § 2

(1) Die Bundesregierung unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission umfassend über die allgemeine Tätigkeit der in § 1 Abs. 1 genannten Behörden und über die Vorgänge von besonderer Bedeutung. Die Entwürfe der jährlichen Wirtschaftspläne der Dienste werden der Kommission zur Mitberatung überwiesen. Die Bundesregierung unterrichtet die Kommission auf deren Verlangen über den Vollzug der Wirtschaftspläne im Haushaltsjahr.

(2) Die Bundesregierung kann die Unterrichtung über einzelne Vorgänge nur verweigern, wenn dies aus zwingenden Gründen des Nachrichtenzuganges notwendig ist. Lehnt die Bundesregierung unter Berufung auf Satz 1 eine Unterrichtung ab, so hat der für den betroffenen Nachrichtendienst zuständige Bundesminister (§ 2 Abs. 1 Satz 2 BVerfSchG, § 1 Abs. 1 Satz 1 MADG) und, soweit der Bundesnachrichtendienst betroffen ist, der Chef des Bundeskanzleramtes (§ 1 Abs. 1 Satz 1 BNDG) dies der Parlamentarischen Kontrollkommission auf deren Wunsch zu begründen.

\*) Das Gesetz ist am 13. April 1978 in Kraft getreten, die Änderungen am 12. Juni 1992.

## § 3

Die politische Verantwortung der Bundesregierung für die in § 1 genannten Behörden bleibt unberührt.

## § 4

(1) Der Deutsche Bundestag wählt zu Beginn jeder Wahlperiode die Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission aus seiner Mitte.

(2) Er bestimmt die Zahl der Mitglieder, die Zusammensetzung und die Arbeitsweise der Parlamentarischen Kontrollkommission.

(3) Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Deutschen Bundestages auf sich vereint.

(4) Scheidet ein Mitglied aus dem Deutschen Bundestag oder seiner Fraktion aus, so verliert es seine Mitgliedschaft in der Parlamentarischen Kontrollkommission; § 5 Abs. 4 bleibt unberührt. Für dieses Mitglied ist unverzüglich ein neues Mitglied zu wählen; das gleiche gilt, wenn ein Mitglied aus der Parlamentarischen Kontrollkommission ausscheidet.

## § 5

(1) Die Beratungen der Parlamentarischen Kontrollkommission sind geheim. Die Mitglieder sind zur Geheimhaltung der Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen bei ihrer Tätigkeit in der Parlamentarischen Kontrollkommission bekannt geworden sind. Dies gilt auch für die Zeit nach ihrem Ausscheiden aus der Parlamentarischen Kontrollkommission. Satz 1 gilt nicht für die Bewertung aktueller Vorgänge, wenn eine Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission ihre vorherige Zustimmung erteilt.

(2) Die Parlamentarische Kontrollkommission tritt mindestens einmal im Vierteljahr zusammen. Sie gibt sich eine Geschäftsordnung.

(3) Jedes Mitglied kann die Einberufung und die Unterrichtung der Parlamentarischen Kontrollkommission verlangen.

(4) Die Parlamentarische Kontrollkommission übt ihre Tätigkeit auch über das Ende einer Wahlperiode des Deutschen Bundestages solange aus, bis der nachfolgende Bundestag gemäß § 4 entschieden hat.

## § 6

Die Parlamentarische Kontrollkommission erstattet dem Deutschen Bundestag in der Mitte und am Ende jeder Wahlperiode einen Bericht über ihre bisherige Kontrolltätigkeit. Dabei sind die Grundsätze des § 5 Abs. 1 zu beachten.



---

**Abkürzungsverzeichnis**

|        |   |
|--------|---|
| AAB    | Antifaschistische Aktion Berlin   |
| AA/BO  | Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation                               |
| ADHF   | Föderation für demokratische Rechte in Deutschland                              |
| ADHK   | Konföderation für demokratische Rechte in Europa                                |
| ADÜTDF | Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e. V.        |
| AEG    | Autonome Entwicklungsgruppe   |
| AFriRa | Arbeitsausschuß Friedensratschlag   |
| AGH    | Antifaschistische Gruppe Hamburg  |
| AGIF   | Föderation der Arbeitsimmigranten aus der Türkei in Deutschland e. V.           |
| AgNS   | Aktionsgemeinschaft nationaler Sozialisten in und außerhalb der NPD             |
| AIS    | Islamische Heilsarmee   |
| AIZ    | Antiimperialistische Zelle  |
| AMS    | Assoziation Marxistischer StudentInnen  |
| ARGK   | Volksbefreiungsarmee Kurdistans   |
| ATIF   | Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V.                     |
| ATIK   | Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa                             |
|        |   |
| B.A.T. | Bundesweite Antifa-Treffen  |
| BBZ    | Berlin Brandenburger – Zeitung der nationalen Erneuerung                        |
| BdA    | Bund der Antifaschisten (Dachverband ) e. V.                                    |
| BK     | Babbar Khalsa International   |
|        |   |
| CWI    | Committee for a Workers International   |
|        |   |
| DABK   | Ostanatolisches Gebietskomitee  |
| DA'WA  | Hizb Al Da'Wa Al Islamiya (Partei des islamischen Rufs/der islamischen Mission) |

---



|         |  |
|---------|--|
| DBG     | Revolutionäre Vereinte Kräfte  |
| DBGP    | Plattform der Vereinigten Revolutionären Kräfte  |
| DBI     | Deutsche Bürgerinitiative  |
| DESG    | Deutsch-Europäische Studien-Gesellschaft   |
| DFR     | Deutscher Friedensrat e. V.  |
| DFU     | Deutsche Friedens-Union  |
| DHKC    | Revolutionäre Volksbefreiungsfront   |
| DHKP-C  | Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front  |
| DIDF    | Föderation der demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland e. V. |
| DKP     | Deutsche Kommunistische Partei   |
| DLVH    | Deutsche Liga für Volk und Heimat  |
| DNSB    | Dänische Nationalsozialistische Bewegung   |
| DNZ     | Deutsche National-Zeitung  |
| DPK-I   | Demokratische Partei Kurdistans/Irak   |
| DVAD    | Demokratische Vereinigung der AlbanerInnen in Deutschland  |
| DVU     | Deutsche Volksunion  |
| DWZ/DA  | Deutsche Wochen-Zeitung/Deutscher Anzeiger   |
| EMUG    | Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft e. V.   |
| ERNK    | Nationale Befreiungsfront Kurdistans   |
| FIS     | Islamische Heilsfront  |
| FN      | Front National   |
| FP      | Fazilet Partisi (Tugendpartei)   |
| FRIKORR | Friedenspolitische Korrespondenz   |
| FVB     | Freiheitlicher Volks Block   |
| GAM     | Gruppe Arbeitermacht   |
| GfbAEV  | Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e. V.                    |

---

---

|        |   |
|--------|---|
| GFP    | Gesellschaft für Freie Publizistik e. V.  |
| GIA    | Bewaffnete Islamische Gruppe  |
| HNG    | Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.   |
| IBP    | Islamischer Bund Palästina  |
| ICCB   | Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e. V., Köln   |
| IGMG   | Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V.   |
| IS     | International Socialists  |
| ISKU   | Informationsstelle Kurdistan  |
| ISYF   | International Sikh Youth Federation   |
| IVdN   | Interessenverband ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Nazi-Regimes und Hinterbliebener e. V. |
| IZH    | Islamisches Zentrum Hamburg e. V.   |
| JN     | Junge Nationaldemokraten  |
| JRE/JO | Jugend gegen Rassismus in Europa/Jugendoffensive  |
| jW     | junge Welt  |
| KCF    | Khalistan Commando Force  |
| KIZ    | Kurdistan Informationszentrum Köln  |
| LPK    | Volksbewegung von Kosovo  |
| LTTE   | Liberation Tigers of Tamil Eelam  |
| LuK    | Lernen und Kämpfen  |
| MEK    | Volksmodjahedin Iran  |
| MES    | Marx-Engels-Stiftung e. V.  |
| MLKP   | Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei   |
| MLPD   | Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands   |

---

|          |   |
|----------|---|
| ND       | Neues Deutschland   |
| NHB      | Nationaldemokratischer Hochschulbund  |
| NIT      | Nationale Info-Telefone   |
| NLA      | Nationale Befreiungsarmee   |
| NPD      | Nationaldemokratische Partei Deutschlands                                       |
| NR       | Nordischer Ring e. V.   |
| NSDAP/AO | Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei/Auslands- und Aufbauorganisation |
| NWRI     | Nationaler Widerstandsrat Iran  |
| OSZE     | Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa                        |
| PDS      | Partei des Demokratischen Sozialismus   |
| PKK      | Arbeiterpartei Kurdistans   |
| PSG      | Partei für Soziale Gleichheit, Sektion der Vierten Internationale               |
| PUK      | Patriotische Union Kurdistans   |
| RAF      | Rote Armee Fraktion   |
| RBF      | Republikanischer Bund der Frauen  |
| REP      | Die Republikaner  |
| RF       | Rote Fahne  |
| RepBB    | Republikanischer Bund der öffentlich Bediensteten                               |
| RH       | Rote Hilfe e. V.  |
| RHV      | Republikanischer Hochschulverband   |
| RJ       | Republikanische Jugend  |
| RP       | Refah Partisi (Wohlfahrtspartei)  |
| RSB      | Revolutionär-Sozialistischer Bund/IV. Internationale                            |
| RZ       | Revolutionäre Zellen  |
| SAG      | Sozialistische Arbeitergruppe   |

---

---

|                              |   |
|------------------------------|---|
| SAV                          | Sozialistische Alternative VORAN  |
| SDAJ                         | Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend  |
| SED                          | Sozialistische Einheitspartei Deutschlands  |
| SO                           | Scientology-Organisation  |
| THKP/-C –<br>Devrimci<br>Sol | Türkische Volksbefreiungspartei/-front –<br>Revolutionäre Linke                               |
| TIKKO                        | Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee   |
| TKP/ML                       | Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten  |
| UCK                          | Befreiungsarmee von Kosovo  |
| U.I.S.A.                     | Union Islamischer Studentenvereine  |
| UZ                           | Unsere Zeit   |
| VdF                          | Verlag der Freunde  |
| VffG                         | Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung  |
| V.H.O.                       | Vrij Historisch Onderzoek   |
| VSP                          | Vereinigung für Sozialistische Politik  |
| VVN-BdA                      | Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes –<br>Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten |
| WEU                          | Westeuropäische Union   |
| YCK                          | Union der Jugendlichen aus Kurdistan  |

---

## Sachwortregister

### A

AAE, Per Lennart 58  
 Aktionsgemeinschaft nationaler Sozialisten in und außerhalb der NPD (AgNS) 38  
 Al Ahd (Die Verpflichtung) 166  
 AL-AQSA e.V. 166  
 Al-Gamaa (Die Gruppe) 164  
 Al-Gamaa al-Islamiya (Islamische Gemeinschaft) (GI) 165, 177  
 Al Jihad (Heiliger Krieg) 178  
 Al Moqawama al Islamiya (Islamischer Widerstand) 166  
 Al-Murabeton (Die Garnisonen) 177  
 Al-Ribat (Das Band/ Die Verbindung) 163, 177  
 Amal (Hoffnung) 178  
 Anti-Antifa 33, 78  
 Antifa Bonn/Rhein-Sieg 98  
 antifa-rundschau 114  
 Antifaschismus 83, 100, 114  
 Antifaschistische Aktion Berlin (AAB) 98, 100, 101, 130  
 Antifaschistische Gruppe Hamburg (AGH) 98  
 Antifaschistische Nachrichten 115, 130  
 Antifaschistische Aktion/ Bundesweite Organisation (AA/BO) 98f., 100, 130  
 Antimperialistische Zelle (AlZ) 91

Antimperialistischer Widerstand 92  
 Antirassismus 83, 102  
 APFEL, Holger 54f., 61f.  
 Arabische Mudjahedin (Kämpfer für die Sache Allahs) 167f.  
 Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) 93, 108, 124, 136, 138, 140, 146, 148, 156ff., 174, 176  
 Arbeitsausschuß Friedensratschlag (AFriRa) 113f.  
 Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen in und bei der PDS (AG Junge GenossInnen) 119  
 Arndt-Verlag 67, 79  
 Arun-Verlag 66  
 Assoziation Marxistischer StudentInnen (AMS) 112  
 Autonome 83, 93ff., 105  
 Autonome Antifa (M) 98, 130  
 Autonome Entwicklungsgruppe (AEG) 105

### B

Babbar Khalsa International (BK) 170  
 BARTSCH, Dietmar 117, 121  
 BdA – Die PrenzlbergerInnen (BdA-P) 125  
 Befreiungsarmee von Kosovo (UCK) 138, 172f.  
 BEIER, Klaus 62  
 BEIERSDORF, André 62  
 Berlin-Brandenburger – Zeitung der nationalen Erneuerung (BBZ) 36f., 76

- Bewaffnete Islamische Gruppe (GIA) 163f., 175
- BIN LADEN, Usama 165, 168
- BISKY, Lothar 116ff., 122f.
- Blood & Honour 26, 29, 31, 70
- Blood & Honour Division  
Deutschland – Stimme der  
Bewegung 27, 31
- Bonzenjäger 29
- BORDJUSHA, Nikolaj 181, 183
- BRANSTNER, Gerhard 119
- BROMBACHER, Ellen 118
- Bund der Antifaschisten  
(Dachverband) e. V. (BdA) 115,  
124
- Bundestagswahl 15, 43, 46, 51,  
52, 60, 125, 127
- Bundesweite Antifa-Treffen  
(B.A.T.) 99
- Bündnis Rechts für Lübeck 102
- Bund Westdeutscher  
Kommunisten 130
- BUTZ, Arthur R. 69
- C**
- Castel del Monte-Verlag 73, 79
- Committee for a Workers  
International (CWI) 127
- Courage 126
- D**
- Dänische Nationalsozialistische  
Bewegung (DNSB) 71
- Das Freie Forum 63
- Demokratische Partei  
Kurdistans/Irak (DPK-I) 178
- Demokratische Vereinigung der  
AlbanerInnen in Deutschland  
(DVAD) 173
- Der Kalifatsstaat  
(Hilafet Devleti) 137, 143, 150
- Der Rechte Rand –  
Informationen von und für  
AntifaschistInnen 115, 130
- Der Republikaner 38, 42
- DESG-inform 65
- Deutsche Annalen 73
- Deutsche Bürgerinitiative  
(DBI) 33
- Deutsche Friedens-Union  
(DFU) 113
- Deutsche Geschichte 73, 79
- Deutsche Kommunistische  
Partei (DKP) 83, 110ff., 114,  
118, 120, 122, 129, 130
- Deutsche Kulturgemeinschaft  
Österreich 71
- Deutsche Liga für Volk und  
Heimat (DLVH) 62, 71
- Deutsche National-Zeitung  
(DNZ) 47ff.
- Deutscher Friedensrat e.V.  
(DFR) 114
- Deutsche Stimme 52f., 55, 58,  
62
- Deutsch-Europäische Studien-  
Gesellschaft (DESG) 65
- Deutsche Volksunion  
(DVU) 15f., 18f., 35, 44ff., 73f.,  
101
- Deutsche Wochen-  
Zeitung/Deutscher Anzeiger  
(DWZ/DA) 47, 49
- Deutsche Zukunft 56f.

- |   |   |   |            |
|---|---|---|------------|
| Deutschland in Geschichte und Gegenwart                             | 68, 72, 79                                | Fazilet Partisi (Tugendpartei) (FP)   | 155        |
| Devrimci Cözüm (Revolutionäre Lösung)                               | 146                                       | FINK, Heinrich  | 124        |
| Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)                                  | 135, 144f., 147                           | Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V. (ATIF)  | 148        |
| Dev Sol   | 147                                       | Föderation der demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland e. V. (DIDF) | 178        |
| Die Nationalen e. V.  | 33, 36, 59                                | Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e. V. (AD/TDF)                           | 178        |
| Die Republikaner (REP)  | 15f., 18f., 35, 38ff., 42ff., 52, 73, 101 | Föderation der Arbeiterimmigranten aus der Türkei in Deutschland e. V. (AGIF)                               | 149        |
| Die Rote Hilfe  | 127                                       | Föderation für demokratische Rechte in Deutschland (ADHF)   | 149        |
| DISPUT  | 116                                       | Förderverein Libertad   | 131        |
| DISTLER, Jürgen   | 62  | Foier Frei  | 31         |
| Doitsche Offensive  | 31  | Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften in und bei der PDS  | 130        |
| <b>E</b>  |   | Freedom for Religions in Germany (FRG)  | 202        |
| Elemente der Metapolitik zur europäischen Neugeburt                 | 65  | Freie Nationalisten   | 15, 32     |
| ELM, Ludwig   | 124                                       | Freiheit  | 198        |
| ENGEL, Stefan   | 125                                       | Freiheit durch Wahrheit   | 62         |
| ERBAKAN, Mehmet Sabri   | 155                                       | Freiheitlicher Volks Block (FVB)  | 35         |
| ERBAKAN, Prof. Necmettin  | 156                                       | FRENZ, Wolfgang   | 56f.       |
| Euro Kurier   | 72, 79                                    | Freundeskreis Ulrich von Hutten e. V.   | 71         |
| Europa vorn   | 68, 73, 79                                | FREY, Dr. Gerhard   | 45, 47, 52 |
| Europa vorn Verlag  | 79  | Friedenspolitische Korrespondenz (FRIKORR)  | 113        |
| Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft e. V. (EMUG) | 153                                       | Front National (FN)   | 71, 74     |
| Europäische Synergien   | 65  |   |            |
| EXPO 2000   | 107                                       |   |            |
| <b>F</b>  |   |   |            |
| Faksimile-Verlag  | 73  |   |            |
| FAURISSON, Robert   | 69,                                       |   |            |

|   |        |  |                            |
|---|--------|--|----------------------------|
| FUCHS, Erich  | 44     | Hass Attacke   | 31                         |
| FVB-Spiegel   | 35     | HATTAB, Hassan   | 164                        |
|   |        | Heideheim e. V. (Buchholz)   | 64                         |
|   |        | Heide-Heim e. V. (Hamburg)   | 64                         |
| <b>G</b>  |        |  |                            |
| GEHRCKE, Wolfgang   | 118    | Hilafet Devleti<br>(Der Kalifatsstaat)   | 150                        |
| Gesellschaft für biologische<br>Anthropologie, Eugenik und<br>Verhaltensforschung e. V.<br>(GfbAEV) | 64     | Hilfsorganisation für nationale<br>politische Gefangene und deren<br>Angehörige e. V. (HNG)  | 34                         |
| Gesellschaft für Freie Publizistik<br>e. V. (GFP)   | 63     | Hizb Al Da'Wa Al Islamiya<br>(Partei des islamischen Rufs/<br>der islamischen Mission)<br>(DA'WA)  | 178                        |
| Gestiefelter Kater  | 31     | Hizb Allah (Partei Gottes)   | 137,<br>166f., 175, 177    |
| Gewalttaten/Straftaten mit aus-<br>länderextremistischem<br>Hintergrund                             | 141f.  | HÖBER, Wolfgang  | 44                         |
| Gewalttaten/Straftaten mit<br>linksextremistischem<br>Hintergrund                                   | 86ff.  | Hohenrain-Verlag   | 66, 72                     |
| Gewalttaten/Straftaten mit<br>rechtsextremistischem<br>Hintergrund                                  | 20ff.  | Hungaria-Skins   | 70                         |
| GOETZE, Michael   | 111    | HUPKA, Steffen   | 59, 61                     |
| Golden Dawn   | 71     | <b>I</b>   |                            |
| Grabert-Verlag  | 72, 79 | Informationsstelle Kurdistan<br>(ISKU)   | 108                        |
| GREMLIZA, Ludwig  | 129    | Interessenverband ehemaliger<br>Teilnehmer am antifaschisti-<br>schen Widerstand, Verfolgter<br>des Nazi-Regimes und Hinter-<br>bliebener e. V. (IVV/dN) | 115, 124                   |
| GROLITSCH, Lisbeth  | 71     | INTERIM  | 91f., 94, 102, 104,<br>107 |
| Gruppe Arbeitermacht<br>(GAM)   | 127    | Internationale islamische Front<br>für den Jihad gegen Juden und<br>Kreuzzügler  | 165                        |
| Gruppen des libanesischen<br>Widerstandes (AMAL)  | 178    | Internationales Bürgerhaus<br>Frankfurt/Main e.V.  | 162                        |
| GYSI, Gregor  | 117    | Internationalismus   | 83, 108                    |
| <b>H</b>  |        |  |                            |
| HAKK-TV   | 152    | International Sikh Youth<br>Federation (ISYF)  | 170, 171                   |
| Hamburger Sturm   | 31     |  |                            |
| Hammerskins   | 26, 29 |  |                            |
| HANSEN, Jonni   | 71     |  |                            |



- |  |   |   |              |
|--|---|---|--------------|
| International Socialists (IS)  | 126   | Kameradschaft   |              |
| Internet   | 17, 31, 37, 66, 69,<br>75, 76, 93, 97, 130, 152, 156,<br>175ff., 186, 202 | Prenzelberg/Mitte   | 37           |
| Islamische Gemeinschaft Milli<br>Görüs e. V. (IGMG)                                  | 134, 136,<br>138, 143, 153, 154f., 177                                    | Kameradschaft Schöneberg  | 37           |
| Islamische Heilsarmee (AIS)  | 164   | Kameradschaft Treptow   | 37           |
| Islamische Heilsfront (FIS)  | 163f.,<br>175, 177  | KAPLAN, Metin   | 137, 150ff.  |
| Islamischer Bund   |   | KARATAS, Dursun   | 136          |
| Palästina (IBP)  | 165   | KÄS, Christian  | 39, 41, 44f. |
| Islamisches Zentrum Hamburg<br>e. V. (IZH)   | 168   | Kein Friede   | 92, 131      |
| Islamisches Zentrum (IZ)<br>Münster  | 167   | Khalistan Commando Force<br>(KCF)                               | 171          |
| Islamische<br>Widerstandsbewegung<br>(HAMAS)   | 166, 177  | KOBALADSE, Jurij  | 188          |
| Islamismus   | 134   | Konföderation der Arbeiter aus<br>der Türkei in Europa (ATIK)   | 148          |
| <b>J</b>   |   | Konföderation für demokrati-<br>sche Rechte in Europa<br>(ADHK) | 149          |
| JELPKE, Ulla   | 124   | konkret   | 129          |
| Jugend gegen Rassismus in<br>Europa/Jugendoffensive<br>(JRE/JO)                      | 127   | Koordinationsrat der FIS im<br>Ausland (CCFIS)                  | 164          |
| Junge Freiheit   | 67  | KORABELNIKOW, Valentin  | 181          |
| Junge Nationaldemokraten (JN)<br>15f., 27, 29, 31, 33, 38, 52, 54,<br>57, 59, 61, 71 |   | KOSCHMIEDER, Dietmar  | 129          |
| Junges Forum   | 65  | KOSIEK, Dr. Rolf  | 63           |
| junge Welt (jW)  | 115, 129  | KOWALJOW, Nikolaj   | 182, 186     |
| <b>K</b>   |   | KRAPIVIN, Jurij   | 183          |
| Kalathil<br>(Auf dem Schlachtfeld)   | 171   | KRAUSE, Dr. Rudolf  | 45, 52       |
| Kameradschaft Beusselkiez  | 37  | KUMPF, Richard  | 112          |
| <b>L</b>   |   | Kurdisch Deutscher Solidari-<br>tätsverein e. V., Bremen        | 162          |
|  |   | Kurdistan-Rundbrief   | 176          |
|  |   | Kurdistan Informationszentrum<br>Köln (KIZ)                     | 176          |
|  |   | Landser   | 28           |
|  |   | Landtagswahlen<br>– Bayern                                      | 43, 45, 60   |

– Mecklenburg-Vorpommern  
43, 46, 51, 60  
– Niedersachsen 43, 45  
– Sachsen-Anhalt 15, 43, 45, 51  
LEICHSENRING, Uwe 55  
Lernen und Kämpfen (LuK) 125  
Liberation Tigers of Tamil Eelam  
(LTTE) 171, 175  
Libertad! 92, 93  
Linksruck-Netzwerk (LR) 126,  
130

**M**

Mailboxen 75, 78, 130, 131  
Marx-Engels-Stiftung e.V.  
(MES) 112, 120  
Marxistisch-Leninistische  
Kommunistische Partei  
(MLKP) 136, 149, 162  
Marxistisch-Leninistische Partei  
Deutschlands (MLPD) 83, 125f.,  
130, 148  
Marxistisches Forum 116  
MATTOGNO, Carlo 69  
MED-TV 159, 161, 176  
Milli Gazete  
(Nationale Zeitung) 136  
Milli Görüs & Perspektive 153,  
177  
Mitteilungen der  
Kommunistischen Plattform  
der PDS 116  
Modjahed  
(Glaubenskämpfer) 169  
MODROW, Hans 120, 122  
MÜLLER, Ursula 34

**N**

Nachrichten der HNG 34  
NASRALLAH, Hassan 167

Nation Europa Verlag GmbH 73,  
79  
Nation & Europa – Deutsche  
Monatshefte 44, 63, 68, 73, 75,  
79  
Nationaldemokratische Partei  
Deutschlands (NPD) 15f., 18f.,  
26f., 29, 31ff., 35, 37f., 46, 52f.,  
55ff., 66, 73, 76, 96, 101f.  
Nationaldemokratischer  
Hochschulbund (NHB) 26, 52,  
65  
Nationale Befreiungsarmee  
(NLA) 169  
Nationale Befreiungsfront  
Kurdistans (ERNK) 156, 162  
Nationale Info-Telefone (NIT) 31,  
75, 77  
Nationaler Widerstandsrat Iran  
(NWRI) 169, 191  
Nationales Info-Telefon  
Preussen 37  
Nationalsozialistische Deutsche  
Arbeiterpartei/Auslands- und  
Aufbauorganisation  
(NSDAP/AO) 72  
NAUMANN, Peter 44  
Neonazis 14ff., 18f., 25f., 30ff.,  
44, 59ff., 70  
Neue Doitsche Welle 31  
Neue Rechte 65  
Neues Deutschland (ND) 115  
Neuland-Versand 30  
Nibelungen-Versand 30  
NORDBRUCH, Dr. Klaus 74  
Nordischer Ring e. V. (NR) 64  
Nordland-Netz 78  
Nord-Versand 30  
NS 88 30  
NS Kampfprud 72

**O**

ÖCALAN, Abdullah 136, 146, 156ff.  
 Öncü Partizan (Avantgarde Partizan) 148  
 Opposition – Magazin für Deutschland 66, 73f., 79  
 Ostanatolisches Gebietskomitee (DABK) 148f.  
 Özgür Atilim (Der freie Angriff) 149  
 Özgür Gelecek (Freie Zukunft) 147

**P**

Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) 84f., 112, 116ff., 125, 127, 129f.  
 Partei für Soziale Gleichheit, Sektion der Vierten Internationale (PSG) 127, 130  
 Partisan.net 131  
 Partizan 147f.  
 Patriotische Union Kurdistans (PUK) 178  
 PÄTZOLD, Prof. Dr. Kurt 119  
 PDS International 116  
 PDS-Pressedienst 116  
 PENKERT, Mike 37  
 Personenpotential extremistischer Ausländerorganisationen 138f.  
 Personenpotential, linksextremistisch 84  
 Personenpotential, rechtsextremistisch 18f.  
 Perspektive 76  
 PETRATSCHEK, Konrad 35  
 Plattform der Vereinigten Revolutionären Kräfte (DBGP) 136, 147f., 162

Proliferation/  
 Sensitive Exporte 180, 194  
 Propaganda.BBS 78  
 Publikationen extremistischer Ausländergruppierungen 175  
 Publikationen, linksextremistische 128  
 Publikationen, rechtsextremistische 72  
 PÜHSE, Jens 59, 61  
 PUTIN, Wladimir 182

**Q**

Qhods (Jerusalem) 168

**R**

radikal 91, 94, 105  
 Radio Germania 37  
 RADJAVI, Massoud 169  
 RANN, Thea 121  
 RAZZ 92  
 Refah Partisi (Wohlfahrtspartei) (RP) 137  
 RENNICKE, Frank 29  
 Republikanische Jugend (RJ) 38, 41f., 44  
 Republikanischer Bund der Frauen (RBF) 38  
 Republikanischer Bund der öffentlich Bediensteten (RepBB) 38  
 Republikanischer Hochschulverband (RHV) 38  
 Revisionismus 67, 78  
 Revolutionäre Vereinte Kräfte (DBG) 162  
 Revolutionäre Volksbefreiungsfront (DHKC) 146

|   |                         |   |                    |
|---|-------------------------|---|--------------------|
| Revolutionäre<br>Volksbefreiungspartei-Front<br>(DHKP-C) 135, 140, 143ff., 147,<br>174, 176 | 92                      | Scientology-<br>Organisation (SO)                                     | 198                |
| Revolutionäre Zellen (RZ)   | 92                      | Serxwebun<br>(Unabhängigkeit)   | 157                |
| Revolutionär-Sozialistischer<br>Bund/IV. Internationale<br>(RSB)                            | 127                     | Signal – Das patriotische<br>Magazin                                  | 45, 63, 66, 73, 79 |
| RICHTER, Karl   | 73                      | SITTE, Petra  | 122                |
| Rock Nord   | 31                      | Skinheads   | 25, 27, 60         |
| ROEDER, Manfred   | 33, 60                  | Sleipnir  | 69, 79             |
| ROGLER, Christian   | 73                      | Solidarität International   | 126                |
| RÖHLER, Andreas   | 69                      | Sozialistische Alternative<br>VORAN (SAV)                             | 127                |
| ROSSMÜLLER, Sascha  | 61                      | Sozialistische Arbeitergruppe<br>(SAG)                                | 126                |
| Rote Armee Fraktion (RAF)   | 82,<br>90f.             | Sozialistische<br>Deutsche Arbeiterjugend<br>(SDAJ)                   | 111, 130           |
| Rote Fahne (RF)   | 125                     | Sozialistische Einheitspartei<br>Deutschlands (SED)                   | 117                |
| Rote Hilfe e.V. (RH)  | 127f.                   | SpinnenNetz   | 131                |
| Rote Zora   | 92                      | Staatsbriefe  | 65, 73, 79         |
| R.O.T.K.Ä.P.C.H.E.N. im und<br>beim BdA   | 125                     | STAROWOIJTOW,<br>Alexander  | 182                |
| ROUHS, Manfred  | 73f.                    | STAWITZ, Ingo   | 62                 |
| RUSTEMEYER, Hans  | 45                      | STEHR, Heinz  | 110f., 120         |
| <b>S</b>  |                         |   |                    |
| SALAFIYA-Gruppe für die<br>Mission und den Kampf  | 164                     | Straftaten/Gewalttaten mit<br>ausländerextremistischem<br>Hintergrund | 139                |
| SALIM, Mamdoh Ahmed   | 168                     | Straftaten/Gewalttaten<br>mit linksextremistischem<br>Hintergrund     | 85                 |
| SCHEERER, Germar, geb.<br>RUDOLF  | 69                      | Straftaten/Gewalttaten mit<br>rechtsextremistischem<br>Hintergrund    | 19                 |
| Schleusungsaktivitäten  | 174                     | STRAUSS, Wolfgang   | 68                 |
| SCHLIERER, Dr. Rolf   | 16, 38ff.,<br>43ff., 52 | Strukturdaten   | 11                 |
| SCHÖNHUBER, Franz   | 52, 66,<br>73           | Südwest Stimme  | 54                 |
| SCHÜTZINGER, Jürgen   | 62, 71                  | SWING   | 92                 |
| SCHWAB, Jürgen  | 74                      | Synergon Deutschland  | 65                 |
| SCHWERDT, Frank   | 33, 36f., 59,<br>76     |   |                    |

| <b>T</b>   |                                       | <b>V</b>  |                   |
|--|---------------------------------------|---|-------------------|
| Tatsachen  | 178                                   | Verband der islamischen<br>Vereine und Gemeinden e.V.,<br>Köln (ICCB)   | 137, 143, 150     |
| THION, Serge   | 69                                    | Vereinigung der Verfolgten des<br>Naziregimes – Bund der<br>Antifaschistinnen und<br>Antifaschisten (VVN-BdA) | 114f.,<br>124     |
| Thule-Netz   | 77f.                                  | Vereinigung für Sozialistische<br>Politik (VSP)   | 121, 127          |
| Thule-Seminar  | 65                                    | Verlag der Freunde (VdF)  | 79                |
| TÖPFER, Peter  | 69                                    | Verlage, linksextremistische  | 128               |
| TOZKIJ, Konstantin   | 183                                   | Verlage, rechtsextremistische   | 72                |
| Trotzkistische Gruppen   | 83, 126,<br>130                       | Verlag für ganzheitliche<br>Forschung und Kultur  | 73                |
| TRUBNIKOW,<br>Wjatscheslaw   | 181                                   | Verlag Manfred Rouhs  | 79                |
| Tugendpartei (Fazilet Partisi)<br>(FP)   | 137                                   | Verlagsgesellschaft Berg mbH  | 73                |
| Türk Federasyon Büleni<br>(Bulletin der Türk-<br>Föderation)                                   | 178                                   | Vierteljahreshefte für freie<br>Geschichtsforschung (VffG)  | 69                |
| Türkische Arbeiter- und<br>Bauernbefreiungsarmee<br>(TIKKO)                                    | 148                                   | Vincente Directori  | 30                |
| Türkische Kommunistische<br>Partei/Marxisten-Leninisten<br>(TKP/ML)                            | 136, 147f., 162, 174                  | VOIGT, Udo  | 16, 52, 54, 58ff. |
| Türkische<br>Volksbefreiungspartei/-front –<br>Revolutionäre Linke (THKP/-C –<br>Devrimci Sol) | 135f., 140, 143f.,<br>146f., 162, 174 | Volksbefreiungsarmee<br>Kurdistan (ARGK)  | 157, 159          |
|  |                                       | Volksbewegung von Kosovo<br>(LPK)   | 138, 172f., 175   |
|  |                                       | Volksmodjahedin<br>Iran (MEK)   | 169, 191          |
|  |                                       | Vortrag-Buch-Reise-Verlag<br>(VBR)  | 37                |
|  |                                       | Vrij Historisch Onderzoek<br>(V.H.O.)   | 69                |
| <b>U</b>   |                                       | <b>W</b>  |                   |
| Ümmet-i Muhammed (Die<br>Gemeinde Mohammeds)   | 150,<br>152                           | WALDSTEIN, Thor von   | 65                |
| Ungarische Nationale Front<br>(MNA)  | 70                                    | WEBER, Mark   | 69                |
| Union der Jugendlichen aus<br>Kurdistan (YCK)  | 163                                   | WECKERT, Ingrid   | 69                |
| Union Islamischer<br>Studentenvereine (U.I.S.A.)   | 137,<br>168                           | WENDT, Christian  | 36, 76            |
| Unsere Welt  | 31                                    | WNENDT, Reinhard  | 40, 44            |
| Unsere Zeit (UZ)   | 110, 115, 122                         |   |                   |

---

|  |          |
|--|----------|
| Wohlfahrtspartei<br>(Refah Partisi) (RP) | 137, 155 |
| WOLF, Andrea                             | 109      |
| WOLF, Winfried                           | 127      |
| WORCH, Christian                         | 33, 60   |
| WULFF, Thomas                            | 32, 44   |

**Y**

|             |             |
|-------------|-------------|
| YÜKSEL, Ali | 136, 153ff. |
|-------------|-------------|

**Z**

|  |          |
|--|----------|
| Zentralorgan                           | 31f., 76 |
| Zeri i Kosoves (Die Stimme<br>Kosovos) | 172, 175 |
| ZÜNDEL, Ernst                          | 70       |

---









Herausgeber:  
Bundesministerium des Innern



**Verfassungsschutzbericht 1998**